

JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Januar 2015

I

NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

Alexandre Froidevaux: Revolution und Krieg in Spanien –
gespaltene Arbeiterbewegung, widerstreitende Erinnerungen 5

Philipp Reick: A Poor People's Movement? Erwerbslosenproteste
in Berlin und New York in den frühen 1930er-Jahren.....20

Jens Ebert: „Will versuchen, Dir einen Brief zusammenzustoppeln.“
Aspekte proletarischer Feldpost im Ersten Weltkrieg.....37

Heinz Niemann: Die Debatte um Kriegsursachen und Kriegsschuld
in der deutschen Sozialdemokratie zwischen 1914 und 1924 54

Diskussion

Michael Brie: Das ungelöste Jahrhundertproblem:
die Demokratisierung der Wirtschaft.....67

Biografisches

Kay Schweigmann-Greve: Chaim Zhitlowsky (1865-1943)
und seine Auseinandersetzung mit dem Marxismus..... 86

Mario Kessler: Kommunistischer Aktivist in Palästina und
Opfer des Stalinismus: Joseph Berger (1904-1978)113

Bericht

Jürgen Hofmann: Arbeit und Zwang: Formen von Zwangsarbeit in der Haus-, Dienstleistungs-, Landwirtschafts-, Fabrik- und Sexarbeit 1850 bis 2000. Die 50. Linzer Konferenz135

Information

Philipp Reick: US Labor Archives. Unbekanntes Terrain für die europäische Forschung?140

Buchbesprechungen

Wolfgang Fritz Haug u. a. (Hrsg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bde. 7/I, 7/II und 8/I (*Ralf Hoffrogge*)144

Werner Daum u. a. (Hrsg.): Politische Bewegung und symbolische Ordnung. Hagener Studien zur Politischen Kulturgeschichte. Festschrift für Peter Brandt (*Günter Benser*)147

Colin Barker u. a. (Hrsg.): Marxism and Social Movements (*Dietmar Lange*)148

Axel Weipert: Das Rote Berlin. Eine Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung 1830-1934 (*Gerhard Engel*).....151

Walter Schmidt: Die schlesische Demokratie von 1848/49. Geschichte und Akteure. I. Halbbd., II. Halbbd. (*Martin Hundt*)153

Cordelia Scharpf: Luise Büchner. Eine evolutionäre Frauenrechtlerin des 19. Jahrhunderts (*Irina Hundt*)154

Herbert Brückner/Renate Meyer-Braun/Beenhard Oldigs (Hrsg.): Jahre Sozialdemokratie Bremen und Bremerhaven (*Ulrich Schröder*)157

Thilo Scholle/Jan Schwarz: „Wessen Welt ist die Welt?“ Geschichte der Jusos (*Robert von Olberg*).....159

Christel Neusüß: Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder Die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander (<i>Annelies Laschitzka</i>).....	162
Herfried Münkler: Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918 (<i>Axel Weipert</i>).....	164
Karl Christian Führer u. a. (Hrsg.): Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920 (<i>Axel Weipert</i>).....	166
Gerhard Engel: Dr. Rudolf Franz 1882-1956. Zwischen allen Stühlen – ein Leben in der Arbeiterbewegung (<i>Ingo Materna</i>)	169
Sergej Slutsch/Carola Tischler unter Mitarb. von Lothar Kölm (Hrsg.): Deutschland und die Sowjetunion 1933-1941. Dokumente, Bd. 1: 30. Januar 1933-31. Dezember 1934 (<i>Wladislaw Hedeler</i>)	171
Rudolf Hamburger: Zehn Jahre Lager. Als deutscher Kommunist im sowjetischen Gulag, hrsg. von Maik Hamburger (<i>Wladislaw Hedeler</i>)	173
Ronen Steinke: Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht (<i>Thilo Scholle</i>)	176
Detlev Brunner/Udo Grashoff/Andreas Kötzing (Hrsg.): Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte (<i>Günter Benser</i>)	178
Gudrun Hentges: Staat und politische Bildung. Von der „Zentrale für Heimatdienst“ zur „Bundeszentrale für politische Bildung“ (<i>Werner Röhr</i>).....	180
Ernesto Harder: Vordenker der „ethischen Revolution“. Willi Eichler und das Godesberger Programm der SPD (<i>Harald Lange</i>)	184
Paul Mattick/Marc Geoffroy/Christoph Plutte (Hrsg.): Die Revolution war für mich ein großes Abenteuer. Paul Mattick im Gespräch mit Michael Buckmiller (<i>Sebastian Klauke</i>).....	187
Reiner Möckelmann: Wartesaal Ankara. Ernst Reuter – Exil und Rückkehr nach Berlin (<i>Holger Czjirich-Stahl</i>).....	189

Norbert Podewin: Mein Leben in drei Diktaturen. Episodisches eines Insiders im Kalten Krieg (<i>Manfred Teresiak</i>)	192
Martin Schaad: Die fabelhaften Bekenntnisse des Genossen Alfred Kurella. Eine biografische Spurensuche; Horst Groschopp: „Der ganze Mensch“. Die DDR und der Humanismus (<i>Ulrike Köpp</i>).....	194
Stefan Wolle: Der große Plan. Alltag und Herrschaft in der DDR 1949-1961 (<i>Ulrike Köpp</i>).....	198
Walter Vollmer: Montanmitbestimmung und Unternehmenskultur während der Bergbaukrise 1957 bis 1968 (<i>Jörg Roesler</i>).....	200
Matthias Stangel: Die Neue Linke und die nationale Frage. Deutschlandpolitische Konzeptionen und Tendenzen in der Außerparlamentarischen Opposition; Robert Philipps: Sozialdemokratie, 68er-Bewegung und gesellschaftlicher Wandel 1959-1969 (<i>Ulrich Schöler</i>)	202
 Autorenverzeichnis	 206
Impressum.....	207

Revolution und Krieg in Spanien – gespaltene Arbeiterbewegung, widerstreitende Erinnerungen

Alexandre Froidevaux

Schlacht gegen den Faschismus, Revolution versus Konterrevolution, Unabhängigkeitskrieg – vielfältig waren die Geschichtsbilder, die sich die verschiedenen Strömungen der spanischen Arbeiterbewegung vom Bürgerkrieg machten. Die Erinnerungen an die Ereignisse der Jahre 1936 bis 1939 prägten ihre Identitäten in den Jahrzehnten danach ebenso, wie die Kämpfe zwischen den Linken während der Bürgerkriegszeit den Widerstand gegen die Franco-Diktatur belasteten.

Die Revolution und der Bürgerkrieg (1936-1939) waren für die spanische Linke einschneidende Ereignisse. Dieser Aufsatz geht der Frage nach, wie sich die Arbeiterbewegung an diese in den darauffolgenden Jahrzehnten erinnerte und sie verarbeitete.¹ Dabei gehe ich davon aus, dass Geschichte für die Linke allgemein eine sehr wichtige Ressource darstellt. Durch den geschichtspolitischen Rückgriff auf bedeutungsbeladene Vergangenheit lassen sich politische Projekte in der Gegenwart argumentativ abstützen.

Ist dieser Befund noch auf andere politische Großgruppen übertragbar, kann als Alleinstellungsmerkmal der Linken gelten, dass ihr Vergangenheitsbezug in einem emanzipatorischen Sinne auf die Zukunft ausgerichtet ist. Indem linke Bewegungen Gegengeschichten (re-)konstruieren, machen sie den Wandel in der Geschichte und damit die prinzipielle Transformierbarkeit von Gesellschaft sichtbar. Anders ausgedrückt: Wenn ein Gesellschaftssystem, wie der Kapitalismus, eine historische Genese aufweist, dann gibt es auch die Möglichkeit, es zu verändern oder ganz durch ein anderes zu ersetzen.²

1 Der vorliegende Text ist der für den Druck bearbeitete Vortrag, den der Autor im März 2014 auf der Hauptversammlung des Fördervereins für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung unter dem Titel „Die spanische Arbeiterbewegung nach 1939 und die Erinnerung an den Bürgerkrieg“ gehalten hat. Er basiert auf der Dissertation „Zwischen Gegengeschichten und Versöhnung – Erinnerungskulturen der spanischen Arbeiterbewegung nach dem Bürgerkrieg (1939-1982)“. Die Dissertation wird voraussichtlich 2015 in überarbeiteter Form und mit abgeändertem Titel im Verlag Graswurzelrevolution erscheinen.

2 Siehe David Mayer: *Contrahistorias – historische Deutungen und geschichtspolitische Strategien der Linken im Wandel*, in: Berthold Molden/Ders. (Hrsg.): *Vielstimmige Vergangenheiten – Geschichtspolitik in Lateinamerika*, Wien-Berlin 2009, S.131f.

Linke Gegengeschichten stehen nach verlorenen Klassenauseinandersetzungen der Geschichtspolitik der Sieger diametral entgegen. Die Kämpfe vergangener Zeiten bieten dabei identifikatorische Anknüpfungspunkte und zeigen, dass Widerstand gegen bestehende Herrschafts- und Kapitalverhältnisse möglich ist. Gegengeschichten können Teil einer „heißen“ Erinnerungskultur (Jan Assmann) sein und politische Aktivität mobilisieren helfen.³ Allen angesprochenen Aspekten nach stellt die libertäre Revolution von 1936 bis 1939 die Folie für eine geradezu idealtypische linke Gegengeschichte dar.

Revolution und Bürgerkrieg

Am 14. April 1931 trieb eine revolutionäre Volksbewegung König Alfonso XIII. ins Exil und rief die Zweite Republik aus, die als erste wirkliche Demokratie auf spanischem Boden gilt. Sie brachte per Verfassung weitgehende Freiheitsrechte mit sich, wurde jedoch sowohl von rechts als auch von links stark angefeindet.

Die Rechten erkannten in der Republik die Aufgabe des „wahren“ katholischen und patriarchalen Spaniens. Zudem sahen sie ihre Pfründe durch die republikanischen Reformen gefährdet. Daher kämpften die Latifundisten gegen die Landreformen. Die katholische Kirche agitierte gegen die Einschränkung ihres bis dato gewaltigen gesellschaftlichen Einflusses, den sie sich unter anderem durch ihre Vormachtstellung im Bildungswesen erkämpft hatte.

Vielen Linken gingen die Reformbestrebungen dagegen nicht weit genug, denn die bürgerliche Republik beseitigte weder die große soziale Ungleichheit noch die extreme Armut vieler Spanierinnen und Spanier. Große Teile der Arbeiterbewegung waren revolutionär gesinnt und traten für die Überwindung der Klassengesellschaft ein.

Ist für das erste Drittel des 20. Jahrhunderts von der spanischen Arbeiterbewegung die Rede, sind zwei politische Richtungen mit Millionenanhängern gemeint: die anarchosyndikalistische und die sozialistische, die sich in den Gewerkschaften Confederación Nacional del Trabajo (CNT, Nationale Konföderation der Arbeit) und Unión General de Trabajadores (UGT, Allgemeine Arbeiterunion) organisierten. Der Partido Comunista de España (PCE, Kommunistische Partei Spaniens) blieb dagegen bis zum Beginn des Bürgerkriegs eine unbedeutende Kleinpartei.

³ Siehe Jan Assmann: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München 1992, S.68ff.

Am 17./18. Juli 1936 putschten rechtsradikale Militärs gegen die Republik. Hunderttausende Spanierinnen und Spanier stellten sich den Putschisten entgegen, es kam zu Straßenschlachten. Das Ergebnis war eine Zweiteilung des Landes und der anschließende Bürgerkrieg, der 32 Monate andauern sollte. Zugleich war der Putsch Auslöser einer sozialen Revolution, die vor allem in Katalonien, Aragonien und an der Levanteküste stattfand. Deren politische Träger waren in erster Linie die Anarchisten, aber auch Linkssozialisten aus der UGT sowie Anhänger des nichtstalinistischen Partido Obrero de Unificación Marxista (POUM, Arbeiterpartei der Marxistischen Vereinigung). In großer Zahl kollektivierten die Revolutionärinnen und Revolutionäre Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe. Nach erfolgreichen Kämpfen gegen die aufständischen Truppen befand sich die Millionenstadt Barcelona am 19. Juli 1936 unter anarchistischer Kontrolle.⁴

Doch die Anarchisten standen vor einem Dilemma: Sollten sie die ihnen zugefallene Macht ergreifen und die Revolution alleine und nach ihrem Gusto vorantreiben? Dies hätte der antiautoritären Weltanschauung der anarchosyndikalistischen CNT widersprochen. Oder sollten sie mit den übrigen Volksfrontkräften, also den Sozialisten des Partido Socialista Obrero Español (PSOE, Spanische Sozialistische Arbeiterpartei), den Kommunisten und den Republikanern zusammenarbeiten?

Auf dem entscheidenden Plenum der katalanischen CNT entschied sich am 23. Juli 1936 eine große Mehrheit für die Zusammenarbeit.⁵ In der Folge setzte eine politische Dynamik ein, welche die CNT dazu brachte, zunächst in die katalanische Regional- und dann in die spanische Zentralregierung einzutreten. Anarchisten, die den Staat doch abschaffen wollten, wurden zu Ministern! Sie ließen sich in die Mechanismen der traditionellen Politik integrieren, was die staatlichen Institutionen rettete, die im Juli 1936 bereits am Boden gelegen hatten. Dies begünstigte zugleich das schrittweise Zurückdrängen der Revolution. Staatliche Stellen „legalisier-

4 Siehe zur Revolution Walther L. Bernecker: *Anarchismus und Bürgerkrieg. Zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936-1939*, Nettersheim 2006; Heleno Saña: *Die libertäre Revolution. Die Anarchisten im Spanischen Bürgerkrieg*, Hamburg 2001. Auch Deutsche nahmen an Bürgerkrieg und Revolution teil und übten dabei, je nach politischer Richtung, sehr unterschiedliche Rollen aus. Siehe Patrick von zur Mühlen: *Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg. 1936 bis 1939*, Bonn 1983; Dieter Nelles u. a.: *Deutsche AntifaschistInnen in Barcelona (1933-1939). Die Gruppe „Deutsche Anarchosyndikalisten“ (DAS)*, Heidelberg 2013.

5 Siehe Saña, *Die libertäre Revolution*, S.51.

ten“ und reglementierten die Kollektive, der revolutionäre Impuls ging nach und nach verloren.⁶

Ausgerechnet der PCE entwickelte sich zum stärksten Gegner der Revolution: In den 1930er-Jahren, der Hochzeit des Stalinismus, folgten die kommunistischen Parteien den Direktiven der Kommunistischen Internationale (Komintern) und hingen somit eng an der Leine Moskaus. Die stalinistische Komintern-Führung hatte kein Interesse an einer Revolution wie der spanischen, die nicht durch die kommunistische Partei als „Avantgarde der Arbeiterklasse“ angeführt wurde.

Zudem standen zu jener Zeit die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion an erster Stelle der Komintern-Politik. Diese waren geprägt von der (begründeten) Angst Stalins vor einem Angriff des faschistischen Deutschlands auf die UdSSR. Deshalb strebte Stalin eine defensive Bündnispolitik mit Frankreich und Großbritannien an. Eine offene Unterstützung für eine proletarische Revolution in einem westeuropäischen Land hätte freilich die französische und britische Bourgeoisie verschreckt und Allianzen unmöglich gemacht.⁷

Wie konnte aber der ursprünglich marginale PCE zu einer starken, anti-revolutionären Kraft werden? Beide Kriegsparteien waren auf Waffenlieferungen aus dem Ausland angewiesen. Das faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutschland unterstützten die Nationalisten massiv mit Kriegsmaterial und Truppen. Die natürlichen Verbündeten der Republik, die Demokratien Frankreich, Großbritannien und die USA, entschieden sich dagegen unmittelbar nach Kriegsausbruch für eine Nichteinmischungspolitik, welche de facto einem Embargo für das republikanische Spanien gleichkam.

So wurde die Sowjetunion zum einzig nennenswerten Waffenlieferanten der Zweiten Republik, was die Position des PCE enorm stärkte. Dieser gerierte sich außerdem als Beschützer des Privateigentums, was ihm einen großen Mitgliederzuwachs seitens derjenigen sozialen Klassen bescherte, welche die Revolution ablehnten: Kleinbürger und besitzende Bauern.⁸

Im Herbst 1936 setzten die Nationalisten zum Frontalangriff auf die Hauptstadt Madrid an. Die Verteidiger konnten den Angriff zurückschlagen und so die Parole der KP-Führerin Dolores Ibárruri „no pasarán!“

6 Siehe Walther L. Bernecker: *Krieg in Spanien 1936-1939*, Darmstadt 2005, S.133ff.

7 Siehe ebenda, S.103ff.; Andreas Baumer: *Kommunismus in Spanien. Die Partido Comunista de España – Widerstand, Krise und Anpassung (1970-2006)*, Baden-Baden 2008, S.65ff.

8 Siehe ebenda, S.82ff.

(Sie werden nicht durchkommen!), die noch heute bei antifaschistischen Demonstrationen in Gebrauch ist, Wirklichkeit werden lassen.⁹

Innerhalb des republikanischen Lagers formten sich verschiedene Interpretationen des Bürgerkriegsgeschehens aus. Die eine deutete den Konflikt als Kampf gegen den Faschismus und für die Freiheit. Die Verteidigung Madrids war ihr emblematischer Erinnerungsort, Antifaschismus war gleichbedeutend mit der Verteidigung der Republik. Revolutionäre Stimmen sprachen jedoch, so das zweite Narrativ, von Klassenkampf und revolutionärem Krieg.¹⁰ Die dritte Deutung war die eines Unabhängigkeitskrieges.¹¹ Diese drei Versionen koexistierten bis zum Kriegsende und darüber hinaus und waren ineinander verschränkt.

Als ein wichtiges Ziel gaben die verschiedenen Zweige der spanischen Arbeiterbewegung die Einheit der Arbeiterklasse aus. In diesem Sinne schlachteten sie z. B. die erfolgreiche Verteidigung der Hauptstadt propagandistisch aus, die durch vereintes Handeln erreicht worden sei. Gerade während des Bürgerkrieges erwies sich die geforderte Einheit jedoch immer wieder aufs Neue als politische Illusion. Von manchen temporären Bündnissen abgesehen, gab es stattdessen zahlreiche, auch gewaltsam ausgetragene Auseinandersetzungen. Zweimal – im Mai 1937 und im März 1939 – kam es in der republikanischen Zone sogar zu „Bürgerkriegen im Bürgerkrieg“.

Eine der zentralen Auseinandersetzungen innerhalb des linken Lagers betraf die Frage der richtigen Kriegführung. Die Anarchisten und die Marxisten des POUM setzten auf das Motto „Sieg im Krieg durch Revolution“. Für sie war der Krieg nur durch zeitgleiches Vorantreiben der revolutionären Umgestaltung zu erreichen. Die Kommunisten argumentierten hingegen, dass zunächst der Krieg gewonnen werden müsse und erst dann die Revolution durchgeführt werden könne.

Dieser Meinungsstreit berührte auch die Frage der Organisierung des Krieges. Die Revolutionäre wollten an den Milizen festhalten, die sich im Sommer 1936 spontan gebildet hatten. Die Milizen waren revolutionäre Kampfverbände, in denen Soldatenkomitees ihre Anführer wählten, es keine Rangabzeichen gab und ein Einheitssold gezahlt wurde. Das Ge-

9 Siehe Rede von D. Ibárruri in Radio Madrid 19.7.1936, in: Walther L. Bernecker (Hrsg.): *Der Spanische Bürgerkrieg. Materialien und Quellen*, Frankfurt/Main 21986, S.64f.

10 Siehe Paul Preston: *The Spanish Civil War. Reaction, revolution and revenge*, New York-London 2007, S.238; Xosé Manoel Núñez Seixas: „Fuera el invasor“. *Nacionalismos y movilización bélica durante la guerra civil española (1936-1939)*, Madrid 2006, S.59f.

11 Siehe ebenda, S.31ff.

genmodell war der Neuaufbau eines Militärs nach klassischem Modell, Volksarmee genannt. Der PCE organisierte seine Miliz, das Fünfte Regiment, von Beginn an nach militärischen Prinzipien und stellte sich als „el partido de la guerra“ (Partei des Krieges) dar, der wüsste, wie der Krieg zu gewinnen sei.¹²

Mit fortschreitender Zeit gelang es den Kommunisten, rechten Sozialisten und Republikanern, die Revolution Schritt für Schritt zurückzudrängen. Das entscheidende Datum ist der Mai 1937, als sich Milizen von CNT und POUM in Barcelona bewaffnete Auseinandersetzungen mit kommunistischen und katalanischen Truppen lieferten. Die Kämpfe blieben zwar ohne eindeutigen Sieger, doch in der Folge wurde der Sozialist Juan Negrín Ministerpräsident. In seiner Regierung hatten die Kommunisten großen Einfluss, den sie nutzten, um die Kollektive in den Städten und auf dem Land zu behindern oder gleich ganz zu zerstören.¹³ Sowjetische Geheimagenten und PCE-Kader verfolgten Anhänger des POUM und der CNT. Sie richteten Geheimgefängnisse ein, wo sie ihre Gegner folterten und nicht wenige von ihnen ermordeten.¹⁴

Schrittweise setzte die Negrín-Regierung auch den Aufbau des Volksheeres durch. Die Kommunistische Partei besetzte darin viele Schlüsselpositionen und erlangte so eine große Machtfülle. Im weiteren Kriegsverlauf konnte die Republik allerdings auf den Schlachtfeldern kaum Erfolge verzeichnen. Der Krieg ging etappenweise verloren. Im März 1939 putschten schließlich vereinte Kräfte aus Offizieren, Sozialisten und Anarchisten erfolgreich gegen Negrín und die Kommunisten. Erneut beschossen sich Linke gegenseitig, diesmal in Madrid. Der erhoffte Verhandlungsfrieden scheiterte gleichwohl an der intransigenten Haltung General Francisco Francos.

Für die spanische Arbeiterbewegung bedeutete das Kriegsende am 1. April 1939 die Enttäuschung jeglicher Hoffnung auf eine revolutionäre Umgestaltung der spanischen Gesellschaft und die brutale Installierung des Faschismus: Die Arbeiterorganisationen wurden zerschlagen, ihre Aktivistinnen und Aktivisten mussten ins Ausland fliehen. Wem das nicht gelang, dem drohte Gefangenschaft, Folter, Hunger, Zwangsarbeit oder das Erschie-

12 Siehe Baumer, *Kommunismus*, S.84ff.

13 Siehe Helen Graham: *The Spanish republic at war 1936-1939*, Cambridge 2002, S.230ff., 312ff.

14 Siehe Mühlen, *Spanien*, S.144, 175; Michael Schumann/Heinz Auweder: *A las barricadas. Triumph und Scheitern des Anarchismus im Spanischen Bürgerkrieg*, Grafenau 1987, S.113ff.

Bungskommando. Der faschistischen Vernichtungskampagne fielen bis zu 200.000 Menschen zum Opfer.¹⁵ Die Mörder verscharrten viele von ihnen in Straßengräben oder Brunnenschächten. Sie wurden zu „Desaparecidos“ (Verschwundene), deren Schicksal vielfach bis zum heutigen Tag nicht aufgeklärt ist. Unter den Überlebenden hinterließ der Terror nachhaltige Spuren.

Linke Erinnerungsgeschichte in der Nachkriegszeit (1939-1959)

Die Erinnerungsgeschichte der spanischen Arbeiterbewegung nach 1939 war bestimmt von dieser totalen Niederlage im Bürgerkrieg. Der franquistische Terror, die allgegenwärtige Geschichtspropaganda der Diktatur und die Unterdrückung abweichender Geschichtserzählungen führten zu einem „Memorizid“¹⁶: Die Erinnerungen der linken Verlierer und Opfer wurden aus dem kollektiven Gedächtnis Spaniens getilgt.

Selbst in der Familie und im Freundeskreis wurden die historischen Erfahrungen häufig nicht weitergegeben. Viele Linke waren so traumatisiert, dass sie mit ihren Kindern nicht über die Vergangenheit sprechen konnten. Die Diktatur „lehrte“ die „einfachen Leute“ zudem, dass es ihnen nicht zustand, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.¹⁷ So zogen sich viele Mitglieder von Gewerkschaften und linken Parteien aus der Politik zurück und versuchten, durch Migration in die industriellen Zentren Spaniens und Nordeuropas ihr Los zu verbessern.

Dennoch gibt es eine linke Erinnerungsgeschichte nach 1939, denn im Exil und im antifranquistischen Widerstand artikulierten sich kollektive Formen von Erinnerung. Allerdings wirkten die Konfrontationen der Bürgerkriegszeit auch nach Kriegsende in der Arbeiterbewegung noch stark fort. Über Jahre hinaus stritten sich die Linken über die Frage, warum sie den Krieg verloren hatten.¹⁸

15 Siehe Paul Preston, *The Spanish Civil War*, S.302; Michael Richards: *A time of silence. Civil war and the culture of repression in Franco's Spain, 1936-1945*, Cambridge 1998, S.30.

16 Siehe Javier Rodrigo: *Omnipresentes o invisibles*, in: *El País*, 27.11.2005. www.elpais.com/diario/2005/11/27/opinion/1133046008_850215.html (18.3.2013).

17 Siehe Susanna Narotzky/Gavin Smith: „Being político“ in Spain. An ethnographic account of memories, silences and public politics, in: *History and Memory*, 14 (2002) 1-2, S.189-228, hier S.203, 220.

18 Die Debatte fand ihren publizistischen Niederschlag in einer Reihe von Schriften. Siehe u. a. Diego Abad de Santillán: *Por qué perdimos la guerra? Una contribución a la historia de la tragedia española*, Madrid 1975 [Erstausgabe: Buenos Aires 1940]; José Díaz: *Las lecciones de la guerra del pueblo español (1936-1939)*, o. O. o. J.

Anarchisten und viele Sozialisten warfen den Kommunisten eine einseitig an den Interessen der Sowjetunion ausgerichtete Politik vor, die über Leichen ging. Die Anarchisten brandmarkten den PCE zudem für die Angriffe auf die Kollektivbewegung. Die Kommunisten konterten, die Kollektivierungen seien durch Zwang zustande gekommen. Außerdem hätten Anarchisten wie Sozialisten die nötige Einheit der Arbeiterklasse hintertrieben und die Republik im März 1939 verraten.

Die vergangenheitsbezogenen Kontroversen prägten den linken Widerstand in der Nachkriegszeit. Für die Inlandsaktivisten war es angesichts der tagtäglich erlebten Unterdrückung prioritär, die Diktatur mit allen Mitteln zu beseitigen. Doch die Exilanten blieben in besonderem Maße ihrer politischen Biografie und Ideologie verpflichtet. Vor allem sie verwiesen auf die Geschichte, um eine bestimmte politische Strategie oder Orientierung zu legitimieren. So lehnten Anarchisten wie Sozialisten aufgrund ihres historisch begründeten Antibolschewismus jahrzehntelang jegliche Zusammenarbeit mit dem PCE ab. Das verhinderte ein vereintes antifranquistisches Vorgehen – ein Grund für die neuerliche Niederlage, als es in den 1940er-Jahren nicht gelang, die Franco-Diktatur zu stürzen.¹⁹

Auch innerhalb der einzelnen Strömungen der Arbeiterbewegung konkurrierten unterschiedliche Geschichtsinterpretationen. Besonders deutlich wird das anhand der CNT, die sich Mitte der 40er-Jahre in zwei Organisationen spaltete. Die sogenannten „Apolitischen“ sahen in den Regierungsbeteiligungen der CNT während des Krieges den Grund dafür, dass die libertäre Revolution zerstört worden war. Sie wollten zu einem konsequent revolutionären Kurs zurückkehren. Ihre Gegenspieler, die „Politischen“, pochten hingegen darauf, dass es keine Alternative zur Zusammenarbeit mit den übrigen Volksfrontkräften gegeben habe. Und um die Franco-Diktatur zu stürzen, müsse die CNT mit der Bündnispolitik fortfahren.²⁰

Nach dem Sieg der Alliierten über die Achsenmächte im Zweiten Weltkrieg war die Hoffnung auf den Sturz des Franco-Regimes unter den Antifranquistinnen und Antifranquisten groß. Für die klandestinen Gewerkschaften und die antifranquistische Guerilla jener Zeit übten zudem linke Gegengeschichten eine mobilisierende Funktion aus. Diese Gegengeschichten entsprachen den skizzierten Narrativen des Bürgerkrieges: Ei-

19 Siehe Hartmut Heine: *La oposición política al franquismo. De 1939 a 1952*, Barcelona 1983, S.474.

20 Siehe Ángel Herrerín López: *La CNT durante el franquismo. Clandestinidad y exilio (1939-1975)*, Madrid 2005, S.36ff., 92ff., 358ff.

ne davon war die der sozialen Revolution, die vor allem für die Anarchisten wichtig war. Eine zweite erzählte von der Verteidigung der Republik. Sie bestimmte die politischen Gedächtnisse von Sozialisten und Kommunisten. In der Rahmengeschichte des antifaschistischen Kampfes trafen sich beide. Das Narrativ Unabhängigkeitskrieg – wenn man es als Gegengeschichte bezeichnen möchte – trat hingegen zurück und war nur noch unter den Kommunisten virulent.

Zugleich hofften die Antifranquisten auf Unterstützung der Alliierten und versuchten mittels diverser Bündnisse und diplomatischer Initiativen, die Diktatur zu beseitigen. Als Anarchisten und Sozialisten mit monarchistischen Kräften gegen das Regime konspirierten, wies das in eine andere Richtung als in die einer linker Geschichtsermächtigung durch „heiße“ Erinnerungskultur. Denn die Basis der Gespräche war die Verständigung ehemaliger Feinde. Schon zu dieser Zeit, Mitte/Ende der 1940er-Jahre, erachteten die Verhandlungspartner dazu eine breite Amnestie für politische Delikte als notwendig.²¹

Um 1950 herum erlitt die Arbeiterbewegung eine zweite vernichtende Niederlage: Die Alliierten hatten nicht in Spanien interveniert, der franquistische Repressionsapparat zerschlug die Guerilla sowie die anarchistische und die sozialistische Gewerkschaft. Der PCE reagierte auf diese erneute Niederlage ab 1956 mit einer geschichtspolitisch-strategischen Wende unter dem Stichwort der „reconciliación nacional“ (nationale Versöhnung). Alle antifranquistischen Kräfte, auch solche aus dem ehemals nationalistischen Block, sollten die Spaltung des Landes überwinden und, auf friedlichem Weg, die Demokratie erringen.²²

Die neue Strategie der Kommunisten korrespondierte mit der Haltung einer nachwachsenden Generation, für die das Manifest einer sozialistischen Hochschulgruppe die Formel „Kinder der Sieger und der Besiegten“ fand.²³ Diese Nachkommen der Bürgerkriegsgeneration wiesen die franquistische Geschichtspromaganda von den sich bekämpfenden zwei Spanien – das katholisch-traditionelle Spanien versus das marxistische und liberale „Anti-España“ – zurück, ersetzten dieses Bild aber auch nicht durch linke Gegengeschichten.²⁴

21 Siehe Santos Juliá: *Los socialistas en la política española, 1879-1982*, Madrid 1996, S.315.

22 Siehe Baumer, *Kommunismus*, S.128ff.

23 Siehe Agrupación Socialista Universitaria: *Manifiesto*. Madrid 1.4.1956, in: Francisco Bustelo: *La izquierda imperfecta. Memorias de un político frustrado*, Barcelona 1996, S.22f.

24 Siehe Santos Juliá: *Historias de las dos Españas*, Madrid 2004, S.437ff.

Ein Grund hierfür bestand darin, dass die innerlinken Grabenkämpfe entmutigten statt mobilisierten. Für die Kindergeneration waren außerdem die Opfererinnerungen der Eltern eine große Belastung. Hinzu kam, dass mit dem Gegenwartsbezug auch Kinder der Sieger in den Kampf gegen die Diktatur integriert werden konnten.

Zweite Hälfte des Franquismus (1959-1975)

Etwa zeitgleich, ab Ende der 1950er-Jahre, entstanden in Spanien neue gewerkschaftliche Organisationen wie die Arbeiterkommissionen (Comisiones Obreras, CCOO). Die Zerschlagung der historischen Gewerkschaften CNT und UGT, der Generationenwechsel sowie tief greifende sozioökonomische Veränderungen wie Migrationsbewegungen und eine intensive Industrialisierung in den 60er-Jahren lassen Historiker von einer Zäsur in der Geschichte der spanischen Arbeiterbewegung sprechen.²⁵

Diese neue Arbeiterbewegung verortete kollektive Identität kaum noch in der Vergangenheit, sondern in ihren gegenwartsbezogenen Kämpfen um konkrete soziale Verbesserungen und gegen die Diktatur. Der 1956 eingeleitete Strategiewechsel ermöglichte es dem PCE, in den folgenden Jahren zur dominanten Kraft des antifranquistischen Widerstandes zu werden. Die Kommunisten spielten in den Arbeiterkommissionen, in der Studentenbewegung und in weiteren sozialen Bewegungen eine wichtige Rolle. Zur selben Zeit führten dagegen Anarchisten und Sozialisten im Inland ein Schattendasein.

Die große Mehrheit der Antifranquisten traf in der zweiten Hälfte der Diktatur die, paradox formuliert, geschichtspolitische Entscheidung, keine Geschichtspolitik mehr zu betreiben. Statt aus Gegengeschichten Mobilisierungskraft zu schöpfen, wurde Versöhnung zum Leitmotiv der Opposition. Diese konnte sich darüber hinaus auf Demokratie als Ziel, Gewaltfreiheit als Mittel und die Notwendigkeit einer umfassenden Amnestie einigen. Nach Auffassung der Antifranquisten durfte die gewalttätige Vergangenheit die Zukunft Spaniens nicht bestimmen.²⁶

25 Siehe Holm-Detlev Köhler: Spaniens Gewerkschaftsbewegung. Demokratischer Übergang, Regionalismus, ökonomische Modernisierung, Münster 1993, S.72; Baumer, Kommunismus, S.146.

26 Siehe Santos Juliá/José-Carlos Mainer: El aprendizaje de la libertad (1973-1986). La cultura de la transición, Madrid 2000, S.31ff.; Javier Muñoz Soro: Entre la memoria y la reconciliación. El recuerdo de la República y la guerra en la generación de 1968, in: Historia del Presente, 2 (2003), S.83-100, hier S.86.

Dieses antifranquistische Versöhnungsparadigma lehnte tatsächlich nur eine Minderheit innerhalb der radikalen Linken offen ab. Ein Beispiel hierfür ist die Kommunistische Partei Spaniens (marxistisch-leninistisch) (Partido Comunista de España [marxista-leninista]), eine maoistische Abspaltung vom PCE.²⁷ Selbst die CNT formulierte etwa in der Frage der Straffreiheit für die Verbrechen des Franquismus keine offensive Position.

Versöhnung und Vergessen, die geschichtspolitischen Maximen der *Transición*²⁸ der 1970er-Jahre, hat also der Antifranquismus vorweggenommen. Mit dem antifranquistischen Versöhnungsparadigma ging außerdem bereits das Geschichtsbild vom Konflikt der Jahre 1936 bis 1939 als Bruderkrieg und nationale Tragödie einher.²⁹

Ein interessanter Befund meiner Forschung ist allerdings, dass der PCE einen doppelten erinnerungskulturellen Diskurs verfolgte. In der Außendarstellung propagierten die Kommunisten Versöhnung und die Überwindung der kriegesischen Vergangenheit. Zugleich verzichteten sie nicht auf die identitätsstiftende Funktion von Erinnerungskultur. In parteiinternen Schulungen und Kampagnen bedienten sie sich beispielsweise geschichtspolitischer Argumentationen. So leitete der CCOO-Führer Marcelino Camacho die Notwendigkeit einer Einigung der antifranquistischen Gewerkschaftsbewegung aus dem Bürgerkrieg her.³⁰

In ihren historischen Texten wiederholten die Kommunisten die immergleiche Geschichtsversion. Demnach war der PCE die konsequenteste antifaschistische Kraft, was sich schon im Bürgerkrieg gezeigt hätte.³¹ Obwohl die Angehörigen der jüngeren Generation vom Bürgerkrieg meist nichts wissen wollten, half dieser selbst produzierte Ruhm vom aufrechten Antifaschismus der KP paradoxerweise bei der Mitgliederwerbung unter der jungen Generation.

27 Siehe die geschichtspolitische Programmschrift dieser Partei: Partido Comunista de España (marxista-leninista): *La guerra nacional revolucionaria del pueblo español contra el fascismo*. Análisis crítico, Spanien 2006. www.pceml.info/index.php?s=nuestra+guerra+nacional+revolucionaria (24.7.2014).

28 Unter *Transición* wird in Spanien die Übergangsphase vom Franquismus zur konstitutionellen Monarchie verstanden (1975-1982). Siehe unten.

29 Siehe Juliá/Mainer, *El aprendizaje*, S.39, 48.

30 Siehe Marcelino Camacho: *Charlas en la prisión. El movimiento obrero sindical*, Paris 1974, S.44, 62ff.

31 Siehe Dolores Ibárruri u. a.: *Historia del Partido Comunista de España (Versión abreviada)*, Paris 1960.

Die Transición (1975-1982)

Nach Francos Tod im November 1975 konnte der Antifranquismus die anvisierte demokratische Revolution aufgrund der politischen Kräfteverhältnisse nicht durchsetzen. Schließlich fanden sich PCE und PSOE dazu bereit, mit Angehörigen der franquistischen Elite einen Übergang zur Demokratie auszuhandeln. Konsens und Versöhnung entwickelten sich zu den Leitideen der Transición. Geschichtspolitisch bedeutete das, dass es weder zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Franco-Diktatur kam, noch die Entbehrungen des antifranquistischen Kampfes im öffentlichen Diskurs Anerkennung erfuhren.³²

Den zentralen Akt der Versöhnungspolitik, die Verabschiedung eines Amnestiegesetzes im Oktober 1977 durch das neu gewählte Parlament, hatte die Opposition gefordert, um den letzten antifranquistischen Gefangenen die Freiheit zu ermöglichen. Zugleich wurden damit auch die Verbrechen der Diktatur amnestiert.³³

Was brachte die linken Abgeordneten dazu, diese Konsequenz zu akzeptieren? Einerseits war es die Einsicht in die machtpolitischen Gegebenheiten. Die Freilassung der politischen Gefangenen und die Demokratisierung waren letztlich wichtige Erfolge. Andererseits spielte auch die berechtigte Angst vor einem Militärputsch eine große Rolle. Zu guter Letzt hatten viele Linke den Versöhnungsgedanken wohl tatsächlich verinnerlicht. Jedenfalls stieß der „Pakt des Vergessens“ (*pacto del olvido*), wie der Verzicht auf moralische sowie juristische Aufarbeitung der Diktatur später genannt wurde, in der Arbeiterbewegung kaum auf Widerspruch.

Eine – wenn auch schwach ausgeprägte – gegenläufige Entwicklung zum Vergessensimperativ der Transición war, dass die Erinnerungen an die Opfer der franquistischen Vernichtungskampagne der 30er- und 40er-Jahre in einer zeitweiligen sozialen Bewegung auflebten. Diese war der Vorläufer der Erinnerungsbewegung, die seit dem Jahr 2000 aktiv wurde.³⁴

32 Siehe Walther L. Bernecker/Sören Brinkmann: Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936-2008, Nettersheim 42008, S.229ff., 262ff.

33 Siehe Carme Molinero: La ley de amnistía de 1977. La reivindicación antifranquista y su lectura treinta años después, in: Espuny Tomás/María Jesús/Olga Paz Torres (Hrsg.): 30 años de la ley de amnistía (1977-2007), Madrid 2009, S.41-55.

34 Seit der Jahrtausendwende hat eine linke Erinnerungsbewegung das Schicksal der Desaparecidos auf die politische Tagesordnung in Spanien gesetzt. Siehe Alexandre Froidevaux: Erinnerungskultur ‚von unten‘ in Spanien. Eine Oral History-Untersuchung der „recuperación de la memoria histórica“ in Valencia (2000-2005), Berlin 2007.

Die Aktivistinnen und Aktivisten exhumierten die Desaparecidos und begruben sie feierlich.

Diese erinnerungspolitische Bewegung wurde marginalisiert und mundtot gemacht, obwohl sie das Versöhnungsparadigma ausdrücklich bejahte. Denn in einem zentralen Punkt wich sie von diesem ab: Nicht Beschweigen und Vergessen, sondern gerade Erzählen und die Wahrheit über die Verbrechen sollten zu Versöhnung führen und alte Wunden heilen. Das war im herrschenden Diskurs der *Transición* nicht vorgesehen.³⁵

Auch die um 1970 entstehende neue Frauenbewegung entdeckte im Laufe der Jahre die eigene verschüttete Geschichte wieder. Frauen hatten im Bürgerkrieg in großem Maße die ihnen bis dahin zugewiesene Beschränkung auf die private Sphäre durchbrochen. Auch im antifranquistischen Widerstand hatten sie eine wichtige Rolle gespielt.

Dies war lange Zeit in linken Kollektivgedächtnissen ignoriert worden. Dafür war nicht nur die Diktatur, sondern auch der patriarchale Zuschnitt der spanischen Linken verantwortlich. Als Feministinnen in den 70er-Jahren begannen, sich ihre Geschichte wieder anzueignen, schloss das auch die Erlebnisse von den vielen Frauen mit ein, welche die franquistischen Gefängnisse und Folterkammern kennenlernen mussten.³⁶

Schließlich lebte auch die kurzzeitige Renaissance der CNT von der Erinnerung, in diesem Fall von derjenigen an die libertäre Revolution.³⁷ Über Jahre hatten sich die Anarchisten durch erinnerungskulturelle Veranstaltungen im Exil oder in historiografischen Büchern bemüht, die welthistorische Bedeutung der Kollektivierungsbewegung der Jahre 1936 bis 1939 zu betonen. Die Revolution stellte eine identitätsstiftende Klammer für alle Anarchisten dar. Gleichwohl lebten in der anarchistischen Bewegung widerstreitende politische Gedächtnisse fort. Das ist ein Grund dafür, weshalb die CNT in der Demokratie nicht zu früherer Stärke zurückfand.

35 Siehe Marije Hristova-Dijkstra: *Memoria, olvido y la apertura de las fosas comunes de la guerra civil en 1979-1981 y 2000-2006*, Magisterarbeit, Groningen 2007 (unveröffentlicht); Siehe auch Froidevaux, *Erinnerungskultur*, S.58ff., 100.

36 Siehe Temma Kaplan: *Taking back the streets. Women, youth, and direct democracy*. Berkely-Los Angeles-London 2004, S.180f.; Giuliana di Febo: *Memoria de mujeres en la resistencia antifranquista*. *Contexto, identidad, autorepresentación*, in: *Arenal*, 4/2 (1997), S.239-254, hier S.244f.

37 Siehe Alfredo González/Juan Pablo Calero: *La CNT en la transición. Una raíz profunda*, in: <http://sovmadrid.cnt.es/la-cnt-en-la-transici%C3%B3n-una-ra%C3%ADz-profunda> (25.7.2014).

Fazit

Die historische Reichweite linker Gegengeschichten, so lässt sich resümieren, erstreckte sich hauptsächlich auf die 1940er-Jahre. Eine „heiße“ Erinnerungskultur verfolgten danach lediglich die zahlenmäßig unbedeutenden radikalen Antifranquistinnen und Antifranquisten. Für die übrigen dienten Gegengeschichten, wenn überhaupt, nur zur identitären Selbstvergewisserung, weniger als Auftrag zum politischen Kampf.

Allerdings zeigt gerade der doppelte erinnerungskulturelle Diskurs, wie anhand des PCE vorgestellt, dass Geschichte selbst dann eine wichtige Ressource für die Politik der Linken bleibt, wenn diese sich von ihr eigentlich verabschiedet. In einer historischen Ausnahmesituation – entstanden durch die wiederkehrende brutale Zerstörung der Arbeiterbewegung – hörte die spanische Linke zwar auf, „in Geschichte zu sprechen“.³⁸ Das galt aber eben nur eingeschränkt.

In der *Transición* kam es sodann nicht zu einer großflächigen Wiederkehr der Geschichte, also etwa einer gesellschaftlichen Thematisierung der franquistischen Massenverbrechen. Wäre die Kräftekonstellation in den 1970er-Jahren eine andere gewesen, hätte die geschichtspolitische Entwicklung freilich eine ganz andere Wendung nehmen können.

Für die Erinnerungsgeschichte der spanischen Linken nach 1939 ist außerdem der Komplex der Opfererinnerungen von entscheidender Wichtigkeit. Hierzu lässt sich feststellen: Vergessen kann zwar nicht befohlen werden, aber gesellschaftlich gesehen war der Franquismus in dieser Hinsicht nichtsdestotrotz außerordentlich erfolgreich. Die Opfer und ihre Angehörigen wurden zum Schweigen gebracht.

Entscheidend für diesen „Memorizid“, die Vernichtung von Erinnerung, war einerseits eine durch die franquistische Repression erzeugte Kultur der Angst. Andererseits, und das ist eine Besonderheit des spanischen Falles, war die Dauer der Diktatur von fast vierzig Jahren für das Vergessen auf gesellschaftlicher Ebene ursächlich. Der Zeitfaktor spielte eine große Rolle.³⁹ Im Spanien der *Transición* gehörte die frühfranquistische Vernichtungskampagne einer anderen Epoche an, in der viele Spanierinnen und Spanier noch nicht geboren oder kleine Kinder gewesen waren.

38 Siehe Mayer, *Contrahistorias*, S.131.

39 Im Argentinien der 1980er-Jahre waren die Erinnerungen an die Gewalttaten der Militärdiktatur beispielsweise noch frisch.

Verstärkend kam noch das antifranchistische Versöhnungsparadigma hinzu. Aus einer Position der Ohnmacht heraus legte die Arbeiterbewegung den Opferaspekt beiseite und beförderte so dessen Unsichtbarkeit. Der Vergessenspakt der Transición verlängerte dieses Vergessen bis zur Jahrtausendwende und teilweise bis heute.

A Poor People's Movement? Erwerbslosenproteste in Berlin und New York in den frühen 1930er-Jahren

Philipp Reick

Die Krise der vergangenen Jahre hat einmal mehr Proteste in den Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit gerückt, die sich durch ihre direkten Aktionsformen und die unmittelbare Durchsetzung konkreter Forderungen auszeichnen. Ob nachbarschaftlicher Widerstand gegen Zwangsversteigerungen in Barcelona, ob Blockierungen öffentlicher Räume durch arbeitslose Jugendliche in Athen oder die Inbesitznahme leerstehender Gebäude durch Einwohner Detroits, die sozialen Bewegungen der vergangenen Jahre sind gekennzeichnet von einem wahren Revival kleinteiliger Basisorganisation und Aktionen zivilen Ungehorsams.¹ Vor dem Hintergrund dieses neuen transatlantischen Protestzyklus erörterte die Soziologin Frances Fox Piven im Sommer 2009, welche Herausforderungen sich aus der gegenwärtigen Krise des Postfordismus für die sozialen Bewegungen der Prekarierten ergäben. Piven baute dabei auf der Idee der „Poor People's Movements“ (PPM) auf, die sie vor mehr als drei Jahrzehnten gemeinsam mit Richard Cloward in einer Monographie entwickelt hatte.² Am Beispiel unterschiedlicher Bewegungen der jüngeren US-Geschichte argumentierten Piven und Cloward darin, dass PPM bei der Verteidigung ihrer Interessen immer dann erfolgreich waren, wenn sie direkt und unmittelbar Widerstand leisteten, während sie demgegenüber im-

1 Für die Aktivitäten der spanischen Bürgerinitiative gegen Zwangsversteigerungen, siehe etwa Jordi Mir García u. a.: *Fundamentos de la Plataforma de Afectados por la Hipoteca. Activismo, asesoramiento colectivo y desobediencia civil no violenta*, in: *Educación social: Revista de intervención socioeducativa*, H. 55 (2013), S.52–61. Für eine Einschätzung der griechischen Version der Indignados, siehe Nikos Sotirakopoulos/George Sotiropoulos: 'Direct Democracy Now! The Greek Indignados and the present cycle of struggles', in: *Current Sociology*, Jg. 61, H. 4 (2013), S.443–56. Für Aktivitäten der US-Amerikanischen Right to the City Alliance, siehe z.B. Robert Fisher u.a.: 'We Are Radical'. The Right to the City Alliance and the future of community organizing, in: *Journal of Sociology & Social Welfare* Jg. 40, H. 1 (2013), S.157-182.

2 Siehe das Panel „Bestrafen der Armen – (Neu)Formierung des neoliberalen Staates?“, Podiumsdiskussion auf der Konferenz „Class in Crisis. Das Prekariat zwischen Krise und Bewegung“ am 19.06.2009 in Berlin, veranstaltet von der Rosa Luxemburg Stiftung, URL: <http://www.rosalux.de/class-in-crisis/class-in-crisis-freitag/bestrafen-der-armen.html>, zuletzt eingesehen am 15.09.2014.

mer dann scheiterten, wenn sie Repräsentationen und Organisationen zur Wahrung ihrer Anliegen aufbauten. Die beiden Autoren gehen zunächst von einer politisch-ökonomischen Krisensituation aus, die einen massenhaften Protest der Unterschichten auslöste. Nun seien zwei parallele Entwicklungen zu beobachten. Auf der einen Seite entlade sich dieser Protest in direkten Aktionen der Unterprivilegierten und zwingen unter Umständen die politischen Eliten kurzfristig zu Zugeständnissen. Auf der anderen Seite begännen Organisatoren und Führer der Bewegung den Protest zu vereinheitlichen, einzufangen und in institutionelle Bahnen zu lenken. Damit entzögen sie jedoch dem spontanen Protest langfristig die Grundlage, da fortan eher der Aufbau der Organisation selbst als die Durchsetzung der Interessen der Armen in den Vordergrund trete. Sobald der massenhafte Protest erlahmte, verlöre sich der oppositionelle Charakter der Organisation.³ Pivens und Clowards Ansatz wurde seit Veröffentlichung zwar mitunter kritisch betrachtet, regte jedoch eine Vielzahl von Untersuchungen an, die sich theoretisch wie historisch-empirisch mit der Bedeutung von PPM besonders vor dem US-amerikanischen Hintergrund beschäftigten.⁴ Die europäische Sozial- und Arbeiterinnengeschichte dagegen, und hier insbesondere die deutsche, blieb davon jedoch merklich unberührt. Zu sehr, so scheint es, sträuben sich die Erfahrungen dicht organisierter Massenbewegungen im späten 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gegen den von Piven und Cloward angebotenen Analyserahmen. Schließlich spielten Nachbarschaftsgruppen, lokale Initiativen

3 Frances Fox Piven/Richard A. Cloward: *Aufstand der Armen*, Frankfurt am Main 1986, S.22.

4 Siehe etwa die Beiträge in der Sondernummer zu PPM in der Zeitschrift „*Perspective on Politics*“ der American Political Science Association, Fred Block: *Organizing versus Mobilizing. Poor People's Movements after 25 Years*, in: *Perspectives on Politics* Jg. 1, H. 04 (2003), S.733–35; Joel Lefkowitz: *The success of Poor People's Movements. Empirical tests and the more elaborate model*, in: ebenda, S.721–26; Frances Fox Piven: *Retrospective comments*, in: ebenda, S.707–10; Sidney Tarrow: *Crossing the ocean and back again with Piven and Cloward*, in: ebenda, S.711–14. Siehe auch Melvin F. Hall: *Poor people's social movement organizations. The goal is to win*, Westport, Conn. 1995. Für einen nicht-amerikanischen Beitrag, siehe Asef Bayat: *Street politics. Poor People's Movements in Iran*, New York 1997. Für kritische Stimmen zu Pivens und Clowards Ansatz siehe Eric J. Hobsbawm: *Should the poor organize?*, in: *The New York Review of Books*, Jg. 25, H. 4 (1978), S.44–49; Sanford F. Schram: *The praxis of Poor People's Movements. Strategy and theory in dissensus politics*, in: *Perspective on Politics*, Jg. 1, Heft 4 (2003), S.715–20; Steve Valocchi: *The unemployed workers movement of the 1930s. A reexamination of the Piven and Cloward thesis*, in: *Social Problems*, Jg. 37, H. 2 (1990), S.191–205.

und lockere Zusammenschlüsse prekarisierter Menschen gegenüber der Organisierung in Gewerkschaft und Partei in der deutschen Geschichte eine marginale Rolle. Diese Sicht soll im Folgenden relativiert werden. In den frühen 1930er-Jahren erlebten deutsche Großstädte ein rasches Anwachsen von Erwerbslosenprotesten, die eigene Aktionsformen prägten und mitunter parteiferne kulturelle Milieus ausbildeten. Zwar mühten sich insbesondere die KPD-nahen Organisationen um eine Einbindung lokaler Erwerbslosengruppen, allerdings, wie diese selbst eingestehen mussten, häufig ohne Erfolg.⁵ Der hier vorgenommene Vergleich von Berlin und New York City soll zeigen, dass Erwerbslose trotz aller Unterschiede in beiden Städten durchaus ähnliche Erfahrungen hinsichtlich Selbstorganisation und politischem (Miss-)Erfolg machten. Dabei beschränken sich die folgenden Seiten auf lediglich einen Aspekt des PPM-Ansatzes, nämlich die Frage, unter welchen Bedingungen autonomer, direkter Protest armer, marginalisierter Menschen in einem lokal begrenzten Rahmen erfolgversprechend war. Welche Rolle die Institutionalisierung des Protests dabei spielte und ob dies tatsächlich, wie Piven und Cloward schlussfolgern, in „der Widerspenstigen Zähmung“ mündete, soll hier nicht untersucht werden. Bevor wir uns den Erfahrungen der Erwerbslosen widmen, sei hier noch kurz angemerkt, dass Arbeits- und Erwerbslosigkeit in diesem Beitrag synonym verwendet werden, auch wenn ersteres streng genommen bedeutet, ohne Beschäftigung zu sein, während letzteres impliziert, kein Auskommen zu haben. Tatsächlich aber hat freilich weder der Arbeitslose nichts zu tun noch der Erwerbslose per se kein wie auch immer geartetes Einkommen. Die synonyme Verwendung beruft sich hier auf die ausführlichere Definition von Thorsten Unger, der beide Begriffe als Beschreibung für Personen heranzieht, „die ein vertraglich geregeltes Arbeits- oder Angestelltenverhältnis als abhängige Beschäftigte suchen, in den meisten Fällen aus einem solchen entlassen worden sind und zur Zeit kein Einkommen [...aus...] einer Arbeitstätigkeit haben.“⁶

5 So stellte 1931 z. B. die gewerkschaftliche kommunistische Jugendbewegung Berlin-Brandenburgs selbstkritisch fest, dass „sich die von uns nicht systematisch geleistete Jugenderwerbslosenarbeit als starker Mangel bemerkbar“ mache, was wiederum in der großen Zahl unorganisierter Erwerbslosengruppen zum Ausdruck kam. O. A., Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (im Folgenden GStPK), I. HA Rep. 219 Preußisches Landeskriminalpolizeiamt, Nr 37 („Jugendarbeit der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO)“).

6 Thorsten Unger: Diskontinuitäten im Erwerbsleben. Vergleichende Untersuchungen zu Arbeit und Erwerbslosigkeit in der Literatur der Weimarer Republik, Tübingen 2004, S.17.

Berlin und New York City in den frühen Jahren der Weltwirtschaftskrise

Berlin und New York stellten nach den Eingemeindungen von 1920 (Groß-Berlin) bzw. 1898 (Greater New York) nicht nur zusammen mit London die drei größten Metropolen, sondern auch zwei herausragende industrielle Zentren der westlichen Welt.⁷ Dementsprechend hart traf sie 1929 der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise. Hatte sich bereits in den Jahren zuvor eine Sockelarbeitslosigkeit gefestigt, so schnellten die Erwerbslosenzahlen nun explosionsartig in die Höhe. Seit Beginn der Krise stieg die Arbeitslosenzahl Berlins scheinbar unaufhaltsam, bis sie im Frühjahr 1933 mit stadtweit 464.126 arbeitslosen Männern und 210.970 arbeitslosen Frauen, also insgesamt um die 675.000 Erwerbslosen, ihren dramatischen Höhepunkt erreicht hatte.⁸ Das Statistische Reichsamt zählte für das Jahr 1932 im Jahresdurchschnitt sogar knapp 600.000 Arbeitslose zusätzlich gut 230.000 anerkannter Wohlfahrtserwerbsloser in Berlin.⁹ Laut Bericht des New Yorker Welfare Councils, des 1925 gegründeten Dachverbandes der privaten und öffentlichen Wohltätigkeitsorganisationen der Stadt, waren im Herbst 1932 1.150.000 Arbeiter in New York City ohne Anstellung.¹⁰ Dies entsprach einem Drittel der gesamten lohnabhängigen Bevölkerung der Stadt. Im Januar 1933 war der vom New York State Department herausgegebene Beschäftigungsindex für die Stadt New York schließlich auf 56 Prozent gefallen, d.h. beinahe die Hälfte der Er-

7 Edwin G. Burrows/Mike Wallace: *Gotham. A History of New York City to 1898*, New York u.a. 1999, S.1219-1236; Elke-Vera Kotowski: *Tanz auf dem Vulkan. Die Jahre der Weimarer Republik*, in Julius H. Schoeps/Bildagentur für Kunst, Kultur und Geschichte (Hrsg.): *Berlin: Geschichte einer Stadt*, Berlin 2007, S.120.

8 Diese Zählung geht auf eine Erhebung vom 16. Juni 1933 zurück, siehe Hertha Siemering: *Deutschlands Jugend in Bevölkerung und Wirtschaft. Eine statistische Untersuchung*, Berlin 1937, S.246, Tabelle 41. Siehe auch Lotte Zumppe: *Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Berlin 1932 bis 1935 und die Maßnahmen zu ihrer Verringerung (Vom „Papen-Plan“ zum „Göring-Plan“)*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. Sonderband. Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Berlins vom 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart*, hrsg. von der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1986, S.169-208, hier S.171.

9 Hier wird deutlich, dass die tatsächliche Zahl noch höher gewesen sein dürfte, da die nicht offiziell anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen in dieser Erhebung nicht auftauchen; siehe *Die Arbeitslosen und anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen in den Großstädten im Jahre 1932*, in: *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*, hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Jg. 52, Berlin 1933, S.298, Tabelle 14.

10 Siehe Nettie Pauline McGill/Ellen Nathalie Matthews: *The Youth of New York City*, New York 1940, o. S.

werbsabhängigen waren ohne oder ohne ausreichende Anstellung.¹¹ Anders als in New York galt in Berlin jedoch seit dem Jahr 1927 eine allgemeine Arbeitslosenversicherung, die durch das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) eingeführt worden war. Die Unterstützung Erwerbsloser fußte fortan auf drei Säulen sozialstaatlicher Absicherung. Zunächst erhielten diese, sofern sie die Bedingungen des AVAVG erfüllten, Mittel aus der paritätisch finanzierten und öffentlich subventionierten Arbeitslosenversicherung. Paragraph 87 der AVAVG konkretisierte diese Bedingungen wie folgt: „Anspruch auf Arbeitslosenversicherung hat, wer (1) arbeitsfähig, arbeitswillig, aber unfreiwillig arbeitslos ist, (2) die Anwartschaftszeit erfüllt [...und] (3) den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung noch nicht erschöpft hat.“¹² Die Anwartschaft war erst erfüllt, wenn in den zurückliegenden 12 Monaten während mindestens 26 Wochen eine versicherungspflichtige Beschäftigung bestanden hatte. Der Anspruch war hingegen erschöpft, wenn insgesamt 26 Wochen lang Arbeitslosenunterstützung gewährt wurde.¹³ Danach fielen Erwerbslose aus der Arbeitslosen- in die für wirtschaftliche Notzeiten eingerichtete, anteilig von öffentlichen Haushalten finanzierte, zweite Säule der Erwerbslosenunterstützung. Wer nach Ablauf der Anspruchsberechtigung innerhalb dieser sogenannten Krisenunterstützung immer noch keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gefunden hatte, wurde schließlich in die kommunale Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge als dritte Säule der Arbeitslosensicherung ausgesteuert. Den Kommunen oblag also neben ihrer Verantwortung für die klassische Fürsorge gegenüber einer undurchsichtigen und moralisch aufgeladenen Gemengelage von Invaliden, Erwerbsunfähigen oder Bettlern auch weiterhin die Versorgung der aus der Krisenunterstützung ausgesteuerten Erwerbslosen.

So wie der Sozialstaat der späten Weimarer Republik geprägt war von drei Säulen der Erwerbslosenunterstützung, so können auch für das New York der frühen 1930er-Jahre drei Säulen ausgemacht werden. Während die betrieblichen Reserve Funds aber niemals mehr als einer Handvoll Arbeitern effektiven Schutz boten, waren es vor allem die privat oder kirch-

11 District Research Committee: Information Bulletin No. 3, March 24, 1933, o. Bl., Tami-ment Library and Robert F. Wagner Labor Archives (im Folgenden TAM), Clarina Michelson Papers, 240, Box 3, Folder 20 (“Unemployed”), im Folgenden TAM.240.

12 Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) vom 16.07.1927, Reichsgesetzblatt, Teil 1, 22.07.1927, S.197.

13 Die Bemessungsgrundlagen verschlechterten sich jedoch aus Sicht der Leistungsbezieher im Laufe der Krisenjahre immer weiter.

lich organisierte Charity sowie die kommunale Welfare, an die sich erwerbslose New Yorker wenden konnten.¹⁴ Viele der privaten Wohlfahrts-einrichtungen brachen jedoch mit Anstieg der Arbeitslosenzahlen 1930 schlicht zusammen. Ein Bericht des Unemployment Committee's unter Bürgermeister La Guardia stellte in der Rückschau für New York fest, dass die privaten Fürsorgeorganisationen zwar unmittelbar nach Ausbruch der Krise ihre Bemühungen intensiviert und ihre Unterstützungsleistungen von 1929 bis 1932 mehr als verzehnfacht hatten, dass es jedoch mehr und mehr die öffentliche Fürsorge war, welche das Gros der Unterstützung organisierte und finanzierte.¹⁵ Im Oktober 1930 betrat die Stadt mit Einführung einer kommunal verwalteten und mit Mitteln des Staates New York und der Stadt finanzierten Erwerbslosenunterstützung sozialpolitisches Neuland. Fortan konnten Erwerbslose entweder auf eine direkte Unterstützung in Form von Food oder Rent Allowances durch das sogenannte Home Relief hoffen oder aber auf eine Aufnahme in das Work Relief, das öffentliche Notstandsarbeiten gegen Lohnersatz anbot. Doch auch dieser Schritt konnte die steigende Zahl der Bedürftigen nicht angemessen versorgen. Eine Studie der Russell Sage Foundation errechnete, dass vom Herbst 1930 bis Ende April des Folgejahres 37.531 Menschen eine solche Form des Work Relief erhielten.¹⁶ Allein in Harlem lebten jedoch laut einer Schätzung der Urban League mehr Arbeitslose, als in der ganzen Stadt in diesem Zeitraum durch Work Relief Programme erfasst waren.¹⁷ Angesichts des gewaltigen Ausmaßes der Krise des New Yorker Arbeitsmarktes machten sich nicht nur auf kommunaler, sondern auch auf staatlicher Ebene Veränderungen im Unterstützungsgefüge bemerkbar. Während die Gesetzesinitiative des New Yorker Senators Robert F. Wagner zur Unterstützung Erwerbsloser am Widerstand Präsident Hoovers scheiterte, legte New Yorks Gouverneur und späterer Nachfol-

14 Zu der Bedeutung der betrieblichen Kassen, siehe Michael B. Katz: *In the shadow of the poorhouse. A social history of welfare in America*, New York 1986, S.203.

15 Report of Mayor La Guardia's Committee on Unemployment Relief, New York City 1935, S.11, TAM, Printed Ephemera Collection on Subjects, PE.029, Box 17, Folder "Unemployment II".

16 Russell Sage Foundation (Hrsg.): *Emergency work relief. As carried out in twenty-six American communities, 1930-1931, with suggestions for setting up a program*, New York 1932, S.25.

17 National Urban League (Hrsg.): *Unemployment status of negroes. A compilation of facts and figures respecting unemployment among negroes in one hundred and six cities*, New York 1931, S.32.

ger Hoovers, Franklin D. Roosevelt, mit dem sogenannten Wicks Law ein Gesetz vor, das die Kommunen bei der Finanzierung ihrer Wohlfahrtsverpflichtungen gegenüber den Arbeitslosen des Staates New York unterstützen sollte. Konkret schuf das Gesetz die Grundlage für die Aufstellung einer einstweiligen Nothilfestelle, der Temporary Emergency Relief Association (TERA).¹⁸ Doch selbst 1932 konnte nur ein Bruchteil der Erwerbslosen in New York City von diesen Maßnahmen tatsächlich profitieren. Kein Wunder also, dass mehr und mehr Erwerbslose ihr Schicksal in die eigenen Hände nahmen.

Von Hungermärschen und Internationalen Erwerbslosendemonstrationen

„Zum Deibel nochmal, jetzt fehlt aber wieder die Miete, und ich habe noch keine Zeitung. Die Kinder keinen Groschen für Schulspeisung und das Gas noch nicht mitgerechnet. Selbst der billigste Knaster in der Pfeife fehlt. Ich werde einen Antrag auf Strychnin stellen, der wird wohl allen Erwerbslosen bewilligt werden, wenn wir vorher nicht die ganze Gesellschaft, die an unserem Elend schuld hat, dort hinschicken, wo sie hingehört.“¹⁹ Mit diesen Worten beschrieb ein Berliner im November 1931 den Spannungsbogen, in dem sich die Arbeitslosen der Weltwirtschaftskrise befanden: zwischen Strychnin und Mobilisierung, zwischen Verelendung und Widerstand, zwischen Selbstaufgabe und Revolution. Doch sollte der Griff zum Strychnin nicht zum letzten Ausweg werden, bedurften die Arbeitslosen der Stadt einer durchsetzungsfähigen Repräsentation oder Eigenvertretung ihrer Interessen. Während lange weder SPD noch KPD den Erwerbslosen größere Beachtung geschenkt hatten, wandelte sich die KPD spätestens mit dem Ausbruch der Krise „immer mehr von einer Arbeiter- zu einer Erwerbslosenpartei.“²⁰ Gerade in der Hauptstadt konzentrierte sich letztere in den folgenden Jahren auf die Mobilisierung der Erwerbslosen in lokalen Erwerbslosenräten und -aus-

18 Zur Bedeutung des Wicks Law siehe Franklin Folsom: *America before welfare*, New York u. a. 1991, S.257.

19 Zitiert nach Matthias Scharlt: Ein Kampf ums nackte Überleben. Volkstumulte und Pöbelexzesse als Ausdruck des Aufbegehrens in der Spätphase der Weimarer Republik, in: Manfred Gailus (Hrsg.): *Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße, 1830-1980*, Berlin 1984, S.125-168, hier S.137.

20 Siegfried Bahne: Die Erwerbslosenpolitik der KPD in der Weimarer Republik, in: Hans Mommsen/Winfried Schulze (Hrsg.): *Vom Elend der Handarbeit. Probleme historischer Unterschichtenforschung*, Stuttgart 1981, S.477-496, hier S.489.

schüssen, in denen sich der Vorsatz zur Organisierung mit dem der aktiven Selbstvertretung der Betroffenen im politischen Kampf gegen Wohlfahrtsbehörden und Vermieter verband. Laut einem internen Papier sollten lokale Erwerbslosenausschüsse durch Delegiertenwahlen „an den Stempelstellen, Nachweisen, Wohlfahrtsämtern oder Zahlstellen, in Erwerbslosen-Aufenthaltsräumen, Volks- und Wohlfahrtsküchen und in den Wohngebieten“ gebildet werden.²¹ Daneben sollten inhaltliche Kommissionen und sogenannte Erwerbslosen-Selbstschutzstaffeln gebildet werden. Deren Aufgabe war es, Erwerbslosendemonstrationen und -kundgebungen vor Übergriffen durch die SA zu schützen oder durch gemeinsames Auftreten behördliche Schikulierungen einzelner Erwerbsloser auf den Stempelstellen zu verhindern.²² Den örtlichen Erwerbslosenausschüssen waren Bezirks-erwerbslosenausschüsse übergeordnet, die Delegierte für den Reichserwerbslosenausschuss und zu Reichserwerbslosenkongressen entsandten.²³ Zumindest auf dem Papier verfügte Berlin damit über eine schlagkräftige Erwerbslosenbewegung.

Ähnlich der Situation in Berlin hatten Erwerbslose in New York zunächst wenig Beachtung seitens der amerikanischen Gewerkschaften und Arbeiterparteien erfahren. Im Anschluss an den 15. Parteitag der KPdSU bemühte sich die Kommunistische Partei der USA (Communist Party USA, CPUSA) jedoch vermehrt um eine Einbindung der Erwerbslosen. Zwar hatte die CPUSA bereits in den frühen 1920er-Jahren einen ersten Anlauf unternommen, die Erwerbslosen des Landes in lokalen Unemployed Councils zu organisieren, ein spürbarer Erfolg sollte sich dabei jedoch erst ab 1929 einstellen.²⁴ Zunächst gab es keine feste Vorgabe für den Auf-

21 Rundschreiben, o. Bl., GStPK, I. HA Rep. 219 Preußisches Landeskriminalpolizeiamt, Signatur 99 („Erwerbslosenbewegung“).

22 Wie andere parteinahe Organisationen des linken Flügels sahen sich auch die organisierten Erwerbslosen Berlins seit den späten 1920er-Jahren vermehrt Übergriffen durch die SA ausgesetzt. Diese Auseinandersetzungen spitzten sich, wie etwa die Akten der Staatsanwaltschaft verdeutlichen, vor allem in den proletarischen Vierteln der Stadt zu, siehe Kunzstam Kreuzberg u.a. (Hrsg.): Kreuzberg 1933. Ein Bezirk erinnert sich, Berlin 1983, S.50-57; Eve Rosenhaft: Organising the „Lumpenproletariat“. Cliques and communists in Berlin during the Weimar Republic, in: Richard J. Evans: The German working class, 1888-1933, London 1982, S.174-219.

23 Rundschreiben, o. Bl., GStPK, I. HA Rep. 219, Signatur 99.

24 Laut Daniel J. Leab gilt der 1905 in St. Petersburg eingerichtete Erwerbslosenrat als Vorbild der Unemployed Councils in den USA. Leab legt dar, dass die amerikanische kommunistische Parteipresse in den frühen 1930 eine kurze Geschichte des Petersburger Arbeitslosenrates veröffentlichte, um so ein Organisationsmodell zur Nachahmung anzubieten. Sie-

bau von Erwerbslosenräten der mit den Berliner Kiezen vergleichbaren, jedoch zum Teil wesentlich größeren Neighborhoods New Yorks. Mal gründete ein fester Kern aktiver Kommunisten, die meist selbst arbeitslos waren, einen solchen Rat und band die erwerbslosen Sympathisanten des Blockes ein; mal ging die Gründung eines solchen Unemployed Councils aus einer gemeinsam verhinderten Zwangsräumung hervor, mal aus der Initiative eines ganzen Straßenzuges.²⁵ Laut einem internen Papier suchten in der Regel zunächst einige Organizers die Erwerbslosen in ihren Quartieren auf und ermutigten diese zur Bildung sogenannter Block Committees. Diese kleinen Nachbarschaftsgruppen wurden dann entweder in den bereits bestehenden Unemployed Council einbezogen oder sie bildeten den Nukleus eines neu entstehenden Councils.²⁶ Das Block Committee, in einigen Fällen auch das die Erwerbslosen des Wohnhauses umfassende House Committee,²⁷ stellte dabei die unterste Ebene innerhalb der lokalen Unemployed Councils dar.²⁸ Übergeordnet waren die Unemployed Councils der Boroughs, etwa die Erwerbslosenräte von Manhattan und Brooklyn, zu denen die lokalen Räte Delegierte entsandten, sowie schließlich der Unemployed Council of Greater New York.

So aufgestellt beteiligten sich die kommunistischen Parteien Deutschlands und der USA intensiv an den Vorbereitungen zu den internationalen Kampagnen gegen Erwerbslosigkeit in den frühen 1930er-Jahren. Am 6. März 1930 fand zeitgleich in mehreren Metropolen ein erster „Internationaler Arbeitslosentag“ statt.²⁹ Die Erwerbslosenbewegung Berlins hatte im Vorfeld scheinbar einen direkten Transfer von Organisationstechniken aus den USA und Großbritannien vollbracht. Dort waren bereits im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert Erwerbslose in ihre jeweiligen Hauptstädte gezogen, um vor Ort Druck auf die Legislativen der Länder- und Staatsebene auszuüben.³⁰ Und nun konnte erstmals auch das Zentral-

he Daniel J. Leab: „United we eat“. The creation and organization of the unemployed councils in the 1930s, in: *Labor History*, Jg. 8, H. 3 (1967), S.300-315, hier S.302.

25 Siehe ebenda, S.303.

26 How to Form Block Committees, o. Bl., TAM 240, Box 3, Folder 20 („Unemployed“).

27 Final Plans for March 4th Demonstration, o. Bl., ebenda.

28 „Generally, the basis of organization in the relief struggle should be the block committee.“ Resolution of enlarged district committee meeting, District #2, December 20th, 1932, S.5, ebenda.

29 Erich Auer: Der Hunger marschiert, in: *Betrieb und Gewerkschaft*, Jg. 2, H. 5 (1930), S.129-131.

30 Siehe Folsom, *America*; S.284-300; Alexander Keyssar: *Out of work. The first century of unemployment in Massachusetts*, *Interdisciplinary Perspectives on Modern History*,

organ der KPD hoffnungsvoll einen „Hungermarsch auf Berlin“ verkünden. Mehrere hundert Erwerbslose aus dem Berliner Umland hatten sich, so „Die Rote Fahne“, vor den Toren der Stadt versammelt und planten, ungeachtet des Demonstrationsverbotes in Berlin, den Einzug in die Stadt.³¹ Dementsprechend überschwänglich titelte die Zeitung am Morgen des 6. März: „Heute, am Weltkampftag der Erwerbslosen, zittert die Bourgeoisie in der alten und der neuen Welt. In Berlin Demonstrationsverbot. In Paris Demonstrationsverbot. In New York Demonstrationsverbot. Wallstreet, die Wohnungen der Morgan, Rockefeller und wie die Dollar-Multimillionäre alle heißen, stehen unter stärkster polizeilicher Bewachung.“³² Gerade New York schien dabei für die Berliner Berichterstatter von besonderem Interesse zu sein. Im mittleren Teil derselben Ausgabe titelte „Die Rote Fahne“: „New York ein bewaffnetes Heerlager“. Die Stadt an der Ostküste entpuppe sich als Zentrum im Kampf des amerikanischen Proletariats gegen Erwerbslosigkeit und Elend.³³

In der Tat waren eine große Anzahl New Yorker dem Aufruf des lokalen Unemployed Councils gefolgt. Laut dem CPUSA-Parteiorgan „Daily Worker“ beteiligten sich 110.000 Menschen an der größten Demonstration, die New York jemals gesehen habe, während die New York Times immerhin von 35.000 Demonstranten ausging.³⁴ Obwohl die New Yorker Polizei die Demonstration vor der das Rathaus beherbergenden City Hall brutal auflöste und die lokale Führung der CPUSA verhaftete, wertet Franklin Folsom die Aktion als Erfolg für die Erwerbslosen der Stadt. Die lokale Erwerbslosenbewegung habe durch den 6. März ihre Wirksamkeit für die Bündelung und Mobilisierung von Protest auf lokaler Ebene bewiesen. Das forsche Auftreten der Parteiführung habe zudem da-

Cambridge u.a. 1986, S.225-236; Matt Perry: Bread and work. The experience of unemployment 1918-39, London 2000.

31 Hungermarsch auf Berlin, in: Die Rote Fahne, 06.03.1930, S.2. Trotz besagter auffälliger Nähe zu Begrifflichkeiten, wie sie in den USA und England verwendet wurden, muss hier darauf hingewiesen werden, dass sich derartige Märsche auf die Hauptstädte weder auf den Aspekt der Erwerbslosigkeit noch auf das Lager der linken Arbeiterbewegung beschränkten. Einer der bekanntesten Märsche, der sicherlich in seiner Symbolhaftigkeit und Radikalität auch den Organisatoren des 6. März 1930 in Erinnerung geblieben sein dürfte, war freilich der Marcia su Roma aus dem Jahr 1922.

32 Weltmarsch der Hungerarmee, in: Die Rote Fahne, 06.03.1930, S.1.

33 New York ein bewaffnetes Heerlager, in: Die Rote Fahne, 06.03.1930, S.3.

34 110,000 Demonstrate in New York for Jobless Demands. Defy Police, in: The Daily Worker, 7.10.1930, S.1; 35,000 jammed in square, in: The New York Times, 07.03.1930, S.1.

zu beigetragen, dass sich in der Bevölkerung ein Gefühl verbreiten konnte, die Kommunisten hätten der grassierenden Erwerbslosigkeit inhaltlich etwas entgegenzusetzen.³⁵ Doch hier verwechselt Folsom den Erfolg der CPUSA mit dem Erfolg der bzw. Erfolge für die New Yorker Erwerbslosen. Er steht damit symptomatisch für eine allzu generalisierende Interpretation der Erwerbslosenbewegung, die den organisierten Protest in Form von Demonstrationen als Auslöser für kommunale Konzessionen sieht.³⁶ Genau dies jedoch soll hier bezweifelt werden. Aus keiner Quelle, weder den Akten der New Yorker Wohlfahrtsadministration noch des für den Haushalt verantwortlichen Ausschusses Board of Estimate, weder aus der bürgerlichen noch aus der kommunistischen Tagespresse ließe sich solch ein städtisches Entgegenkommen aufgrund der Demonstration vom 6. März 1930 ableiten. Am 7. März 1930, nur einen Tag nach den dramatischen Auseinandersetzungen vor der City Hall, kam an gleicher Stelle hinter den verschlossenen Türen des Raumes 16 der Board of Estimate der Stadt zusammen. Angesichts der angespannten Lage der Arbeitslosen New Yorks und des Erwerbslosenprotests nur einen Tag zuvor mag es erstaunen, dass die Frage der Unterstützung der Bedürftigen der Stadt nicht einmal Erwähnung in den Beratungen des Haushaltsausschusses fand. Von einer durch den Erwerbslosenprotest erzwungenen unmittelbaren Gewährung direkter Unterstützung kann, anders als Folsom annimmt, zumindest auf kommunaler Ebene keine Rede sein.³⁷ Interessanterweise kommt auch der „Daily Worker“ selbst zu einem ähnlichen Schluss. Gut eine Woche nach der gewaltsamen Auflösung des internationalen Erwerbslosentages vor der New Yorker City Hall berichtete die Zeitung, wie die auf Kautions entlassenen und ihre Verhandlung erwartenden Robert B. Minor und William Z. Foster als Delegierte der New Yorker Erwerbslosen dem Board of Estimate der Stadt ihre Forderungen überbrachten. Der spöttische Bürgermeister Walker „thronte in Mitten der Fettwänste von Stadträten und anderer, die gemeinsam den Board of Estimate and Appropriations der Stadt bilden, und verspottete die For-

35 Siehe Folsom, *America*, S.255-260.

36 Siehe z.B. Howard Zinn, *A People's History of the United States, 1492-Present*, New York u.a. 2010, S.382-385.

37 Minutes of meeting of the Board of Estimate and Apportionment held in room 16, City Hall, Friday, March 7, 1930, City Hall Library, Board of Estimate and Apportionment of the City of New York, Minutes of the Board of Estimate and Appropriation of the City of New York from February 21 to March 28, 1930, Vol. II (microfilm); Folsom, *America*, S.166.

derungen der Erwerbslosen, weit davon entfernt, auch nur ein Versprechen für Unterstützung zu geben.”³⁸ Noch deutlicher wird dies durch das Protokoll des Boards of Estimate selbst. Im Sitzungsprotokoll des Board of Estimate findet sich als letzter Eintrag der Sitzung vom 14. März 1930 folgender knapper Eintrag: „Der Sekretär reichte ein Memorandum betreffend der Situation der Erwerblosen ein. William Z. Foster, Vertreter der kommunistischen Partei, und Robert Minor, Herausgeber des Daily Worker, erschienen. Die Angelegenheit wurde an das Committee of the Whole verwiesen.“³⁹ Dort versandete der Antrag schließlich ohne weitere Erwähnung, wie die Protokollbücher der folgenden Monate zeigen. Die Kommune hat sich also mitnichten durch die Demonstration der Vorwoche und die Artikulation von Forderungen dahingehend unter Druck setzen lassen, Konzessionen zu erlassen.

Auch in Berlin fiel ungeachtet des Mobilisierungserfolges am 6. März 1930, den nicht einmal die bürgerliche Presse bestritt, die spätere Analyse dieser und folgender internationaler Großdemonstrationen Erwerbsloser weitaus nüchterner aus.⁴⁰ So brachte es „Die Rote Fahne“ in ihrer Auswertung des Arbeitslosentages des Folgejahres selbst auf den Punkt: Trotz großartiger Beteiligung an Demonstrationen in Berlin habe sich nirgends eine Verbesserung für die hiesigen Erwerbslosen durchsetzen lassen. Auch weiterhin gelte: „Unterstützung gibt es nicht.“⁴¹ Doch weder in New York noch in Berlin erschöpfte sich der Protest in Großdemonstrationen und öffentlichen Forderungen der kommunistischen Parteien. Wie die folgenden Zwischenüberschriften andeuten sollen, entwickelten

38 „[...] sat enthroned in the center of fat paunched aldermen and others forming the board of estimate and appropriations of the city, and flouted the demands of the unemployed, [giving] not one promise of relief for the unemployed.” N.Y. City capitalist government rejects demands for work or wages. Unites with socialists and A.F.L. for conference with jobless committee excluded, in: Daily Worker, 15.03.1930, S.1.

39 „The secretary presented a memorandum [...] relative to the unemployment situation. William Z. Foster, representing the Communist Party, and Robert Minor, editor of the Daily Worker, appeared. The matter was referred to the Committee of the Whole.” Minutes of meeting of the Board of Estimate and Apportionment held in room 16, City Hall, Friday, March 14, 1930, S.1944, City Hall Library, Board of Estimate and Apportionment of the City of New York, Minutes of the Board of Estimate and Appropriation of the City of New York from February 21 to March 28, 1930, Vol. II (microfilm).

40 Siehe etwa die Berichterstattung der auf den 25.02.1931 folgenden Tage in „Die Rote Fahne“, „Vorwärts“ und „Vossische Zeitung“. Siehe auch Ludwig Preller: Sozialpolitik in der Weimarer Republik, unv. Nachdr., Düsseldorf 1978, S.436f.

41 Unterstützung gibt es nicht, in: Die Rote Fahne, 26.02.1931, S.3.

die urbanen Erwerbslosenbewegungen der frühen 1930er-Jahre ein breites Protestrepertoire, das erstaunliche Parallelen zu prominenten Forderungen und Organisationsstrategien gegenwärtiger sozialer Bewegungen aufweist. Dies gilt etwa für den damals wie heute populären Ansatz, kommunale Wohlfahrtsämter zu besetzen und Leistungsbezieher zu Amtsgängen zu begleiten.

„Keiner muss allein zum Amt“⁴²

Am 21. Dezember 1932 verschafften sich, wie die Presse der deutschen Hauptstadt übereinstimmend verkündete, mehrere Gruppen von Erwerbslosen zeitgleich Zugang zu verschiedenen Berliner Rathäusern.⁴³ Während „Die Rote Fahne“ verkündete, in Lichtenberg habe die Erwerbslosengruppe ihre Forderungen nach kostenlosen Lieferungen von Kartoffeln und Kohlen dadurch erfolgreich in der Bezirksversammlung durchgesetzt, sprach die „Vossische Zeitung“ demgegenüber lediglich von einem ergebnislosen „Tumult im Lichtenberger Rathaus“.⁴⁴ Blicken wir zur Klärung der Frage, wie sich die Anwesenheit der Erwerbslosen in der Bezirksversammlung Lichtenberg auf die Gewährung von Unterstützung auswirkte, in das handschriftliche Protokoll der 26. Sitzung vom 21. Dezember 1932. Gleich zu Beginn vermerkte der Protokollant, dass „der auf 18 Uhr festgesetzte Anfang der Sitzung [...] wegen eindringender erwerbsloser Demonstranten“ verschoben werden musste.⁴⁵ Unter dem Eindruck der protestierenden Erwerbslosen stellte die Fraktion der KPD den Dringlichkeitsantrag auf kostenlose Bereitstellung von Lebensmitteln und Kohlen für die erwerbslosen Bedürftigen des Bezirks. Vergleicht man die nun folgenden Beschlussfassungen mit dem üblichen Verlauf solcher Bezirksversammlungen der frühen 1930er-Jahre in Lichtenberg oder dem

42 So etwa lautet ein Organisationsansatz, der Begleitungen für Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen organisiert, siehe Peter Nowak: Keiner muss allein zum Jobcenter. Initiative begleitet HartzIV-Empfänger und protokolliert Gespräche, in: Neues Deutschland, 25.03.2013, S.13; Magdalena Schmude: Ohne Angst aufs Arbeitsamt, in: Die Tageszeitung, 02.11.2012, URL: <http://www.taz.de/!104765/>. Zuletzt eingesehen am 27.10.2014.

43 Brot, Fleisch und Bargeld im Kampf erobert!, in: Die Rote Fahne, 22.12.1932, S.1.

44 In Lichtenberg Forderungen durchgesetzt, in: Die Rote Fahne, 22.12.1932, S.1; Tumult im Lichtenberger Rathaus, in: Vossische Zeitung (Morgen-Ausgabe), 22.12.1932, S.2.

45 Protokollbuch für die Bezirksversammlung Lichtenberg, 26. Sitzung, S.188, Landesarchiv Berlin, A Rep. 047-08 Bezirksamt Lichtenberg, Nr. 72, im Folgenden LAB A Rep. 047-08, Nr. 72.

angrenzenden Treptow, so sticht ein wesentlicher Unterschied ins Auge. Die kommunistische Fraktion Treptows stellte etwa im Laufe des Jahres 1931 immer wieder Anträge zum Gewähren von Winterhilfen oder anderen Unterstützungsmaßnahmen für die Erwerbslosen des Bezirks. Sobald diese Anträge zur Verhandlung kamen, schlug entweder der SPD-Fraktionsvorsitzende Becker vor, „zur Tagesordnung überzugehen“ – was die Bezirksversammlung dann in der Regel auch tat – oder die SPD-Fraktion brachte einen abgeschwächten Änderungsantrag ein, der dann verhandelt wurde.⁴⁶ Hier lassen sich zwei Dinge beobachten. Zum einen zeigt sich hier an unzähligen Beispielen im Kleinen das Dilemma, dem sich die SPD in den letzten Jahren der Republik auch in den Landes- und Reichsparlamenten ausgesetzt sah. So mag sie zwar zusammen mit bürgerlichen Fraktionen Anträge der KPD verhindert haben, andererseits gab sie letzterer damit aber die Gelegenheit, dieses Verhalten als arbeiterfeindlich anzuprangern und der SPD so das Wasser abzugraben. Zum anderen aber zeigt sich hier auch, dass die Erwerbslosen sich nicht auf eine Berücksichtigung ihrer Interessen im parlamentarischen Prozess allein verlassen konnten. Dies schien aber gerade dann zu gelingen, wenn Anträge der KPD durch die massive Präsenz der Erwerbslosen unterstützt wurden. Dies zeigt das Beispiel der Bezirksversammlung Lichtenberg eindringlich. Während Anträge auf Unterstützung – wie erwähnt – sonst ohne weitere Beratung abgelehnt oder aufgeweicht wurden, vollzog sich am 21. Dezember 1932 in der Bezirksversammlung Lichtenberg geradezu das Gegenteil: „Gleichfalls einstimmig angenommen wurde folgender, von der Fraktion KPD gestellter Dringlichkeitsantrag: das Bezirksamt wird beauftragt, vom Magistrat die sofortige Durchführung der in der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen unentgeltlichen Kartoffel- und Kohlenlieferung“ durchzusetzen.⁴⁷

Derartige Formen des direkten Erwerbslosenprotests waren auch im New York der Weltwirtschaftskrise keine Seltenheit. Und auch hier gibt es Grund zu der Annahme, dass der Widerstand dann Erfolg haben konnte,

46 Siehe z.B. das Protokollbuch über die Sitzung der Bezirksversammlung Treptow am Mittwoch, dem 4. Februar 1931, Bd. 1, Landesarchiv Berlin, A Rep. 045-08 Bezirksamt Treptow, Nr. 9.

47 LAB A Rep. 047-08, Nr. 72, S.191. Trotz dieser Einstimmigkeit endete die Sitzung schließlich im Tumult zwischen SPD und KPD über eine Anfrage bezüglich des Lichtenberger Fuhrparks und musste vom anwesenden Bürgermeister vorzeitig geschlossen werden, siehe ebenda, S.192. Hierauf bezieht sich wohl auch obige Meldung der Vossischen Zeitung.

wenn er sich auf das Durchsetzen von konkreten und unmittelbaren Forderungen an die unteren städtischen Gremien oder Verwaltungsbehörden – hier die lokalen Wohlfahrtsämter – konzentrierte. So verschafften sich in New York immer wieder große Gruppen Erwerbsloser aus der Nachbarschaft Zugang zu einem der lokalen Wohlfahrtsbüros, das sie dann solange besetzt hielten, bis ihre Forderungen zu ihrer Zufriedenheit geregelt worden waren.⁴⁸ Gegenüber der Sozialwissenschaftlerin Helen Seymour gab ein Erwerbsloser zu bedenken, dass er drei Wochen vergeblich darauf gewartet hatte, in die Listen der kommunalen Erwerbslosenunterstützung aufgenommen zu werden. Allein die physische Präsenz einer Gruppe von Erwerbslosen und deren unnachgiebige Einforderung zur Aufnahme des Betroffenen in die kommunale Erwerbslosenunterstützung hatten nun jedoch bewirkt, dass die Angelegenheit nach 15 Minuten zu dessen Gunsten geregelt war.⁴⁹ Neben solchen Begleitungen Erwerbsloser zu Amtsgängen machte die New Yorker Arbeitslosenbewegung der frühen 1930er-Jahre in einer weiteren öffentlichkeitswirksamen Protestform auf ihre Belange aufmerksam.

„Zwangsräumungen gemeinsam verhindern“⁵⁰

Einem Bericht des städtischen District Research Committee's vom 24. März 1933 zufolge war die Zahl der durchgesetzten Räumungen in New York von 1928 bis 1932 um 200 Prozent gestiegen, mit einer Gesamtzahl von gut 600.000 Räumungen für die Jahre 1930, 1931 und 1932.⁵¹ Doch immer seltener verliefen Räumungen von erwerbslosen New Yorkern ohne Gegenwehr. Am Morgen des 22. Januar 1932 etwa fanden sich mehr als 4.000 Menschen aus der gesamten Nachbarschaft in der Bronx zusammen, von denen sich über 500 aktiv der Räumung von 17 meist erwerbslosen Familien widersetzen. Letztere befanden sich in einem Mieterstreik,

48 Folsom, America, S.271.

49 Helen Seymour: The organized unemployed. A dissertation submitted to the faculty of the Division of Social Sciences, University of Chicago 1937, S.58.

50 Auch hier zeigen sich deutliche Parallelen zu heutigen Bewegungen wie etwa der gleichnamigen Kampagne, siehe Erik Peter: Aktivist über Zwangsräumungen: „15 Räumungen haben wir verhindert“. Das Bündnis „Zwangsräumungen verhindern“ versucht seit zwei Jahren genau das, in: Die Tageszeitung, 16.04.2014, URL: <http://www.taz.de/!136838/>, zuletzt eingesehen am 15.09.2014.

51 District Research Committee: Information Bulletin No.3, March 24, 1933, o. Bl., TAM 240, Box 3, Folder 30 (“Unemployed”).

um eine Minderung der Mieten durchzusetzen. Nach etlichen Stunden der gewalttätigen Auseinandersetzung konnte eine Einigung erzielt werden. Zwar konnte eine Mieterhöhung wohl nicht verhindert, die Aussetzung der angekündigten Räumung jedoch erreicht werden.⁵² Die örtlichen Unemployed Councils taten sich bei der Verhinderung von Zwangsräumungen in besonderer Weise hervor. Der Unemployed Council von East Harlem etwa ließ in der Nachbarschaft Flugblätter verteilen, auf denen zum gemeinsamen Widerstand gegen die Räumung eines Erwerbslosen aufgerufen wurde, der aufgrund fehlender Unterstützung seine Miete nicht mehr zahlen konnte. Nur die ungeteilte Solidarität mit der bedrohten Familie könne die Räumung verhindern. Um dies zu erreichen, mobilisierte der Unemployed Council die Erwerbslosen des Viertels am Morgen des 16. Januar um 07:30 Uhr vor das Haus des Betroffenen in der 102. Straße, wo sie sich gemeinsam der angekündigten Räumung widersetzen.⁵³

In Berlin waren Mieterstreiks und die Verhinderung von Zwangsräumungen ebenfalls zentrale Protestformen der lokalen Erwerbslosenbewegung. So konnten im Dezember 1932 Mieterinnen der Kreuzberger Eisenbahnstraße eine zwanzigprozentige Senkung der Grundmiete für Erwerbslose sowie eine Zurücknahme von Räumungsaufforderungen erwirken.⁵⁴ „Die Rote Fahne“ berichtet von einem anderen Fall. „Gestern“, so die Zeitung, „kam es in Berlin wieder zu einer großen Kundgebung gegen die Exmittierung eines Erwerbslosen. [...] Erwerbslose aus der Nachbarschaft, d. A.] sammelten sich in der Wohnung. Andere Gruppen gingen auf die Höfe und teilten in Sprechchören den Bewohnern die bevorstehende Exmittierung mit. Die Wirkung war überraschend. In wenigen Minuten war es um das Haus Schliemannstraße 45 schwarz vor Menschen. Ununterbrochen wurden Protestrufe eingebracht. Die Erregung steigerte sich, als um 10 Uhr der Gerichtsvollzieher eintraf. Er begann nicht mit der Exmittierung, sondern begab sich zum Hauswart. [...] Nach wenigen Minuten tauchte der Gerichtsvollzieher wieder auf. Er ging fort, Bergmann mit seiner Familie konnte in der Wohnung bleiben.“⁵⁵ Dass solche Formen des Protests direkten Erfolg für die Betroffenen darstellten, wurde auch aus der bürgerlichen Presse Berlins deutlich. So warnte etwa die „Vossische Zeitung“ Kapitalanleger und Investoren eindringlich in ihrer Beilage

52 Reds battle police in rent strike, in: The New York Times, 23.01.1932, S.4.

53 District Research Committee, Information Bulletin No.3, March 24, 1933, o. Bl., TAM 240, Box 3, Folder 20 („Unemployed“).

54 Siehe Kunstamt Kreuzberg u. a. (Hrsg.): Kreuzberg, S.20.

55 Zitiert nach Schartl, Kampf, S.139f.

„Geldverkehr, Hypotheken und Grundstücke“: „Schon bilden sich überall kommunistische Zellen, die Mieterstreiks und Sabotage von Zwangs-räumungen organisieren.“⁵⁶

Diese schlaglichtartigen Einblicke in die Erwerbslosenproteste Berlins und New Yorks während der frühen 1930er-Jahre zeigen, dass sich Widerstand dann erfolgreich durchsetzen ließ, wenn er als unmittelbare oder flankierende Aktion die niederen städtischen Verwaltungsbehörden oder lokalen Volksvertretungen adressierte. Während Massendemonstrationen oder die Überbringung von Forderungen an obere kommunale Exekutivorgane zwar Propagandaerfolge dargestellt haben dürften, war es in Berlin wie in New York gerade jene untere Ebene, die aufgrund ihres verwaltungsrechtlichen Aufbaus anfällig für Formen des direkten, außerparlamentarischen Widerstands war. Denn gerade hier waren Ermessensspielräume gegeben, die von den Sachbearbeitern der Behörden individuell auszufüllen waren. Die zuvor verweigerte und nun unter Druck des versammelten Unemployed Councils zügig erreichte Aufnahme eines Erwerbslosen in die kommunale Wohlfahrtsunterstützung ist etwa als deutlicher Erfolg eines kollektiven Auftretens zu verstehen. Allein die physische Präsenz sollte sich dabei häufig als Schlüssel für einen erfolgreichen Widerstand bewähren. So sorgte freilich auch das von den Erwerbslosen ausgehende Gefährdungspotenzial immer dort, wo polizeilicher Schutz nicht oder nicht ausreichend zur Verfügung stand, für einen erfolgreichen Widerstand – etwa indem Gerichtsvollzieher, öffentlich beauftragte Möbelspediteure oder Angestellte der lokalen Wohlfahrtsbehörden unmittelbar unter Druck gesetzt wurden und diese sich, die konkrete Gefährdung abwägend, gegen Räumung entschieden. Die Erfahrungen erwerbsloser Berlinerinnen und New Yorkerinnen der frühen 1930er-Jahre stützen damit jenen Teil der These Pivens und Clowards, der hier untersucht werden sollte. Gleichzeitig weisen sie auf frappierende Ähnlichkeiten mit prominenten sozialen Bewegungen der Gegenwart hin. Vor dem Hintergrund fragiler oder fehlender Sozialstaatlichkeit und angespannter städtischer Haushalte scheint diese Form des direkten und auf physischer Präsenz basierenden Protests in besonderem Maße erfolversprechend für die PPM von gestern und heute.

56 Die Zukunft des Wohnungsbaues, in: Vossische Zeitung, Beilage, 04.12.1932, S.1.

„Will versuchen, Dir einen Brief zusammenzustoppeln.“¹ Aspekte proletarischer Feldpost im Ersten Weltkrieg

Jens Ebert

Voller Patriotismus und Begeisterung, so behaupteten es zumindest die zeitgenössischen Quellen, eilte im August 1914 das deutsche Volk zu den Waffen. Die Presse überschlug sich in Jubelberichten und bemühte sich, die allgemeine Stimmungslage mit authentischen Texten, Feldpostbriefen, zu belegen. Sicher hätte man damals auch diesen Brief an den Kriegsfreiwilligen Wolfgang Panzer, Sohn eines Frankfurter Universitäts-Professors für Germanistik, gedruckt, den ihm seine Großmutter am 14. August 1914 aus Böhmen schrieb:

„Mein liebes Wölfl!

Meine herzlichsten Glückwünsche zu Deinem Abiturium. Gehörst halt, wie überall, so auch hier, zu den Besten, bist deshalb von der mündlichen Prüfung befreit worden. Wie mich dies Alles freut. Und wenn Du nun all diese Erfolge, Dein vieles mit Fleiß und Schweiß errungenes Wissen, einer Zukunft, die Dir sicher Ehre und Brod bietet, wenn Du Gut und Blut, dieses Alles dem Vaterland opferst, so ist Dir dieser heroische Entschluß nicht hoch genug anzurechnen. Ein Land, das solche Söhne hat, kann nicht untergehn. Wie achtungswerth ist es, daß Deine Klasse so viele begeisterte Jünglinge hat, und da ihr Alle in dasselbe Regiment eintreten wollt, so ist dies eine Beruhigung für uns, Dich unter so vielen guten Kameraden zu wissen.“²

Doch war dies wirklich die allgemeine Stimmungslage? Wer waren die „begeisterten Massen“, die vor dem Berliner Schloss, als Wilhelm II. am 1. August 1914 nach Tagen angespannten Wartens die Mobilmachung verkündete, den Choral „Nun danket alle Gott“ anstimmten und das Bild eines kriegsbereiten und kriegsbegeisterten Volkes für die zeitgenössischen Zeitungsberichte und die Nachwelt prägten? Die unbestrittene Begeisterung auf jener Demonstration war nur Ausdruck einer Minderheit, allerdings einer einflussreichen. Dies wird deutlich, sieht man sich den Weg

1 Doris Kachulle (Hrsg.): Die Pöhlands im Krieg. Briefe einer Arbeiterfamilie aus dem 1. Weltkrieg, Köln 1982, S.91.

2 Jens Ebert (Hrsg.): Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution. Briefe aus dem Weltkrieg 1914-1918, Göttingen 2014, S.12.

genauer an, den die Jubilierer gingen: Der Demonstrationzug kam aus der Wilhelmstraße, dem Ort der preußischen und Reichsministerien, dem Zentrum der politischen Macht. Wer dort tätig war, stammte aus altem Adel oder dem gehobenen Bürgertum. Danach führte die Route über die Straße „Unter den Linden“, vorbei an der Staatsbibliothek und der Preußischen Akademie der Wissenschaften, wo sich die intellektuellen Eliten anschlossen. Aus der benachbarten Universität kamen Studenten, die damals ebenfalls fast ausschließlich adligen oder bildungs- bzw. besitzbürgerlichen Kreisen entstammten. Vereint ging es vorbei am Kronprinzenpalais zum kaiserlichen Schloss. Hätte es sich damals wirklich um „Volksmassen“ gehandelt, wäre der entgegengesetzte Weg wahrscheinlicher gewesen: von der damals proletarisch geprägten Gegend um den Alexanderplatz her.

Grundsätzlich und ohne Einschränkung war die Kriegsbegeisterung 1914 nur im Adel, der traditionell die gut alimentierten höheren Chargen des Militärs stellte, und in Teilen des Bildungsbürgertums, das in kulturellen Fragen und in den Medien den Ton angab. Zu ihnen stießen Künstler und Schriftsteller, aus durchaus konträren Gründen: Weil sie sich dem System ebenfalls zutiefst verbunden fühlten – oder weil sie es im Gegenteil verachteten und hofften, es würde in einem Krieg zu Grunde gehen.

Ähnlich wie „Unter den Linden“ in Berlin und in anderen deutschen Residenzen gab es auch in Österreich eher eine gelenkte „Straßen-, Platz- und Bahnhofshysterie“.³ Generell kann man davon ausgehen, dass es das natürliche Kommunikationsbedürfnis angesichts eines bedeutenden und in seinen Auswirkungen noch unklaren Ereignisses war, das die Menschen in einer Zeit ohne Rundfunk auf die Straße trieb, nicht die Begeisterung.

Den Protagonisten einer deutschnationalen Stimmung gegenüber standen ländliche und proletarische Kreise, die das Objekt der Propaganda waren – und das Kanonenfutter des Krieges. Die spontane Berliner Demonstration anlässlich der Verkündung des Kriegszustandes war also der Ursprung einer Legende. Generationen bis in die Gegenwart waren diesem Propagandabild unkritisch aufgesessen. Das „Darmstädter Tagblatt“ thematisierte noch zum 50. Jahrestag des Kriegsausbruchs 1964 in einer Artikelserie das „Augusterlebnis“: Und obwohl, wie der Autor Michael Stöcker betont, „auf den gezeigten Fotos zwar größere Menschenansammlungen, aber kein Jubel und keine Be-

3 Oswald Übergger: Der andere Krieg. Die Tiroler Militärgerichtsbarkeit im Ersten Weltkrieg, Innsbruck 2002, S.259.

geisterung zu erkennen waren, trugen sie doch Unterschriften, die von jubelnden und begeisterten Massen kündeten.“⁴

Zwar wurde die Legende von der allseitigen Kriegseuphorie spätestens seit den 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts hinterfragt und zumindest in ihrer allgemeinen Gültigkeit widerlegt, dennoch blieb sie bis in unsere Gegenwart virulent. In Untersuchungen zur Stimmungslage in den Tagen der Mobilmachung in unterschiedlichen Gebieten Deutschlands kommen neuere Untersuchungen unisono zu dem Ergebnis, dass es in der untersuchten Region eine Begeisterung wie die in Berlin kaum oder gar nicht gab. Übereinstimmend wird in den Analysen festgestellt, dass in den regionalen Zeitungen die aus Berlin vorgegebene Stimmung einfach nur für das eigene Einzugsgebiet adaptiert wurde.⁵

Schnell entdeckten Zeitungen und Zeitschriften nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges Feldpostbriefe als wirkungsmächtige Berichte für die patriotische Propaganda und druckten sie umfänglich in eigenen Rubriken ab. Das öffentliche Interesse an den Feldpostbriefen war groß, wurde durch die Flut der Veröffentlichungen aber z. T. auch erst geweckt. Die abgedruckten Briefe sind oft recht lang und erzählen präzise, geordnet und wohlformuliert von den Erfahrungen an der Front. Das lässt vermuten, dass sie in der Regel bereits verfasst worden sind mit Blick auf eine Veröffentlichung oder gar „Auftragswerke“ der Redaktionen waren. Die veröffentlichten Feldpostbriefe stammten zumeist von Angehörigen des Adels, von Akademikern sowie Vertretern des Bildungs- und Besitzbürgertums, wie Diktion und Stil verraten. Besonders repräsentabel für die Propaganda galten Studenten. Sie waren gebildet, konnten also wirkungsvolle Texte verfassen und waren jung, was ihnen einen hohen Sympathiewert zuschrieb. Gerade bei Studenten ist zu vermuten, dass die Hoffnung, die Briefe veröffentlicht zu sehen, großen Einfluss auf die thematische und stilistische Gestaltung hatte. Die Briefe waren zudem ohne Zweifel in den Redaktionen bearbeitet worden. Ansonsten hätten sich ein durchweg literarisch anmutendes Niveau der Texte und deren hoher Informationsgehalt nicht garantieren lassen. Wenn, wie so oft, nur Auszüge abgedruckt wurden, ist eine Vorauswahl ohnehin eindeutig. Damit die verein-

4 Michael Stöcker: „Augusterlebnis 1914“ in Darmstadt. Legende und Wirklichkeit, Darmstadt 1994, S.22.

5 Siehe Überegger, Krieg; Wolfgang Kruse: Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1994; Bernd Ulrich/Benjamin Ziemann (Hrsg.): Frontalltag im Ersten Weltkrieg. Wahn und Wirklichkeit, Frankfurt/Main 1994.

heitlichende Tätigkeit der Redaktionen nicht zu offensichtlich wurde, gab es durchaus auch Briefe des „kleinen Mannes“, wobei man Begrifflichkeiten wie Arbeiter oder Proletarier vermied. Deren Texte druckte man zwar auch ohne orthographische oder grammatikalische Fehler ab, würzte sie aber dafür mit Jargon-Begriffen und Dialektausdrücken.

Auch die ersten Buchpublikationen mit ausgewählter Feldpost erschienen schon während des Krieges. Bald gab es eine nicht mehr übersehbare Anzahl solcher Sammelbände. Die wohl bekannteste Anthologie ist der Band „Kriegsbriefe gefallener Studenten“, der erstmals bereits 1915 unter dem Titel „Kriegsbriefe deutscher Studenten“ erschien. Herausgeber war der Freiburger Literaturprofessor Philipp Witkop.⁶ Die Briefe dienten vornehmlich der patriotischen Erziehung oder Erbauung. Sie wurden sorgsam ausgewählt, um einem deutschnationalen Weltbild zu entsprechen und um politische Positionen zu besetzen und zu legitimieren. Mit einer in dieser Weise geformten Erinnerung an die Opfer des Ersten Weltkrieges wurde nicht zuletzt der Boden für den Zweiten bereitet.

Die Frage, ob ihr Material repräsentativ wäre, hätten die Herausgeber von Feldpost und die verantwortlichen Journalisten während des Krieges wohl kaum verstanden. Als repräsentativ galt alles, was staatskonform war. Die Presse war durchweg kaisertreu. Kritisches und Abweichendes erreichte die Redaktionen meist nicht oder wurde von ihnen nicht wahr- und ernstgenommen. Zaghafte Ansätze einer demokratischen publizistischen Öffentlichkeit wurden mit Beginn des Krieges, bis auf wenige Ausnahmen, wie z. B. die „Bremer Bürger-Zeitung“, der Berliner „Vorwärts“ oder die „Leipziger Volkszeitung“, beseitigt. In bislang nicht gekanntem Maße wurden die Zeitungen durch eine staatliche Pressepolitik einer Uniformierung unterzogen, die der äußerlichen der eingezogenen Männer in nichts nachstand.

Bevor also die Masse der Kriegsteilnehmer selbst Zeit und Muße fand, Briefe über das Leben in der Kaserne, der Etappe oder an der Front nach Hause zu schreiben, waren ihnen gleichsam modellhaft typische Erlebnisse und deren Ausformulierungen bekannt – verfasst von staatstragenden Kreisen und Vertretern der Oberschicht. Diese wurden von den unteren sozialen Schichten nicht selten nachgeahmt und kopiert. Hinter dem „Heldentum“ der in Zeitungen veröffentlichten Feldpostbriefe wollte zu nächst niemand zurückstehen. Es schmeichelte zudem dem eigenen Ego,

6 Philipp Witkop (1880-1942), Professor für neuere deutsche Literatur. „Kriegsbriefe deutscher Studenten“, Leipzig 1915; ab 1918 unter dem Titel „Kriegsbriefe gefallener Studenten“ in verschiedenen Verlagen und überarbeiteten Ausgaben.

sich als „ganzer Kerl“ zu fühlen. Und so wurden weitere Texte nach den Vorlagen geschrieben. Als aber vielen Frontsoldaten klar wurde, dass die eigenen konträren Erfahrungen keine vereinzelt, abseitigen waren, sondern massenhaft gemacht wurden, verlor das offizielle Bild sukzessive, so zeigen die überlieferten Briefe, seine normierende Wirkung. Ab Ende 1915 schwindet das Pathos immer mehr aus den Briefen.

Feldpostbriefe, die nicht in den damaligen Mainstream passten, zu- meist von Bauern, dem Kleinbürgertum und dem Proletariat, wurden aus- nahmslos ignoriert. Auch der Brief von Lina Diehlmann an ihren Sohn Karl in Frankfurt/Main hätte keine Chance auf Veröffentlichung gehabt:

„Flammersbach den 1. August 14

Mein liebes Kind. Deinen Brief erhalten, Du weißt nicht, in was für eine Unruhe wir hier sind, heute Mittag wurde geschellt, daß das 18 Armeekorps mobilgemacht hätte, das war schon gestern. Nachmittags hierher tellephoniert worden aber geheim. Was wird das für ein Elend geben, wenn Feindvolk ins Land kommt, dann sind wir auch dran. Söhne Dich doch noch mit Reinhard aus, wenn Du kannst. Tante Anna ihr Gustav muß Dienstag auch schon fort, um die neue Brücke zu bewachen, Du kannst Dir das Elend denken, nun bekommt sie auch noch ein Kind, Albert und Gustav müssen doch auch fort. Es müssen auch sonst schon immer Leute fort. Solltest Du nun formüssen, und wärst verwundet, so gibt doch ein Lebenszeichen von Dir, wenn auch von sonst jemand. Also bitte lieber Karl schreibe gleich Nachricht, und solltest Du in Feindesland kommen, keine Greuelthaten verrichten, immer barmherzig, auch gegen den Feind. Muß schließen. So sei nun herzlich ge- grüßt von Deiner Mutter.“⁷

Recherchiert man heute in Archiven und Privatsammlungen finden sich patriotische und kriegsbejahende Briefe erstaunlich selten.⁸ Die authentischen, nicht bearbeiteten Mitteilungen zeigen zumeist ein ganz anderes Bild, als wir es aus den historischen Veröffentlichungen in Presse und Anthologien kennen. In Stil, Form und vor allem ihren Aussagen und Ansichten unterscheiden sie sich z. T. deutlich von denen in der damaligen Presse. Sie sind deutlich kriegskritischer, wenn auch nicht unbedingt aus politischer Überzeugung. Dass Briefe aus den unteren sozialen Schichten und dem Proletariat in zeitgenössischen Publikationen kaum Beachtung fanden, lag nicht nur an ideologischen Gründen und daran, dass die

⁷ Ebert (Hrsg.), Augusterlebnis, S.7.

⁸ Für meinen Feldpostband habe ich ca. 20.000 Briefe und Postkarten in fast 30 deutschen und österreichischen Archiven und Sammlungen untersucht.

Medien fest in der Hand der adligen und bürgerlichen Oberschicht waren. Erstmals waren ab 1914 weite Kreise der Bevölkerung, die kaum oder nie zuvor einen Brief geschrieben hatten, gezwungen, miteinander postalisch zu verkehren. Schlagartig wurden mit dem Kriegsausbruch Millionen Männer aus ihrem sozialen Umfeld gerissen und mussten nun schriftlich mit ihren Familien, Bekannten und Arbeitskollegen Kontakt halten. Doch lesen und schreiben zu können, war auch am Anfang des 20. Jahrhunderts noch keine Selbstverständlichkeit. 1871 hatte in Preußen, einem der fortschrittlichsten Länder Europas in Bezug auf die Schulbildung, die Analfabetenrate immerhin noch ca. 13 Prozent betragen. Gemeinsam mit England und den Niederlanden war Deutschland als eines der ersten Länder der Welt um 1910 vollständig alphabetisiert. Doch auch ein mehrjähriger Schulbesuch garantierte insbesondere bei der ländlichen Bevölkerung kaum ausreichende Kompetenzen beim Lesen und Schreiben. Die oft ungelungenen Briefe mit abenteuerlicher Orthographie und Grammatik schienen keiner Veröffentlichung und Verbreitung würdig zu sein.

Weil das Schreiben längerer Texte für viele Bürger ungewohnt war, wurden im Ersten Weltkrieg sehr viele Postkarten mit den verschiedensten, oft farbigen Motiven verschickt. So etwas kannte man bereits von den damals noch seltenen Reisen oder Ausflügen in andere Städte und Gegenden. Ihren Siegeszug hatte die Bildpostkarte zur Jahrhundertwende angetreten, als neue Verfahren zur massenhaften Herstellung farbiger Druckerzeugnisse entwickelt wurden. Oftmals scheint noch die Erinnerung an in Friedenszeiten verschickte Bildpostkarten durch, wenn sie als kurze Grußbotschaften formuliert waren, wie von einer Reise. Der Ersatzinfanterist Wilhelm Schmitt schickte an seine Familie in der Nähe von Stuttgart im Verlaufe des Krieges zahlreiche Karten, die fast alle identischen Inhalts sind:

„10.11. 1915

Die besten Grüße aus Serbien sendet Euch allen euer Wilhelm. Bis jetzt noch gesund und munter was ich von Euch allen auch hoffe. Auf Wiedersehen

26. 11. 1915

Die besten Grüße aus Serbien sendet Euch allen euer Wilhelm. Bis jetzt noch gesund und munter was ich von Euch allen auch hoffe. Auf Wiedersehen

3. Mai 1916.

Die besten Grüße aus Senne sendet Euch allen Wilhelm. Bis jetzt Gott sei Dank noch gesund, hoffe das gleiche von Euch. Last bald wieder mal etwas von Euch hören. Auf Wiedersehen“⁹

Es war der Erste Weltkrieg, der Brief und Postkarte als Mittel der Massenkommunikation durchsetzte und damit „nebenbei“ bei den Volksmassen Erwerb und Schulung von Kompetenzen beim Schreiben und Lesen maßgeblich beförderte.

In jeder größeren Stadt in Preußen sollten auf staatliche Weisung „Kriegssammlungen“ angelegt werden, bestehend aus Feldpostbriefen, Tagebüchern, Erinnerungen und anderen persönlichen Dokumenten, um nach einem glorreichen Sieg das Heldentum und die militärische Disziplin des soldatischen Mannes in Sammelbänden zu feiern. Die prominenteste Sammlung dieser Art wurde von der Staatsbibliothek in Berlin angelegt. In den Fällen wo für die betreffende Sammlung nicht von vornherein ideologisch Ungewolltes aussortiert wurde, stellte sich schnell heraus, dass das Gesammelte dem geplanten Zweck nur wenig dienlich war.¹⁰ Die Veröffentlichungen unterblieben nach 1918, zum einen da der Krieg verloren wurde, zum anderen weil sich die Stimmungslage in den privaten Dokumenten nicht wirklich vaterländisch-national interpretieren ließ. Auch die maßgeblich auf Feldpost basierenden Kriegschroniken, die auf Geheiß des Staatsrates im bayrischen Innenministerium, Gustav v. Kahr, ab Oktober 1914 von Bezirksamtännern angefertigt wurden, lieferten ein ähnliches Resultat.

Briefe proletarischer oder kleinbürgerlicher Kreise fanden kaum Eingang in die Sammlungen oder die Publikationen der Kriegszeit. Auch in den Jahrzehnten danach spielten sie in der Öffentlichkeit kaum eine Rolle, so dass in Wissenschaft und Publizistik bis in die 1960er-Jahre hauptsächlich auf Quellen der Oberschichten zurückgegriffen wurde. Erst als Ende der 1970er-Jahre die Feldpost als Quelle quasi wiederentdeckt wurde, änderte sich dies grundlegend. Es gab den bemerkenswerten Neuanfang einer Geschichte „von unten“. Neue Sammlungen entstanden im Umfeld von Geschichtswerkstätten. Erstmals sollten einfache Soldaten unverstellt zu Wort kommen, sollte deren Erlebniswelt und Lebenswirklich-

9 Ebert (Hrsg.), Augusterlebnis, S.123, 127, 145.

10 Ein Beispiel dafür ist die Darmstädter Sammlung des Stadtbibliothekars Prof. Karl Noack.

keit im Krieg untersucht werden. Dieser Neuansatz vollzog sich unabhängig, mit unterschiedlicher Intensität sowohl in Deutschland Ost wie West und markiert den Beginn wirklicher Feldpostforschung im wissenschaftlichen Sinne. Es entstanden in der Folge sachkundige Analysen, seriöse und ausgewogene Anthologien von Feldpost, wie der Band zum Zweiten Weltkrieg von Ortwin Buchbender und Reinhold Sterz „Das andere Gesicht des Krieges“, der 1982 erschien und Maßstäbe setzte.¹¹ Buchbender und Sterz gaben die Initialzündung zur Feldpostsammlung in der Stuttgarter Bibliothek für Zeitgeschichte.

Aus Stuttgart stammen auch viele Briefschreiber aus sozialdemokratischen und sozialistischen Milieus, die einen hoch interessanten Bestand schufen, der erst spät gewürdigt wurde. Die Briefe der in der marxistisch geprägten Arbeiterbildungsbewegung sozialisierten Arbeiter und ihrer Familien sind mit denen des Bürgertums in Stil und Korrektheit durchaus vergleichbar. Große Unterschiede gibt es jedoch erwartungsgemäß beim Inhalt und der Wertung des Beschriebenen. Die SPD-nahen Kreise in Stuttgart, die der Führung der Partei oft kritisch gegenüberstanden, waren eng mit Genossinnen und Genossen in Bremen verbunden. Doris Kachulle gab ebenfalls 1982 die Briefe der Familie Pöhland aus Bremen heraus.¹² Noch 100 Jahre nach Kriegsbeginn fanden sich in Bremen sogar noch neue Zeugnisse dieser Familie.¹³ Die Verbindung der sozialdemokratischen Kreise aus Stuttgart und Bremen hatte bereits Wilhelm Eidermann 1972 skizziert.¹⁴ Gerhard Engel gab schließlich 2008 mit dem Band „Rote in Feldgrau“ die Feldpostbriefe junger linkssozialdemokratischer Soldaten heraus, die zumeist aus Stuttgart und Bremen stammten.¹⁵ Die von Engel versammelten Texte sind, sowohl was ihr intellektuelles Niveau und die thematische Breite, als auch ihren Stil betrifft, den „Kriegsbriefen gefallener Studenten“ durchaus ebenbürtig. Politisch und weltanschaulich jedoch bilden sie den gesellschaftlichen Gegenpol. So schreibt Robert Pöhland am 7. Juni 1916 an seinen Sohn:

11 Ortwin Buchbender/Reinhold Sterz (Hrsg.): Das andere Gesicht des Krieges. Deutsche Feldpostbriefe 1939-1945, München 1982.

12 Siehe Kachulle (Hrsg.), Die Pöhlands.

13 Siehe Ebert (Hrsg.), Augusterlebnis.

14 Wilhelm Eidermann: Jugend im ersten Weltkrieg. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen. Berlin (DDR) 1972.

15 Gerhard Engel (Hrsg.): Rote in Feldgrau. Kriegs- und Feldpostbriefe junger linkssozialdemokratischer Soldaten des Ersten Weltkrieges, Berlin 2008.

„Mein lieber Robert.

Der Himmel ist mir hold. Nach einigen Tagen kalter Regenschauer, auch heute vormittag noch, hat die liebe milde Sonne alles wieder überwältigt, und ich sitze wieder auf meinem geliebten Plätzchen (am Feldrain, zwischen hoben wogenden Kornfeldern, dicht am Walde, von woher der Gesang der Vögel so lieblich berübertönt), daß ich nun auch die nötige Ruhe und Stimmung habe zur Beantwortung Deines Briefes.

Was dieser Brief in mir auslöste, – dies in Worten auszudrücken, bin ich nicht im Stande.

Fahre nur so fort, mein teurer Sohn, und Du wirst mein Glück und mein Stolz bleiben, so lange ich lebe. Und sollte dieses Leben nur noch von kurzer Dauer sein, dann bin ich gewiß, daß Du meinem Namen keine Schande bereitest, sondern den Befreiungskampf der geknechteten Menschheit, dem ich mein Leben geweiht, mutig weiterführen wirst.

Manche Enttäuschung wirst Du erleben müssen, laß Dich aber nicht dadurch beirren, sondern verfolge nur das eine bestimmte Ziel, mitzuhelfen, um die Menschheit zu befreien aus der körperlichen und geistigen Sklaverei. Denn wie wäre dieser Krieg möglich, wenn wir nicht alle Sklaven der kapitalistischen Gesellschaft wären?

Die sprühende jugendliche Begeisterung, die aus Deinen Worten spricht, besaß auch ich in meiner Jugend. Glaube mir, mich riß sie manchmal so mit sich fort, daß ich in mir eine unüberwindbare Kraft erblickte, die vor nichts zurückzuschrecken gewillt war. Schon als 15jähriger kletterte ich auf ein Schuppendach, um den herrlichen Worten des alten Liebkecht lauschen zu können, und mit welch köstlichen Gefühlen denke ich an die Stunden, die mir durch begeisternde Reden unserer bedeutendsten Freiheitskämpfer bereitet wurden, zurück. Solche Augenblicke, mein Sohn, wünsche ich auch Dir recht viele. Sie sind die köstlichsten und glücklichsten, die ich mir denken kann. – Das Lesen des Romans „Die Waffen nieder“ hat Dir schon einen solchen „Augenblick“ bereitet.“¹⁶

Das, was die Soldaten an der Front erwartete, traf sie zumeist völlig unerwartet und unvorbereitet. Eine adäquate Sprache und neue Begrifflich-

16 Ebert (Hrsg.), Augusterlebnis, S.147f.

keiten mussten also gefunden werden, um dies zu vermitteln. Doch das war schwierig und so wurde der Krieg bzw. das Leben im Krieg meist nur da ausführlich beschrieben, wo es mit sprachlichen Mitteln aus Friedenszeiten möglich war. Besonders ungewohnt war es, über Gefühle zu schreiben. Nur wenige Soldaten waren willens und fähig, so offene und ergreifende Schilderungen zu formulieren wie Robert Pöhland am 25. September 1916:

„Was haben wir hier seit einigen Tagen für ein prächtiges Wetter. Morgens diesen erfrischenden Nebel, den ich so gern einatme, dann kann man beobachten, wie sich die Sonne mit Macht durchbricht, darauf bis zum Abend den schönen warmen Sonnenschein, dem die erquickende Abendkühle folgt.

Wie könnte man diese wunderschönen Tage genießen, wenn dieser fluchwürdige Massenmord nicht wäre. Genießen kann man nichts mehr, weil überall das Schreckgespenst durchgrinst. Z. Bsp. werden jetzt, wo ich diese Zeilen schreibe, die saftigen grünen Wiesen die vor mir liegen von der Abendsonne so herrlich beschienen, daß alles aussieht wie ein großer grüner Teppich; sieht man aber genauer hin, da kann man überall die großen Granatlöcher, Stacheldrahthindernisse, eingefallene meist schon wieder überwucherte Schützengräben sehen und was das Schrecklichste ist, die vielen weißen Kreuze inmitten dieser schönen Wiesen. Darauf steht dann: ‚hier ruhen viele engl. Offiziere und Mannschaften‘. Also man zählte die toten Engländer nicht einmal, als man sie einscharrte. Nun es waren ja auch nur ‚perfide‘ Engländer. – Sollen einem solche Bilder dann einen Genuß der herrlichen Natur ermöglichen? Dann dieses fürchterliche Dröhnen und Grollen des Kanonendonners und das Ohrenzerreißende Gekrach bei Beschießen der Flieger, die fast stets bei diesem Wetter die klare Luft durchschwirren.

Jetzt habe ich für all das Schöne nur ganz kurze helle Augenblicke, die dann in mir eine so tiefe Sehnsucht nach diesen Zeiten auslösen, so daß es anstatt mir die Brust zu weiten, mir vor Schmerz über die Greuel die nun schon über 2 Jahre lang an der herrlichen Natur verübt werden, daß es mir vor Scham fast das Herz zerbricht, weil ich an diesem Zerstörungswerk mit beteiligt sein muß.

Die Sonne sinkt so feurigrot hinab in diesen fürchterlichen Höllenschlund der vor dem unglücklichen Ypern liegt, kein Blatt regt sich, am Himmel sind kleine blaßrote Wölkchen zu sehen die diesem allen ein solch wonniges Stimmungsbild verleiht, daß man sich wirklich einen schöneren Abend nicht denken könnte. – Aber was fragt man darnach, wenn man ringsherum dieses grauenhafte Elend sieht. Denn hier in dieser so fruchtbaren Gegend befindet sich weit und breit kein einziges Haus mehr, welches noch bewohnt wäre. Alles ist zerschossen.“¹⁷

17 Ebenda, S.171f.

Auch „Vaterlandsliebe“ war in jener Zeit „Opium“ für die Volksmassen, sie machte kurzzeitig die katastrophalen Auswirkungen des Kriegsausbruchs auf das Leben jedes Einzelnen vergessen und überdeckte die Ängste, Befürchtungen und kritischen Ansichten. Über Kriegsursachen wurde allgemein kaum nachgedacht, vor allem nicht schriftlich in den Feldpostbriefen. Zu den wenigen Ausnahmen gehören die politisch gebildeten und aktiven Arbeiter, denn diese zogen anders als die Masse der Feldgrauen „als homines politici in den Krieg“:¹⁸

„Was das Ultimatum Österreichs an Serbien bedeutete, war mir sofort klar [...]. Österreich und Deutschland schritten zum Kampf um den Balkan, um den Weltmarkt überhaupt, um die Weltherrschaft, das heißt, der Kampf, der vorher mit allen möglichen wirtschaftlichen Mitteln geführt wurde, wurde nun mit Feuer und Eisen fortgesetzt. Daß die herrschenden Klassen bei der Mächtegruppen schon lange Lust hatten, an Stelle ihrer seitherigen Kampfmittel, also Schutzzölle, Finanzschikanen, Intrigen in den Beutelländern und Kolonien usw. einmal die gepanzerte Faust, also Soldaten zu benützen, das weiß ja jeder.

Nur dachten wir, sie werden es nicht wagen, da die übergroße Mehrheit des Volkes gegen den Krieg ist und eine drohende Stellung einnahm. Und wie viele von uns fühlten in sich die Kraft, diese Forderung abzulehnen und lieber zu sterben. Aber die herrschenden Klassen, deren Mitglieder von Jugend auf als Herrenmenschen erzogen und durch lange Generationen diesen Charakter ererbt haben, die niemals Freie unter Freien sein wollen, sondern entweder herrschen oder sterben, sie wagten es doch. Hände hoch! Das war die Erklärung des Kriegszustands. Vorwärts in den Kampf! Das war die Kriegserklärung, und dann kam der Hohn, die Volksverachtung, die sich in der Anbiederung der Massen ausdrückte! Wir sind ein einzig Volk von Brüdern, drauf auf die franz[ösische] und russische und englische Hunde. Und sie blamierten sich nicht einmal damit, sie fanden mächtigen Widerball, denn – sie haben richtig kalkuliert. Sie haben nicht nur richtig kalkuliert damit, dass die Arbeiterschaft es nicht wagen wird, der materiellen Beherrschung zu trotzen, sondern auch damit, dass sich große Teile derselben noch geistig beherrschen lassen. Das letztere ist das schlimmste, dies macht es wohl vielen unmöglich, einen Heldentod zu sterben, denn für wen?“¹⁹

Als Feldpost galt bis in unsere Gegenwart fast ausschließlich die Post von Soldaten. Deren Lebenswelt galt das publizistische Interesse. Doch Feld-

18 Engel (Hrsg.), Rote, S.40.

19 Ebenda, S.79.

post ist auch Post ins Feld von Frauen, Eltern und Kindern. Deren Probleme sind lange Zeit kaum beachtet worden. Frauen bekamen die Auswirkungen der Mobilmachung schnell zu spüren. Sie waren von einem Tag auf den anderen auf sich allein gestellt – und wussten, was das bedeutet. Frauen scheinen auch auf die kommenden Gefahren sensibler reagiert und die „neue Zeit“ pragmatischer reflektiert zu haben. Bei ihnen verbanden sich die privaten Sorgen mit allgemeinen Befürchtungen. Der Post von der „Heimatfront“ wurde in der Forschung und in Publikationen lange Zeit wenig Aufmerksamkeit geschenkt, obwohl sie doch ebenfalls von dramatischen Lebensumständen erzählt, wie bei Hedwig Lauth aus Osnabrück:

7. Juli 1917:

„Wir haben eine furchtbar aufregende Nacht hinter uns. Gegen ½ 3 wurde ich durch ein furchtbares Kanonenfeuer geweckt. Es war ein unheimliches Donnern und Geknatter. Sofort kam mir der Gedanke an feindliche Flieger. Ich stürzte ins Eßzimmer u. sah gleich das Feuer der Abwehrkanonen in der Luft und zahlreiche Scheinwerfer. Nachdem ich nun Anna herunterrief, die es für ein Gewitter gehalten hatte, sind wir mit unseren 3 Kindern zu Oelzens gegangen. Ich war wie im Krampf erstarrt und meine Hände u. Arme eiskalt u. gänzlich gefühllos, meine Beine zitterten vor Aufregung. Die Fenster klirrten und man hatte das Gefühl als wenn eine große Anzahl von Fliegern Bomben unausgesetzt Bomben geworfen hätte. Heute morgen höre ich zu meinem Erstaunen, daß nur 3 Flieger hier gewesen sind. 20 sollen in Düsseldorf gewesen sein. Hier sollen sie fast nichts angerichtet haben. Unsere Nerven haben sie aber vollständig zerstört. Ilse hat wohl in folge der aufgeregten Milch den ganzen Tag geweint u. hat heute wegen Milchmangel die erste Flasche bekommen, die man ihr aber nur mit Mühe u. Not eintrichtern kann, da sie sie nicht mag. [...] Ich bin vollständig herunter. Dies Laufen nach Gemüse macht mich ganz kaputt. Trotzdem ich die ganze Nacht nicht geschlafen habe, war ich schon um 8 Uhr auf dem Markt. Trotzdem ich bis 12 Uhr blieb habe ich nichts bekommen. Ich war so hoffnungslos, daß ich fast einen Weinkrampf dort bekommen hätte.“²⁰

25. September 1917:

„Meine Haare fallen mir immer noch entsetzlich aus. Ich kann mich bald nicht mehr frisieren. Flöhr meinte, es liege an der Ernährung. Was müssen wir viel dem Vaterlande opfern.“²¹

20 Ebert (Hrsg.), Augusterlebnis, S.217f.

21 Ebenda, S.236.

Diese Probleme waren für alle Frauen in Deutschland ähnlich. Doch anders als bei der Arztgattin Hedwig Lauth kam bei den Arbeiterfrauen noch die tägliche Sorge ums Geld hinzu, wie bei Anna Pöhland:

„Habe heute 26,25 M Reichsunterstützung geholt, davon habe ich 16,80 im Konsum bezahlt; 2,88 Wassergeld, dann beim Buttermann 2,50. In der Buchhandlung muß ich noch über 6 M bezahlen. So schnell giebt sich das bißchen Geld aus. Für den Robert habe ich noch keine Reichsunterstützung bekommen.“²²

„Obgleich ich mitten im großen Reinmachen bin, will ich Dir herzlich danken für die 10 M, die ich eben erhielt. Ich war gerade beim Kopfzerbrechen, wie ich mit den paar Kröten vom roten Kreuz auskommen sollte. Es geht einfach so nicht weiter. Heute nachmittag will ich zur Tennishalle, um etwas Zeug zu kaufen, Hosen für Klärchen, sie muß ja morgen zur Operation. Ich bin ganz aufgeregt, wie sie es wohl überstehen wird.“²³

Doch nicht nur mit der Versorgung der Familie und der Arbeit in den Fabriken wurden die Frauen überfordert. Gerade im Krieg galt es, die sozialen Interessen der Arbeiter und Angestellten im politischen Kampf zu unterstützen und zu verteidigen. Die Genossinnen der SPD mussten nun zusätzlich die gesamte politische und Parteiarbeit der eingezogenen Männer übernehmen. Helene Kaisen aus Bremen, ihr Mann Wilhelm wurde nach dem Zweiten Weltkrieg Erster Bremer Bürgermeister, berichtet von der aufreibenden Arbeit, vom politischen Kampf, den die Genossinnen nun allein ausfechten mussten. Nur wenige Frauen hatten aber damals so fundierte politische Einsichten in die Verhältnisse wie sie. Am 16. August 1916 schreibt sie:

„Zum Briefschreiben komme ich tatsächlich immer nur dann, wenn es wieder einmal die allerhöchste Zeit wird. Doch in diesen Tagen haben wir Daheimgebliebenen eine sehr wichtige Mission zu erledigen. Du wirst inzwischen den Aufruf des Parteivorstandes gelesen haben. Wir sind dabei Unterschriften für die Friedenspetition zu sammeln. Morgen abend findet hier eine öffentliche Volksversammlung mit dem Thema »Krieg und Frieden« statt. Ob diese Aktion den Lauf der Dinge beeinflussen wird? Ich glaube ja und wenn das Resultat noch so gering sein wird, so wird von einem gewissen Beeinflussen doch geredet werden müssen. Das Eine wird ohne Zwei-

22 Kachulle (Hrsg.), Die Pöhlands, S.54.

23 Ebenda, S.114.

*fel kommen, die Freigabe der Erörterung der Kriegs- und Friedensziele. Und das will schon viel heißen, denn mit ihr wird die Friedenspropaganda kommen.*²⁴

21. November 1916:

*„Ich mußte am Freitag hier abbrechen, da ich zu einer eiligen Sitzung geholt wurde. Am Sonnabend und gestern habe ich mich um Stellung bemüht; doch es war alles nichts. Ein höherer Lohn als M. 70.- bis M. 80.- monatl. sollte nicht gezahlt werden. Auf der einen Stelle war dann die Arbeitszeit sogar bis 8 Uhr abends. [...] Vielleicht trifft auch mich die Zivildienstpflicht und man stopft mich in irgendeinen Betrieb hinein. Ich glaube nun allerdings kaum, daß man mir jetzt noch die Kriegsunterstützung gewähren wird. Es wird zwecklos sein, daß ich mich darum bemühe, bevor nicht die allgemeine Dienstpflicht entschieden ist. Heute weiß noch keiner, wie das Gesetz sich mit den Frauen abfinden wird. Vielleicht wird man alleinstehende gesunde Frauen zur Arbeit zwingen, besonders wenn sie Unterstützung beantragen wollen.*²⁵

Die Arbeiterfrauen waren mit der Mehrfachbelastung - Lohnarbeit, Beschaffen von Lebensmitteln, Organisation des Familienlebens - völlig überfordert. Ihre Briefe sprechen von elenden Verhältnissen, Hunger und Erschöpfung, die weit über das erträgliche Maß hinausgingen. Anna Pöhland schreibt am 4. Dezember 1915:

*„Gestern war ich auch so elend. Bei jeder Gelegenheit mußte ich weinen. Es scheinen schlechte Tage zu kommen. Dazu die schwachen Nerven. Die Sorgen um das Notwendigste lassen einen nicht ruhen. Gestern habe ich mich früh hingelegt und habe immer Umschläge gemacht, nun war es heute etwas besser. Habe heute die Betten gesonnt und will nächste Woche waschen, dann mache ich noch alles andere etwas in Ordnung. Wenn ich mich dann immer noch so schlecht fühle, dann werde ich mich arbeitsunfähig schreiben lassen.*²⁶

Die Männer an der Front konnten die neue Situation ihrer Frauen oft nicht erfassen. Manche beschwerten sich über ausbleibende Post, konnten nicht nachvollziehen, dass die Frauen nicht genug Zeit und Muße hatten, Briefe zu schreiben. Auch Helene Kaisen war so in die vielfältigsten Aktivitäten eingespannt, dass die Beziehung zu ihrem Mann beschädigt zu werden drohte, wie ihrem Brief vom 30. Januar 1916 zu entnehmen ist:

24 Ebert (Hrsg.), Augusterlebnis, S.163.

25 Ebenda, S.176f.

26 Kachulle(Hrsg.), Die Pöhlands, S.61.

„Doch Liebster ich weiß, daß ich Dir wieder einmal sehr wehe getan habe. Und Du wirst sagen, wieder mit einer Kleinigkeit, die Du verlangst – wieder wegen eines Briefes. Ich will auch nicht alle Gründe hervorsuchen, damit Du es entschuldigst. [...]

Nun stelle Dir vor Tag für Tag hat man sich in Sitzungen oder Versammlungen herumzuschlagen, die sich mit wichtigen oder minder wichtigen Umständen, die mit dem Parteistreit verknüpft und aus allen Tiefen hervorgeholt sind, beschäftigen. Wenn Du die Br. B. [Bremer Bürger-Zeitung] gelesen hast, wirst Du eine kleine Abnung bekommen. Nun all diesem aufregenden Wust gegenüber steht ein Mensch, der oft tagelang vollständig zusammenbricht. Liebster ich habe in den letzten Wochen entsetzliche Nervenschmerzen aushalten müssen. Jetzt erscheinen mir diese Wochen wie ein böser Traum. Wenn ich wieder und wieder die Anklagen in Deinem Brief lese und mich dann frage, warum geschah es, so finde ich keine Antwort. Deine Anklagen sind bitter, doch ich verstehe, sie mußten kommen. Ja sie mußten kommen selbst zwischen zwei Menschen, deren Vertrauen zueinander so fest gebaut ist, das es durch nichts erschüttert werden kann, wenn einer der Beiden auf all das Liebe, das ihm erwiesen wird, mit auch nicht dem leisesten Zeichen reagiert.“²⁷

Die Trennung von Heim und Familie zeitigte immer wieder Konflikte. Gerade im Privaten wurden die Grenzen der brieflichen Kommunikation deutlich. Trotz guten Willens entstanden Risse in den Beziehungen. Missverständnisse konnten schriftlich nur schwer ausgeräumt werden, zumal das Formulieren von Empfindungen vielen nicht leicht fiel. So mussten Versöhnungen und Aussprachen auf den Urlaub verschoben werden, Konflikte stauten sich an. Sowohl an der Front als auch in der Heimat entstanden neue Lebenswirklichkeiten, die dem Partner bzw. der Partnerin nur schwer zu vermitteln waren. Die meisten Frauen deuteten in ihren Briefen nur an, wie überfordert und überarbeitet sie waren und wie viel sich für sie verändert hatte.

„Man hört jetzt hier viel von Arbeiterunruhen wegen des gänzlichen Fehlens der Kartoffeln u. des großen Mangels an Brot. Frauen stehen den ganzen Tag vor den Bäckerläden u. warten auf Brot. Ich habe viel Dusel dabei. Oelztes telefonieren alle Stunden Oelkers ab ob sie Brot haben u. sagen Bescheid.“²⁸

27 Ebert (Hrsg.), Augusterlebnis, S.131f.

28 Hedwig Lauth am 05.02. 1917, Ebert (Hrsg.), Augusterlebnis, S.358.

Gleichzeitig bot sich Frauen durch die Erfordernisse des Krieges auch neuer Raum zu gesellschaftlicher und persönlicher Entfaltung. Frauen wie Anna Pöhland oder Helene Kaisen teilten in ihren Briefen ungeschminkt ihre Sorgen und Probleme mit, ohne übermäßig zu klagen. Das neue weibliche Selbstbewusstsein nicht nur der sozialdemokratischen Frauen lag nicht allein in den Kriegsverhältnissen begründet. Der Krieg beschleunigte nur gesamtgesellschaftliche Wandlungsprozesse, die bereits um 1900 begonnen hatten.

Gefühle zu zeigen, sie gar noch schriftlich zu formulieren war für die meisten Menschen Anfang des 20. Jahrhunderts ungewohnt. Tiefe Einblicke in das Seelenleben bekommt man in den Feldpostbriefen nur selten. Eine Ausnahme bilden da ebenfalls Briefe aus sozialdemokratisch oder sozialistisch geprägten Milieus. Zum einen dokumentieren sie eine neue Art von Verhältnis zwischen Frau und Mann, das deutlich mehr von Partnerschaft geprägt war als bei vergleichbaren bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Familien. In ihren Briefen ist aber auch stets ein Blick präsent, der über Alltagsfragen und Alltagsorgen hinausgeht, ein Blick, der (tages-)politische und gesellschaftliche Dimensionen einschließt. Viele der Briefe sind in einem herzlichen, liebevollen und verbindlichen Ton verfasst, wie er selten in jener Zeit ist. Anna Pöhland und Helene Kaisen sind zwei Beispiele für den sich in jener Zeit neu herausbildenden Frauentypus. Sie hatten durch ihre politische Betätigung vielfältige Beziehungen, die über den Familienkreis hinausgingen. Als aktive Sozialdemokratinnen waren sie mit Gleichgesinnten verbunden, wenn auch nicht selten im politischen Streit. Das in Bremen besonders stark ausgeprägte sozialdemokratische Milieu war nur für bestimmte Regionen Deutschlands repräsentativ. Beide Frauen kannten sich, wie aus Kaisens Brief vom 17. November 1916 hervorgeht:

„Heute morgen war ich bei der Genossin Pöhland. Du erinnerst, daß während Deines Hierseins uns die Nachricht wurde, daß ihr Mann gefallen ist. Er ist bei Irls, westlich von Bapaume, von einem Volltreffer getötet worden. Er soll sofort tot gewesen sein; beide Beine sind ihm abgerissen. An der Straße von Courcelles liegt er begraben. Mit diesem Genossen ist ein prächtiger Mensch dahin gegangen, ein begeisteter Kämpfer unserer Sache. Seine kleine tapfere Frau fand ich sehr niedergedrückt; sie wird zur Ueberwindung ihres großen Leides wohl langer Zeit bedürfen. Sie zeigte mir eine Reihe seiner Briefe, aus allen sprach eine solch große und tiefe Liebe des Gatten und des Vaters. [...] Das Einzige, was ihr den Schmerz erleichtern wird, werden ihre Kinder sein, die noch mehr als bisher um die Mutter bemüht sind. Sie schenkte mir heute ein kleines Bildchen von den 4 jüngeren Kindern. Ich

lege es Dir bei – nur darfst Du es nicht verlieren. Du siehst links ihre älteste Tochter, in der Mitte die beiden Drumwappels²⁹ und dann ihren 10jährigen Sohn.³⁰

Feldpostbriefe bergen für uns viel Unbekanntes im scheinbar Bekannten. Sie berichten über eine dem heutigen Leser unbekannte Realität.

Die beschriebene Erlebniswelt des Ersten Weltkriegs hat für uns in der Gegenwart dann einen Erkenntniswert, wenn man sie mit heutigen Kenntnissen verbindet, die subjektiven Aussagen der Zeitzeugen in ein historisches Koordinatensystem einbettet. So können Feldpostbriefe vergangener Epochen uns vermitteln, wie Kriege an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten die Menschen geprägt haben, welche Wertvorstellungen und Deutungsmuster akzeptiert wurden und handlungsanweisend funktionierten. Die schriftliche Weiterführung familiärer Beziehungen in Kriegszeiten schaffte neue, lang unterschätzte Dokumente der Alltagsgeschichte. Vieles an bemerkenswerten und absonderlichen Begebenheiten, aber auch an sich nicht weiter Erwähnenswertes, Alltägliches wird in den Briefen festgehalten, was sonst nicht weitererzählt worden wäre und was wir nur selten so anschaulich in den Geschichtsbüchern nachlesen können. Dabei bilden Briefe aus sozialdemokratisch oder sozialistisch geprägten Milieus eine bislang noch nicht ausreichend gewürdigte Quelle.

29 Alte Apfelsorte.

30 Ebert (Hrsg.), *Augusterlebnis*, S.176.

Die Debatte um Kriegsursachen und Kriegsschuld in der deutschen Sozialdemokratie zwischen 1914 und 1924

Heinz Niemann

Die Debatte um die Kriegsursachen und die Kriegsschuld seit Kriegsausbruch und nach dem Ende des Weltkriegs fiel den Führern der Mehrheitssozialdemokratie schwer, verständlicherweise, denn sie warf verschiedene komplizierte Probleme auf. Sie begann mit der Verweigerung Karl Liebknechts im Dezember 1914, den Kriegskrediten zuzustimmen und verschärfte sich danach laufend mit der Novemberrevolution, also unter den Bedingungen der eigenen Regierungsverantwortung, und der Wahl zur Nationalversammlung. Vor den Verhandlungen zum Versailler Vertrag erreichte sie ihren Höhepunkt. Nun spielten taktische Überlegungen eine Rolle, wie man die Siegermächte durch Eingeständnisse deutscher Schuld zu mildernden Zugeständnissen bewegen könnte, ohne diesen provokativ damit mehr oder minder direkt gleichwertige Mitschuld zuzumuten. Schließlich spielten die Bewertung der eigenen Mitverantwortung wie die inneren Auseinandersetzungen mit linken und kommunistischen Rivalen, koalitionspolitische Rücksichten und die Abgrenzung zur nationalistischen Rechten sowie die Forderung der Siegermächte nach Auslieferung von an Kriegsverbrechen beteiligten Personen (einschließlich des geflohenen Kaisers) genauso eine wesentliche Rolle wie das Verhältnis zu den sozialdemokratischen Parteien der zusammengebrochenen II. Internationale, insbesondere der Siegerstaaten.

Die führenden Köpfe der Mehrheitssozialdemokratie standen vor allem vor dem Problem, dass ihre seinerzeitigen Begründungen für die Bewilligung der Kriegskredite seit dem 4. August 1914 es im Grunde ausschlossen, nun – nach der Niederlage – eine Hauptschuld Deutschlands für den Kriegsausbruch anzuerkennen. Das ganze Gebäude ihrer Burgfriedensdemagogie musste zusammenbrechen, alle die gewaltigen Opfer wären damit als sinnlos qualifiziert und sie stünden als Politiker völlig gescheitert und als Parteiführer politisch-moralisch blamiert da. So war es nicht nur logisch, sondern vor allem auch eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit und der Aufrechterhaltung der Legitimität ihres fortbestehenden Führungsanspruchs, diese Hauptverantwortung des kaiserlich-imperialistischen Regimes irgendwie zu relativieren, wenn sie schon nicht ganz zu leugnen war.¹

1 Am 2. Juni 1919 hatte die Nationalversammlung (nur gegen die USPD-Fraktion) be-

Die Spannbreite in der Frage der Kriegsursachen und der Kriegsschuld in der Mehrheitssozialdemokratie reichte vom strikten Beharren auf der Lüge vom Angriffskrieg, ausgelöst und begonnen durch Russland, dem Frankreich und Großbritannien folgten, durch Ebert, David, Südekum, Landsberg, Scheidemann, im Grunde von allen Prominenten, bis hin zu Eduard Bernsteins späterem naiven Bekenntnis, sie seien „eingeseift worden“ – was ja auch noch eine entschuldigende Rechtfertigung darstellte.

Die Behauptung, Russland habe zuerst den Krieg erklärt, hat sich bis in die allerneueste SPD-Geschichtsschreibung gehalten. So kann man in der „Geschichte der Sozialdemokratie“ vom Vorsitzenden der Historischen Kommission der SPD, Bernd Faulenbach, raffiniert verpackt und unter bewusster Unterschlagung genauer Daten lesen: „Anfang August, nachdem das zaristische Russland dem Deutschen Reich den Krieg erklärt hatte, auch die anderen Mächte in den Krieg eintraten und unter den Deutschen die nationale Begeisterung um sich griff, sahen die deutschen Sozialdemokraten die Konstellation verändert – zunächst schwenkte die Generalkommission der Gewerkschaften, dann der Parteivorstand auf die nationale Linie ein.“² Wie längst nachgewiesen, „schwenkten“ weder die Gewerkschaftsführer noch die SPD-Spitze angesichts einer russischen Kriegserklärung „um“, sondern sie hatten bereits Tage zuvor ihr Stillhalten zugesichert.³

Sieht man von wenigen, sehr allgemeinen und ganz knappen lapidaren Hinweisen in den Verlautbarungen der SPD-Führung Ende Juli/Anfang August 1914 auf „imperialistische Gegensätze“ ab, so am 25. Juli 1914 noch der Protest: „Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkitzel der österreichischen Gewalthaber, den imperialistischen Profitinteressen geopfert werde“, ⁴ wurde das Habsburger Kaiser-

geschlossen, den Vertrag nur unter Vorbehalt der entsprechenden fünf Artikel (227 bis 231) zu unterzeichnen. Die USPD wollte statt Auslieferung von Kriegsverbrechern die Verurteilung vor einem deutschen Gericht. Die Forderung des Abgeordneten Cohn im Dezember 1919 nach einem Volksgericht scheiterte.

² Bernd Faulenbach: *Geschichte der SPD. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 2012, S.34. – Siehe Karl Ludwig Rintelen: *Arbeiterführer und Reichsleitung vor und bei Inszenierung des ersten Weltkriegs*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG)*, 1991, H. 6, S.723-735.

³ In dieser Frage hebt sich eine neuere kritischere Darstellung der SPD-Geschichte von Peter Brandt/Detlev Lehnert positiv ab, auch wenn sie ebenfalls exakte Daten einfach auslassen. Peter Brandt/Detlev Lehnert: *„Mehr Demokratie wagen“: Geschichte der Sozialdemokratie 1830-2010*, Berlin 2013, S.104.

⁴ Vorwärts, 25.7.1914 (Extraausgabe).

reich zum Hauptverursacher, also auch zum Hauptschuldigen erklärt. In der von der Fraktion beschlossenen, in der Hauptsache nicht von Haase, sondern von David, Scheidemann, Schulz u. a.⁵ verfassten Erklärung am 4. August, werden imperialistische Politik und Wettrüsten zwar genannt, aber dann heißt es ganz allgemein, dies falle auf die Träger dieser Politik zurück. Seitdem wurde stets die Gefahr feindlicher Invasionen, also der Verteidigungscharakter des Krieges beschworen und die offizielle Linie der Reichsleitung von der Bedrohung und Umzingelung Deutschlands vier Jahre lang kritiklos übernommen und massiv gegenüber der Partei wie der Öffentlichkeit vertreten.⁶ Jede erneute Kreditbewilligung war mit der Strapazierung dieser Behauptung von einer existenziellen Bedrohung „des Lebens, der Freiheit und Entwicklung des deutschen Volkes“ – so wörtlich – wegen der Umzingelung durch die Entente-Mächte verbunden. Genauso wurde behauptete, dass ein leider nicht erlaubter Parteitag 1914 mit überwältigender Mehrheit für die Politik der Kreditbewilligung und des Burgfriedens gestimmt hätte, so wie auch die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes sich entschieden hätte und sie sich zudem voll in Übereinstimmung mit den Auffassungen von Marx, Engels und Bebel befinden würde.⁷ Eine geradezu perverse Konstruktion.

Bis zum Sommer 1915 enthielt sich die Fraktion auch jeglicher Kritik in Heeresangelegenheiten, trotz damals schon massiver Beschwerden von Soldaten an Missständen, Misshandlungen, an der Besoldungsordnung, Urlaubsgewährung, Verpflegung u. a.⁸ In der Reichstagssitzung am 26. August 1915 wurde erstmals öffentlich durch den Abgeordneten Stück-

5 Ebert traf am Ende der Fraktionssitzung, aus Zürich kommend, in Berlin ein, wohin er mit Otto Braun mit der Parteikasse entsandt worden war. Er nahm keinen Einfluss mehr auf die von ihm allerdings voll gebilligte Erklärung.

6 Wie David in einer Beratung mit führenden Abgeordneten am 15. August berichtete, Kollegen des Reichstagspräsidiums hätten Scheidemann, der ja selbst einige Zeit Vizepräsident des Reichstags war, offenbar von der Notwendigkeit eines Präventivkrieges überzeugt, also das Eingeständnis der Eröffnung eines Angriffskriegs durch Deutschland.

7 Die immer wieder beschworene nationale Euphorie und Kriegsbegeisterung aus der Arbeiterklasse ist trotz der schwierigen Quellenlage überzeugend relativiert worden. Siehe u. a. Jörn Wegner: Die Antikriegsproteste der deutschen Arbeiter am Vorabend des Ersten Weltkrieges und ihre Entwaffnung durch die SPD-Führung, in: *JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 2014/II, S.39-52; Ottokar Luban: Der Kampf der Berliner SPD-Basis im ersten Kriegsjahr gegen die Kreditbewilligung, in: ebenda, S.53-65.

8 Bericht der Reichstagsfraktion, in: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Würzburg vom 14. bis 20. Oktober 1917, S.89–95.

lein dazu etwas gesagt, zuvor aber beteuert: „Wir stehen (da) im Gegensatz zu den Parlamentariern der sich mit uns im Krieg befindlichen Staaten: England, Frankreich, ja auch Russland. Wenn in diesen Parlamenten mehr oder minder heftig Angriffe auf die Führung der Armeen erhoben worden sind, so liegt für den deutschen Reichstag erfreulicherweise kein Anlass vor, eine Kritik nach dieser Hinsicht zu üben. Das deutsche Volk erkennt ohne weiteres die Strategie der deutschen Heerführer an, der Hindenburg, Mackensen, Linsingen und ihrer Unterführer, denen es gelungen ist, unterstützt durch das aufopfernde, hingebende Verhalten der ihnen unterstellten Truppen, Deutschland vor der russischen Invasion zu bewahren.“ Durch Kritik würde das hervorragende deutsche Heerwesen nur gewinnen.⁹

Auf einer Konferenz von Parteivorstand, Parteiausschuss und Fraktion von Ende September 1916 wurden Kreditbewilligung und Burgfrieden erneut verteidigt, weil „feindliche Heere unser Land bedrohten mit den Schrecknissen der Invasion. Im Osten setzte sich die furchtbare Kriegsmaschine des zaristischen Russlands, mit den Milliarden der französischen Republik ausgebaut worden, in Bewegung. Im Westen formierte sich die französische Millionearmee als williges Werkzeug in der Hand von Politikern, die ihr Revancheziel nun endlich mit Hilfe der russischen Dampfwalze und der weltmeerbeherrschenden Flotte Englands zu erreichen hofften. [...] Wir mussten uns wehren. [...] Dass die Sozialdemokratie (trotzdem) nicht zögerte, in jener Schicksalsstunde die innere Einheit herzustellen, war ein nationales Verdienst. [...] Die ganze Zukunft des deutschen Volkes stand auf dem Spiel.“¹⁰

Als theoretische Autorität wurde Bernstein (der unmittelbar nach Kriegsausbruch am 25. August geschrieben hatte) zitiert: „Für Deutschland wäre, wenn es der Koalition der Westmächte mit dem zaristischen Russland unterläge, seine ökonomisch-soziale wie kulturelle Entwicklung auf Jahrzehnte, wenn nicht auf ein Menschenalter unterbunden [...]. Unbeschadet unseres eigenen Urteils über die Einleitung des Krieges sind wir mit Parteien, die wir sonst auf das schärfste bekämpfen, darin einig, den siegreichen Ausgang des Krieges für Deutschland als eine Notwendigkeit zu empfinden und danach zu handeln.“¹¹ Die hier übernommene Position der Reichs- und Armeeführung vom „Siegfrieden“ über die Kriegsgegner, die aus der Sicht der MSPD-Führer einen Friedensschluss mit den

9 Ebenda, S.89.

10 Ebenda.

11 Ebenda, S.63f.

zum Hauptschuldigen für den Kriegsausbruch erklärten Deutschland verhindern würden, blieb unausgesprochen Bestandteil aller so genannten „Friedensinitiativen“. Zugleich wurde – wie im Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion während der ersten drei Kriegsjahre – ausdrücklich die Ablehnung jedes Versuchs betont, „die Hauptschuld am Kriegsausbruch den Staatsmännern der Mittelmächte zuzuschreiben“.¹² Als Zugeständnis sowohl an die Parteien der II. Internationale vor allem in den Feindesländern, aber gleichzeitig als Schonung gegenüber den verantwortlichen deutschen Politikern und der Generalität wurde zwischen irgendwie unklar bleibenden „imperialistischen Widersprüchen“ als Kriegssache und den angeblich friedenswilligen Staatsmännern unterschieden. Auf dieser Linie lag auch der Vortrag von Eduard David „Wer trägt die Schuld am Kriege“ auf der Stockholmer Friedenskonferenz Anfang September 1917, wo er allerdings nicht ganz darauf verzichten konnte einzugestehen, dass es „auch in Berlin Kriegstreiber gab“,¹³ die aber ausschließlich bei den nicht an der Regierung beteiligten und nur die Minderheit im Reichstag bildenden Alldeutschen verortet wurden. Wortreich – wie schon in einer Reichstagsitzung am 12. Dezember 1916 – wurde von David die Hauptschuld am Kriege Russland, diesem „Koloß“ und „Ungeheuer“ zugeschoben.¹⁴

Auf dem einzigen Parteitag während des Krieges, den die Reichsleitung schließlich im Oktober 1917 erlaubte, als die Lage bereits äußerst bedrohlich geworden war, da nach Italien und Rumänien nun auch die USA den Krieg erklärt hatten und die Regierung der Zustimmung der MSPD umso dringlicher bedurfte, auch der Widerstand der USPD größer wurde und deren Einfluss in der Arbeiterklasse wie in den Streitkräften wuchs, kam es erstmals zu einer größeren Debatte über die mit dem Krieg zusammen-

12 Ebenda, S.66.

13 Ebenda, S.67.

14 Den Vertretern der Parteien aus Frankreich, England, Italien und den USA waren die Pässe verweigert worden; obwohl damit entschiedene Kritiker der MSPD fehlten. Die Belgier hatten die Teilnahme wegen der Anwesenheit der MSPD-Vertreter verweigert. So scheiterte die Konferenz, was auch die drei Delegierten der USPD, Haase, Kautsky und Ledebour, nicht verhinderten. Ein Aufruf zum internationalen Massenstreik zur Beendigung des Krieges blieb ohne Resonanz. (siehe dazu: Julius Braunthal: Geschichte der Internationale, Bonn-Bad Godesberg, 1974, S.107f.) Illustrativ ein Brief des Belgiers H. de Man an Kautsky vom 4. Juli 1917. Dieser sehr versöhnlich gehaltene Brief vermittelt die Gefühlslage, die die tiefe Entfremdung gegenüber der MSPD widerspiegelt, deren Abgesandte „wir nicht als Sozialisten anerkennen“ könnten. (Julien Kuypers: Hendrik de Man an Karl Kautsky, Brief vom 4. Juli 1917, in: Archiv für Sozialgeschichte. Bd. 5, 1965, S. 433-439, hier S.437.)

hängenden Fragen. Neben heftigen verleumderischen Angriffen auf die pazifistische und sozialistische Linke, denen man die Spaltung und einen Verrat nationaler Interessen vorwarf, wurden alle eigenen Bekundungen und Vorschläge für einen Friedensschluss (ohne Annexionen – was auch Elsass-Lothringen und die deutschen Kolonien einschloss – und Kontributionen) aufgelistet, deren Scheitern man dem Unwillen der Feinde, insbesondere Frankreichs und auch der sozialistischen Partei Frankreichs anlastete, die auf einem Sieg und der Unterdrückung Deutschlands sowie der Annexion Elsass-Lothringens bestünden. Stolz wurde auf eine Petition an den Reichskanzler verwiesen, die mit 809.149 Unterschriften am 16. Dezember 1916 übergeben worden war. In ihr wurden Eroberungspläne abgelehnt und die Bedingungen eines Friedensabschlusses genannt: 1. die politische Unabhängigkeit des Reiches, 2. die Gewährleistung seiner territorialen Unversehrtheit und 3. seiner wirtschaftlichen Entwicklungsfreiheit. (Bei der Forderung nach territorialer Unversehrtheit stand übrigens – wenn auch unausgesprochen – die Rückgabe der inzwischen von den Engländern besetzten Kolonien dahinter.)¹⁵

Im seinem Bericht an den Würzburger Parteitag nannte Ebert als Kriegsziele die Beseitigung der „für Deutschland so verhängnisvollen Konstellation der Großmächte“ im Gefolge eines Verständigungsfriedens, mit anderen Worten: ein neues europäisches Kräfteverhältnis zugunsten Deutschlands, sowie die Demokratisierung und durchgängige Parlamentarisierung im Innern. Höhepunkt dieser Demagogie war die Behauptung, dass ohne ihre Politik zur Unterstützung des Krieges „der Zar an der Spitze seiner siegreichen Kosaken in Berlin eingezogen wäre“,¹⁶ so aber sei die „russische Revolution [...] mitverursacht worden durch unsere Politik vom 4. August 1914“ und die russische Demokratie ihre Frucht. Der Zusammenbruch des Zarenreichs wäre nicht eingetreten, wenn die SPD gehandelt hätte wie „Haase und seine Freunde“.¹⁷

In der Debatte zum Tätigkeitsbericht der Reichstagsfraktion erhielt als Vertreter der Mehrheit Eduard David als erster das Wort zu einer den ganzen Nachmittag dauernden Rede, die außerordentlich bemerkenswert ist. David, neben Ebert und Scheidemann der häufigste Redner zu den jährlich mehrfachen Sitzungen über die Kreditbewilligung im Reichstag, bekannte sich mit historischem Sinn zur Entscheidung vom 4. August „als einer Tat von geschichtlicher, ich darf sagen, weltgeschichtlicher Bedeu-

15 Bericht der Reichstagsfraktion, Protokoll, Würzburg 1917, S.444.

16 Ebenda, S.390.

17 Ebenda, S.320f.

tung, [...] die bestimmend ist für die ganze weitere Politik der deutschen Arbeiterbewegung. Hier war ein Kreuzungspunkt, von dem aus sich zwei verschiedene Wege, die die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung gehen konnte, gabelten. Indem wir diese Entscheidung trafen, schlugen wir den Weg ein, von dem es ein Rückwärts nicht mehr geben kann.“ In seinem Schlusswort nach der Plenardiskussion zu seinem Bericht verdeutlichte David, dass dies die Entscheidung für den Weg von Reformen im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft war, die nur Schritt für Schritt verbessert werden könne. Es war die Entscheidung dazu, „daß der Staat, dem wir angehören, wert ist, verteidigt zu werden“.¹⁸

Seine ausschweifende Polemik gegen die Unabhängigen widerspiegelte nicht nur die zunehmende Sorge über deren wachsenden Einfluss, sondern vor allem die Angst um den erfolgreichen Ausgang des Krieges, den die MSPD weiterhin in einem Friedensvertrag ohne Annexionen und Entschädigungen sowie in der Gewährung von politischen Rechten durch den Monarchen wie im republikanischen Frankreich oder in Englands konstitutioneller Monarchie erhoffte. Wenige Tage später demonstrierten die Bolschewiki in Russland, welchen anderen Weg die Arbeiterbewegung zur Beendigung des Krieges, für einen demokratischen Frieden und zu einer neuen gerechten Gesellschaft einschlagen könnte.

Am nächsten Tag – ausdrücklich nicht als Koreferat zugelassen, aber mit verlängerter Redezeit – durfte Hoch als ein Vertreter der kleinen Minderheit von inzwischen kritischen MSPD-Abgeordneten und Delegierten die begrenzten Einwände zur Politik der Mehrheit vortragen. Ihnen ging es um etwas mehr Radikalität bei der Forderung nach möglichst rascher Beendigung des Krieges, da der nicht mehr militärisch zu entscheiden wäre. Als Weg sahen auch sie lediglich die Beschneidung der Macht des Kaisers und der Militärkamarilla durch entsprechende Änderung der Verfas-

¹⁸ Ebenda, S.390. Dies kündigte den Übergang von der Burgfriedenspolitik zur weitergehenden direkten Übernahme von Regierungsfunktionen an, beginnend mit dem Interparlamentarischen Ausschuss. Die neue Qualität des sozialdemokratischen Opportunismus war dann der von Ebert in der Fraktion massiv geforderte Eintritt in die Regierung unter Max von Baden am 4. Oktober 1918. Ebert gewann die Mehrheit der Fraktion nicht zuletzt wegen seiner Drohung, sonst würde „das Schicksal der Partei der Revolution [überlassen]. Wer die Dinge in Rußland erlebt hat, der kann im Interesse des Proletariats nicht wünschen, daß eine solche Entwicklung bei uns eintritt.“ (Zit. nach: Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie 1898 bis 1918, T. 2, bearb. Von Erich Matthias und Eberhard Pikart, Düsseldorf 1966, S.466.) Scheidemann wurde mit der Wahrnehmung eines Amtes als Staatssekretär beauftragt, elf Tage später Eduard David, Robert Schmidt und August Müller zu drittrangigen Unterstaatssekretären ernannt.

sung. Die Entscheidung des 4. August und die Burgfriedenspolitik der ersten Jahre bis 1917 wurde ausdrücklich verteidigt.

Mit der Regierungsübernahme erst durch den Rat der Volksbeauftragten und dann als stärkste Kraft einer Koalitionsregierung stellte sich vor allem mit Blick auf den Friedensvertrag, aber auch angesichts einiger sich entsetzlich betrogen fühlender Millionen Soldaten, die Kriegsschuldfrage völlig neu und in ganz anderer Schärfe. Aber gerade deshalb wurde sie so weit wie möglich umgangen, nachdem erste Versuche, sie für die MSPD und auch für den aus der Revolution hervorgehenden Nachfolgestaat einigermaßen günstig zu beantworten, gescheitert waren. Schon am 25. November 1918 war ein Vorschlag zur Einrichtung eines neutralen Untersuchungsausschusses von den Alliierten abgelehnt worden. Danach schlug Ebert vor, einen Staatsgerichtshof einzurichten, um den Siegern konkrete Führungspersonen als Schuldige zu präsentieren. Auch auf Initiative Eberts hatte der Rat der Volksbeauftragten Karl Kautsky (noch USPD) und Max Quarck (MSPD) dann Anfang Dezember 1918 beauftragt, entsprechende entlastende deutsche Akten zu sammeln und zu veröffentlichen.¹⁹ Als sich das als Rohrkrepierer herausstellte (weswegen Quarck sich zurückzog), schwenkte die Propaganda der einstigen Burgfriedenspolitiker um auf die Position, die Arbeiterklasse und das Volk wie seine Repräsentanten hätten doch radikal mit dem alten Regime und den Verantwortlichen gebrochen. Kritik aus den eigenen Reihen an der Politik der Fraktion im Kriege wurde immer öfter damit beantwortet, der drohende Friedensvertrag mit den Gebietsabtrennungen und Belastungen würde doch deren Richtigkeit beweisen.

So blieb es fast allein Eduard Bernstein, inzwischen nicht mehr Doppelmitglied von USPD und MSPD, überlassen, den mutigen Versuch einer ehrlichen Beantwortung der Kriegsschuldfrage auf dem Weimarer Parteitag im Juni 1919, kurz vor Übergabe des Versailler Vertragswerkes,²⁰

19 In Kenntnis entsprechender Akten schlug Kautsky auf der Berner „Arbeiter- und Sozialistenkonferenz“ im Februar 1919 als Kompromiss vor, sich auf der Linie zu einigen: „Wir sind betrogen worden von der Regierung und haben deswegen eine verhängnisvolle Politik betrieben.“ Zit. nach: Die II. Internationale 1918/19. Protokolle, Memoranden. Hrsg. u. eingeleitet von Gerhard A. Ritter, Berlin-Bonn 1980, S.261.

20 Am 17. Juni 1919, einen Tag nach Beendigung des Parteitages, wurde der Versailler Friedensvertrag an die Reichsregierung übergeben, der das ganze außenpolitische Konzept der Scheidemann-Regierung, von Anfang an unrealistisch, nun völlig illusorisch machte. Dabei wusste sie seit Bekanntwerden des Entwurfs vom Artikel 231, mit dem der Teil VII begann und der festschrieb, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verlus-

zu unternehmen. Einleitend bekannte er, dass für ihn der 3. und 4. August der „schwärzeste Tag“ in seinem ganzen politischen Leben und die Zustimmung „damals ein Unheil, ein Unheil für unser Volk, ein Unheil für die Kulturwelt“ war. Seine sachlich fundierte und sich aller bekannter Fakten bedienende Rede, war er doch – auch dank seiner Kenntnisse des Englischen wie Französischen und sicher im Wissen sowohl der vom bayrischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner am 23. November 1918 veröffentlichten Berichte des bayrischen Gesandten in Berlin über die Vorgänge während der Juli-Krise und an den ersten Augusttagen 1914²¹ wie auch von den Ergebnissen der Recherchen seines Freundes Kautsky – umfassend informiert, wurde durch empörte Buh-Rufe und Zwischenreden immer wieder lautstark unterbrochen.²² So wurde diese Rede trotz ihres Gehalts keine Sternstunde in seiner Biografie. Der ganze Unmut und Protest widerspiegeln sicherlich den ideologisch-politischen Bewusstseinsstand einer Mehrheit der Partei, auf jeden Fall den Unwillen der Führung, sich der Schuldfrage ehrlich zu stellen, die nicht bereit war, sich aus dem „Turm“ – wie Bernstein formulierte –, in den man mit der Abstimmung des 4. August geraten sei, frei zu machen.

Alle aufgebotenen prominenten Redner (Adolf und Otto Braun, Hermann Müller, David, Cohen-Reuß, Scheidemann) verdammt seine Rede, sie sei schädlich, überflüssig und der drohende Friedensvertrag rechtfertige – wie Otto Braun wiederholte – „glänzend die Haltung, die die Partei während der Kriegszeit eingenommen“ habe.²³ Es wurde – wie Bernstein danach meinte – ein „Spießrutenlauf“ für ihn, und er ruderte auch ein wenig zurück, ohne dass die Führung ihre abwiegelnde Taktik veränderte. Als letzter Paukenschlag folgte der Rücktritt Scheidemanns und sein berüchtigtes Wort von der Hand, die verdorren solle, die den Versailler Vertrag unterschreibe. Ein Angebot des österreichischen Außenminis-

te und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben, wie auch von Teil IV, der den Verzicht auf alle Kolonien festlegte.

21 Peter Dirr (Hrsg.): *Bayrische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch*, München-Berlin 1925.

22 Der wegen seiner Abberufung verärgerte Kautsky veröffentlichte gleich danach auf eigene Verantwortung Teile der Dokumente in seinem Buch „Wie der Weltkrieg entstand“ (Berlin 1919).

23 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Weimar vom 10. bis 15. Juni 1919, S.253.

ters Otto Bauer, ihnen bekanntes Material über die Verantwortung ihrer wie der deutschen Staatsmänner für den Kriegsausbruch zur Verfügung zu stellen, lehnte Hermann Müller (nach dem Rücktritt von Brockdorff-Rantzau neuer Außenminister) ab.²⁴

Dem Bestreben der MSPD-Führung, die Kriegsschuldfrage möglichst bald vom Tisch zu haben, stand der Wunsch anderer ausländischer Parteien zur Gründung einer Nachfolgeorganisation der II. Internationale entgegen. Das war nicht ohne die deutsche Sozialdemokratie, der einst stärksten Mitgliedspartei möglich, aber auch nicht ohne die abschließende Klärung der Kriegsschuldfrage, schließlich war die Verhinderung eines solchen Krieges eines ihrer Hauptanliegen gewesen. Auch stand der Antrag des Franzosen Albert Thomas namens der sozialistischen Partei auf dem ersten internationalen Nachkriegstreffen in Bern Anfang 1919 immer noch im Raum, die SPD wegen ihrer Bewilligung der Kriegskredite als erste aller Parteien auszuschließen, und die italienische, rumänische und schweizerische hatten der MSPD das Recht abgesprochen, sich als Sozialisten und Internationalisten zu bezeichnen. Die belgische Partei war dem Berner Treffen wegen der Anwesenheit von MSPD-Vertretern gleich ganz fern geblieben.²⁵

Auf einem Kongress in Genf vom 31. Juli bis 4. August 1920 sollte nun aber dazu ein Abschluss gefunden werden, um den Weg zur Neugründung frei zu machen. Die MSPD hatte in berechtigter Sorge, wieder auf die Anklagebank zu geraten, eine Denkschrift „Zur Frage der Verantwortung für den Weltkrieg“ eingereicht. In ihr nahm sie nach den Debatten in Bern eine etwas selbstkritischere Position ein, ohne allerdings die besondere Schuld des deutschen Kaiserreichs zu akzeptieren. Nur Fehler und Irrtümer einzelner Staatsmänner wurden zugestanden.

Diese Linie hatte sich schon in einem Vorschlag Paul Löbes, dem Fraktionsvorsitzenden, angedeutet. Dieser hatte unmittelbar vor der Abreise der Delegation nach Genf vorgeschlagen, in der Weimarer Nationalversammlung zu erklären, dass der Krieg seit 1917 kein Verteidigungskrieg mehr gewesen sei und „unsere Haltung falsch war und daß

24 Siehe dazu Fritz Klein: Auseinandersetzungen um die „Kriegsschuldfrage“ nach 1919, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1982, H. 8, S.685.

25 Von den zehn sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder hatten nur vier sich jeglicher Unterstützung ihrer Regierungen verweigert: die britische ILP, die zwei russischen Parteien und die serbische. Außer den Duma-Abgeordneten der russischen Sozialdemokraten stimmten die einzigen zwei sozialistischen Abgeordnete in der Belgrader Skuptschina (am 31. Juli) nach dem „Ja“ aller anderen 164 Abgeordneten mit „Nein“.

wir, wenn wir von den Vorgängen gewußt hätten, eine andere Politik getrieben hätten.“²⁶ Es gelang der MSPD, sich damit in der dann einstimmig beschlossenen Resolution in Genf, wo die linken bzw. unabhängigen Parteien allerdings fehlten, weitgehend durchzusetzen. So wurden vordergründig die kapitalistisch-imperialistischen Wurzeln als die tiefste Ursache des Krieges betont, um dann kritisch zugegeben, dass dies die SPD ungenügend beachtet habe. Auch sei die Außenpolitik der Kontrolle des Reichstags entzogen gewesen, wodurch man die Gefahren und die Rolle der Alldeutschen nicht rechtzeitig erkannt und nicht energisch genug bekämpft habe, eine Schuld, zu der sich die SPD vor aller Welt freimütig bekenne. Die deutsche Revolution sei leider um fünf Jahre zu spät gekommen. So vorbereitet wurde das Fazit akzeptiert: Die Sozialdemokratie könne sich auch jetzt keinen Vorwurf daraus machen lassen, dass sie bestrebt gewesen sei, den Sieg eines feindlichen Imperialismus über ihr eigenes Volk zu verhindern. Entscheidend half ihr, dass die große Mehrheit der Linie folgte, statt sich weiter mit der Vergangenheit zu belasten, sich vor allem dem Kampf gegen den Bolschewismus und die gerade gegründete Kommunistische Internationale als der dringenden „Zukunftfrage“ zu widmen.

Wie sich schon im Bündnis Eberts mit der alten Militärführung zur Niederschlagung der Revolution gezeigt hatte, setzte sich in der Folgezeit die nicht unbedingt gewollte, aber faktische gemeinsame Frontbildung mit den militaristisch-nationalistischen Kräften auch hier fort, auch wenn diese die SPD als „Erfüllungspolitiker“ meist aus wahltaktischen Gründen diffamierten. Im Vorfeld des Dawes-Plans hatte die DNVP mit einer nationalistischen Kampagne gegen dieses „zweite Versailles“ den direkten Widerruf des Artikels 231 zur Kriegsschuld Deutschlands gefordert.²⁷

Eine Demonstration für diese gemeinsame Front war eine Rede des sozialdemokratischen Reichspräsidenten auf der Gedenkfeier zum 10. Jahrestag des Kriegsausbruchs, die einer Kapitulation vor den revanchistischen Deutschnationalen glich. Friedrich Ebert umging jeglichen Bezug zur Kriegsschuldfrage, betonte dafür aber die Gemeinsamkeit des deutschen Volkes und dass Deutschland damals nur zur Verteidigung der bedrohten Heimat zu den Waffen gegriffen habe, „und nur die-

26 Zit. nach: Heinrich August Winkler: *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*, Berlin-Bonn 1985, S.225.

27 Die Regierung Marx kam dem mit einer „Kundgebung zur Kriegsschuldfrage“ vom 29. August 1924 weitgehend nach.

ser Geist konnte uns die gewaltigen Opfer ertragen lassen, die alle Kreise unseres Volkes an Gut und Blut bringen mussten“.²⁸

Es blieb allein Bernstein (dem als Reichstagsabgeordneten und damit automatisch Delegierter zum Berliner Parteitag im Juni 1924 kein Diskussionsbeitrag gestattet wurde) und Kautsky²⁹ überlassen, wenigstens in drei Pressebeiträgen danach gegen diese „selbstmörderische“ Haltung Front zu machen. Nach seinem Ausbremsen auf dem Berliner Parteitag – wo nur der linke Delegierte Ströbel in einem Nebensatz bedauerte, dass die Partei nicht gegen die „Schuldügen-Kampagne“ der Deutschnationalen vorgehe,³⁰ nannte er in einem Brief an Kautsky seine Beweggründe: „Von der These aus, daß das kaiserliche System nicht allein schuld am Kriege sei, die sie dann mit bequemer Dialektik in „überhaupt nicht schuld“ umdeuten, ist es leicht, den Massen plausibel zu machen, daß das Kaisertum zu Unrecht gestürzt worden und die „Judenrepublik“ und ihre Erfüllungspolitik an allem Übel schuld seien, unter dem Deutschland heute leide. [...] Wir gehen dem Staatsstreich der Nationalisten entgegen, das scheint mir, wenn wir so weiter wursteln, unabwendbar. Wie es ausgeht, ist natürlich zweifelhaft, ein zeitweiliger Sieg jener indes nicht ausgeschlossen, und bekommen sie auch nur zeitweilig das Heft in die Hand, dann gibt es, das ist sicher, einen Terrorismus, wie ihn sich die meisten nicht träumen lassen. Kapp war ein Doktrinär, die aber diesmal obenauf kommen, sind skrupellose, brutale Schurken.“³¹

Insgesamt zeigte die Debatte zum Krieg und die Suche nach einem Ausweg aus ihm, dass diese Funktionärskaste von einem mit der Ideologie der herrschenden Klasse kompatiblen Staatsverständnis beherrscht war. Die Feststellung Davids von der „weltgeschichtlichen Bedeutung“ der Entscheidung des 4. August war für die weitere Entwicklung der Ar-

28 Zit. nach: Walter Mühlhausen: Friedrich Ebert 1871-1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn, 2006, S.250f.

29 Kautsky antwortete auf die Kundgebung der Reichsregierung im „Vorwärts“ am 10. September mit einem Artikel „Die Frage der Kriegsschuld“, dass die Deutschnationalen nur den Hass in der Welt gegen Deutschland schürten. Man müsse strikt zwischen der Schuld von Kaiser und Regierung einerseits und dem Volk unterscheiden. Im Unterschied zu Bernstein lavierte Kautsky im Sinne der bedingten „Mitschuldthese“, indem er schrieb, dass die Deutschnationalen „die eigentlichen Schuldigen am Weltkrieg [sind], soweit die deutsche Politik für seinen Ausbruch verantwortlich ist“.

30 Sozialdemokratischer Parteitag 1924. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Bonn-Bad Godesberg 1974, S.105.

31 Brief Bernsteins an Kautsky vom 26. Juli 1924, in: IISG Amsterdam, NL Kautsky, DV-525.

beiterbewegung im wahrsten Sinne zutreffend: für die dadurch ausgelöste Spaltung der Arbeiterbewegung, für das Scheitern der Revolution und dem Verrat an den Zielen der proletarischen Massen sowie für den daraus folgenden unversöhnlichen Kampf zwischen kleinbürgerlich-reformistischer und radikal-sozialistischer Strömung. Eine abschließende Wertung kommt deshalb nicht um die Feststellung umhin, dass die SPD im Kampf gegen den sicherlich nicht gerechten Versailler Vertrag ihre Politik des 4. August 1914 mit den bürgerlichen Parteien über das Kriegsende hinaus fortgesetzt hat. Über fast zwei Jahrzehnte hinweg hatte sich zunehmend bei einflussreichen Führungskräften ein „national-staatliches Machtdenken“³² entwickelt, das bei Teilen sogar eine sozial-imperialistische Ideologie – besonders sichtbar vermittelt in der Kolonialfrage – einschloss.³³ Ihr Selbstverständnis, die eigentliche Staatspartei der Weimarer Republik zu sein, implizierte die weitgehende Leugnung der besonderen aggressiven Rolle und Verantwortung Deutschlands für das Völkermorden und der eigenen Mitverantwortung. Dies schloss eine der historischen Wahrheit entsprechende Beantwortung der Kriegsschuldfrage aus.

32 Helga Grebing: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, München 1966, S.140.

33 Siehe hierzu Hans-Christoph Schröder: *Sozialismus und Imperialismus. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der „Weltpolitik“ vor 1914*, Hannover 1968.

Diskussion

Das ungelöste Jahrhundertproblem: die Demokratisierung der Wirtschaft¹

Michael Brie

Nur wenige Historikerinnen und Historiker in Deutschland haben die Geschichte der Demokratisierung der Wirtschaft zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht. Ulla Plener gehört zu diesen. Und es ist außerordentlich erfreulich, dass nun die Beiträge zu der Tagung „Demokratie – Wirtschaft – Staat. Demokratische Transformation als Strategie der Linken“ vorliegen. Diese Tagung hatte der Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung zum 80. Geburtstag von Ulla Plener 2013 in Berlin durchgeführt.² Man kann sich – im Zusammenhang mit Transformationsstrategien der Linken – kaum ein wichtigeres Thema vorstellen als das der Wirtschaftsdemokratie. Wie Ulla Plener in ihrem grundlegenden Einführungsbeitrag „Für umfassende Demokratie in Wirtschaft und Staat als Strategie der Linken im 21. Jahrhundert“ formuliert: „Die angestrebte Demokratisierung im Kapitalismus weist über kapitalistische Verhältnisse hinaus“ (S.9). Welches aber sind die konkreten Wege?

Die Demokratisierung der Wirtschaft, so Ulla Plener immer wieder und über viele Jahre, ist die Grundfrage jedes Sozialismus. Der westliche Kapitalismus basiert ja gerade darauf, dass er große Sektoren der Wirtschaft privatisiert und damit dem unmittelbaren Zugriff der Politik entzieht. Dies ist ein fragwürdiger Segen: Die politischen Herrschaftsverhältnisse konnten zwar in einer Weise demokratisiert werden, wie sie die Herrschenden noch vor 150 Jahren niemals zugelassen hätten. Aber Teile der aufstrebenden Arbeiterklasse hatten erwartet, dass ihnen mit der politischen Demokratie auch die wirtschaftliche Macht zufallen würde. Der

1 Ein Beitrag zur Diskussion, anknüpfend an den Sammelband: Axel Weipert (Hrsg.): Demokratisierung von Wirtschaft und Staat. Studien zum Verhältnis von Ökonomie, Staat und Demokratie vom 19. Jahrhundert bis heute, Nora Verlagsgemeinschaft, Berlin 2014, 230 S., ISBN 978-3-86557-331-5.

2 Siehe dazu auch den Tagungsbericht im Buch selbst sowie den Bericht: Günter Benser: Demokratie – Wirtschaft – Staat. Kolloquium, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2013/II, S.158-164.

Stimmzettel schien zugleich der Anteilschein an der Wirtschaft zu sein. Doch weit gefehlt: Die wirtschaftliche Macht ist heute mehr denn je kapitalistisch konzentriert, und große Teile der Vermögen sind in einer Weise in die Verfügung einer kleinen oligarchischen Gruppe geraten wie seit achtzig Jahren nicht mehr, so klären Anthony B. Atkinson und Thomas Piketty auf.³ Dies führt zur „Postdemokratie“ oder autoritärem Kapitalismus.⁴ Aber auch die breite Verteilung von Wohlstandsgewinnen und die Stärke des Sozialstaats (so sehr er auch umgebaut wurde im Sinne von „Fordern und Fördern“) waren von keiner der beiden Seiten vorhergesehen. Einiges des Er kämpften ist schon zurückgenommen worden. Vor diesem Hintergrund und dem einer globalen Vielfachkrise, in der sich die Krise des Naturverhältnisses mit der Krise sozialer Reproduktion, von Demokratie und Geschlechterverhältnissen usw. usf. überschneidet und verbindet, ist es tatsächlich unverzichtbar, sich wieder der Wirtschaftsdemokratie zuzuwenden.

Das Bedürfnis danach ist da. „Wir sind die 99 Prozent!“ ist auch eine Forderung nach Wirtschaftsdemokratie. In der Krise selbst wurde das Problem der demokratischen Kontrolle über die Finanzmärkte aufgeworfen, die ganze Staaten in Geiselnahme nahmen und eine soziale Katastrophe herbeiführten. Der sozialökologische Umbau scheint Strukturpolitik und Konversion von der globalen Ebene bis hinunter in die Unternehmen zu rechtfertigen, wie die aktuellen Energiekämpfe zeigen; die transnationale Arbeitsteilung oder die neuen Technologien, die Güter selbst, die wir verbrauchen – überall ertönt der Ruf nach demokratischer Aufsicht und Mitbestimmung. Dem steht die Tatsache gegenüber, wie Ulla Plener und Alex Demirović konstatieren, dass in der realen Politik die Frage der Wirtschaftsdemokratie weitgehend von der Tagesordnung genommen ist.

Ulla Plener leistet in ihrem schon genannten Einführungsbeitrag erstens eine Fundierung der Wirtschaftsdemokratie über den Bezug zur Französischen Revolution von 1789. Die Arbeiterbewegung habe die Doppeltradition der individuellen Freiheitsrechte und von der demokratischen Kontrolle über die Wirtschaft entwickelt oder – wie sie es nennt – von „liberaler und sozialer Demokratie“ (S.10). Im Weiteren gibt sie zweitens einen kurzen Abriss über die Geschichte der Forderung nach Wirtschaftsdemokratie. Dabei beginnt sie mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerk-

3 Siehe Anthony B. Atkinson/Thomas Piketty (Hrsg.): *Top incomes. A global perspective*, Oxford 2010.

4 Siehe Frank Deppe: *Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand*, Hamburg 2013.

schaftsbund (ADGB). Dessen zwischen 1919 und 1933 entwickeltes Konzept der Wirtschaftsdemokratie verbindet den Bezug zur Menschenwürde, den Anspruch auf Partizipation der Arbeitenden an der Wirtschaft als einer öffentlichen Angelegenheit, die Verpflichtung des Staates gegenüber den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung und schließlich die Entwicklung einer Wirtschaftsdemokratie von unten (durch Genossenschaften, gewerkschaftseigene Betriebe und Banken) (S.12f.). Noch heute haben die folgenden Worte von Fritz Naphtali an Gewicht nicht verloren: „Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie sind als Endziel untrennbar miteinander verknüpft. Es gibt keine vollendete Wirtschaftsdemokratie ohne sozialistisches Wirtschaftssystem, und das Ideal des Sozialismus ist ohne demokratischen Aufbau der Wirtschaftsführung nicht zu verwirklichen“ (zit. S.13f.).

Ausführlich geht Ulla Plener drittens auf die Nachkriegsgeschichte ein, nicht zuletzt auf die jüngere Diskussion, die sie in ihrer ganzen Breite zusammenfasst. Sie zeigt auf, dass es durchaus Ansätze für Wirtschaftsdemokratie gibt, die in der Produktivkraftentwicklung, in den Einstellungen der Bevölkerung selbst, in nicht profitorientierten Formen solidarischer Ökonomie und schließlich auch im Wirken der Gewerkschaften oder NGOs zu sehen seien. Mit Recht verweist sie auf die Erfahrung, dass das Wachsen von unten zugleich des Staates und der gesamtgesellschaftlichen Koordinierung bedarf, um dominant zu werden. Aber: „Der Staat BRD ist weit davon entfernt, ein Instrument demokratischer Transformation zu sein.“ (S.20-24, Zitat S.24) Eher werde er autokratisch-sicherheitszentriert. Und schließlich geht Ulla Plener auf eine ganze Reihe von theoretischen Ansätzen ein, die zumindest teilweise auch im vorliegenden Band vertreten werden, so von Michael Krätke und Alex Demirović, aber auch auf solche, die aus der DDR-Bürgerrechtsbewegung kommen.

Ulla Plener versucht viertens eine Antwort auf die Tatsache zu finden, dass nach dem Scheitern des Realsozialismus die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie „– bis auf die Forderung nach erweiterter Mitbestimmung – faktisch fallengelassen“ worden ist (S.15). Sie verweist auf die Ambivalenz kapitalistischer Lohnarbeit (gleich „entwürdigend-abhängig und bedürfnisbefriedigend“ zu sein) und der bürgerlichen Demokratie (als Form „bourgeoiser Herrschaft“ und demokratischer Raum). Aber reicht dies wirklich aus, um zu erklären, was „das spontane Demokratiestreben der Lohnarbeitenden und anderer Kräfte“ hemmt (S.31)? Und selbst die Schwäche der Linken und die Dominanz neoliberaler Hegemonie, auf die sie verweist, könnten genauso Resultat der mangelnden Überzeugungskraft der wirtschaftsdemokratischen Ideen und Ansätze sein wie

deren Ursache. Die Frage, ob es nicht die Schwächen wirtschaftsdemokratischer Ansätze und historischer Experimente selbst sind, die die Defensiv-erklären könnten, wird weder von Ulla Plener noch von einem der anderen Autorinnen oder Autoren des Buches systematisch gestellt und behandelt. Ich komme darauf zurück.

Abschließend betont Ulla Plener fünftens, dass die Demokratisierung von Wirtschaft und Staat die zentrale übergreifende Forderung sei, die ein breites gesellschaftliches Bündnis ermöglichen würde, und stellt Kernelemente eines solchen Bündnisses dar: den Kampf um die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über Produktions- und Reproduktionsmittel, die paritätische Mitbestimmung, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, das Erschließen gesellschaftlicher Potenziale von unten, breite Interessenbündnisse und die Demokratisierung des Staates (S.33f.). Ulla Plener endet mit der großen Vision: „Die auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Gesellschaft realisierte Demokratie würde eine von den Linken erstrebte Gesellschaft verwirklichen, die sich auf Kooperation statt auf Konfrontation gründet, die wirklich demokratisch, sozial gerecht, friedlich und umweltverträglich, solidarisch und nichtpatriarchal ist, in der jeder Mensch und jedes Volk am allgemeinen Wohlstand teilhat und sich frei entfalten kann“ (S.36).

Im nachfolgenden Beitrag schaut Alex Demirović aus demokratietheoretischer Perspektive auf die Diskussion. Dies erscheint auf den ersten Blick abstrakt zu sein, ist aber für die Debatte um die Wirtschaftsdemokratie fundamental. Er schreibt: „Demokratie bedeutet – jenseits des rousseauschen Verständnisses –, dass das Allgemeine als solches nicht als selbstverständlich gilt, sondern im Lichte von Einzelinteressen in Frage gestellt werden kann [...] Im Allgemeinen geht das Einzelne nicht auf“ (S.39). Wenn dies aber stimmt, dann gilt dies auch für die „kollektive Aneignung“ der Produktionsmittel und die Wirtschaftsdemokratie. Das Allgemeine, so es nicht die herrschaftliche Dominanz eines Partikularinteresses über andere ist, ist vor allem die je konkrete Beziehung von Partikularem, ist konkret-allgemein.⁵ In der kollektiven Aneignung darf die Aneignung auf der Ebene der Unternehmen und ihrer Gliederungen, durch Arbeitskollektive und ihre Netzwerke, durch die arbeitenden Individuen,

⁵ Dies gilt in der Tradition von Gramsci auch für jene Dominanz des Partikularen, die sich als Hegemonie bewährt. Siehe Antonio Gramsci: Gefängnisheft, Bd. 1, H. 1, Hamburg 1991, S.102; Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.): Hegemonie, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 6/I, Hamburg 2004, S.20f.; Ernesto Laclau/Chantal Mouffe: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien 2006.

durch Nutzerinnen und Nutzer der erzeugten Güter und Dienstleistungen, der Kommunen und Regionen usw. usf. nicht unterdrückt werden, sondern sie wäre als solidarische demokratische Form ihrer stets neu zu setzenden Entfaltung zu verstehen. Aber wie kann das konkret geschehen? Wenn Demirović verlangt, dass kein „geschichtsphilosophisches Prinzip“ dazu ermächtigen solle, einen „sich herausbildenden Keim einer erneuten Willensbildung zu unterdrücken“, dann steht die Frage, was dies in einer modernen Wirtschaft bedeutet? Denn um Neues zu ermöglichen, entstehen ständig und überall neue Keime, werden Erfindungen gemacht, Innovationen zur Durchsetzung gebracht, Kredite vergeben. Oder soll dies, wie manchmal unterstellt, der demokratischen Abstimmung aller über alles unterworfen werden? Mehr noch: Haben dieses Beginnen von Neuem, das Experiment, der individuelle und kollektive Aufbruch, die Innovation nicht genauso einen Stellenwert wie die gemeinsame Entscheidung – wenn auch in anderer Hinsicht? Wie aber kann dieser Widerspruch vermittelt werden?

Einen wichtigen Beitrag liefert dazu Michael Krätke in seinem Beitrag unter dem Titel „Eine andere Demokratie für eine andere Wirtschaft“. Ihm geht es dezidiert um institutionelle Alternativen. Mit Realismus betont er: „Wirtschaftsdemokratie wird zeitraubend und anstrengend“ (S.63). Für seine Vision einer Wirtschaftsdemokratie revitalisiert er das Konzept der Rätedemokratie, funktional und territorial gegliedert. Es würden eine parlamentarische Säule für alle Bürgerinnen und Bürgern gebraucht und eine „Rätesäule, die als demokratische Organisation des Systems gesellschaftlicher Arbeit funktioniert“ (S.66). Dabei müsse der Marktsozialismus ein Element einer wirtschaftsdemokratischen Ordnung sein. Die Gesellschaft habe nur zu entscheiden, welche Märkte sie in welcher Gestalt zulasse. Konkrete Vorschläge werden auch zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte vorgelegt (S.69-72).

Die Darstellungen zur Geschichte der Wirtschaftsdemokratie machen den größten Teil der Aufsätze in diesem Buch aus. Schließlich ist es ein Verein zur Geschichte der Arbeiterbewegung, der die Tagung durchführte. Der Bogen ist weit gespannt und vieles aufgearbeitet. Es sind ganz wichtige Ansätze erfasst. Als Nicht-Historiker konnte ich davon sehr viel lernen. Dies gilt auch für die Beiträge von François Melis über den radikalen Demokraten Moritz Rittinghausen (1814-1883) und von Volkmar Schöneburg zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat, nicht zuletzt mit Bezug auf die Tradition von Wolfgang Abendroth.

Insgesamt enthält das Buch eine gelungene Verbindung von Grundansätzen der Wirtschaftsdemokratie und Aufarbeitung geschichtlicher Er-

fahrungen. Gerade deshalb aber bleibt ein durchgehendes Manko: Es scheint, als sei die historische Defensive der Wirtschaftsdemokratie vor allem extern, durch den Gegner bedingt. Natürlich ist diese Idee heftig, auch mit Gewalt, Terror und Diktatur, bekämpft worden. Erinnerung sei nicht zuletzt an die Unterdrückung der Arbeiteropposition in der Sowjetunion oder an die der polnischen Arbeiterbewegung durch die kommunistische Staatspartei (dazu weiter unten). Wirtschaftsdemokratie hatte viele Feinde, auch in den eigenen Reihen. Aber dies erklärt nicht genug. Dies sei an einem Beispiel konkretisiert:

Ralf Hoffrogge verweist in seinem Abriss zur Geschichte der Idee der Wirtschaftsdemokratie in der deutschen Arbeiterbewegung auf das Scheitern von Robert Owen in den USA und darauf, dass schon Ferdinand Lassalle die Vorstellungen von Hermann Schulze-Delitzsch kritisiert hatte, weil die Arbeiter aufgrund des ehernen Lohngesetzes am Ende nur Hungerlöhne bekämen und so nie genug Kapital sammeln könnten, um eigene Produktionsbetriebe zu finanzieren. Nun ist es heute so, dass die Lohnabhängigen riesige Kapitalmengen in privaten Versicherungsfonds akkumulieren, aber eben nicht für eigene Betriebe und Einrichtungen ansparen. Wenn Hoffrogge schreibt, es habe sich immer deutlicher gezeigt, „dass die Auseinandersetzung um eine Demokratie der Wirtschaft keine Frage des besseren Arguments war, sondern ein Machtkampf zwischen Eigentumsansprüchen der Besitzenden und dem Streben der Besitzlosen nach demokratischer Teilhabe und Sicherheit“ (S.82), dann macht er es sich doch etwas zu leicht. Ganz simpel formuliert: Vielleicht erwarten die Lohnabhängigen nicht, dass von Ihresgleichen verwaltete und geführte Unternehmen hinreichend Gewinn abwerfen, um von diesem Gewinn dann Rentenansprüche zu finanzieren.⁶ Ich werde später auf Owens

6 Die Auseinandersetzungen um den sogenannten Arbeitnehmerfonds, entwickelt in Schweden unter Leitung von Rudolf Meidner, müssen genauer untersucht werden. Woher rührt die Defensive der schwedischen Arbeiterbewegung in dieser Frage, hatten doch Mitte der 1970er-Jahre viele Gewerkschaftler das Projekt enthusiastisch begrüßt? Der Widerstand der Kapitalseite und der Konservativen sowie die Unentschiedenheit oder Reserviertheit der Sozialdemokraten reichen m. E. als Erklärung kaum aus. Was speiste die bürgerliche Hegemonie? Siehe Rudolf Meidner: *Why Did the Swedish Model Fail?*, in: *Socialist Register*, Vol. 29, 1993, S.211-228; Hans-Michael Trautwein: *Arbeitsnehmerfonds in Schweden – der dritte Weg? Entwicklung und Kritik eines aktuellen Modells zur Demokratisierung der Wirtschaft*, Frankfurt/Main 1985; Robin Blackburn: *Rudolf Meidner, 1914–2005. A Visionary Pragmatist*, in: *counterpunch*, abrufbar unter: <http://www.counterpunch.org/2005/12/22/a-visionary-pragmatist/print> (letzter Zugriff: 25.5.2014), und sehr informativ zum Vergleich der westdeutschen und schwedischen Diskussion: Stefan Sjöberg: *Kollektive Vermögensbildung*

Experimente zurückkommen. Auch bei der Darstellung über Israel nach 1949 vermerkt Hoffrogge zwar den „weltweit einzigartig hohen Anteil von Genossenschafts- und Kollektiveigentum“ (S.95) in dieser Zeit, aber eine Erklärung für deren Scheitern bleibt aus. In seinen abschließenden Ausführungen unter der Überschrift „Sozialismus, Wirtschaftsdemokratie und Klassenkampf – ein Ausblick“ macht Hoffrogge noch einmal auf die Machtfrage aufmerksam. Alle Errungenschaften der Arbeiterbewegung seien umkehrbar, „solange kapitalistische Marktationalitäten in einer Gesellschaft nicht grundsätzlich überwunden sind“. Die „gesamte gesellschaftliche Produktion“ müsse „selbstverwaltet und gebrauchswertorientiert“ sein (S.98f.). Aber führt das nicht zurück zu Positionen, die dem Kampf um Wirtschaftsdemokratie vor einer „Eroberung der politischen Macht“ keine transformatorische Bedeutung zumaßen, weil es nur „Inseln‘ im Kapitalismus“ seien, wie auch Hoffrogge betont, also nicht sozialistisch wirken könnten?⁷

Gisela Notz verweist in ihrem Beitrag über die Genossenschaftsbewegung darauf, dass Karl Marx und Friedrich Engels eben aus diesem Grund solchen „basisnahen Konzepten und Kooperativen“ bestenfalls einen experimentellen Wert zumaßen.

Auch Rosa Luxemburg habe die Eroberung der Staatsgewalt zur Vorbedingung für wirkliche genossenschaftliche Produktion erklärt (S.103f.). Das Scheitern derartiger Ansätze wird also aus dem Machtkampf und/oder der Systemlogik erklärt. Wie soll daraus aber Transformation erwachsen? Der Einsatz für die Wirtschaftsdemokratie würde sogar demotivierend wirken, weil man ja nur lernen könnte, was nicht geht. Es sei denn, man will mit solchen Projekten beweisen, dass nur die Lösung der Systemfrage die Antwort sei. Real haben sich die Arbeiter von vielen derartigen Bestrebungen sozialistischer Wirtschaftsdemokratie ab- und dem Kampf im Kapitalismus zugewandt, da sie praktische Lösungen für praktische Probleme suchten und teilweise auch fanden. Vielleicht könnte aus dem Ansatz der doppelten Transformation,⁸ auf den Ulla Plener in ihrem Bei-

in Arbeitnehmerhand, in: Utopie kreativ, H. 186 (April 2006), S.311-322.

⁷ Verblüffend ist, wie unvermittelt Hoffrogge anders als Krätze mit dem Kapitalismus auch jede „Marktationalität“ ad acta legen will. Die Tatsache, dass solche Versuche bisher immer wieder – und zwar katastrophal – gescheitert sind, scheint ihn nicht zu beeindrucken. Es sollte zumindest ein wesentliches Mehr an Begründung notwendig sein, um solche Positionen zu vertreten.

⁸ Siehe Dieter Klein: Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg 2013.

trag verweist, zusammen mit dem Konzept von Erik O. Wright über die Verbindung von Nischenstrategien, Strategien der Koevolution von sozialökologischen mit kapitalistischen Tendenzen sowie der Strategie des Bruchs mit den Machtverhältnissen und institutionellen Logiken kapitaldominierter Gesellschaften⁹ eine produktive Fundierung für wirtschaftsdemokratische Ansätze heute erwachsen. Dem wäre weiter nachzugehen. Einiges dazu weiter unten.

Während nun Gisela Notz wie auch Ulla Plener auf die Verknüpfung von Nischenstrategien mit denen des Kampfes um Mitbestimmung in Betrieben, Unternehmen und auf volkswirtschaftlicher Ebene unter kapitalistisch dominierten Bedingungen setzen, wird eine solche Strategie durch Michael Hewener im Rückgriff auf Johannes Agnolis Kapitalismus- und Staatstheorie radikal in Frage gestellt. Für ihn ist Wirtschaftsdemokratie unter den Bedingungen einer kapitalistischen Marktwirtschaft prinzipiell unmöglich (S.182). Betriebsräte, Gewerkschaften und vor allem auch der Staat seien „weitestgehend in der korporatistischen Standortlogik gefangen“. Weder könne es einen demokratischen Kapitalismus geben noch einen Übergang zum demokratischen Sozialismus. Da der Staat vom Steueraufkommen einer funktionierenden Wirtschaft abhängig sei, könne er diese nicht sozialistisch transformieren, denn Investitionsboykott und Kapitalflucht würden einem solchen Experiment schnell ein Ende machen und jede linke Regierung, die dies nicht beherzigt, abgewählt (oder beseitigt) werden (S.186). Dies sind starke Argumente, und sie sind bisher weder theoretisch noch praktisch widerlegt. Schwach aber wird Hewener, wenn es um die Alternative geht. Dann propagiert er seinerseits eine Nischenstrategie: „Sehen wir zu, dass wir viele Produktionsstätten (Fabriken, Handwerk, Landwirtschaft, Information) und Reproduktionsstätten (Häuser, Gärten etc.) zusammenfügen.“ Dies müsse „unter kapitalistischen Vorzeichen stattfinden“. Er fügt hinzu: „Auch unsere Betriebe müssen kapitalistisch bestehen“. Wie dann um alles in der Welt diese vielen Ansätze, auf die er hofft, dem Weltmarktdruck standhalten können, den er doch sieht, bleibt völlig unklar. Wichtig an seinem Beitrag ist mir vor allem die Forderung, sich des Antagonismus bewusst zu sein, nicht einfach Frieden mit den gegenwärtigen Verhältnissen zu machen, wenn wir Frieden haben und Forderungen durchsetzen wollen. Nur auf diesem Wege könne Wirtschaftsdemokratie, so Hewener, durchgesetzt werden. Er schließt mit den Sätzen: „Dann allerdings verliert sie ihren Namen. Dann heißt sie Kommunismus“ (S.188-190).

⁹ Siehe Erik Olin Wright: *Envisioning real utopias*, London u. a. 2010, S.273f.

Wichtig ist auch der Artikel von Axel Weipert über die Berliner Betriebsrätezentrale 1919/20. Hier wird eine andere Strategie rezipiert. Es ist der von dieser Betriebsrätezentrale entwickelte und auch von Rosa Luxemburg bei der Gründung der KPD propagierte Versuch,¹⁰ die kapitalistische Produktion in allen ihren Zweigen zu durchdringen und so die Kontroll- und Mitbestimmungsrechte zu erkämpfen. So sollte zugleich eine zweite Phase der Revolution vorbereitet werden (S.122f.). Hier wird Wirtschaftsdemokratie gleichermaßen als Kampforgan und als reales Einstiegsprojekt in eine neue Wirtschaft gefasst. Ob und unter welchen Bedingungen dies eine zukunftsfähige Strategie sein kann, bleibt offen. Diese Frage stellt sich auch in dem Beitrag von Kamil Majchrzak und Sarah Graber-Majchrzak zu Konzepten der Arbeiterselbstverwaltung der 1950er- bis 1980er-Jahre in Polen. Anschaulich wird, wie in diesen Konzepten die Forderungen der Arbeiter nach ihrem Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung, das Bestreben nach Übernahme der Betriebe in die eigenen Hände und der Kampf zwischen Befürwortern einer demokratischen und von den Arbeiter getragenen erneuerten Planwirtschaft und den Vertretern einer Transformation hin zu Marktwirtschaft miteinander im Widerstreit lagen. Wirtschaftsdemokratie blieb im Kampf zugleich einheitsstiftend und widersprüchlich. Ähnlich spannend lesen sich die Darstellungen Dietmar Langes über die Gewerkschaftslinken in Deutschland und Italien. Hier werden Konzepte eingebettet in die realen Kämpfe realer Akteure.

Sebastian Zehetmair dekonstruiert seinerseits die wirtschaftsdemokratische Strategie des „reformistisch orientierenden Teils der Arbeiterbewegung“ (S.131) nach 1919 anhand des von Theodor Leipart und Fritz Naphthali vertretenen Konzepts der Wirtschaftsdemokratie. Dessen Grundlage bildeten Rudolf Hilferdings Auffassungen vom „organisierten Kapitalismus“, der Verwandlung des Staates aus einem Klassenstaat in einen Vertreter des gesellschaftlichen Gesamtwillens und der sukzessiven Aushöhlung der Dominanz der Kapitaleigentümer durch Einschränkung ihrer Verfügungsgewalt im Maße rechtlicher Eingriffe. Dies alles habe sich als Illusion erwiesen. Die Große Krise und die „Machtergreifung“ der Nazis machten dem ein Ende. Ein Rückgriff auf den Begriff der Wirtschaftsdemokratie mache deshalb nur Sinn, wenn er auf dem „Verständnis der gegenwärtigen Entwicklung“ basiert und „deren Widersprüche und Instabilitäten in Rechnung stellt“ (S.140).

10 Siehe Rosa Luxemburg: Unser Programm und die politische Situation, in: Dies.: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S.488-513, hier S.511.

Es ist eine Schwäche des Buches, sich zu wenig den konkreten Experimenten zuzuwenden, sondern vor allem Konzepte vorzustellen. Dann würde auch klarer werden, dass Wirtschaftsdemokratie nicht auf den normativen Anspruch reduziert werden kann, auch ökonomisch über sein eigenes Schicksal kollektiv bestimmen zu können, sondern sich bewähren muss als überzeugende Form der Austragung der Widersprüche ökonomischer Reproduktion, eingebettet in ökologische, soziale, politische und kulturelle Verhältnisse und Reproduktionsweisen. Sie muss für größere Teile der Bevölkerung nicht nur die demokratisch bessere, sondern auch die ökonomisch überzeugendere Form von Entscheidungsprozessen sein. Und sie muss dazu beitragen, andere Probleme qualifiziert zu bearbeiten. Das ökologische war schon genannt worden.

Viele der Experimente aus der Geschichte waren nicht wirklich überzeugend. Darauf geht Gisela Notz ein, wenn sie mit Blick auf Produktionsgenossenschaften des 19. Jahrhunderts schreibt: „Oft war auch die Erfahrung, dass die propagierten Erwartungen an bessere Arbeitsbedingungen und demokratische Strukturen der Betriebe kaum eingelöst wurden, am Scheitern schuld“ (S.107). Solche Tendenzen sind notorisch. Gisela Notz verweist auf das „eherne Gesetz der Transformation“ von Produktionsgenossenschaften, wie es Franz Oppenheimer auf Basis empirischer Analysen und ihrer theoretischen Verallgemeinerung formulierte: „Nur äußerst selten gelangt eine Produktionsgenossenschaft zur Blüte. Wo sie aber zur Blüte gelangt, hört sie auf, Produktionsgenossenschaft zu sein“ (zit. S.113). Es ist Jörg Roesler, der sich am Beispiel Argentiniens derartigen aktuellen Experimenten zuwendet. Aber auch er liefert keine wirkliche empirische Analyse. Er kann nur die sehr begrenzte Wirkung der besetzten Betriebe (*empresas recuperadas*) und die Zerwürfnisse zwischen ihnen konstatieren. Trotz ihrer relativ großen Zahl von 240 würden sie ein „Nischendasein“ führen (S.200). Warum sie aber zersplittert sind, warum sie nicht zu Attraktionspunkten werden, bleibt offen. Gut wäre es, die erfolgreichen Ansätze von der Mondragon Corporation oder der brasilianischen Landlosenbewegung MST genauer zu studieren.

Als Nicht-Historiker möchte ich meinerseits ein Beispiel aus der Geschichte der englischen Oweniten beisteuern. 1839 wurde Robert Owen durch die „Community Society“ von Birmingham beauftragt, Land für eine Genossenschaftssiedlung zu pachten. Das Gut Queenwood wurde übernommen – mit einer Laufzeit der Pacht von 99 Jahren. Jährlich waren 350 Pfund zu zahlen, bei 750 Pfund Anzahlung. Die Gesamtsumme von 15.000 Pfund finanzierte die Home Colonisation Society, die nationa-

le owenitische Organisation.¹¹ Jedoch übernahm Owen nicht die direkte Leitung, da er die Bedingungen für ein „Großexperiment“ seiner Vorstellung nicht gegeben sah (Robert Owen legte 1841 selbst einen neuen Plan vor, der sein Projekt konkret beschreibt.¹²) Die Genossenschaftler begannen mit großem Enthusiasmus sogar eine eigene Zeitrechnung, die *New Moral World* (NMW) – benannt nach der Zeitschrift von Owen.¹³ Riesige Hoffnungen einer großen Anhängerschaft lasteten auf ihnen. Viele hatten mühselig erspartes Geld gespendet. Nun wollten sie die Resultate sehen. War da wirklich eine bessere Welt im Entstehen?

Abgesehen von den inneren Auseinandersetzungen, in deren Folge sich die Zahl der Genossenschaftler bald von 57 auf 19 (acht Männer, vier Frauen und sieben Kinder) reduzierte, erwies sich, dass das Unternehmen defizitär war. Den Genossenschaftlern wurde von den Rechnungsprüfern empfohlen, den Verbrauch von Tee, Kaffee, Zucker, Fleisch und Butter zu reduzieren und mehr von den eigenen Produkten zu leben. Mehr Arbeitskräfte seien notwendig, wobei Genossenschaftler preiswerter seien als angestellte Lohnarbeiter. Der Lohn für angestellte Kräfte liege bei acht Schillingen pro Woche, die laufenden Aufwendungen für die Genossenschaftler würden dagegen nur sieben Schilling und ein Pence betragen. Man würde also elf Pence sparen. Owens Biograf und Mitbegründer der Gesellschaft der Fabier, Frank Podmore, kommentierte dies bissig: „So ist das sozialistische Argumentieren (reasoning); und dass ein derartiges Stück Arithmetik als gesunde Finanzen vorgelegt und akzeptiert werden konnte, reicht völlig aus, um das Desaster von Queenwood zu erklären, und eigentlich auch aller anderen sozialistischen Modelle dieser Zeit. Es ist ja wohl kaum notwendig zu erklären, dass der Lohnarbeiter von den acht Schillingen pro Woche sich selbst, seine Frau und seine Kinder ernähren und behausen müsse; die behauptete Einsparung von 11 Pence könnte nur dann realisiert werden, wenn die Gemeinschaft der Arbeitenden Unverheiratete sind und bereit, an der frischen Luft (also ohne Unterkunft – M. B.) zu leben“.¹⁴ Die

11 Zu den Details siehe auf Basis von Archivstudien Markus Elsässer: *Soziale Intentionen und Reformen des Robert Owen in der Frühzeit der Industrialisierung*, Berlin 1984, S.168-172; eine neuere Detailstudie liegt vor mit Edward Royle: *Robert Owen and the Commencement of the Millennium: The Harmony Community at Queenwood Farm, Hampshire, 1839-1845*, Manchester 1998.

12 Siehe Robert Owen: *A development of the principles and plans on which to establish self-supporting home colonies*, New York 1975.

13 Siehe Frank Podmore: *Robert Owen. A Biography*, London 1906, S.534.

14 Ebenda, S.541.

enormen Unterhaltskosten für Queenwood brachten die anderen Anliegen der Home Colonisation Society fast zum Erliegen. Am Ende machte das Experiment einen Verlust von zwei Dritteln der investierten Summe. Die Bereitschaft, einen solchen Versuch weiter zu unterstützen, brach weg.

Zurück zum vorgelegten Band. Beim Studieren der darin dargestellten Ansätze fiel mir auf, dass Produktivität, Effizienz und Innovation – um es vorsichtig auszudrücken – keinen zentralen Stellenwert haben. Mir schien sogar, dass diese Worte in der Vielzahl der Darstellungen fast oder ganz fehlen. Aber die primäre Funktion eines Wirtschaftssystems sind die Erzeugung, die Verteilung und der Austausch der materiellen wie geistigen Güter und Dienstleistungen, wie sie durch den (re)produktiven Stoffwechsel mit der Natur hervorgebracht werden. Dies unterscheidet Wirtschaft oder das Wirtschaftliche von anderen gesellschaftlichen Tätigkeitsweisen. Wirtschaftsdemokratie ist eine besondere Organisation des Wirtschaftlichen und muss sich als solche bewähren – oder sie wird scheitern.

Bei Wirtschaftsdemokratie darf die Betonung nicht nur auf Demokratie, sondern sie muss im gleichen Maße (wenn auch in anderer Hinsicht) auf Wirtschaft liegen. Dies ist umso wichtiger, weil Wirtschaftsdemokratie, so ihre Befürworter, gerade mit ihrem über den Kapitalismus hinausweisenden Ansatz sich gegenüber eben jenem Kapitalismus im Wettstreit durchsetzen soll, von dem man mit gutem Recht sagen kann: „Ein leistungsfähigeres Wirtschaftssystem hat noch niemand gesehen“. ¹⁵ Dies schließt natürlich auch ein: Es hat noch kein Wirtschaftssystem mit derartiger Zerstörungskraft gegeben wie den Kapitalismus. Rosa Luxemburg beschreibt das anschaulich in ihrem Werk „Die Akkumulation des Kapitals“. ¹⁶ Aber dies darf nicht blind machen für die andere Seite der Medaille. Es ist kein Zufall, dass das schon über 50 Jahre expandierende genossenschaftliche Experiment, die schon erwähnte Mondragon Corporation, sich auf vier zentrale Werte beruft, zu denen neben Kooperation, Partizipation und sozialer Verantwortung nicht zuletzt auch Innovation gehört. ¹⁷

15 Uwe Schimank: Wohlfahrtsgesellschaften als funktionaler Antagonismus von Kapitalismus und Demokratie: Ein immer labilerer Mechanismus?, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Working Paper, Köln 2011, S.7.

16 Siehe Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, in: Dies.: Gesammelte Werke, Bd. 5, Berlin 1975, S.5-411. Zur ökologischen Zerstörungskraft siehe auch Jason W. Moore: Ecology and the Rise of Capitalism, Berkeley 2007.

17 Siehe Mondragon Corporation. About us. MONDRAGON Corporation, abrufbar unter: <http://www.mondragon-corporation.com/eng/about-us/> (letzter Zugriff: 25.5.2014).

Egal ob als „Nischen“ oder als Versuche einer Symbiose von (noch oder weiter) fortbestehenden Tendenzen kapitalistischer Verwertung und Tendenzen einer sozialökologischen Transformation bestrebt, Brüche herbeizuführen, die eine Rückkehr zur Kapitale Dominanz unmöglich machen, stets konfrontiert mit Gegenbewegungen, steht immer die Frage danach, wie solche Ansätze im Wettkampf, im Wettbewerb bestehen können. Es geht um die Sicherung einer breiteren Unterstützung der Schwächeren in der Gesellschaft, größerer Teile der Mittelschichten sowie nach Möglichkeit auch von partiellen Bündnissen mit Teilen kapitalistischer Eliten. Dazu bedarf es natürlich auch der Leidenschaft und Attraktivität, vor allem aber der Fähigkeit, die Gesamtheit der Ressourcen solcher Projekte zu reproduzieren. Wie sonst sollte eine neue große Transformation¹⁸ Erfolg haben können?!

Ich möchte kurz das Beispiel eines realen Experiments anführen: Mitten in den Überlebenskämpfen des Aufbaus des sowjetischen Sozialismus, konfrontiert mit Bürgerkrieg und militärischer Intervention, bemüht, die Diktatur der bolschewistischen Partei als Garant dieses Sozialismus aufrechtzuhalten, schrieb Lenin 1919 seine bemerkenswerte Schrift „Die große Initiative“. Dabei geht er auf die kommunistischen Subbotniks ein, die Bereitschaft der Arbeiter, an Sonnabenden unbezahlte Überstunden zu leisten. Lenin folgert: „Weniger politisches Wortgeprassel und mehr Aufmerksamkeit für die einfachsten, aber lebendigen, dem Leben entnommenen, durch das Leben erprobten Tatsachen des kommunistischen Aufbaus – diese Losung müssen wir alle, unsere Schriftsteller, Agitatoren, Propagandisten, Organisatoren und so weiter, unablässig wiederholen.“¹⁹ Er konstatiert: „Wenn das Neue eben erst entstanden ist, bleibt das Alte stets eine gewisse Zeit lang stärker; das ist immer so, sowohl in der Natur als auch im Leben der Gesellschaft.“²⁰ Vor diesem Hintergrund bringt er das Dilemma auf den Punkt: „Um die Arbeitsproduktivität zu heben, muß man sich vor dem Hunger retten, und um sich vor dem Hunger zu retten, muß man die Arbeitsproduktivität heben.“²¹ Die Lösung sah er 1919 in den kommunistischen Initiativen der Massen: „Bekanntlich werden derartige Widersprüche in der Praxis dadurch gelöst, daß dieser Circulus vi-

18 Siehe Rolf Reißig: Die neue „Große Transformation“. Der Übergang zu einem sozialökologischen und solidarischen Entwicklungspfad, in: *vorgänge*, 2011, H. 3, S.79-88.

19 W. I. Lenin: Die große Initiative, in: Ders.: *Werke (LW)*, Bd. 29, Berlin 1971, S.397-424, hier S.408.

20 Ebenda, S.415.

21 Ebenda, S.416.

tiosus durchbrochen wird dank einem Umschwung in der Stimmung der Massen, dank der heroischen Initiative einzelner Gruppen“.²²

In solchen Initiativen erblickte Lenin „Keime des Kommunismus“: „Der Kommunismus beginnt dort, wo *einfache Arbeiter* in selbstloser Weise, harte Arbeit bewältigend, sich Sorgen machen um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, um den Schutz *eines jeden Puds Getreide, Kohle, Eisen* und anderer Produkte, die nicht den Arbeitenden persönlich und nicht den ihnen ‚Nahestehenden‘ zugute kommen, sondern ‚Fernstehenden‘, d. h. der ganzen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit“.²³ Von solchen Initiativen werde eine Ausstrahlung ausgehen, die es mit sich bringe, so hoffte er, „daß sich die Achtung und Liebe der Bauernschaft zum proletarischen Staat endgültig festigt“.²⁴

Doch nach dem Sieg über den äußeren Feind, nach Niederwerfung der „weißen“ Armeen unter Koltshak (1918), Denikin und Judenitsch (1919) und Wrangel (1920) flammten im Winter 1920/21 und Frühjahr 1921 Bauernaufstände im Kernbereich Sowjetrusslands (so im Gouvernement Tambov beginnend im August 1920) auf, die sich gegen den Kriegskommunismus und die erbarmungslose Requirierung der Ernte wandten. Es kam zu Streiks, und schließlich brach der Aufstand von Kronstadt mit der Forderung nach Sowjets ohne Bolschewiki aus. Mit der Arbeiteropposition taten sich fraktionelle Spaltungen in der Kommunistischen Partei auf. In einer jähen Wende wurde zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) übergegangen. Der „Circulus vitiosus“ wurde nun – erfolgreich – anders gesprengt, als 1919 gedacht. Wie Lenin zum vierten Jahrestag der Machtübernahme durch die Bolschewiki betonte: „Nicht auf Grund des Enthusiasmus unmittelbar, sondern mit Hilfe des aus der großen Revolution geborenen Enthusiasmus, auf Grund des persönlichen Interesses, der persönlichen Interessiertheit, der wirtschaftlichen Rechnungsführung bemüht euch, zuerst feste Stege zu bauen, die in einem kleinbäuerlichen Land über den Staatskapitalismus zum Sozialismus führen“.²⁵

22 Ebenda. Man darf mit Blick auf die Wirtschaftsdemokratie nicht vergessen: Schon unmittelbar 1919 – während des Bürgerkriegs – waren die Fabrikkomitees in der Industrie, die während des frühen Kriegskommunismus von den Managern die Leitung der Betriebe übernommen hatten, wieder entmachtet worden. Es entstand eine staatlich zentralisierte Wirtschaft, da Ineffizienz, Mangel an Koordination, schlechte Unfähigkeit oder Korruption zu existenziellen Bedrohungen für die Sowjetmacht geworden waren.

23 Lenin, Initiative, S.417. Hervorhebungen im Orig.

24 Ebenda, S.424.

25 W. I. Lenin: Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution, in: LW, Bd. 33, Berlin 1977,

Die Bauern erhielten das Recht, nach Leistung einer Steuer, über ihre Produkte frei zu verfügen. Teile der kleinen und mittleren Produktion wurden für privates Unternehmertum geöffnet, eine Währungsreform stabilisierte die Währung. Der private Handel wurde zugelassen, und es wurden Konzessionen an das ausländische Kapital vergeben und entsprechende internationale Verträge unterzeichnet.²⁶ Wie Lenin auf dem XI. Parteitag der Kommunistischen Partei ausführte, bedürfe es eines Staatskapitalismus unter Kontrolle des proletarischen Staats: „Staatskapitalismus – das ist jener Kapitalismus, den wir in bestimmten Grenzen organisieren müssen und den wir bisher noch nicht zu organisieren verstehen. [...] Der Kernpunkt der Frage besteht darin, zu begreifen, daß das jener Kapitalismus ist, den wir zulassen können und müssen, denn dieser Kapitalismus ist notwendig für die breite Bauernschaft und das Privatkapital, das so Handel treiben soll, daß die Bedürfnisse der Bauernschaft befriedigt werden.“²⁷ Es ging darum, wer den Wettbewerb gewinnt, darum, „den Zusammenschluß mit der bäuerlichen Wirtschaft zu bewerkstelligen, daß wir ihre Bedürfnisse befriedigen und der Bauernschaft, so wie sie jetzt ist, [...] helfen können, vorwärtszuschreiten“.²⁸ Man kann dies auch wirtschaftsdemokratisch interpretieren: Die Bauern hatten eine Veränderung der Wirtschaftspolitik erzwungen, die ihren ureigensten Bedürfnissen entgegenkam – erkaufte durch Aufstände, die auch Tote zur Folge hatten.²⁹ Hatte Lenin 1919 auf die unmittelbare und selbstlose kommunisti-

S.31-39, hier S.38.

26 Das Ergebnis erschien wie ein Wunder. Angelica Balabanoff schrieb noch Jahrzehnte später: „Als ich am Morgen, an dem die NÖP in Kraft trat [...], ausging, glaubte ich zu träumen. Die Konditorei, die seit Jahren schmutzig, leer und düster dagestanden hatte, strahlte von Licht und Sauberkeit. Die Schaufenster waren auf Glanz poliert, die Ladentische standen voll mit Weißbrot, Kuchen, jeder Art von Gebäck. Vor der Ladentür eine unendliche Schlange von Menschen, eine Schlange, die gar nicht mehr aufhörte; und jeder hatte eine Einkaufstasche am Arm hängen und eine Geldbörse in der Hand [...] Es schnitt mir ins Herz, all das zu sehen und dabei an die Proletarier zu denken, an die Hausfrauen, die Alten und Kinder, die sich in all den Jahren nie hatten sattessen können.“ Angelica Balabanoff: Lenin oder: Der Zweck heiligt die Mittel. Erinnerungen, Berlin 2013, S.143.

27 W. I. Lenin: Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPR (B), 27. März, in: LW, Bd. 33, S.249-295, hier S.265.

28 Ebenda, S.261.

29 Die ganze Geschichte der wirtschaftspolitischen Reformen der verschiedenen sozialistischen Länder in Europa, Asien, Lateinamerika und Afrika ist eine Geschichte, die sich mit diesen Fragen auseinandersetzt. Sie kann hier nicht diskutiert werden (Es sei wenigstens auf eine jüngste Veröffentlichung verwiesen: Klaus Steinitz/Dieter Walter: Plan – Markt – De-

sche Initiative gehofft, um die Bauern für die Sowjetmacht zu gewinnen, so war es jetzt eine staatskapitalistische Wirtschaft, in der die Bolschewiki die Kontrolle über den Außenhandel, das Finanzsystem, die Banken und die große Industrie behielten.

In beiden Fällen, 1919 und 1921, und darauf soll hier aufmerksam gemacht werden, ging es um Arbeitsproduktivität. Arbeitsproduktivität wird hier nicht verstanden einfach eng ökonomisch und betriebswirtschaftlich als Quantität eines Produkts je geleisteter Arbeitsstunde, auch wenn in die gesellschaftliche Produktivität im weitesten Sinne diese einzelne betriebswirtschaftliche Produktivität zumindest vermittelt eingeht. Gesellschaftliche Arbeitsproduktivität kann nur bestimmt werden, wenn die Folgen geleisteter Arbeit und des Produkts für die Produzenten selbst, die Gesellschaft und Natur, die Reproduktion der Produktions- und Lebensbedingungen berücksichtigt werden.³⁰ Damit geht es schon darum, ob „gute Arbeit“ (im Sinne des DGB) oder schlechte Arbeit geleistet wird, ob „gute Produkte“ oder solche hergestellt werden, die nicht zur menschlichen Entwicklung und Naturerhaltung beitragen. Und es ist die Frage zu beantworten, ob die Reproduktion der Gesellschaft dadurch befördert oder geschädigt wird. Dies ließe sich weiter ausführen. Vom Standpunkt eines politischen oder gesellschaftlichen Projekts – und dies steht hier im Vordergrund –, wie es mit der Wirtschaftsdemokratie verbunden wird, könnte man folgende Kriterien für eine sehr weitgefassete Produktivität eines solchen Projekts formulieren:

Erstens muss ein solches Projekt überhaupt in der Lage sein, sich zu gründen und in der Entstehungsphase zu behaupten. Hat es eine hin-

mokratie. Prognose und langfristige Planung in der DDR – Schlussfolgerungen für morgen, Hamburg 2014.)

30 1987 hatte ich in einem Beitrag für das „marxistisch-leninistische Grundlagenstudium“ an den Hochschulen der DDR formuliert: „Der Kampf um eine höhere Arbeitsproduktivität als die, über die der Imperialismus [sprich: die westlichen Staaten – M. B.] verfügt, verlangt den Übergang zu einer solchen Stufe des Sozialismus, auf der die Errungenschaften früherer Entwicklung in Triebkräfte zur Lösung der globalen Menschheitsprobleme verwandelt werden [...] Darauf basierend macht nicht die höhere Produktivität je Ware die anzustrebende höhere Arbeitsproduktivität des Sozialismus aus, sondern die größere Fähigkeit, solchen humanen Fortschritt hervorzubringen, der als gesellschaftliche, kollektive und individuelle Entwicklung zur Ausgangsbedingung neuer Entfaltung produktiver [heute würde ich hinzufügen: und reproduktiver] Gesellschaftskräfte wird.“ Michael Bric: Das Kriterium höherer Arbeitsproduktivität im Wettstreit der Systeme. Formations- und revolutionstheoretische Überlegungen, in: Beiträge zum marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium für Hoch- und Fachschullehrer, Bd. XXVII (1), 1988, S.3-14, hier S.14.

reichende Legitimität und Unterstützung, sind der Schutz und die Verteidigung eines solchen Projekts gesichert, gelang die Mobilisierung der notwendigen Ressourcen – alles Fragen, auf die Sowjetrußland ab 1918 stieß. Es gibt Transformationskosten, die in der Gründung hoch sind, während die Transformationsgewinne (zumindest bezogen auf den sozialen und wirtschaftlichen Bereich) oft erst verzögert (wenn überhaupt) eintreten.³¹ Es geht also um die sicherheitsrelevanten, die politischen, sozialen und ökonomischen sowie auch rein stofflich-energetischen Ressourcen, die die Gründung eines solchen Projekts oder einer Gesamtheit von Projekten absichern. Dieses Kriterium könnte man auch unter dem Begriff der Entstehungsfähigkeit zusammenfassen.

Zweitens ist die Reproduktions- und Entwicklungsfähigkeit zu gewährleisten. Jedes solches Projekt muss die Bedingungen seines Fortbestandes zu reproduzieren vermögen – intern durch eigene Kraft, extern durch Sicherung der notwendigen Ressourcen und Bedingungen. Hinzu kommt, dass nur die ständige Anpassung und Erneuerung der natürlichen, wirtschaftlichen, sozialen, politischen und geistigen Bedingungen solcher Projekte ihre dauerhafte Existenz ermöglicht. Damit werden zudem die Probleme von Leistungsfähigkeit und Innovation aufgeworfen. Auch dabei sind keinesfalls eine beliebige Leistung und ein beliebiges Neues gemeint,

31 Dieses zeitliche Auseinanderfallen von absolut sicheren Kosten einer Transformation und möglichen, mehr oder weniger wahrscheinlichen Gewinnen derselben ist ein zentrales Problem jedes Wandels. Es kann – wie im Kriegskommunismus – durch eine vor allem symbolische Mobilisierung überbrückt werden, die mit vielen Neubeginnen verknüpft ist. Es gibt eine enthusiastische Phase, während der der Beginn solcher Projekte der Zweck des Handelns seiner Anhängerinnen und Anhänger ist. Aber erstens fallen die Kosten zumindest teilweise auch für jene an, die solche Projekte nicht aktiv unterstützen, zweitens steigen mit den Kosten die Effekte der Demotivierung auch der Anhänger, und drittens erschöpft sich die Motivation einer Gründung mit der Phase der Normalisierung relativ schnell. Was Erik O. Wright bezogen auf Strategien des Bruchs mit dem Kapitalismus schreibt, hat einen Kern allgemeiner Wahrheit: „Der ‚sozialistisch-phantastische Pfad [der Transformation – M. B.] imaginiert einen Bruch mit dem Kapitalismus, der für die Durchschnittsmitglieder einer Gesellschaft unmittelbare Verbesserungen ihrer materiellen Bedingungen nach sich zieht. Entweder gäbe es keine ernsthafte ökonomische Störung oder die unmittelbaren Gewinne der Umverteilung seien so hoch, um den kurzfristigen wirtschaftlichen Abschwung auszugleichen, der durch die Brüche eines schnellen institutionellen Wandels erzeugt wird. Selbst wenn es sich erweisen sollte, dass die materiellen Bedingungen des Lebens der Normalbürger in einer sozialistischen Wirtschaft viel besser sein würden, ist es nicht plausibel anzunehmen, dass ein transformatorischer Bruch mit dem Kapitalismus die Dinge unmittelbar verbessern würde.“ Erik Olin Wright: *Envisioning real utopias*, London u. a. 2010, S.314.

sondern jene Leistung und jenes Neue, die die Produktions- und Lebensweise, die Macht- und Eigentumsverhältnisse, das Naturverhältnis usw. solcher Projekte tatsächlich befördern und nicht aushöhlen und obsolet machen.

Ein drittes Kriterium ist die Anziehungskraft oder Attraktivität solcher Projekte, damit sich die für eine Transformation notwendigen und hinreichenden Klassen und Schichten zusammenschließen für dieses Projekt. Und sie tun es nur, wenn sie auf diesem Pfad gesellschaftlicher Entwicklung mehr Möglichkeiten sehen als in vorliegenden Alternativen. Auch dies muss immer wieder von Neuem und gegebenenfalls über Generationen hinweg erneuert werden.

Man könnte gesellschaftliche Arbeitsproduktivität in diesem sehr weiten Sinne auch als Hegemoniefähigkeit von gesellschaftlichen Projekten definieren, wie sie Wolfgang Fritz Haug mit Verweis auf Antonio Gramsci auf den Punkt bringt: „Historisch progressiv‘ ist eine Klassenformation dank ihrer geschichtlichen ‚Produktivität‘, d. h. der von ihr getragenen Expansivität eines konkreten politisch-ökonomischen Regimes, dank dessen sie ‚die ganze Gesellschaft vorantreibt, indem sie nicht nur den existenziellen Erfordernissen nachkommt, sondern ihre Führungskräfte durch eine fortwährende Inbesitznahme neuer industriell-produktiver Tätigkeitsbereiche erweitert‘ und so die glaubhafte Erwartung individueller ‚Lebensperspektiven‘ speist“.³² Man könnte gesellschaftliche Arbeitsproduktivität auch dadurch definieren, dass man fragt, ob sie im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Projekten eine höhere Existenz-, Reproduktions- und Entwicklungsfähigkeit sowie Attraktivität aufweist oder nicht. Es geht damit um die Reproduktivität solcher Projekte im geschichtlichen Prozess, um die Fähigkeit, die mit solchen Projekten verbundene Produktions- und Lebensweise, das System der Produktions-, Eigentums- und Machtverhältnisse sowie die Führungsfähigkeit seiner Initiatoren und des von ihnen repräsentierten Entwicklungsmodells gegenüber anderen alternativen und im Wettstreit stehenden Ansätzen so zur Geltung zu bringen, dass diese Projekte sich behaupten und ausweiten. Nur wenige wirtschaftsdemokratische Ansätze sind dem bisher gerecht geworden.

Versteht man Arbeitsproduktivität in diesem weiten Sinne als Wirkungskraft von Wirtschaftsordnungen – und Lenin sah sich damit konfrontiert, wie die Ressourcen für den Sieg im Bürgerkrieg bereit gestellt, wie die Bauern gewonnen werden und wie die Macht der Bolschewiki

³² Haug, Hegemonie, S.14f.

den Wettbewerb mit Alternativen bestehen können –, dann liest man seine Gedanken von 1919 vielleicht auf neue Weise und überträgt sie produktiv auf heutige Probleme. Dies ist nur möglich, wenn die oben deutlich gemachten Unterschiede zu einem eng betriebswirtschaftlichen Verständnis von Arbeitsproduktivität berücksichtigt werden. Dieser Übertragung des rationalen Gehalts der Leninschen Fragestellung weichen viele Linke immer wieder aus. Lenin schrieb mitten im Kriegskommunismus: „Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg einer neuen Gesellschaftsordnung. Der Kapitalismus hat eine Arbeitsproduktivität geschaffen, wie sie unter dem Feudalismus unbekannt war. Der Kapitalismus kann endgültig besiegt werden und wird dadurch endgültig besiegt werden, daß der Sozialismus eine neue, weit höhere Arbeitsproduktivität schafft. Das ist ein sehr schwieriges und sehr langwieriges Werk, aber man hat *damit begonnen*“.³³

Die Wirtschaftsdemokratie, so meine abschließende Bemerkung, muss mit der Arbeitsproduktivität oder Wirkungskraft von Wirtschaftsordnungen in diesem sehr spezifischen Sinne verbunden werden, oder sie wird wirkungslos sein. Es geht um die demokratische Vermittlung von Widersprüchen der gesellschaftlichen Reproduktion im Feld der Wirtschaft. Diskutierbar ist die Wirtschaftsdemokratie deshalb aber auch nur als eine solche Vermittlungsform des Wirtschaftlichen und dies neben und mit anderen. Dazu müssen die Widersprüche benannt, die Interessen aufgedeckt, die Kosten und der Nutzen vom Standpunkt der involvierten Akteure aufgezeigt, die intendierten wie nichtintendierten Folgen der Wahl dieser oder jener Form für die Betroffenen wie die Gesellschaft insgesamt analysiert werden. Nur dann ist Wirtschaftsdemokratie mehr als eine schöne Idee und droht nicht, sich in der Praxis vor den Interessen zu blamieren. Es gibt also gute Gründe, an der vorgelegten Publikation anzuknüpfen und ihre Fragestellungen weiterzutreiben – historisch wie theoretisch, vor allem aber natürlich durch das konkrete Studium konkreter aktueller Erfahrungen der „durch das Leben erprobten Tatsachen“. Das kann man nicht oft genug wiederholen. In dieser Frage gebe ich Lenin tatsächlich vorbehaltlos und uneingeschränkt recht.

33 Lenin, Initiative, S.416. Hervorhebung im Orig.

Biografisches

Chaim Zhitlowsky (1865-1943) und seine Auseinandersetzung mit dem Marxismus¹

Kay Schweigmann-Greve

Der jüdische Narodnik (Volkstümler) und Sozialrevolutionär Chaim Zhitlowsky ist der heutigen Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung weitgehend aus dem Blickfeld geraten. Beachtung findet er allenfalls in den Jüdischen Studien, wenn es um säkulares jüdisches Denken in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geht. Dies ist ein Verlust. Zhitlowsky ist aus heutiger Perspektive unter verschiedenen Gesichtspunkten von Interesse:

- als philosophischer Kritiker der hegel-marxsschen Dialektik in Erkenntnistheorie und Geschichtsphilosophie,
- als Aktivist und Theoretiker der russischen Partei der Sozialrevolutionäre,
- als sozialistischer Nationalismustheoretiker jenseits von Austromarxismus und Leninismus, hier besonders als Theoretiker einer säkularen, kulturbasierten jüdischen Identität.

Gegenstand dieses Beitrags sind – nach einer biografischen Skizze dieses zu Unrecht vergessenen Revolutionärs und kritischen Intellektuellen – der erste dieser Punkte sowie die damit verbundenen Kontroversen mit Georgij V. Plechanov und Karl Kautsky als Exponenten des zeitgenössischen monistisch-dialektisch-materialistischen Marxismusverständnisses.

1. Zu Zhitlowskys Person

Chaim Zhitlowsky (Chaim Osipovič Žitlovskij) wurde am 19. April 1865 als ältestes von neun Kindern im russischen Uštaš im Vitebsker Bezirk in einem chassidisch geprägten Haushalt geboren. Sein Vater, der in seiner Jugend an der Woloschyner Jeschiwa² eine Ausbildung zum Rabbiner ab-

1 Bearbeitete und erweiterte deutsche Fassung des Beitrags zur Plechanov-Konferenz „Von der Gruppe Befreiung der Arbeit zur russischen Sozialdemokratischen Partei“ am 25./26. September 2013 in St. Petersburg

2 Eine Jeschiwa ist eine traditionelle orthodoxe höhere Lehranstalt, in der der Talmud und jüdisches Recht studiert werden. Die Woloschyner Jeschiwa war im 19. Jh. die angesehenste

geschlossen hatte, war ein erfolgreicher Geschäftsmann, der mit dem Einkauf von Flachs für eine britische Firma zu Wohlstand gekommen war, ohne seine traditionellen religiösen Überzeugungen abzulegen. In seinem Bücherschrank befanden sich neben religiösen auch Bücher der Haskala, der jüdischen Aufklärung.³

Sein Sohn Chaim erhielt sieben Jahre lang eine traditionelle religiöse jüdische Bildung. Später besuchte er ein russisches Gymnasium. Dort machte er eine Phase starker Assimilation an die russische Kultur durch und russifizierte sogar zeitweise seinen Vornamen zu Efim. In dieser Zeit politisierte er sich und fand Zugang zu den Narodniki, den Vorläufern der russischen Sozialrevolutionäre. Nach einer Rückwendung zu seinen jüdischen Wurzeln versuchte er eine jüdische Sektion der Narodnaja Volja (Volkswille) zu gründen, deren Zentralkomitee das Projekt im Frühjahr 1886 jedoch ablehnte.⁴

1888 emigrierte Zhitlowsky angesichts drohender Verhaftung als aktiver Sozialrevolutionär aus Russland nach Berlin. Dort heiratete er Vera Lochoy, eine russische Gesinnungsgenossin. Noch im Herbst desselben Jahres wurde er aus Deutschland ausgewiesen und ging mit seiner Frau nach Zürich.⁵ Aus dieser Zeit, ab 1889 resultierte der Konflikt zwischen ihm und dem Vordenker der russischen Marxisten Georgij Plechanov. Die Differenzen zwischen den beiden beruhten auf der entgegengesetzten Beantwortung praktisch aller für eine sozialistische Bewegung wichtigen Fragen: der nach der politischen Taktik, den Triebfedern der historischen Entwicklung, dem „historischen Subjekt“ und der persönlichen Motivation des politischen Engagements genauso wie den Grundfragen der Erkenntnistheorie und der Geschichtsphilosophie. Während für Marxisten wie Plechanov der Sozialismus eine zukünftige Gesellschaftsformation war, auf die sich der Kapitalismus mit historischer Notwendigkeit zubewegte, stellte für Zhitlowsky „der Sozialismus ein sozial-ethisches Ideal“ in einer ergebnisoffenen historischen Entwicklung dar.⁶

te Institution ihrer Art in Osteuropa. Sie war rationalistisch, „litwakisch“ und antichassidisch ausgerichtet.

3 Siehe seine Erinnerungen: Chaim Zhitlowsky: *Sikhoines fun main leben*, Bd. 1, New York 1935, S.140f.

4 Siehe Kay Schweigmann-Greve: *Chaim Zhitlowsky: Philosoph, Sozialrevolutionär und Theoretiker einer säkularen nationaljüdischen Identität*, Hannover 2012, S.71. Dort auch ausführlicher und mit weiteren Nachweisen zur Biografie Zhitlowskys.

5 Siehe Itzhak Kharlash: *Leksikon fun der nayer yidisher literatur*, Bd. 3, Sp.690f., New York 1969 (Stichwort Zhitlowsky).

6 Chaim Zhitlowsky: *Sikhoines fun main leben*, Bd. 3, New York 1940, S.201.

Zhitlowsky war Plechanov gleich zu Beginn seines Aufenthaltes in Zürich begegnet. Da die Narodniki zu jener Zeit Zhitlowskys Projekt, revolutionäre Literatur auf Jiddisch zu produzieren und diese nach Russland einzuschmuggeln, nicht unterstützten, ging er auf ein Angebot der Sozialdemokraten zur Zusammenarbeit in einer „unparteiischen Gruppe“ ein. Unter Plechanovs Redaktion sollte eine „Arbeiterbibliothek“ herausgegeben werden. Bedingung für Zhitlowskys Mitarbeit war, dass die Broschüren „reine sozialistische Propaganda“ und keine Attacken auf die Narodnowolen (die revolutionären intellektuellen „Volkstümler“ der vorangegangenen Generation) enthalten sollten. Gleich die erste Broschüre jedoch, die eine Verteidigungsrede eines Arbeiters namens Petr Alekseev aus den Siebzigerjahren vor einem zaristischen Gericht enthielt, wurde von Plechanov mit einer Vorrede versehen, in der er „in hässlicher und demagogischer Form“⁷ die radikale russische Intelligenz angegriffen und die heroischen Helden der Vergangenheit kritisiert habe. Als Zhitlowsky eine Erklärung verlangte, teilte man ihm mit, Plechanov habe es für nötig befunden, dem Glauben der Intelligenz an ihre revolutionäre Mission und Rolle „auf Leben und Tod“ den Krieg zu erklären, und dies sei „nur der Anfang“. Daraufhin verließ Zhitlowsky unter Protest die Gruppe wieder und schrieb rückblickend: „Seit dieser Episode habe ich meinen öffentlichen Kampf gegen den Marxismus im Allgemeinen und die plechanovsche Sozialdemokratie im Besonderen begonnen.“⁸

1890 folgte Zhitlowsky zusammen mit seiner Frau Ludwig Stein, der eine ordentliche Professur erhalten hatte, von Zürich nach Bern und promovierte 1892 bei ihm über „Abraham ibn Daud und der Beginn der aristotelischen Phase der jüdischen Religionsphilosophie“.⁹ Parallel zu seinen philosophischen Studien publizierte er bis zur Jahrhundertwende in russischen, jiddischen und deutschen sozialistischen Zeitschriften. Er gründete 1893 gemeinsam mit seiner Frau den „Verband der Sozialrevolutionäre im Ausland“, der später Teil der 1901 entstehenden Sozialrevolutionären Partei wurde. Zhitlowsky gab gemeinsam mit Chanan Rapoport das sozi-

7 Chaim Zhitlowsky: Vorwort in: M[enachem] M[endel] Rosenbaum: *Erinnerungen fun a sozial-rewoluzioner*, Bd. 1, New York 1921, S.XXXIII. Später berichtet Rosenbaum, der als Kurier der Sozialrevolutionäre unter hohem persönlichem Risiko illegale Literatur nach Russland einschmuggelte, er habe viele Exemplare dieser Arbeiterrede nach Russland transportiert. „Plechanovs Vorwort haben wir immer herausgerissen.“ Ebenda, S.70.

8 Chaim Zhitlowsky: Vorwort, S.XXXIV.

9 Kharlash, *Leksikon*, Bd. 3, Sp.691. Die folgende biografische Darstellung folgt, wo nicht anders ausgewiesen, Kharlash.

alrevolutionäre Auslandsorgan „Ruskij Rabočij“ (Der russische Arbeiter) heraus. 1896 beteiligte er sich in Bern an der Gründung der studentischen „Gruppe jüdischer Sozialisten im Ausland“, die sich 1898 unter der Führung von John Mill zum Auslandskomitee des sozialdemokratischen Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes entwickelte. Zunächst widmete sich die Gruppe jedoch Zhitlowskys altem Projekt der Übersetzung revolutionärer Literatur ins Jiddische, u. a. entstand die erste jiddische Übersetzung des Kommunistischen Manifests.

1897 nahm er als Journalist am ersten Zionistenkongress in Basel teil. Zu dieser Zeit lehnte er den Zionismus entschieden ab und verfasste im Folgejahr eine Streitschrift „Zionismus oder Sozialismus“, die auf Jiddisch in einer Zeitung des „Bund“ erschien.¹⁰

Zhitlowsky knüpfte Kontakt zum ebenfalls kantisch inspirierten Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie und wurde im Jahre 1900 Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“, für die er bis 1903 Beiträge verfasste. Gleichzeitig beteiligte er sich an einem Verlagsprojekt, dem „Akademischen Verlag für soziale Wissenschaften“, der die sozialistische Literatur verlegen sollte, die im Dietz Verlag wegen ihrer nichtmarxistischen Tendenz nicht erscheinen durfte.

Das Jahr 1903 brachte für Zhitlowsky persönlich und politisch wichtige Wendepunkte: Er trennte sich von seiner Frau Vera und den sechs gemeinsamen Kindern und verließ Bern. Aufgrund des Pogroms in Kišinev zu Ostern, bei dem etwa fünfzig Juden ermordet und Hunderte verletzt wurden und der die gesamte jüdische Welt erschütterte, revidierte er seine Grundüberzeugung zur Frage jüdischen Lebens. Dieser Pogrom, der nicht mehr primär religiös, sondern „modern“ rassistisch begründet wurde und unter den billigenden Augen des russischen Staates stattfand, führte – nicht nur bei ihm – zum Verlust des Grundvertrauens in die Möglichkeit eines dauerhaften Zusammenlebens von Juden mit einer nichtjüdischen Mehrheit. Bisher hatte er (wie der sozialdemokratische Jüdische Arbeiterbund) vertreten, dass Juden überall auf der Welt leben und ihre kulturell verstandene nationale Identität entwickeln könnten, nun wandelte er sich zum „Territorialisten“. Diese Strömung der jüdischen Arbeiterbewegung war der Auffassung, dass es irgendwo auf der Welt ein jüdisches Siedlungsgebiet geben müsse, in dem die Juden die Mehrheit bildeten und in der Lage wären, sich auch zu verteidigen. Idealerweise sollte es sich in einer Welt-

10 Siehe Ben Ehud [d.i. Chaim Zhitlowsky]: Zionism oder sozialism, in: Der jüdische Arbeiter, 1898, Nr. 6. Nachgedruckt in: Chaim Zhitlowsky: Gezamelte Shriftn, New York 1917 S.47-76.

gend befinden, die bereits sozialistisch regiert würde. Diese Überzeugung erklärt auch Zhitlowskys Begeisterung in den Zwanziger- und Dreißigerjahren für Birobidžan, Stalins Konkurrenzprojekt zu Israel.

1904 begleitete Zhitlowsky Ekaterina Konstantinovna Breško-Breškovskaja (1844-1934), eine Volkstümlerin, die jahrzehntelang in Lagern in Sibirien inhaftiert gewesen war und nun als Sozialrevolutionärin eine Spendenkampagne für ihre neugegründete Partei in den USA durchführte, als jiddischsprachiger Übersetzer. Gleichzeitig hielt er eigene Vorträge auf Russisch und Jiddisch über „Jude und Mensch“ (über jüdische Identität, gegen Assimilation), über Materialismus und Marxismus sowie über ethischen Sozialismus. Innerhalb weniger Monate wurde er eine hoch umstrittene populäre Persönlichkeit im Zentrum der amerikanisch-jüdischen revolutionären Szene, schnell gewann er eine erhebliche Anhängerschaft unter den jüdischen Arbeitern, besonders in New York. Im Jahre 1905 führte er dort eine erfolgreiche, vielbeachtete öffentliche Debatte mit dem prominenten Sozialdemokraten und Herausgeber des New Yorker jiddischen „Forverts“ Abe Cahan über die Frage „Ist Marxismus eine Wissenschaft“.¹¹

Bereits 1903 hatte die studentische Gruppe *Vozroždenie* (Renaissance) Kontakt zu Zhitlowsky in Bern aufgenommen, da sie mit ihm in fast allen Fragen übereinstimmte. Dieser trat ihr jedoch nicht bei, da er zu diesem Zeitpunkt noch deren Territorialismus ablehnte. Im April des Jahres 1906 wurde unter Beteiligung dieses Kreises in Kiew die „jüdisch-Sozialistische Arbeiterpartei“ SERP gegründet, die nach seiner Rückkehr aus den USA im selben Jahr seine politische Heimat wurde.¹²

Zhitlowsky kehrte wegen der revolutionären Ereignisse in Russland nach Vitebsk zurück und kandidierte für die 2. Duma. Da die Polizei seine Kandidatur nicht akzeptierte, hielt er sich überwiegend in Petersburg, Moskau und – wie ein Jahrzehnt später Lenin – in Finnland auf.¹³ 1907 vertrat er die SERP, die sich bald als jüdische Sektion der Allrussischen Sozialrevolutionären Partei verstand, auf dem Internationalen Sozialisten-Kongress 1907 in Stuttgart.¹⁴

11 Siehe Jacob Milch: *Farvos shendn sai kworim?* [Weshalb schänden sie Gräber?] In: *Kegn di onfaler oif Dr. Chaim Zhitlowsky. Samlung fun artikln*, New York 1944, S.33-39.

12 Zur Entwicklung der jüdisch sozialistischen Parteien in Russland vor 1914 siehe Kay Schweigmann-Greve: *Zwischen personaler Autonomie und Zion. Die „nationale Frage“ in der jüdischen russischen Arbeiterbewegung zu Beginn des 20. Jh.*, in: *Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit*, Nr. 19 (2011), S.13-60 (hier S.44 ff).

13 Siehe Kharlash, *Leksikon*, Bd. 3, Sp.697.

14 Siehe ebenda.

Seit dem Herbst 1907 lebte er wieder in den USA und initiierte im Winter 1908/09 dort einen Kongress, der sich um eine Annäherung unter den jüdischen Sozialisten bemühte. Es nahmen mit der Po'ale Tsiyon (Arbeiterzionisten), der Partei der Zionisten-Sozialisten und seiner Partei SERP alle jüdischen sozialistischen Strömungen bis auf den sozialdemokratischen Jüdischen Arbeiterbund teil. Nach langwierigen Verhandlungen wurden die Vereinigungsbeschlüsse 1910 umgesetzt, wobei die Mehrheit des SERP in der Po'ale Tsiyon aufging.¹⁵ Zur selben Zeit veröffentlichte Zhitlowsky eine zweibändige Philosophiegeschichte, die einzige je auf Jiddisch erschienene.¹⁶ Ihre Bedeutung liegt aus heutiger Betrachtung wesentlich in der Entwicklung der für eine solche Darstellung erforderlichen Terminologie. Ab 1909 gab er die jiddische Zeitschrift „Dos naie Lebn“ mit dem Anspruch heraus, auf Augenhöhe mit Zeitschriften wie den „Sozialistischen Monatsheften“ und der „Neuen Zeit“ jüdische Angelegenheiten und Probleme des Sozialismus zu erörtern. 1914 bereiste er Palästina, wo seine Vorträge von hebräisch-zionistisch orientierten Aktivisten gesprengt wurden.¹⁷ Jiddisch war zwar die Muttersprache der Mehrheit der jüdischen Einwanderer, diese bekämpften das Jiddische jedoch vehement, da es nicht als gemeinsame Muttersprache aller, auch der sephardischen und orientalischen Juden, dienen konnte. Zhitlowskys Konzept jüdischer Identität hatte dagegen primär das aschkenasische Judentum im Blick.

Nach New York zurückgekehrt, wurde er Journalist bei der neugegründeten jiddischen Tageszeitung „Der Tog“, für die er bis zu seinem Lebensende arbeitete. In Opposition zu der unter den New Yorker Juden weit verbreiteten prodeutschen Stimmung vertrat er eine neutralistische Position zum Ersten Weltkrieg.¹⁸ Zhitlowsky war beteiligt an der Gründung des „American Jewish Congress“, einer bis heute aktiven jüdischen Bürgerrechtsorganisation. Eines der Projekte, für die sich Zhitlowsky innerhalb des Arbeiterringes, einer Kultur- und Bildungsorganisation der jüdischen Arbeiterbewegung, einsetzte, war die Einrichtung jüdischer Schu-

15 Siehe Arie Tartakower: Zur Geschichte des jüdischen Sozialismus, IV: Die innere Entwicklung bis zum Ausbruch des Weltkrieges. B: Das Verhältnis der Parteien zueinander und zu den anderen sozialistischen Parteien, in: Der Jude, 1924, S.386-399, (S.391).

16 Siehe Chaim Zhitlowsky: Di filosofie, vos si is un wi si hot sich entwikel. Areinfir in dem shtudium fun filosofishe problemen. Di entwiklung funem filosofishn gedank, 2 Bde., New York 1910, erneut 1920.

17 Siehe Kharlash, Leksikon, Bd. 3, Sp.699.

18 Ebenda, Sp.700.

len und Sonntagsschulen, in denen in sozialistischem Geist auf Jiddisch literarischer, historischer und gesellschaftskundlicher Unterricht erteilt wurde und deren erste im Herbst 1918 in Harlem und Williamsburg als Teilzeitschulen ihre Arbeit aufnahmen.¹⁹ 1917 erschien auf Jiddisch beim Arbeiterring Zhitlowskys Programmschrift „Der Sozialismus der Sozialrevolutionäre“, in der er die Differenzen und Gemeinsamkeiten mit den marxistischen und den revisionistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung herausarbeitete. 1919 erscheinen seine Übersetzung von Nietzsches „Also sprach Zarathustra“ ins Jiddische sowie ein grundlegender Aufsatz über Immanuel Kant. In den Zwanzigerjahren unternahm er mehrere ausgedehnte Vortragsreisen nach Europa. Viele seiner Vorträge wurden zunächst in jiddischen Zeitschriften und Magazinen sowie anschließend in Buchform veröffentlicht, so 1931 die für die Darstellung seiner erkenntnistheoretischen Position wichtige Reihe „Wissenschaft, Philosophie und Religion“. Zu seinem 60. und 70. Geburtstag 1925 bzw. 1935 erschienen in Polen und im Baltikum, genauso wie in Nord- und Südamerika umfangreiche Würdigungen seiner Person und seiner philosophischen und politischen Leistungen sowie jener für die jiddische Sprache und Kultur in der jüdischen Presse – viele Zeitungen brachten ganze Sonderausgaben heraus. 1929 erschien in Warschau verspätet eine Festschrift zu seinem 60. Geburtstag mit ausgedehntem biographischem Material.

Eine letzte Wendung von Zhitlowskys politischer Position begann Mitte der Dreißigerjahre angesichts des siegreichen Nationalsozialismus in Deutschland. Bis hierhin gehörten die Kommunisten zu seinen schärfsten Gegnern auf der Linken. Zhitlowsky hatte in einer Serie von Artikeln im „Tog“ dargelegt, dass das Fehlen demokratischer Strukturen in der Sowjetunion bereits deren sozialistischen Anspruch widerlege. Sozialismus, so seine Kernthese, sei ohne Demokratie unmöglich.²⁰ Im Jahre 1936 sprengte der Herausgeber der in New York erscheinenden jüdisch-kommunistischen „Freiheit“ eine öffentliche Debatte, als Zhitlowsky behauptete, die Verankerung eines Einparteiensystems in der neuen stalinistischen Verfassung sei mit Demokratie und tatsächlichem Sozialismus unvereinbar. Zhitlowsky sei ein eingeschworener Feind der Sowjetunion und ein Ver-

19 Siehe Melech Epstein: *Jewish Labor in U.S.A. An industrial, political and cultural history of the Jewish Labor Movement.*, Teilbd. 2 (1914-1952), New York 1969, S.276.

20 Siehe Ders.: *Profiles of Eleven. Profiles of eleven men who guided the destiny of an immigrant society and stimulated social consciousness among the American people*, Detroit 1965, S.318.

bündeter der Konterrevolution.²¹ Angesichts der faschistischen Gefahr in Europa und der Reaktionen der Westmächte begann Zhitlowsky jedoch an deren Effizienz bei der Abwehr des Faschismus zu zweifeln.

Im April 1938 erschien in New York in hoher Auflage²² die Flugschrift „Hitler oder Stalin“ auf Jiddisch und Englisch. Nach einer Analyse der Positionen und Perspektiven Englands, Frankreichs, Polens, Rumäniens und Japans stellte Zhitlowsky fest, dass ein Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion drohe. Aus dieser politischen Situationsanalyse ergab sich für ihn die Notwendigkeit für die Juden, sich mit der Sowjetunion zu solidarisieren.²³ Selbst der „Hitler-Stalin-Pakt“, der zu einem Aufschrei des Protestes im jüdischen Amerika führte, änderte zunächst nichts an seiner Position. Er blieb in den Funktionen, die er inzwischen in kommunistischen Kulturorganisationen innehatte, und versuchte auch andere von einem Rücktritt abzuhalten.²⁴ Zhitlowsky isolierte sich durch diese Haltung immer mehr von seinen bisherigen politischen Freunden. Erst nach der Aufteilung Polens zwischen Nazideutschland und der Sowjetunion verließ Zhitlowsky im Herbst 1939 den „IKUF“, die jüdische kommunistische Kulturorganisation in Amerika, in der er seit ihrer Gründung 1937 intensiv mitgearbeitet hatte. Er schied auch aus dem „Jewish Council for Russian War Relief“ und dem prosovjetschen „Komitee für jüdische Schriftsteller und Künstler“ aus. Von der Zeitung „Yidische Kultur“ verlangte er nun die Freiheit, die „sovjetsche Diktatur im Allgemeinen und die stalinsche im Besonderen“ zu kritisieren, sowie das Recht, „über die Moskauer Prozesse von meinem Standpunkt aus zu schreiben“.²⁵

Nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion im Juni 1941 kehrte Zhitlowsky jedoch zum IKUF und in die übrigen Organisationen, die die Sowjetunion unterstützten, zurück.²⁶ Er verfasste einen Aufruf „An alle Kinder des Jüdischen Volkes hier im Land“, der am 1. August 1941 in

21 Siehe ebenda.

22 Das mir vorliegende Exemplar trägt den Hinweis: second Edition, 30.000 Copies, Price: One Cent, published by the ICOR.

23 Chaïm Zhitlowsky: Hitler or Stalin, published by the ICOR, New York 1938. ICOR, jiddisch IKOR (Idische Kolonizatsie Organizatsie in Rusland) war eine kommunistische Organisation, die in den USA und Kanada von 1924 bis 1951 bestand und für jüdische Siedlungsprojekte in der Sowjetunion auf der Krim und in Birobidžan warb und Spenden sammelte.

24 Siehe Epstein, Profiles, S.320.

25 Kharlash Leksikon, Bd. 3, Sp.704. Er beruft sich hierfür auf Jakob Milch: Ein Brief und Meinungsaustausch, in Yidische Kultur (New York), Juni/Juli 1943, S.30.

26 Siehe Epstein, Profiles, S.321.

der „Morgenfreiheit“²⁷ erschien. Dort grenzte er sich zwar prinzipiell vom Kommunismus ab, rief jedoch jedermann auf, die Sowjetunion in ihrem Kampf gegen Hitler zu unterstützen.

Es gab jedoch auch grundsätzliche Aspekte der gesellschaftlichen und ideologischen Entwicklung der Sowjetunion selbst, die ihr Zhitlowskys Sympathie einbrachten. An erster Stelle stand hier sicherlich das Aufblühen einer kommunistisch-jiddischen Kultur in der jungen Sowjetunion. Jiddisch war eine der offiziellen Sprachen der Föderation, es existierten jiddische Schulen, eine bisher ungekannte Fülle an jiddischen Zeitungen, Theatern und allgemeinem Kulturleben. Nach der unverhohlenen antisemitischen Judenpolitik des Zarenreiches präsentierte sich die Sowjetunion als Staat, der auch seinen jüdischen Bürgern Entfaltungsmöglichkeiten und gesellschaftliches Vorankommen ermöglichte. Für Zhitlowsky kam hinzu, dass sich mit der Einrichtung jüdischer Kolchosen sein alter Traum von der Überführung der ökonomischen Grundlagen jüdischen Lebens in die Landwirtschaft zu erfüllen und sich in Birobidžan auch die Forderung nach einem jüdischen Territorium, in dem sich ein weltlicher, jiddischer Agrarsozialismus entwickeln sollte, zu verwirklichen schien.²⁸

Auch allgemein sozialistische Elemente in der Politik der Sowjetunion sprachen Zhitlowsky an. In Stalins Theorie des Sozialismus in einem Land sah er die Verwirklichung des alten sozialrevolutionären Postulates, dass Russland in seiner Entwicklung das Stadium des Kapitalismus auslassen und direkt von einem halb feudalen Regime in einen Agrarsozialismus übergehen könne, trotz der „Umzingelung“ durch kapitalistische Länder. Außerdem meinte er, seine eigene Forderung nach „Sozialismus in unsere teg“ bei allen Fehlern verwirklicht zu sehen. Auch in der Überführung der Sowjetunion in eine multinationale Föderation glaubte er Parallelen zu seiner Vorstellung von einer Nationalitätengemeinschaft im sozialistischen Staate zu erkennen. Im März/April 1943 weigerte er sich, die Sowjetunion wegen der Ermordung von Henryk Ehrlich und Viktor Alter, den beiden Parteiführern des polnischen Jüdischen Arbeiterbundes, zu verurteilen.²⁹ Zhitlowsky isolierte sich durch diese Positionierung immer weiter, und die meisten seiner früheren begeisterten Schüler wandten sich von ihm ab. Am 6. Mai 1943 starb er während einer Vortragsreise im Dienste der jüdischen Sektion der International Workers Order (IWO)³⁰ im kana-

27 Kharlash, *Leksikon*, Bd. 3, Sp.704.

28 Siehe ebenda, Sp.702.

29 Siehe ebenda, Sp.704.

30 Die International Workers Order (IWO), war eine kommunistisch geführte Arbeiter-

dischen Calgary an Nierenversagen und wurde am 12. Mai in New York auf dem Montefiori-Friedhof des Arbeiterrings beigesetzt. Seine Beerdigung war eines der seltenen Ereignisse, an dem kommunistische und anti-kommunistische jüdische Kulturschaffende gemeinsam teilnahmen.³¹

2. „Wissenschaftlicher“ Sozialismus?

Im Wintersemester 1889/90 ereigneten sich die unter den damaligen russischen Emigranten berühmten „72 Züricher Nächte“. Auslöser war Zhitlowskys Referat über einen Artikel Plechanovs, der sich mit Nikolaj G. Černyševskij befasste. Dieses Referat entfesselte wegen seiner antimarxistischen Stoßrichtung einen Sturm in der Kolonie. Es wandte sich nicht nur gegen den ökonomistischen Determinismus, der bei Plechanov (der damals in Genf lebte) und dem russischen Marxismus überhaupt besonders stark ausgeprägt sei, sondern auch gegen den Anspruch des „Wissenschaftlichen Sozialismus“ auf Wissenschaftlichkeit im Sinne einer modernen Gesellschaftswissenschaft. Es handele sich vielmehr um metaphysische Geschichtsphilosophie in der Tradition Hegels. Die Dialektik sei keine taugliche Methode der Erkenntnis. Den historischen Determinismus lehnte Zhitlowsky jedoch nicht nur philosophisch, sondern auch aus ganz persönlichen Motiven ab: „Wir, die Kinder der Bourgeoisie und des Adels, die sich von den unmoralischen Wertvorstellungen unserer Eltern und unserer Umgebung losgesagt haben, die wir bereit sind, unser junges Leben für das sozialistische Ideal fortzuwerfen, tun dies nicht aus geschichtsphilosophischer Spekulation und Berechnung – wie wissenschaftlich sie auch sein mag –, sondern aus dem Gefühl moralischer Schuld, aus dem Bewusstsein, dass der Sozialismus das höchste moralisch-ethische Ideal darstellt, weil er Glück, Freiheit und Gerechtigkeit für die leidende Menschheit bringt.“³²

An 72 aufeinanderfolgenden Abenden diskutierten die russischen Revolutionäre in Zürich „von neun Uhr abends bis zwei oder drei Uhr nachts“³³ über die sich aus Zhitlowskys Kritik ergebenden Fragen mit seinen Kontrahenten. Rosenbaum und Kharlash sehen in diesem Ereignis den Beginn des jahrzehntelangen Kampfes Zhitlowskys gegen den dog-

krankenversicherung und Kulturorganisation.

31 Siehe Epstein, Profiles, S.322.

32 Zhitlowsky, Vorwort, S.XXXVf.

33 Ebenda, S.XXXIV.

matischen Marxismus,³⁴ Zhitlowsky selbst erblickte darin sogar den Beginn der Revision der marxischen Theorie in der internationalen sozialistischen Bewegung: „Die Frage der Wissenschaftlichkeit des Marxismus, die ich in den Züricher Diskussionen aufgeworfen habe, übertrug sich später auf die deutsche und russische sozialistische Presse. Einen Bericht über meinen Standpunkt und die Fakten, auf die ich mich stützte, schickte ich Michailowski³⁵ und veröffentlichte sie später auf Deutsch in Eduard Pernerstorfers³⁶ ‚Deutschen Worten‘³⁷. In den 1895 und 1896 in zwei Teilen erschienenen ‚Beiträgen zur Geschichte und Kritik des Marxismus‘,³⁸ fand Zhitlowskys Auseinandersetzung mit dem ‚Wissenschaftlichen Sozialismus‘ und der ‚hegel/marxischen Dialektik‘ ihre fundierteste Darstellung. In der deutschsprachigen Sozialdemokratie entfaltete sie zu Zhitlowskys Bedauern zunächst keine nachhaltige Wirkung. In Russland habe es jedoch eine hitzige Polemik hierzu gegeben und habe ‚Plechanovs Antwort in dem berühmten Beltow-Buch³⁹ heraus[gerufen], welches den Marxismus auf dieselbe Weise begründet wie Marx selbst: durch die materialistisch-monistische Philosophie‘.⁴⁰

Kautsky war der Beitrag Zhitlowskys nicht entgangen, in einem Brief an Bernstein (vor dessen revisionistischer Phase) schrieb er: „In Pernerstorfers ‚Deutschen Worten‘ hat ein gewisser Schitlowsky eine sehr beachtenswerthe Kritik des philosophischen Standpunktes von Marx [und] En-

34 Siehe Kharlash, Leksikon, Bd. 3, Sp.690; M[enachem] M[endel] Rosenbaum: Chaim Zhitlowsky, a kurzer iberblik iber seine sekhzig jor leben un shafn, in: Zhitlowsky-samlbukh. Gewidmet Dr. Chaim Zhitlowsky zu sein sekhzigstn geburtstag fun seine fraind, chawerim un talmidim, Warschau 1929, S.9-43, hier S.34.

35 Nikolaj Konstantinovič Michajlovskij (1842-1904) positivistischer Philosoph und Schüler Comtes der mit seiner „subjektiven Methode“ starken Einfluss auf die politischen Vorstellungen der Narodniki ausübte.

36 Engelbert Pernerstorfer (1850-1918), österreichischer Publizist und Politiker. In der Jugend aktiv in dem deutschnationalen Kreis um Georg von Schönerer, überwarf sich jedoch mit diesem wegen dessen Antisemitismus und stieß über Victor Adler, mit dem er seit Schultagen befreundet war, 1896 zur Sozialdemokratie, für die er 1901-1918 im Wiener Reichstag saß. Redakteur und Herausgeber der Zeitschrift „Deutsche Worte“.

37 Zhitlowsky, Vorwort, S.XLI.

38 Siehe Chaim Schitlowsky: Beiträge zur Geschichte und Kritik des Marxismus, T. I, in: Deutsche Worte, XV, Wien 1895, S.193-211, T. II, in: Deutsche Worte, XVI, Wien 1896, S.337-372.

39 G[rigori] W. Plechanov: Zur Frage der Entwicklung der monistischen Geschichtsauffassung. Geschrieben 1892-1894, legal in Russland veröffentlicht 1895 (zur vorliegenden Ausgabe Berlin [Ost] 1975, S.5f).

40 Zhitlowsky, Vorwort, S.XL.

gels geliefert. Ich habe mich nie viel mit Philosophie befaßt und stehe daher dem behandelten Gebiet, das genauere Kenntniß Hegels, Feuerbachs [und] Kants erfordert, zu fern, um mit dem Mann anbinden zu können.“⁴¹ Kautsky hielt nur Bernstein und Plechanov für qualifiziert, um eine Entgegnung zu verfassen. Bernstein schlug in seiner Antwort am 8. Oktober 1896 Conrad Schmidt für eine Entgegnung vor;⁴² eine solche ist jedoch wohl nie erschienen.

Zhitlowsky begann in den „Beiträgen“ seine Kritik mit dem Terminus „wissenschaftlicher“ Sozialismus, der ungerechtfertigt sei und der marxischen Theorie eine sachlich nicht begründete Distinktion verleihe. Sozialismus, so sein Ausgangspunkt, sei zunächst ein „ökonomisches, soziales und kulturelles Ideal“ und als solches selbst nicht wissenschaftsfähig. Wissenschaftlich könne allenfalls die Methode der Beschäftigung mit ihm sein. Er verdeutlicht dies am „minder komplizierten“ Ideal des Fliegens, des „Bestrebens, die Himmelsluft menschlichen Verkehrszwecken dienstbar zu machen“. Während im Altertum seine Behandlung mythisch (Ikarussage), später empirisch gewesen wäre (Schneider von Ulm), sei die Beschäftigung hiermit aufgrund des allgemeinen Fortschritts der menschlichen Kenntnisse erst in jüngster Zeit (1895!) wissenschaftlich, „aeronautisch“, möglich. Die „Wissenschaftlichkeit, bzw. Unwissenschaftlichkeit eines Ideals“, so folgert er, liege „nicht in ihm selbst, sondern in den Bedingungen seiner Realisierung“. Laufe diese Realisierung nicht den Naturgesetzen zuwider, auf die sie sich stützen müsse, und sind diese Naturgesetze genau studiert und erforscht, so könne ein solches Ideal wissenschaftlich bearbeitet werden. Im anderen Falle sei es der Wissenschaft entweder absolut unzugänglich, weil im Widerspruch zu den Gesetzen der Natur (wie das Unsterblichkeitsideal), oder noch nicht wissenschaftlich (wie das aeronautische Ideal im Altertum).⁴³ Auch bei gesellschaftlichen Idealen hafte die Wissenschaftlichkeit nicht am Ideal selbst, sondern an den Bedingungen seiner Realisierung. Entscheidend sei, neben dem Nachweis, dass das gesellschaftliche Ideal nicht den Gesetzen des gesellschaftlichen Zusammenlebens oder der menschlichen Natur widerspräche, dass diese Bedingungen wissenschaftlicher Forschung zugänglich seien. Weiterhin müsse sich in der Frage der Organisation des Zusammenlebens die Gesellschaft in freier Wahl zur Verwirklichung dieser Ideale entschließen.

41 Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Karl Kautsky (1895-1905), eingel. und hrsg. von Till Schelz-Brandenburg unter Mitarb. von Susanne Thurn, Frankfurt/Main 2003, S.264.

42 Ebenda, S.272.

43 Siehe Schitlowsky Beiträge I, S.200f.

Es müsse folglich gezeigt werden können, dass, wie und weshalb nur dieses gesellschaftliche Ideal verwirklicht werden soll. Diese Entscheidung folge, als historische Tat einer Gesellschaft, dann selbst den Gesetzen der historischen Entwicklung. Konsequenterweise beschreibe Marx zur Lösung dieses Problems das Terrain der Geschichtsphilosophie, die eben diese Gesetze zu ergründen suche. Die Beurteilung der Wissenschaftlichkeit des Marxismus entscheide sich folglich an der Frage, ob seine Geschichtsphilosophie als wissenschaftlich anzusehen sei. Hat Marx also seine geschichtsphilosophischen Thesen wirklich aus der Untersuchung der historischen Entwicklung gewonnen oder sie aus philosophischen Prämissen deduziert? Und, den zweiten Fall unterstellt, sind diese Prämissen dann nachträglich durch historische Studien verifiziert worden? Dass die marxistische Weltanschauung nicht aus empirisch-historischen Untersuchungen und der Auswertung von ökonomischen Statistiken entstand, führt er bündig anhand von Zitaten Friedrich Engels' aus „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“ sowie dem „Anti-Dühring“ aus.

Die marxistische Geschichtsauffassung ist für ihn dennoch „keine Mißgeburt der zügellosen metaphysischen Phantasie“,⁴⁴ sondern ein philosophisches System der hegelschen Tradition, das einer differenzierten Auseinandersetzung wert sei. Akzeptiere man die philosophischen Prämissen von Marx und Engels, so könne man alles Weitere sogar mit einem gewissen Recht als „wissenschaftlich“ bezeichnen. Dies aber tut Zhitlowsky nicht, „denn die marxistische Philosophie würde uns zurück in die alte Zeit der Metaphysik versetzen, wo nur, statt des einen oder anderen philosophischen Prinzips, die ‚Ökonomie‘ die Rolle des alles erklärenden Zauberwortes spielen wird“.⁴⁵

Für die breite Zustimmung zum Marxismus und die Bereitschaft, seinen Anspruch als Wissenschaft durchgehen zu lassen, liefert Zhitlowskys eine im Kern psychologische Erklärung. Er macht drei Verhaltenstypen unter den Menschen aus, die an einer „ersten Umgestaltung ihres gesellschaftlichen Lebens“ interessiert sind. Dabei handele es sich um den naiven, utopischen Idealisten „mit seiner Begeisterung für Freiheit und Recht“, den skeptischen Realisten, der bei seiner genauen Betrachtung und Analyse der gesellschaftlichen Gegebenheiten leicht den Glauben an eine Änderung zum Besseren zu verlieren droht, und den optimistisch-

44 Ebenda, S.204f.

45 Ebenda, S.205.

messianischen Typus, der an eine außermenschliche Kraft – einen Messias oder Christus – glaubt, die früher oder später in den Gang der Ereignisse eingreife und alles zum Guten wenden werde. Der Marxismus sei in der Lage, allen drei Typen einen starken Identifikationspunkt zu bieten. „Gleich dem Idealismus hatte er auf seine Fahne die edelsten Forderungen des menschlichen Geschlechts – die sozialistischen – geschrieben, aber dennoch ist er, gleich dem Realismus, bestrebt, in der jetzt herrschenden praktischen Wirklichkeit fast ganz und gar aufzugehen“ – den Spott über die Utopisten inbegriffen. Aber auch messianische Aspekte seien dem Marxismus nicht fremd: „[...] ,der natürliche Gang der Ereignisse‘, ,die Entwicklung der Produktivkräfte‘, ,die innere Dialektik der Gesellschaft‘, all dies sind verschiedene Bemerkungen für eine und dieselbe über- und außermenschliche Kraft, welche jedoch für den Menschen arbeitet, stets das Gute schaffend, die Realisierung seiner Herzenswünsche herbeiführend“. Diese Eigenschaften rechtfertigten jedoch nicht, über die erkennbaren philosophischen Mängel des Marxismus hinwegzugehen, der „in vielen wesentlichen Punkten weit hinter unserer Zeit zurückgeblieben ist“.⁴⁶

Der zweite, 1896 erschienene Teil der „Beiträge“ setzt sich erkenntnistheoretisch intensiv mit der „Widerspruchslogik bei Hegel und Marx“ auseinander und will den erhobenen Anspruch, die marxische Dialektik auf dem Wissensstand seiner Zeit als philosophisch rückständig und für die Fortentwicklung sozialistischer Theorie überflüssig zu erweisen, einlösen. Es sprengte den Rahmen dieser Untersuchung, den gesamten Argumentationsgang zu referieren, hier können nur einzelne Argumente beispielhaft wiedergegeben werden. Der Marxismus, so Zhitlowskys zentrale These, konstituiere eine metaphysische Geschichtsphilosophie, die, trotz ihres Verdienstes die Bedeutung ökonomischer Prozesse für die Entwicklung von Gesellschaften betont zu haben, mit ihren „objektiven Entwicklungsgesetzen“ den Blick auf die tatsächliche historische Entwicklung verstelle und die Perspektive auf ihre Antriebskräfte stark verenge. Der zweite zentrale Punkt der Auseinandersetzung ist die von Hegel übernommene Leugnung des Satzes vom Widerspruch in der Dialektik.

Es ging Zhitlowsky nicht in erster Linie darum, die nach den Gesetzen der rationalen Logik widersprüchlichen Aussagen der Dialektik zu widerlegen, da weder Hegel noch Marx und Engels diese Widersprüchlichkeit bestritten, sondern darum, dass sie ihre Methode als eine höhere Denk-

46 Ebenda, S.211.

form ausgeben. Absicht Zhitlowskys war es, die Axiome, die „Denkvoraussetzungen“, der Dialektik bei Hegel sowie ihre Überwindung durch die Philosophie seither darzustellen. Darüber hinaus wollte er zeigen, dass die Übernahme der Dialektik durch Marx und Engels auf noch schwächeren Beinen stehe, da die moderneren Elemente marxistischer Philosophie sich mit ihr nicht vertrügen.

Vier „Denkvoraussetzungen“ lägen der hegelschen Philosophie zugrunde, die er zunächst expliziert:

- ein erkenntnistheoretischer Dualismus, der bereits vor Hegel die Philosophie seit Descartes, Spinoza, Fichte und Schelling kennzeichne und bei Hegel zum Kern des ganzen Systems werde,⁴⁷
- die Annahme einer prinzipiellen Erkennbarkeit der Welt, in der es keinen Ort für ein unerkennbares „Ding an sich“ gebe,⁴⁸
- ein naturphilosophischer Monismus, der mit seiner Substanzlehre die Gegensätze der empirischen Welt in ihrer Einheit auffassen will und die immanenten Widersprüche in sich aufnimmt,⁴⁹
- die „Idealität“ von Zeit und Raum.⁵⁰

Bereits in Hegels Terminus „Begriff“ sei die Grundstruktur des Systems angelegt: „Der Begriff – also der Denkakt, eine ‚Denkbestimmung‘, wie Hegel sagt – ist nach ihm die innere Natur jedes Gegenstandes. Folglich hat die Totalität der Dinge, die Welt, ihre innere Natur in der Totalität der Denkbestimmungen, im Denken.⁵¹ [...] [S]chon aus der hegelschen Auffassungsweise des Begriffs [musste] die Leugnung des Satzes des Widerspruchs hervorgehen. Hegel versteht nämlich unter ‚Begriff‘ nicht die Summe von ähnlichen Merkmalen, die irgendeiner Klasse von Dingen und Erscheinungen zukommen, sondern ein metaphysisches Wesen, welches eine ganze Klasse von Dingen und Erscheinungen in sich enthält, samt allen ihren Merkmalen, die ähnlichen sowohl, als auch die unähnlichen, ja gegensätzlichen. [...] Daraus folgt, daß jeder allgemeine Begriff in sich selbst einen Widerspruch enthalten muß. Da aber der Begriff die Natur jedes Gegenstandes ausmacht, so ist auch jeder Gegenstand sich selbst widersprechend.“⁵² Bereits Feuerbach habe die hegelsche Begriffslehre „zerschmettert“ und die moderne Psychologie und Erkenntnistheo-

47 Beiträge II: Die Widerspruchslogik bei Hegel und Marx, S.342f.

48 Beiträge II: S.343

49 Beiträge II, S.344

50 Beiträge II: S.345.

51 Beiträge II: S.346.

52 Ebenda, S.347.

rie den unheilvollen Dualismus von Vernunft und Verstand aufgehoben. Die „Schattenseiten der kantischen Lehre“ (gemeint sein dürften die Antinomien) seien zwischenzeitlich aufgeklärt, und für eine monistische Philosophie sei die Dialektik keineswegs erforderlich⁵³ (wie schon Spinoza gezeigt hat).

Zwar teilten Marx und Engels keineswegs alle Axiome der hegelschen Philosophie, „dagegen sind andere philosophische Anschauungen aufgenommen worden, welche die dialektische Denkweise mindestens überflüssig, wenn nicht unmöglich machen“.⁵⁴ Auch der Marxismus kenne den hegelschen erkenntnistheoretischen Dualismus von Verstand und Vernunft, er unterscheide zwischen metaphysischem und dialektischem Denken. Die hieraus folgende Weigerung, einen nach den Regeln der formalen Logik geführten Nachweis eines Widerspruchs als relevanten Einwand zu betrachten, entziehe die „dialektische“ Argumentation jeder rationalen Kritik. Hier nimmt Zhitlowsky bereits wesentliche Argumente der Marxismuskritik Karl Poppers – die Abwertung rationaler Kritik durch die Dialektik⁵⁵ und die Produktion „historizistischer“ Prophezeiungen statt wissenschaftlicher, empirisch gestützter, falsifizierbarer Prognosen – vorweg.⁵⁶

Der Marxismus vertrete einen naturphilosophischen Monismus, der die Einheit der Welt in ihrer Materialität erblicke. „Auf diesem Boden ist [...] die rationalistische Lehre von der Erkennbarkeit der Welt viel weniger begründet, als auf dem des idealistischen Monismus.“⁵⁷ Die vom Marxismus unterstellte strukturelle Analogie zwischen Erkenntnissubjekt und Erkenntnisobjekt, welche die Erkennbarkeit der Welt garantieren soll, erscheine viel weniger plausibel als das hegelsche Modell, in dem die Materie fraglos den Prinzipien des vorgängigen Geistes folge.⁵⁸ Engels ver falle bei dem Versuch, die Übereinstimmung von Denken und Sein zu beweisen, in den Fehler, den auch der „vulgäre“ Materialismus mache. Dieser er liege dem Trugschluss, dass „wenn Denken und Bewußtsein Produkte des menschlichen Hirns sind und der Mensch selbst ein Naturprodukt ist,

53 Ebenda, S.348.

54 Ebenda, S.349.

55 Siehe Karl R. Popper: Vermutungen und Widerlegungen. Wachstum der wissenschaftlichen Erkenntnis, Teilbd. II, Tübingen 1997, Kapitel 15, „Was ist Dialektik?“, S.451ff.

56 Popper ebd. Kap. 16, „Prognose und Prophetie in den Sozialwissenschaften“, S.487ff.

57 Zhitlowsky: Beiträge II, S.351.

58 Auch dieses Argument taucht bei Popper fast wortgleich wieder auf: Siehe Popper, Was ist Dialektik?, S.479.

welches sich in und mit seiner Umgebung entwickelt hat, es sich dann von selbst versteht, daß die Erzeugnisse des menschlichen Hirns, die in letzter Instanz ja auch Naturprodukte sind, dem übrigen Naturzusammenhang nicht widersprechen, sondern entsprechen.⁵⁹ Dies sei allenfalls ein Indiz und weit entfernt von einem Beweis der Annahme. Engels wende hiergegen ein, der vollständige Beweis sei das naturwissenschaftliche Experiment, die Fähigkeit, einen Naturvorgang „aus seinen Bedingungen erzeugen, ihn obendrein unseren Zwecken dienstbar werden lassen“⁶⁰. Doch zur praktischen Verwendung eines Dinges gehöre nicht notwendig die Kenntnis aller seiner Eigenschaften. Eine Hausfrau, die in der Lage ist, unter Verwendung von Eiweiß einen schmackhaften Pudding zu erzeugen, müsse nicht die geringste Vorstellung von „den merkwürdigen Eigenschaften dieses chemischen Körpers haben“. Auch könne sie ohne Weiteres ein Ei „aus seinen Bedingungen“ erzeugen, indem sie auf dem Markt Hahn und Henne erstehe. Über die prinzipielle Erkennbarkeit der Dinge sei hiermit gar nichts ausgesagt. Entscheidend sei vielmehr, so Zhitlowsky, was man unter Entsprechung zwischen äußerem Sein und den Inhalten des menschlichen Bewusstseins verstehe. „Auch ein Zylinderspiegel ist ein Naturprodukt, vielleicht in einem noch viel natürlicheren Sinne als das Bewußtsein und das Denken. Und doch erscheinen in ihm die Dinge so verzerrt, daß, wenn sie in unserem Hirn ebenso verzerrt zum Vorschein kommen, von einem Zusammenhang des Denkens und des Seins wohl kaum die Rede sein kann.“⁶¹

Mit dem erkenntnistheoretischen Dualismus, den kantischen Antinomien, dem naturphilosophischen Monismus und der Identitätslehre seien die gemeinsamen Vorbedingungen der Dialektik bei Hegel und Marx erschöpft. Wesentliche Unterschiede bestünden bei der Begriffslehre und der Idealität von Zeit und Raum. Marx' Begriffen fehle die metaphysische Substanz, es sei nicht einzusehen, weshalb „auch seine Begriffe, die ja nur Abstraktionen sind, den Geist des Widerspruches in sich tragen müssen und sich nicht eines ruhigeren Daseins erfreuen können“.⁶²

Auch die Lehre von Raum und Zeit im Marxismus harmoniere nicht mit der Dialektik. Engels kenne im „Anti-Dühring“ neben der empiri-

59 Schitlowsky, Beiträge II, S.351. Das bezieht sich auf: Friedrich Engels: Anti-Dühring, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 20, S.5-303, hier S.33.

60 Ebenda, S.352 (= Friedrich Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW, Bd. 21, S.274.)

61 Schitlowsky, Beiträge II, S.352.

62 Ebenda, S.353.

schen Zeit und dem empirischen Raum jeweils eine „reine“ Zeit und einen „reinen“ Raum, die von unserer Wahrnehmung unabhängig seien. Die Annahme „reinen“ Raumes und „reiner“ Zeit – der unendliche, ununterbrochene Fluss reinen Nichts und die „reine“ Leere in der Ausdehnung – seien für eine materialistische Philosophie an sich problematische Annahmen. Worin die Realität dieses dialektischen Verhältnisses von Raum und Zeit liegen solle, bleibe unklar, denn Engels sage im „Anti-Dühring“ auch: „Denn die Grundformen alles Seins sind Raum und Zeit, und ein Sein außer der Zeit ist ein ebenso großer Unsinn, wie ein Sein außerhalb des Raums“.⁶³ Zhitlowsky verweist hier auf Feuerbach, der gemeinsam mit Marx Raum und Zeit für „Wesensbedingungen“, für „Vernunftformen und Gesetze des Seins wie des Denkens“ hinnahm, der aber diesen Satz mit meisterhafter Schärfe und Klarheit dazu verwendete, die Dialektik an ihren philosophischen Wurzeln zu packen.⁶⁴ Zustimmend zitiert er Feuerbach: „Das räumliche Auseinanderfallen ist die Wahrheit der logischen Unterschiede“, sagt er [Feuerbach]. „Die Sonne ist nicht da, wo der Merkur ist, der Merkur nicht da, wo die Venus, das Auge nicht, wo das Ohr ist.“ „Verschiedenes an verschiedene Orte zu stellen, räumlich zu scheiden, was qualitativ verschieden, das ist Bedingung jeder Oekonomie, selbst der geistigen“. Und in Bezug auf die Zeit heißt es ferner: „Das Mittel, entgegengesetzte oder widersprechende Bestimmungen auf eine der Wirklichkeit entsprechende Weise in einem und demselben Wesen zu vereinigen, ist nur die Zeit“. Das heißt also klar und deutlich: Ein und dasselbe Ding kann nicht es selbst und zugleich ein anderes sein, eben darum, weil die Verschiedenheiten und Gegensätze im Raume und der Zeit auseinanderfallen.⁶⁵ Für eine „reine“ Zeit und „reinen“ Raum bleibe kein Ort außer der „reinen“ Abstraktion, womit der Dialektik der Boden entzogen wäre.

Von zentraler Wichtigkeit ist ihm auch die Zurückweisung der Annahme der Dialektik, der Widerspruch sei das Wesen der Bewegung.

Am Ende kommt Zhitlowsky zu einem vernichtenden Ergebnis über den dialektischen Materialismus: „Die dialektische Logik mit ihrer Leugnung des Satzes vom Widerspruch ist als Folge von philosophischen Prämissen hergegangen, die der Mehrzahl nach in der modernen Philosophie

63 Engels, *Anti-Dühring*, S.48f., Zitat S.48.

64 Schitlowsky, *Beiträge II*, S.354.

65 Ebenda, S.354f. (= L. Feuerbach; *Grundsätze der Philosophie der Zukunft* §§ 44-47, <http://www.zeno.org/Philosophie/M/Feuerbach,+Ludwig/Grundsätze+der+Philosophie+der+Zukunft>, [letzter Zugriff 07.11.2014])

längst überwunden sind. Die Anlehnung der Widerspruchslogik an den Materialismus entzieht ihr jeden Schein von theoretischer Berechtigung. Die marxistische Kritik der formalen Logik ist nur auf dem Boden der hegelschen Philosophie verständlich und verzeihlich. Auf dem Boden des Materialismus gerät sie in Kollision mit den von Marx und Engels selbst akzeptierten Prinzipien. Zum Zwecke der wissenschaftlichen Erklärung der Welt ist die dialektische Erkenntnistheorie überflüssig. Auf das weite Gebiet der Praxis ist sie zugestandenermaßen unanwendbar und muß der formalen Logik die Herrschaft überlassen – ein Dualismus, der durch nichts gerechtfertigt werden kann. Sie ist also philosophisch unbegründet, wissenschaftlich überflüssig und praktisch meist ‚schlimmer als nutzlos‘. Und daher auf allen Gebieten unhaltbar.“⁶⁶

III. Die Wiederbegegnung Zhitlowskys und Plechanovs im deutschen Revisionismustreit

In den Jahren 1899 bis 1901 erschienen Zhitlowskys Stellungnahmen zur aktuellen Diskussion der deutschen Sozialdemokratie dort, wo sie nach seiner erkenntnistheoretischen Positionierung zu erwarten waren: in den von Joseph Bloch herausgegebenen „Sozialistischen Monatsheften“, in denen auch Eduard Bernstein und andere Vertreter des „Revisionismus“ veröffentlichten. Dort äußerte Zhitlowsky sich 1899 in zwei Fortsetzungen zu der Polemik Plechanovs gegen Conrad Schmidt und Jakob Stern.⁶⁷ Im Jahre 1900 meldete er sich mit einer engagierten Parteinahme für Eduard Bernstein und seinen Revisionismus gegenüber der bisherigen marxistischen Ausrichtung der Sozialdemokratie zu Wort,⁶⁸ und im Jahre 1901 erschien ein dreiteiliger Beitrag, „Die historiosophische Endzeitphilosophie“.⁶⁹ Dort knüpfte er inhaltlich an den ersten Beitrag

66 Ebenda, S.371f.

67 Siehe Chaim Zhitlowsky: Die Polemik Plechanov contra Stern und Conrad Schmidt, in: Sozialistische Monatshefte, 1899, S.277-283, 322-330.

68 Siehe Ders.: Die sogenannte Krise innerhalb des Marxismus, in: Sozialistische Monatshefte, 1900, S.465-470.

69 Ders.: Die historiosophische Endzielphilosophie, in: Sozialistische Monatshefte, 1901, S.19-26, 191-196, 259-266. Im Rahmen der Eingangsdefinitionen schreibt er: „Schließlich verstehe ich unter historiosophischer Endzeitphilosophie diejenige philosophische Beleuchtung des Endziels, welche die anzustrebende Gesellschaftsform als eine unvermeidliche Entwicklungsstufe der Gesellschaft auffasst und in dieser Auffassung alleine seine Begründung sucht und findet“ (S.20).

aus den „Deutschen Worten“ an und stellte, dieses Mal mit ausdrücklicher polemischer Tendenz gegen Kautsky, erneut die Wissenschaftlichkeit des „Wissenschaftlichen Sozialismus“ in Frage. Er wies hier, allerdings erheblich weniger in die Tiefe gehend als im Jahre 1895, nach, dass der Marxismus einem konsequenten Wissenschaftlichkeitsanspruch nicht gerecht werde.

Kautsky habe sein, Zhitlowskys, Verständnis des Sozialismus als „ein aus den Bedürfnissen der Gegenwart hervorgegangenes Zukunftsideal“ charakterisiert und „in der Benennung ‚frommer Wunsch‘ [...] minderwertig zu machen“ gesucht. Ein ethisch begründeter Sozialismus brauche sich jedoch den „Utopien und Illusionen der Historiosophie“ des Marxismus keineswegs unterlegen zu fühlen.⁷⁰ Zhitlowsky verwendete den Terminus „Historiosophie“, der im Kontext dieser Diskussion ungewöhnlich ist. Er stammt wohl von August Cieszkowski,⁷¹ der darunter die endgültige Überwindung der Philosophie zugunsten einer aktiven Zukunftsgestaltung der Geschichte, einer aktiven Realisierung der erkannten Wahrheit verstand. Diese von Cieszkowski konzipierte „Philosophie der Tat“, die den prophetischen Charakter der Geschichtswissenschaft postuliert, wurde in Russland insbesondere von Alexander Herzen aufgegriffen und wird auf diesem Weg auch Zhitlowsky bekannt geworden sein.⁷² Zhitlowsky verwendete „Historiosophie“ hier in gleicher Weise, wie später Popper vom Marxismus als „historizistische Lehre“ spricht, die, statt wissenschaftlich gestützter Prognosen über die Folgen politischen Handelns zu liefern, „Prophetien“ über den notwendigen Gang der historischen Entwicklung produziere.⁷³ Auch sei, anders als Kautsky behauptete, eine wissenschaftliche Beschäftigung mit dem gewünschten Ziel gesellschaftlicher Entwicklung und den Möglichkeiten seiner Erreichung keineswegs ausgeschlossen, wenn man sein Endziel nicht als objektive, aus der ökonomischen Entwicklung folgende Notwendigkeit ausweise.

Zhitlowsky definierte sein Konzept sozialistischer Wissenschaft wie folgt: „Der Sozialismus, als bestimmtes Ziel gesellschaftlicher Praxis, will eine gewisse Gesellschaftsordnung durch eine andere verdrängen. Dieses Wollen motiviert er durch die Schäden, welche die bestehende Gesell-

70 Siehe ebenda, S.263.

71 Siehe August von Cieszkowski [1814-1894]: Prolegomena zur Historiosophie, Berlin 1838.

72 Siehe Jutta Scherrer: Kulturologie. Rußland auf der Suche nach einer zivilisatorischen Identität, Wallstein 2001, S.95, Fn 5.

73 Siehe Karl R. Popper: Prognose und Prophetie in den Sozialwissenschaften, in: Vermutungen, S.487-503.

schaftsordnung hervorruft. Er hat wissenschaftlich nachzuweisen, dass die Schäden wirklich aus der herrschenden Gesellschaftsform herrühren und dass diese beseitigt werden muss, wenn die Schäden beseitigt werden sollen. Diese Arbeit hat der Sozialismus begonnen, sie wurde aber wesentlich beeinträchtigt durch das Emporkommen des historiosophischen Denkens. [...] Gegen den Sozialismus wird von der modernen bürgerlichen Wissenschaft der Vorwurf erhoben, er sei unausführbar und unhaltbar, er widerspreche der menschlichen Natur und dem Fortschritt der menschlichen Gesellschaft. Es ist die Aufgabe des wissenschaftlichen Sozialismus, diese Beweise soziologisch zu prüfen, ihre Nichtigkeit aufzuzeigen und positiv darzulegen, warum eine sozialistische Gesellschaftsordnung durchführbar und haltbar ist, warum sie weder der menschlichen Natur noch dem Fortschritt der Gesellschaft widerspricht.“⁷⁴

Neben der Auseinandersetzung um den Geschichtsdeterminismus der Marxisten wurden der philosophische Materialismus bzw. eine „ethische Ergänzung“ des Marxismus zum Gegenstand der Debatte. Ausgangspunkt der Auseinandersetzung war die gemeinsame Auffassung aller Beteiligten, der Marxismus sei eine im Wesentlichen ökonomische und soziologische Theorie und habe eine Geschichtsphilosophie entwickelt, die der Ergänzung durch eine individuelle Ethik bedürfte. Zhitlowskys Freunde, die „Revisionisten“, sowie Linkskantianer wie Karl Vorländer und Franz Staudinger favorisierten hierfür die praktische Philosophie Immanuel Kants. Plechanov, Jakob Stern⁷⁵ und Franz Mehring,⁷⁶ alles politische Gegner des Revisionismus, votierten für Spinoza, dessen erkenntnistheoretische Grundposition sie jedoch unterschiedlich interpretierten: Stern löste seinen Monismus in letzter Konsequenz idealistisch auf,⁷⁷ während Plechanov Spinoza als Materialisten auffasste, in dessen Tradition auch Marx und Engels mit ihrer materialistischen Auffassung stünden.

Der historische Materialismus sei, so der Vorschlag Sterns, erkenntnistheoretisch durch den Monismus Spinozas zu ergänzen. Dem wollte auch

74 Zhitlowsky, Endzielphilosophie, S.264.

75 Jakob Stern (1843-1911), ehemaliger Rabbiner, Freidenker und „erklärter Liebling und Wortführer der Stuttgarter Arbeiterschaft“ (Clara Zetkin in ihrem Nachruf auf Stern in der Neuen Zeit vom 14.04.1911), langjähriger Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung „Schwäbische Tagwacht“.

76 Siehe Franz Mehring: Kant und Spinoza, in: Die Neue Zeit, 1908, 673-675.

77 Siehe Jakob Stern: Die Philosophie Spinozas. Erstmals gründlich aufgeheilt und populär dargestellt (Dietz Internationale Bibliothek, Nr. 8), Stuttgart 1890, S.45: „Das Ausdehnungsattribut ist hiernach subjektiv gleich dem Denkattribut eine Denkform.“

Plechanov nicht widersprechen. Die polemische Intention seines Beitrags „Bernstein und der Materialismus“⁷⁸ richtete sich gegen Bernstein, Conrad Schmidt und den Neukantianismus. Sterns Vorschlag, „auf die Philosophie des edlen und genialen jüdischen Denkers zurückzukommen“, fand dagegen seine Billigung.⁷⁹

Plechanov stellte die These auf, der französische Materialismus des 18. Jahrhunderts sei in seiner Auffassung des Verhältnisses von Geist und Materie identisch mit der Philosophie Spinozas: „Ich mag noch so viel suchen und prüfen: ich finde keinen wesentlichen Unterschied zwischen dem Spinozismus und dem Materialismus La Mettries!“ Zu demselben Ergebnis kommt er auch hinsichtlich Holbachs und Diderots. Sodann führt er aus, Feuerbach stehe auf dem Boden des französischen Materialismus, sei sich aber dieser Übereinstimmung so wenig bewusst gewesen wie gegenwärtig Stern, auch irrten beide in ihrer Unterstellung, diese Materialisten hätten „alle Kräfte der Materie auf die Bewegung“ zurückgeführt. Der spinozistische Monismus sei sozusagen der gemeinsame Nenner, der Spinoza, die französischen Materialisten und Feuerbach sowie die Begründer des historischen Materialismus miteinander verbinde. Abschließend beglaubigt Plechanov seine Ausführungen mit einem mündlichen Statement seines „Meisters“ Engels aus dem Jahre 1889, das er selbst vernommen habe. „Eines Tages kam unser Gespräch auf die Philosophie. Engels verurteilte scharf das, was der Genosse Stern in sehr ungenauer Weise den ‚naturphilosophischen Materialismus‘ nennt. ‚Sie glauben also‘, frug ich, ‚daß der alte Spinoza Recht hatte: der Gedanke und die Ausdehnung sind nichts als die beiden Attribute einer einzigen Substanz?‘ ‚Gewiß‘, antwortete Engels, ‚der alte Spinoza hat vollständig Recht gehabt.“⁸⁰

In den „Sozialistischen Monatsheften“ kommentierte Zhitlowsky diese Ausführungen Plechanovs in dem Beitrag „Die Polemik Plechanov contra Stern und Conrad Schmidt“.⁸¹ Ohne auf die Debatte hinsichtlich der französischen Materialisten einzugehen, setzt er an der Behauptung an, dass die nicht vulgären Materialisten, also auch Marx und Engels, nicht alle Kräfte auf die Bewegung zurückführten. Leider habe es Plechanov unterlassen, die entsprechenden Zitate von Marx und Engels anzuführen,

78 Siehe Grigori Plechanov: Bernstein und der Materialismus, in: Die Neue Zeit, 1897-1898, S.545-555.

79 Ebenda, S.548.

80 Ebenda, S.554f.

81 Schitlowsky, Die Polemik Plechanov contra Stern und Conrad Schmidt, in: Sozialistische Monatshefte, 1899, S.277-283, 322-330.

stellte er maliziös fest. Er selbst zitiert Engels „Anti-Dühring“. Dort hatte dieser geschrieben: „*Bewegung ist die Daseinsweise der Materie. [...] Bewegung im Weltraum, mechanische Bewegung kleinerer Massen auf den einzelnen Weltkörpern, Molekularschwingung als Wärme oder als elektrische oder magnetische Strömung, chemische Zersetzung und Verbindung, organisches Leben – in einer oder der andern dieser Bewegungsformen oder in mehreren zugleich befindet sich jedes einzelne Stoffatom der Welt in jedem gegebenen Augenblick [...]. Diese aktive Bewegung nennen wir Kraft, die passive Kraftäußerung.*“⁸² Nach einem weiteren einschlägigen Zitat stellt Zhitlowsky fest: „In diesem Punkte geht also der marxistische Materialismus mit dem vulgären Hand in Hand.“⁸³

Stern kritisiere an den französischen Materialisten, bei diesen sei erst die Tierseele mit psychischen Eigenschaften ausgestattet, richtiger sei, dass diese Eigenschaft jeder Materie zukomme. Plechanov gebe zwar zu, dass dies stimme, behaupte jedoch, La Mettrie sowie auch Feuerbach hätten nichts anderes behauptet. Gleiches gelte für Marx und Engels. Erstaunlicherweise expliziert Zhitlowsky hier nicht seinen Einwand, bei der von Plechanov dargestellten handele es sich allenfalls um eine defizitäre spinozistische Position, da für Spinoza Gott als ein Verstandesprinzip existiere, das höher als der menschliche Verstand stehe und das mit seinem Bewusstsein die ganze wirkliche Welt umfasse. Plechanov müsste, so Zhitlowsky, hier redlicherweise deutlich machen, dass er sich mit dem Parallelismus von Denken (Beseeltheit) und Ausdehnung zwar eines Gedankenganges bedient, der auch bei Spinoza existiert. Er reiße dies aber aus dem dortigen Kontext und stelle es in einen anderen Gesamtzusammenhang – den der französischen Materialisten. Dies sei jedoch mit dem taktischen Ziel, seiner marxistischen Materialismusinterpretation einen würdigen Ahnen zu verschaffen, unvereinbar. Zhitlowsky rückt hier nicht den „theologischen“ Aspekt Spinozas in den Vordergrund, sondern will zeigen, dass Plechanov es eigentlich besser weiß und selbst in einem früheren Beitrag auch zutreffend dargestellt hat. Er zitiert aus Plechanovs „Beiträgen zur Geschichte des Materialismus“ (1896): „Alle Phänomene der Medizin und der Naturgeschichte beweisen deutlich, dass diese Kraft (das Empfindungsvermögen) in den Thieren nur das Resultat der Struktur ihrer Körper ist; dass diese Kraft mit der Bildung ihrer Organe beginnt, sich erhält, so lange sie leben, und sich endlich mit der Auflösung dieser sel-

82 Engels, *Anti-Dühring*, S.55. Hervorhebungen im Original.

83 Schitlowsky, *Polemik Plechanov*, S.281.

ben Organe verliert.“ Zhitlowsky kommentiert hierzu: „Dieser dem Spinozismus entgegengesetzte Standpunkt Helvetius’ wird von Plechanov in seinen Beiträgen offenbar gebilligt.⁸⁴ [...] Plechanov glaubte hiernach, dass die spinozisierungenden Materialisten des XVIII. Jahrhunderts eben nicht kühn genug waren, die letzten Konsequenzen des Materialismus zu ziehen, dass der Materialismus eine Inkonsequenz begeht, wenn er zum spinozistischen Monismus herabsinkt.“ Und er fährt fort: „Im Jahre 1896, dem Erscheinungsjahr der Beiträge, pflichtete Plechanov keineswegs dem Grundgedanken des Spinozismus bei, den er, wie wir jetzt erfahren, schon sieben Jahre vorher als den eigentlichen Kern der Philosophie seines Meisters aus dem Munde dieses Meisters vernahm. Und Plechanov hatte damals recht: der konsequente Materialismus denkt tatsächlich ebenso wie Helvetius. Auch Engels dachte als konsequenter Materialist nicht anders. ‚Die Empfindung‘, sagt er, ‚ist nicht notwendig an Nerven geknüpft, wohl aber an gewisse, bisher nicht näher festgestellte Eiweisskörper“.⁸⁵

Plechanovs Argumente führen folglich, heißt es weiter bei Zhitlowskys, philosophiegeschichtlich in die Irre. Auch begegne die von Plechanov bezugte Äußerung von Engels aus dem Jahre 1889 hinsichtlich ihrer „Tatsächlichkeit“ ersten Bedenken: Die Ausgabe des „Anti-Dühring“ von 1894 halte ihre antispinozistische Argumentation aufrecht, was erstaune, wenn Engels bereits 1889 Spinozist gewesen sei.

Schlussfolgernd stellt Zhitlowsky fest: Es ist „unwahrscheinlich, dass Plechanov, der sich zum besonderen Verdienst anrechnet, den Anschauungen von Marx und Engels immer treu zu bleiben, – dass dieser treue Schüler in seinen Beiträgen die antispinozistische Auffassung des Helvetius noch als die einzig richtig materialistische verteidigen könnte, nachdem er von Engels selbst wusste, dass ‚der alte Spinoza recht hatte‘. Sollten wir dennoch der Mittheilung Plechanovs Glauben schenken, so müssten wir annehmen, dass Engels bewusst und völlig unnützerweise Anschauungen vertheidigt hätte, an die er selbst nicht mehr glaubte [...] Und so befinden wir uns, angesichts der mitgetheilten Episode, vor die peinliche Alternative gestellt, entweder die Aufrichtigkeit Engels’ oder die genaue Wiedergabe jener Äußerung durch Plechanov anzweifeln zu müssen [...] Aus alledem geht hervor, dass der naturphilosophische Marxismus weit entfernt ist, in der Frage nach dem Verhältnis von Geist und Materie mit dem Spinozismus zusammenzufallen. Er ist hierin mit dem ‚vulgären‘ Materialis-

84 Ebenda, S.282, Zhitlowsky zitiert Plechanov, Beiträge zur Geschichte des Materialismus, 1896, S.81f.

85 Ebenda, S.283.

mus identisch und mit denselben theoretischen Schwächen behaftet, die diesem zukommen.⁸⁶

So zutreffend Zhitlowskys Argumentation hinsichtlich der Differenz zwischen zumindest Engels' Position im „Anti-Dühring“ und Spinoza ist, so überzogen ist die abschließende Polemik hinsichtlich der von Plechanov mitgeteilten Äußerung von Engels. Sie bewegt sich, indem sie Plechanovs Aufrichtigkeit in Zweifel zieht, fast auf demselben beleidigenden Konfrontationsniveau wie Plechanovs Diktum im vorangegangenen Artikel gegen Bernstein, – „wie schade vor Allem für den Genossen Bernstein!“ – in dem er diesen hämisch auffordert, nicht zu Kant zurückzukehren, sondern: „Zurück ins Studierzimmer!“⁸⁷

Ernst Erdös verweist zu Engels' angeblicher Äußerung zu Recht auf ihren Kontext und die positive Spinozarezeption in der Jugend von Marx und Engels. Für sie sei Spinozas Philosophie mit dem philosophischen Fortschritt ihrer eigenen Ideen und bereits in Hegels Gedanken in dessen Sinn „aufgehoben“. Daher sei es „durchaus denkbar, dass Friedrich Engels im Alter in einem Gespräch, wo es offenbar gegen den bürgerlichen Materialismus geht, dem ‚alten Spinoza‘ vollständig Recht gibt.“⁸⁸

Plechanov, der die „Sozialistischen Monatshefte“ sicher verfolgte, konnte oder wollte, soweit erkennbar, auf die Polemik oder gar auf die substanziellen Argumente Zhitlowskys nichts erwidern.

Resümee

Chaim Zhitlowskys Biografie ist typisch für osteuropäische Juden, die den Modernisierungsschub, den das dortige Judentum in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts durchmachte, selbst erlebten. Geboren wurde er in einem religiös traditionellen Elternhaus, das sich mental in den Kategorien des 18. Jahrhunderts bewegte. Dennoch nutzte sein Vater die Chancen, die sich durch die langsame Industrialisierung Russlands auch für Juden boten und brachte es zu bürgerlichem Wohlstand. Auch die Ideen der Haskala, der jüdischen Aufklärung, wurden in dieser Familie wahrgenommen, ohne noch zu praktischen Konsequenzen zu führen. Durch die religiös-kulturelle Praxis seiner

86 Ebenda.

87 Plechanov, Bernstein, S.547.

88 Ernst Erdös: Die Tradition Spinozas in der sozialistischen Bewegung bis 1927, in: Helmut Holzhey (Hrsg): Ethischer Sozialismus. Zur politischen Philosophie des Neukantianismus, Frankfurt/Main 1994, S.316-349, hier S.334, 338.

Familie und die traditionelle Bildung verfügte Zhitlowsky über Kenntnisse der eigenen Kultur und eine emotionale Verwurzelung, die vielen jüdischen politischen Aktivisten fehlte, die aus „bildungsferneren“ proletarischen oder bereits stärker assimilierten Familien stammten. Dies versetzte ihn in die Lage, ein jüdisches Selbstbewusstsein zu entwickeln, das ihn gegen die Option gründlicher Assimilierung an die russische oder später deutsche Kultur immunisierte.

Zhitlowsky bekam außerdem eine russische Gymnasialausbildung und erwarb sich gute Kenntnisse der russischen Literatur und radikalen Publizistik; später, nach der Emigration, erhielt er eine deutschsprachige philosophisch-akademische Sozialisation. Durch diese vielseitigen Zugänge zu unterschiedlichen Kulturen war er in der Lage, auf Augenhöhe an den allgemeinen säkularen Diskussionen in Europa und Amerika teilzunehmen, ohne eine jüdische Perspektive aufgeben zu müssen. Im Unterschied hierzu litten viele jüdische Intellektuelle – geprägt von Diskriminierungserfahrungen und oft abgebrochenen Studiengängen – unter einem Minderwertigkeitsgefühl, welches sie durch Überassimilation zu kompensieren suchten. Zhitlowsky dagegen sah es als seine Aufgabe und die der jüdischen Intellektuellen an, nicht nur modernes Wissen und Kultur unter dem jüdischen Proletariat und der Stetelbevölkerung zu verbreiten, sondern die nötigen Modernisierungsschritte der eigenen Kultur, etwa eine säkulare poetische Wiederaneignung traditioneller religiöser Texte wie des Talmud, vorzunehmen. Eine ähnliche Verbindung zwischen linkem revolutionärem Engagement und positivem Selbstbezug zur jüdischen Tradition findet sich sonst nur noch bei Isaak N. Steinberg (1888-1957), der selbst als sowjetischer Justizminister 1918/19 und linker Sozialrevolutionär seine gesetzestreue jüdische Lebensweise beibehielt, und seinem Bruder Aaron (1891-1975).⁸⁹

Zhitlowskys Kritik des marxistischen Ökonomismus resultierte auch aus der Erkenntnis der doppelten Unterdrückung der Juden im Zarenreich: religiös und national als Juden und ökonomisch als Arbeiter bzw. deklassierte „Luftmenschen“. Dass sich diese Problemstellung nicht alleine auf eine ökonomische Ursache zurückführen ließ, war ihm – neben dem persönlichen moralischen Impetus seiner sozialistischen Handlungsmotive – evident. Dies schärfte seinen Blick auf die Mängel der klassischen marxistischen Analyse, insbesondere bezogen auf die russische Situation. Die Option für eine erkenntniskritische, konstruktivistische Po-

89 Zu Isaak N. Steinberg erschien jüngst: Hendrik Wallat: Oktoberrevolution oder Bolschewismus. Studien zu Leben und Werk von Isaak N. Steinberg, Münster 2013.

sition erleichterte ihm, wie den deutschen Neukantianern, die Ungeeignetheit der Konstruktion „historischer Notwendigkeiten“ zur Erklärung historischer Phänomene zu erkennen. Auch der geschärfte Blick für die hieraus folgenden demokratischen Defizite der politischen Philosophie des „offiziellen“ Marxismus seiner Zeit, besonders Kautskys und Plechanovs, hat hier seine Basis.

Die erkenntnistheoretische Auseinandersetzung Zhitlowskys mit der hegel-marxischen Dialektik zeigt, unabhängig von der kulturellen Herkunft, Zhitlowskys scharfen Intellekt. Nach einem Studium der Philosophie in Westeuropa war er in der Lage, in den dort gebräuchlichen Kategorien und Formen härter zu argumentieren als die meisten seiner Zeitgenossen. Während jedoch der Schwerpunkt der neukantianischen Beiträge der Revisionismusdebatte in der deutschen Sozialdemokratie um 1900 im Bereich einer sozialistischen Ethik lag, stellte Zhitlowsky mit seiner Kritik der erkenntnistheoretischen Methode den Marxismus grundsätzlicher infrage.

Zhitlowskys jüdisch-osteuropäische Herkunft und die fehlende Verankerung in der westeuropäischen Sozialdemokratie standen ganz offensichtlich einer breiteren außerjüdischen Rezeption seiner Positionen entgegen. Selbst die bundesdeutschen Auseinandersetzungen mit dem Erbe des Neukantianismus in den Siebziger- bis Neunzigerjahren⁹⁰ nahmen die immerhin auf Deutsch vorliegenden Texte Zhitlowskys (dortige Schreibweise: Schitlowsky) in den „Sozialistischen Monatsheften“ und insbesondere den „Deutschen Worten“ Eduard Pernerstorfers nicht zur Kenntnis.

Kritisch wäre allerdings anzumerken, dass die Auseinandersetzung Zhitlowskys eher mit dem Marxismus der Zweiten Internationale als mit Marx selbst erfolgte. Das marxistische Hauptreferenzwerk, auf das er sich bezog, ist der „Anti-Dühring“ von Friedrich Engels, ein erst nach dem Tode von Marx erschienenes Werk, das sicher nicht den philosophischen Höhepunkt der Erkenntnistheorie marxistischer Provenienz darstellt. Ob die vorgetragenen Argumente auch gegenüber den philosophischen Schriften von Marx selber, die zu Zhitlowskys Zeit teilweise noch nicht zur Verfügung standen, durchgreifen, wäre eine eigene Untersuchung wert.

Über die Auseinandersetzung mit den zeitgenössischen Gegnern hinaus bleibt das nicht nur philosophiehistorische Verdienst Zhitlowskys, einen zentralen Ansatzpunkt für eine Fundamentalkritik des philosophischen marxistischen Denkens als Erster klar herausgearbeitet zu haben.

90 Siehe z. B.: Hans J. Sandkühler/Rafael De la Vega (Hrsg.): *Texte zum Neukantianischen Sozialismus*, Frankfurt/Main 1970, oder Holzhey (Hrsg.), *Sozialismus*.

Kommunistischer Aktivist in Palästina und Opfer des Stalinismus: Joseph Berger (1904-1978)¹

Mario Keßler

Joseph Michael Berger, dessen ursprünglicher Name Joseph Isaak Zilnsnik (manchmal auch Zilesnik oder Zeliaznik geschrieben) lautete, war ein Mitbegründer und Sekretär der Kommunistischen Partei Palästinas und Opfer des Stalin-Terrors.²

Kommunistischer Aktivist in Palästina

Berger wurde 1904 im damals zu Österreich gehörenden polnischen Kraków geboren. Nach Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 floh seine Familie vor der russischen Armee, die auf Kraków vorrückte. Die Familie ging zunächst nach Wien und von dort 1916 nach Bielitz (Bielsko) in das damalige Österreich-Schlesien. Der junge Joseph, der eine jüdisch-orthodoxe Erziehung erhalten hatte, entwickelte sich zum Zionisten und trat dem Wanderbund Blau-Weiß, einer zionistischen Jugendorganisation, bei. Er orientierte sich zunehmend politisch links und schloss sich deshalb dem Hashomer Hatzair (Der junge Wächter), einer linkszionistischen Vereinigung, an. Als Fünfzehnjähriger wanderte er 1919 in das von den Briten besetzte Palästina ein. Dort arbeitete er zunächst im Straßenbau, bald aber als Übersetzer für eine technische Firma. Im Laufe seines Lebens lernte Berger (in dieser Reihenfolge) Jiddisch, Polnisch, Deutsch, Hebräisch, Englisch und Russisch. Er eignete sich auch Kenntnisse des Arabischen und womöglich des Französischen an.

In Palästina, wo er den Namen Berger annahm, gehörte er bald zu den ersten Kommunisten. Der wichtigste Grund für seine Hinwendung zum Kommunismus war die Tatsache, dass selbst linke Zionisten die Verdrängung der Araber von ihrem Land ignorierten oder beschönigten. Den Zionismus begriff Berger als Siedler-Kolonialismus und hatte nach einer Alternative zu diesem gesucht.

1 Der in englischer Sprache verfasste Aufsatz wurde vom Autor übersetzt und für das Jahrbuch bearbeitet. Die englische Fassung erscheint 2015 in der Londoner Zeitschrift „Twentieth Century Communism“.

2 Die bisher ausführlichste Biografie Joseph Bergers ist die unveröffentlichte Magisterarbeit von Claudia Koch: Joseph Berger – Grundzüge einer politischen Biographie, Leipzig 2010.

Die kommunistische Bewegung in Palästina entstand 1919 und war eine der ersten außerhalb Sowjetrusslands. Wie auch anderswo, waren die Kommunisten in Palästina davon überzeugt, dass eine Weltrevolution, die den Kapitalismus beseitigen werde, auch die „jüdische Frage“ lösen würde, wurde doch im Kapitalismus die Wurzel für den Antisemitismus gesehen. Sie betrachteten den „bürgerlichen“ Zionismus als ein reaktionäres Überbleibsel, der die jüdischen Arbeiter dem revolutionären Klassenkampf entfremden würde. Die Kommunistische Internationale, die Komintern, hielt seit ihrer Gründung im März 1919 den Zionismus für ein Geschöpf des jüdischen Kleinbürgertums und desorientierter Intellektueller. Die Komintern kritisierte die zionistische Auffassung, wonach Palästina ein unterbevölkertes Land sei, das auf die jüdische Einwanderung – sozusagen – nur gewartet habe, und sie sah blutige Konflikte zwischen Juden und Arabern voraus. Sie charakterisierte den Zionismus als Werkzeug des britischen Imperialismus und bezeichnete den linken Flügel des Zionismus, die Partei Poale Zion (Arbeiter Zions), als eine antikommunistische Bewegung unter sozialistischem oder sogar kommunistischem Deckmantel.

Die Poalezionisten sahen jedoch die negative Einschätzung des Zionismus durch die Komintern als einen nur zeitweiligen Fehler, der schnell behoben würde, sollten die poalezionistischen Arbeiter die Reihen der internationalen kommunistischen Armeen in Osteuropa und im Nahen Osten stärken. Im Juli und August 1920 spaltete sich auf dem Weltkongress des Allweltlichen Jüdischen Sozialistischen Arbeiterverbandes Poale Zion ein beträchtlicher Teil des poalezionistischen Weltkongresses vom bisherigen Verband ab und gründete die Linke Poale Zion (Poalei Zion Semol) mit der Absicht, sich als übernationale Jüdische Sektion der Komintern anzuschließen.³ Nach einer Reihe von Verhandlungen wies die Komintern diesen Vorschlag zurück. Sie akzeptierte lediglich individuelle Aufnahmegesuche früherer Poalezionisten in die kommunistischen Parteien ihrer Länder. Die Neumitglieder mussten mit dem Zionismus in allen Formen gebrochen haben, seien diese „bürgerlich“ oder „unter sozialistischer Maske“.⁴

3 Siehe L[ebesh] Tarnopoler: Poalei Tsiyon be-ma'avak 'im ha-Komintern [Poale Zion im Kampf mit der Komintern], in: ba-Derekh, 4 (1969), S.69-85, hier S.74. Die Umschrift hebräischer, jiddischer und arabischer Titel erfolgt nach den Normen der Library of Congress, Washington, D.C. Bei der Schreibweise von Personennamen wurde die jeweils gebräuchlichste Form gewählt. Ich danke Eleanor Yadin für die Übersetzung hebräischer Quellen.

4 Siehe Mario Keßler: Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897-1933, Berlin 1994, S.114-123; Ders.: The Comintern and the Left Poale Zion, 1919-1922, in: Aust-

In Palästina suchte eine beachtliche Minderheit der Poalezionisten den Anschluss an die Komintern. Im März 1919 gründeten sie den Vorläufer der Kommunistischen Partei, die Jüdische Sozialistische Arbeiterpartei (Mifleget ha-Poalim ha-Sotsialistim Ivriim, MPSI). Bei den Wahlen zum ersten Exekutivkomitee des zionistisch-sozialistischen Gewerkschaftsbundes (Histadruth) errang sie 1920 sechs von insgesamt 87 Sitzen.⁵ Im September 1920 wurde einer der Sprecher der MPSI, Ya'akov Meyerson, als Gast zur Sitzung des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) nach Moskau eingeladen. Dort betonte er, die MPSI habe unter den Arabern „eine Solidaritäts- und Einheitskampagne sowie die Bildung von Gewerkschaften [begonnen]. Dies stieß auf große Hindernisse, da wir über zu wenig gebildete Araber verfügen, die eine solche Kampagne in unserem Sinne durchführen können.“⁶

Doch im Gefolge ihrer Demonstration am 1. Mai 1921 in Jaffa wurde die Organisation fast vollständig aufgegeben. Ihre nichtkommunistischen Rivalen von der Ahduth ha-'avodah (Einheit der Arbeit) hatten zunächst die MPSI-Demonstration angegriffen. Die daraus resultierenden Zusammenstöße führten zu arabischen Angriffen auf beide jüdische Gruppen. Die britische Mandatspolizei nahm einige aus Sowjetrußland stammende MPSI-Mitglieder fest und schob sie nach ihrem Herkunftsland ab. Fortan konnte kommunistische Arbeit in Palästina bis 1941 nur noch unter den Bedingungen der Illegalität stattfinden.⁷

Die im Lande verbliebenen MPSI-Mitglieder bildeten nunmehr die Sozialistische Arbeiterpartei (Mifleget ha-Poalim ha-Sotsialistiim; MPS) und strichen das Wort „Jüdisch“, um den binationalen Charakter des proletarischen Kampfes zu unterstreichen. Später nahm die MPS den Namen Palästinensische Kommunistische Partei (Miflagah ha-Komunistit ha-Palestinaiit, PKP) an. Sie zählte rund 450 Mitglieder. Im September 1922 spal-

ralian Journal of Jewish Studies, 24 (2010), S.115-133 (Hebräische Übersetzung von Eleanor Yadin: Poalei Tsiyon Semol vaha-Komintern 1919-1922, in: Tamar Gozanski/Angelika Timm [Hrsg.]: Bead ha-neged!: ha-miflagah ha-komunistit ha-Yisreelit 1919-2009 [Gegen den Strom! Die Kommunistische Partei Israels 1919-2009], Tel Aviv 2009, S.13-19).

5 Siehe Peretz Merchav: Die israelische Linke. Zionismus und Arbeiterbewegung in der Geschichte Israels, Frankfurt/Main 1972, S.293.

6 Meyersons Rede ist abgedruckt in: Le'on Zehavi (Hrsg.): Lehud o be-yahad. Yehudim ve 'Aravim be-Falestina, al pi mismakhe ha-Komintern, 1919-1943 [Getrennt oder gemeinsam. Juden und Araber in Palästina nach Komintern-Dokumenten, 1919-1943], Jerusalem 2005, S.27. Die MPSI hatte noch keine arabischen Mitglieder.

7 Siehe Joel Beinun: The Palestine Communist Party 1919-1948, in: MERIP Reports, Nr. 55 (März 1977), S.6.

tete sich unter Führung von Joseph Berger eine radikale Minderheit ab und konstituierte sich als Kommunistische Partei Palästinas (KPP).⁸ Sie griff die PKP heftig wegen deren angeblich versöhnlicher Haltung gegenüber dem sozialistischen Zionismus an. Im Februar 1923 wurden die Mitglieder beider Parteien aus der Histadruth ausgeschlossen. Dies brachte sie einander erneut näher. Im Juni 1923 akzeptierte die PKP-Mehrheit die radikale Haltung des Kreises um Berger, und die beiden Parteien vereinigten sich. Die wieder vereinigte Partei nannte sich in Jiddisch (der Sprache der Diaspora) *Palestinische Komunistische Partei (PKP)*.

Die Partei verabschiedete ein Programm, dessen einer Verfasser Joseph Berger war und das mit dem Zionismus in jeder Form brach und die arabische Nationalbewegung als einen „Eckpfeiler im Kampfe gegen den britischen Imperialismus“ bezeichnete.⁹ Wolf Averbach (als Sekretär), Berger (als sein Stellvertreter), Moische Kuperman und Nahum Lestschinski bildeten das Zentralkomitee.

Im März 1924 wurde Berger nach Moskau entsandt, um die erfolgreichen Aufnahmeverhandlungen der Partei mit der Komintern zu führen.¹⁰ Im gleichen Jahr half er zusammen mit seinem palästinensischen Genossen Ya'akov Tepper eine libanesische Sektion zu gründen, aus der die Libanesische Kommunistische Partei entstand.¹¹ Im Auftrag der PKP reiste

8 Siehe Alain Greissamer: *Les communistes israéliens*, Paris 1978, S.27f.

9 Die deutsche Übersetzung des Programms findet sich in: *Internationale Pressekorrespondenz* (im Folgenden: *Inprekorr*), Nr. 136, 22.8.1923, S.1187f.

10 Siehe zur Geschichte der PKP in den 1920er-Jahren Jacob Hen-Tov: *Communism and Zionism in Palestine. The Comintern and the Political Unrest in the 1920's*, Cambridge (Massachusetts) 1974; Mario Offenberg: *Kommunismus in Palästina. Nation und Klasse in der antikolonialen Revolution*, Meisenheim 1974; Musa Budeiri: *The Palestine Communist Party, 1919-1948. Arab and Jew in the Struggle for Internationalism*, London 1979; Suliman Bashear: *Communism in the Arab East, 1918-1928*, London 1980; Māhir ash-Sharīf: *al-umamiyah ash-shuyū'iyah wa-Filastīn, 1919-1928* [Die Kommunistische Internationale und Palästina, 1919-1928], Beirut 1980; Alexander Flores: *Nationalismus und Sozialismus im arabischen Osten. Kommunistische Partei und arabische Nationalbewegung in Palästina 1919-194*, Münster 1980; Mario Kefler: *Die Kommunistische Internationale und der arabische Osten (1919-1929)*, Diss., Leipzig 1982; Sondra Miller Rubenstein: *The Communist Movement in Palestine and Israel, 1919-1984*, London-Boulder (Colorado) 1986. Zum sozialen Kontext siehe Zachary Lockman: *Comrades and Enemies. Arab and Jewish Workers in Palestine, 1906-1948*, Berkeley 1996.

11 Die libanesischen Kommunisten bestanden auf einer selbstständigen, von der Palästinensischen KP unabhängigen Organisation. Siehe Jacques Couland: *Le mouvement syndical au Liban 1919-1946*, Paris 1970, S.101-103; ash-Sharīf, al-umamiyah, S.255f.; Tareq You-sif Ismael/Jacqueline S. Ismael: *The Communist Movement in Syria and Lebanon*, Gainesville (Florida) 1998, S.7f.

er auch nach Ägypten, Syrien und Transjordanien, während der Parteisekretär Wolf Averbach die Führer des syrischen Aufstandes gegen die französische Kolonialherrschaft 1925/27 traf.¹² Im Dezember 1924 fuhr Berger wiederum nach Moskau, um vor dem EKKI über die Lage in Palästina zu berichten. Die Komintern-Offiziellen schienen mit den Fortschritten, die die Partei gemacht hatte, sehr zufrieden und lobten im Mai 1925 ihre Politik.¹³

In Moskau lernte Berger Esther Feldman, eine russische Jüdin, kennen.¹⁴ 1925 heirateten sie. Zu dieser Zeit kam Berger in Kontakt mit Nikolaj Bucharin, dessen Neue Ökonomische Politik er begrüßte. Er bewunderte Bucharins Persönlichkeit und schrieb später über ihn: „Seine Gedanken waren offener als die Stalins, er war toleranter und dachte nicht ständig nur daran, die russische Partei zu stärken. Er war weniger zögerlich, sich anderen mitzuteilen, und wollte nicht unbedingt eine prosovjetsche Haltung zur Grundlage jeder Zusammenarbeit machen.“¹⁵

Bucharin blieb, so Berger in seinen „Memoiren“, viele Jahre lang das Idol der jungen Intellektuellen, und gerade das machte ihn, der zunächst mit Stalin verbündet war, gegenüber diesem auf seinem Weg zur absoluten Macht verwundbar.¹⁶ Zu Karl Radek, den Berger gleichfalls in Moskau kennen lernte, schrieb er später, dieser war „kultiviert, belesen und gebildet, und ich war beeindruckt von der unorthodoxen Art, in der er sich zu orthodoxen Meinungen äußerte. Ich war natürlich davor gewarnt worden, dass das, was ich von ihm zu hören bekommen würde, zwar Wahrheiten der Partei seien, aber dargeboten auf ‚Radeksche Art‘. [...] Er machte sich über Freunde wie Gegner in einer Selbstsicherheit lustig, von der er lange nicht loskommen wollte.“¹⁷

Noch 1925 wurde Berger nach seiner Rückkehr nach Palästina von der britischen Mandatspolizei wegen seiner illegalen Arbeit für die kommunistische Partei und die Komintern verhaftet, bald aber wieder entlassen

12 So Joseph Berger gegenüber der israelischen Tageszeitung „Yedioth Aharonot“ am 15.3.1965, nach: Budeiri, Palestine Communist Party, S.9.

13 Siehe den Brief des EKKI an die palästinensischen Kommunisten vom 9.5.1925, in: ebenda.

14 Siehe ihre Memoiren: Esther Feldman: Kele beli sugar [Ein Gefängnis ohne Gitter], Tel Aviv [1964], S.20.

15 Joseph Berger: Shipwreck of a Generation. The Memoirs of Joseph Berger, London 1971, S.100.

16 Siehe ebenda, S.106f.

17 Ebenda, S.85.

und nur mit einer Geldstrafe belegt. Im Allgemeinen stufte die britische Verwaltung jedwede kommunistische Tätigkeit als kriminellen Akt ein. Sie setzte Polizei und Geheimpolizei ein, brachte Verdächtige vor Gericht, sperrte Angeklagte ein, deportierte sie aus dem Land und griff sogar zum Mittel der Folter. Zehn Kommunisten starben in Gefängnissen unter britischer Mandats Herrschaft.¹⁸

Doch blieb Berger von den schlimmsten Formen der Verfolgung verschont. Bei der Rückkehr von einer weiteren Moskau-Reise verweigerte ihm die Polizei am 16. August 1926 die Einreise nach Palästina. Als Staatenloser musste er sechs Wochen auf einem italienischen Schiff verbleiben, das mit ihm kreuz und quer durchs Mittelmeer fuhr. Die Internationale Rote Hilfe und linke Zionisten (!) setzten schließlich Bergers Einreise durch. Danach zog er mit seiner Frau und dem kleinen Sohn unter falschem Namen nach Beit Safafa, einem arabischen Dorf. Von dort aus arbeitete er weiterhin für die Partei und traf Emissäre der Komintern.

Als „J. B.“ oder „Bob“ publizierte Berger regelmäßig in der Presse der Komintern, vor allem in der „Internationalen Pressekorrespondenz“.¹⁹ So schrieb er im Frühjahr 1924, dass alle Klassen der arabischen Bevölkerung gegen den Imperialismus kämpften, unterschied aber einige Monate später deutlich zwischen Landbesitzern, städtischen Kapitalisten und Proletariern.²⁰ Die dritte Parteikonferenz, die im Juni 1924 in Beit Safafa tagte, befasste sich mit den Klassenauseinandersetzungen unter den Arabern. Die Partei sah sich nicht als missionarische Gruppe, suchte aber auf den von ihr erhofften Prozess der raschen Klassendifferenzierung im arabischen Bevölkerungsteil Einfluss zu nehmen.²¹

18 Siehe für Einzelheiten die Literatur in Fußnote 11 sowie die Angaben zur Geschichte der Kommunistischen Partei Palästinas bzw. Israels in: Gozanski/Timm (Hrsg.), *Bead hanged!*, S.XXVII-XXXI.

19 Die weltweit vertriebene „Inprekorr“ erschien in verschiedenen Sprachen, wobei die deutsche Ausgabe die mit Abstand umfangreichste war. Zu Beginn der 1920er-Jahre war Berger einer von 188 Korrespondenten aus 31 Ländern. Siehe Irén Komját: *Die Geschichte der Inprekorr – Zeitung der Kommunistischen Internationale (1921-1939)*, Budapest 1982, S.6.

20 Siehe J. B. [Joseph Berger]: *Die Klassenkämpfe innerhalb der arabischen nationalen Bewegung*, in: *Inprekorr*, Nr. 20, 17.5.1924, S.435f.; Ders.: *Die Kommunistenverfolgungen in Ägypten und Palästina*, in: ebenda, Nr. 113, 26.8.1924, S.1475f.; Ders.: *Die Bedeutung des Besuches von Lord Balfour in Palästina*, in: ebenda, Nr. 66, 24.4.1925, S.896, und viele andere Artikel. Für eine vollständige Liste von Bergers Komintern-Publikationen siehe Koch, Joseph Berger, S.105-108.

21 Siehe J. B. [Joseph Berger]: *Die dritte Konferenz der Kommunistischen Partei Palästinas*, in: *Inprekorr*, Nr. 94, 23.7.1924, S.1212.

Die politische Linie der Partei, wie Averbach sie entwickelte, war gegen den Zionismus gerichtet und verurteilte den zionistischen Siedlerkolonialismus und die Inbesitznahme arabischen Bodens. Die palästinensische KP akzeptierte jedoch den Jischuw, die jüdische Gemeinschaft in Palästina, sah sein Wachstum als gegeben an und bemühte sich deshalb um politischen Einfluss auf die jüdische Bevölkerung. Sie sprach sich klar für die Unabhängigkeit Palästinas aus und rief zum einheitlichen Handeln jüdischer und arabischer Werktätiger in den Tageskämpfen auf. Sie suchte, „Juden zu einer radikalen Wendung gegen den Zionismus zu bewegen und gleichzeitig den Arabern klarzumachen, dass fortschrittliche Juden zu ihren Verbündeten statt Feinden werden könnten“.²²

Innerhalb des Jischuw nahm die Partei regelmäßig gegen den Zionismus Stellung.²³ Darin bestehe ihre Hauptaufgabe, betonte Berger bei seinen Treffen mit Komintern-Funktionären in Moskau oder anderswo. Karl Radek sagte ihm, die Losung „Der Erfolg der Partei hängt davon ab, ob sie eine arabische Massenpartei wird“ solle zur Richtlinie jedes politischen Handelns werden.²⁴ Diese Orientierung wurde bald als „Arabisierung“ bezeichnet. Berger als Verbindungsmann zwischen dem EKKI und der palästinensischen Partei erhielt ein um das andere Mal die Anweisung, dass nunmehr „im Mittelpunkt der Arbeit der PKP die arabischen werktätigen Massen stehen müssen“.²⁵

Im Frühjahr 1929 wurde Berger erneut nach Moskau bestellt. Dort hatte er am 5. März ein fünfstündiges Gespräch mit Stalin. Damals wie auch in kürzeren Unterhaltungen lernte er „Stalins Arbeitsmethoden und seine Meinung zu verschiedenen Fragen“ kennen. „Der erste Eindruck, muss ich gestehen, war hervorragend“, schrieb Berger später. Aber er sah auch

22 Ron Greenstein: Class, Nation, and Political Organization: The Anti-Zionist Left in Israel/Palestine, in: *International Labor and Working-Class History*, Nr. 75 (2009), S.85-108, hier S.88.

23 Siehe ebenda, S.88f.; Johan Franzén: Communism versus Zionism: The Comintern, Yishuvism, and the Palestine Communist Party, in: *Journal of Palestine Studies*, 36 (2007), Nr. 2, S.6-24, bes. S.9-11; Koch, Joseph Berger, S.38-42.

24 Siehe Walter Z. Laqueur: *Communism and Nationalism in the Middle East*, New York 1956, S.77, der die Schrift: *Die kommunistische Bewegung in Palästina*, Warszawa 1930, zitiert, die er in einem Privatarchiv gefunden hatte. Der Verfasser der jiddischen Broschüre war Joseph Berger; sie war nicht in Warschau, sondern in einer illegalen Druckerei in Beit Safafa hergestellt worden. Siehe Offenberg, *Kommunismus*, S.92. Dies teilte Berger Offenberg in seinen Interviews vom 21. und 30. Dezember 1971 in Tel Aviv mit.

25 Resolution des EKKI zum Bericht der Palästinensischen Kommunistischen Partei vom 26. Juni 1926, in: Zehavi (Hrsg.), *Lehad o be-yahad*, S.83f.

Stalins Defizite. Stalin „war weniger beweglich als Sinowjew, er war nicht so redegewandt wie Bucharin und war mit den Angelegenheiten der Komintern nicht so gut wie andere ZK-Mitglieder vertraut“.²⁶ Berger wurde beauftragt, die Verbindungen zum Arabischen Exekutivkomitee und zu anderen nationalistischen Organisationen zu verstärken. Im August 1929 kehrte er nach Palästina zurück, um die Leitung der Partei zu übernehmen, da sich Averbach in Moskau aufhielt.

Genau zu dieser Zeit suchten die moslemischen Behörden in Palästina die britische Mandatsverwaltung zu bewegen, ihnen die Rechte über die (von den Juden so genannte) Klagemauer zu garantieren.²⁷ Die Zionisten und insbesondere die rechtsgerichteten Revisionisten forderten ihrerseits eine vollständige Kontrolle über die Mauer, um ein ungehindertes Gebet für Juden zu garantieren.²⁸ Am 23. August 1929 starteten nationalistische Araber unter dem Einfluss des Muftis von Jerusalem Hadj Amin al-Husseini in Reaktion auf Provokationen rechter Zionisten Angriffe gegen Juden. Die Ziele dieser Angriffe waren jedoch hauptsächlich Nichtzionisten, nämlich Angehörige der seit Hunderten von Jahren dort siedelnden orientalisch-jüdischen Gemeinschaften in Hebron, Jerusalem, Safed und Moza. Nach einer Woche brachten britische Truppen die Lage unter Kontrolle. 133 Juden und 116 Araber waren ermordet worden. Die meisten Araber wurden von der britischen Militärpolizei getötet, einige von der Haganah, der jüdischen Schutztruppe.²⁹ Der Selbstverteidigungstruppe der kommunistischen Partei, der Boyivka, gelang es unter Moische Kupermans Leitung, Berger und den tsche-

26 Yosef Berger-Barzilai: *Ha-Tragediah shel ha-Mahpekhah ha-Sovietit* [Die Tragödie der sowjetischen Revolution], Tel Aviv [1968], S.28. Im Interview mit Mario Offenberg sagte Berger am 30. Dezember 1971, Stalin sei über die Lage in Palästina „furchtbar schlecht informiert“ gewesen. Offenberg, *Kommunismus*, S.362.

27 Die Klagemauer, ein Teil des früheren Zweiten Jerusalemer Tempels, bildet als jüdische Kultstätte zugleich einen Teil der Umfassungsmauer der moslemischen Al-Aqsa-Moschee.

28 „Doar Hayom“, die Zeitung der Revisionistischen Partei, rief am 12. August 1929 alle „jüdischen Patrioten“ auf, „zu erwachen und sich zu vereinigen“, um gegen die Araber „Himmel und Erde in Bewegung zu setzen und gegen diese beispiellose und unaussprechliche Ungerechtigkeit zu protestieren“, d. h. gegen die Gefahr, den Zugang zur Kultstätte zu verlieren. Zit. nach: Walter Laqueur: *Der Weg zum Staat Israel. Geschichte des Zionismus*, Wien 1975, S.273. Andererseits sah Ze'ev Jabotinsky, der Parteiführer der Revisionisten, den arabischen Widerstand gegen den Zionismus als unvermeidlich an.

29 Siehe zu den August-Unruhen von 1929 u. a. Hen-Tov, *Communism*, S.119-129; Mario Keßler: *Die Augustereignisse 1929, die Komintern und die KP Palästinas*, in: *asien-afrikalateinamerika*, 19 (1991), Nr. 3, S.517-529.

chischen Komintern-Funktionär Bohumír Šmeral vor arabischen Angriffen in Sicherheit zu bringen.³⁰

Am Vorabend der Unruhen hatte die Partei ein in pazifistischem Ton gehaltenes Flugblatt verbreitet.³¹ Für die Partei bezeichnete Joseph Berger in einer ersten Stellungnahme die bewaffneten Auseinandersetzungen als „Bürgerkrieg“ und diesen als Ergebnis des Kolonialismus. Großbritannien habe aus Furcht vor der Einheit arabischer und jüdischer Arbeiter rassistischen Hass geschürt, um die Gemeinschaften zu entzweien und sich dabei der Hilfe arabischer Effendis und zionistischer Führer bedient.³² Ein offizielles Kommuniqué der Partei, das hauptsächlich Berger verfasst hatte, unterstrich diese Position. Es sah die Ursache der Unruhen im Protest der ausgebeuteten und enteigneten arabischen werktätigen Massen gegen die sich verschlimmernden Lebensbedingungen, wobei es der britischen Kolonialverwaltung gelungen sei, die ursprünglich radikal antikoloniale Bewegung in ein antijüdisches Pogrom zu verwandeln. Reaktionäre jüdische wie arabische Führer hätten jeweils ihren Teil dazu beigetragen, den religiösen Konflikt zu schüren, indem sie die Klagemauer in ein Symbol des Machtkampfes verwandelten.³³

Auf Geheiß Moskaus hatte Berger jedoch diese Einschätzung zu revidieren: Eine Resolution des EKKI vom Oktober 1929 charakterisierte die Kämpfe als eine arabische antiimperialistische Erhebung gegen Großbritannien und die Zionisten und forderte für die „revolutionären arabischen Werktätigen“, ungeachtet ihrer nationalistischen und religiösen Slogans wie ihrer Unterordnung unter die gewalttätige antijüdische Politik des Muftis von Jerusalem, die unbedingte Unterstützung der Partei. Das EKKI interpretierte die Zusammenstöße als „Verschärfung des Kampfes zwischen dem Imperialismus und den werktätigen Massen der Kolonial-

30 Siehe Berger-Barsilai, *Ha-Tragediah*, S.92f.; Joseph Berger: *La rupture avec les communistes*, in: *Les nouveaux cahiers*, Nr. 13/14 (1968), S.34-38, hier S.37. Siehe auch B. Šmeral [Bohumír Šmeral]: *Mehr Aufmerksamkeit den Ereignissen in Palästina und in den arabischen Ländern*, in: *Inprekorr*, Nr. 103, 5.11.1929, S.2439f.

31 Siehe Budeiri, *Palestine Communist Party*, S.18, der auf das hebräische Flugblatt mit dem Titel „Verwandelt nicht die Klagemauer in eine Mauer des Hasses“ Bezug nimmt.

32 Siehe J .B. [Joseph Berger]: *Das Blutbad im „Heiligen Land“*, in: *Inprekorr*, Nr. 86, 6.9.1929, S.2092f. So bereits auch die ähnliche Erklärung von Alini [Yeshaja Derfel]: *Zu den Ereignissen in Palästina*, in: ebenda, Nr. 83, 30.8.1929, S.1960. Später kritisierte Berger Derfel für dessen „versöhnlerische“ Haltung. Siehe Bob [Joseph Berger]: *Die KP Palästinas und der arabische Aufstand*, in: ebenda, Nr. 98, 18.10.1929, S.2348f.

33 Siehe *Der Aufstand in Palästina*, in: ebenda, Nr. 90, 20.9.1929, S.2167-2169, und Nr. 91, 24.9.1929, S.2185-2187.

länder“, wie es 1928 der sechste Komintern-Kongress vorausgesagt habe. Die EKKI-Resolution unterstrich: „Ungeachtet dessen also, dass die Aufstandsbewegung somit durch eine anglo-zionistische Provokation hervorgerufen war, auf die die arabischen Reaktionäre (die Feudalen und die Geistlichkeit) mit einem Pogrom zu antworten versuchten, ungeachtet dessen, dass sie sich in ihrem Anfangsstadium unter einer reaktionären Führung befand, war sie eine nationale Befreiungsbewegung, eine antiimperialistische, allarabische Bewegung und in ihrer sozialen Zusammensetzung – eine Bauernbewegung.“³⁴

Die Resolution kritisierte, die Parteiführung habe sich vom Aufstand überraschen lassen und das revolutionäre Potenzial der arabischen Massen unterschätzt. Als Ursache dieser Fehler sah sie das Unvermögen der Parteiführung, arabische Kader zu gewinnen, die imstande seien, die Führung der PKP zu übernehmen.³⁵ Berger schrieb die Unruhen der Weigerung der Histadruth zu, arabische Mitglieder aufzunehmen. Dies habe dazu geführt, dass die Unzufriedenen sich unter die Führung der „verräterischen feudal-bourgeoisen Führer begaben und deren Bündnis mit dem Imperialismus verstärken halfen“.³⁶ Ausländische Beobachter beobachteten jedoch „nicht unerhebliche Fortschritte“ der „bolschewistischen Propaganda“ unter den arabischen Arbeitern.³⁷

Politische Verantwortung und tiefer Fall: Berlin – Moskau – Sibirien

Gemäß der EKKI-Resolution half Berger, arabische Mitglieder in die Führung der Partei zu integrieren, obgleich einige (jüdische) Parteimit-

34 Resolution des Politsekretariats des EKKI zur Aufstandsbewegung in Arabistan. Angenommen in der Sitzung vom 16. Oktober 1929, in: Inprekorr, Nr. 11, 31.1.1930, S.258-261, hier S.258.

35 Siehe ebenda. Das ZK der KPD unterstützte auf einer Sitzung am 24. und 25. Oktober 1929 diese Position, obgleich der Referent zu diesem Punkt, Hermann Remmele, zugab, dass niemand unter den deutschen Parteifunktionären genaue Kenntnisse über die Lage in Palästina besaß. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), Historisches Archiv der KPD, RY I 2/1/74, nicht foliiert.

36 J. B. [Yosef Berger]: The Class Character of the Palestine Rising, Part One, in: Labour Monthly, 12 (1930), Nr. 3, S.159, zit. nach: Paul Kelemen: British Communists and the Palestine Conflict, 1929-1948, in: Holy Land Studies: a Multi-Disciplinary Journal, 5 (2006), Nr. 2, S.131-153, Zitat S.135.

37 Bericht des Konsulats in Jerusalem an das Bundeskanzleramt, Wien, 11.12.1929, Österreichisches Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien, Neues Politisches Archiv, NPA 630, Bl. 279.

gliedert den Standpunkt des EKKI „offen ablehnten“.³⁸ Als nunmehr offizieller Erster Sekretär bereitete er eine Reihe arabischer Parteimitglieder auf ihr Studium an der Komintern-Schule in Moskau vor.³⁹ Dennoch war das EKKI mit dem Stand der „Arabisierung“ unzufrieden und wies die Partei an, ein ZK mit arabischer Mehrheit zu bilden.⁴⁰ Obwohl dies nicht möglich war, wurde mit Nadjati Sidqi (unter dem Parteinamen Mustafa Sadi) 1931 erstmals ein arabischer Erster Sekretär gewählt. Zwei Jahre später folgte ihm Radwan al-Hilu, bekannt als Moussa. Berger hatte 1930 Palästina verlassen und war nach Moskau gegangen.

Von dort wurde er nach Berlin zur Arbeit in Willi Münzenbergs Liga gegen Imperialismus gesandt. Am 1. Oktober 1931 kam er in Berlin an. Er wurde Mitglied des neu strukturierten Internationalen Sekretariats der Liga und beauftragt, eine „Internationale Konferenz der unterdrückten Völker und nationalen Minderheiten“ mitzuorganisieren. Doch am 21. Dezember wurde er verhaftet und verbrachte mehrere Monate im Gefängnis Moabit. Nach seiner Entlassung 1932 blieb er in Berlin.⁴¹ Er traf prominente Mitglieder der Liga, so Jawaharlal Nehru. Gemeinsam mit Clemens Dutt gab Berger verschiedene Publikationen der Liga heraus und verfasste unter dem Pseudonym „L. Haddad“ die Broschüre „Tag des Fellachen“, die die arabisch-jüdischen Zusammenstöße in Palästina gänzlich als anti-imperialistische arabische Erhebung beschrieb.⁴²

38 Berger-Barsilai, *Ha-Tragediah*, S.105.

39 1958 sagte Berger in einem Interview, dass zunächst jüdische Parteimitglieder in die Sowjetunion geschickt wurden, um die Ausbildung arabischer Kommunisten, die Moskau als leichter form- und beeinflussbar ansah, vorzubereiten. „Als dann in der UdSSR die massenhafte Hinrichtung von Juden aus Palästina in der UdSSR stattfand, [...] unternahmen die Ausbildungsstätten der KPdSU(B) und des NKWD alle Anstrengungen zur Ausbildung arabischer kommunistischer Agenten.“ Berger in: *Novoe Russkoe Slovo*, 11.4.1958, S.4, zit. nach: Vladimir Khazan: Pinhas Rutenberg and Vladimir Burtsev: Some Unknown Aspects of the Connection Between Palestine and the Russian Emigration in Europe, in: Jörg Schulte u. a. (Hrsg.): *The Russian Jewish Diaspora and European Culture, 1917-1937*, Leiden-Boston 2012, S.147-178, Zitat S.154f., Anm. 10.

40 Siehe Beinin, *Palestine Communist Party*, S.9; Greenstein, *Class*, S.90f. Siehe weiterhin die Dokumente in: Zehavi (Hrsg.), *Lehud o be-yahad*, S.251-276.

41 Siehe Fredrik Petersson: „We Are Neither Visionaries Nor Utopian Dreamers“. *Willi Münzenberg, the League against Imperialism, and the Comintern, 1925-1933*, Diss., Abo Akademie, Abo/Turku 2013, bes. S.440f., 468f.

42 L. Haddad: *Tag des Fellachen*, Berlin 1932. Die 47-seitige Schrift erschien im MOPR-Verlag (die Abkürzung MOPR steht für die russischen Initialen der Internationalen Roten Hilfe).

Im Januar 1933 wurden Berger und seine Familie nach Moskau beordert. Nach einer kurzen Zeit als Lektor an der Moskauer Universität wurde er zum Leiter der Nahost-Abteilung der Komintern bestellt und übte diese Funktion fast zwei Jahre lang aus.⁴³ 1933 wurde er unter dem Namen Joseph (Josif) Berger sowjetischer Staatsbürger und Mitglied der KPdSU(B).

Etwa um diese Zeit begann Berger, an manchen Seiten des Sowjetregimes zu zweifeln. Bereits in Berlin hatte Berger von Münzenberg erfahren, dass der Lebensstandard des sowjetischen Arbeiters auf 50 Prozent des Standes vor 1914 gefallen war, dass sich die Bauern an verschiedenen Orten zum Aufstand erhoben und dass Millionen an Hunger starben.⁴⁴ Dennoch war er noch immer überzeugter Kommunist.

1934 wurde Berger ohne Angabe von Gründen von seiner Funktion entbunden und aus der Partei ausgeschlossen. Einige Monate lang arbeitete er in einer Druckerei. Am 27. Januar 1935 wurde er festgenommen und der trotzkistischen Agententätigkeit bezichtigt. Nach zweimonatigen Befragungen weigerte er sich, ein „Geständnis“ abzulegen und wurde zu fünf Jahren Lagerhaft verurteilt.

Zunächst wurde er nach Mariinsk in Mittelsibirien (Oblast' Kemerovo) und von dort nach Gornaja Žorija an der sowjetisch-mongolischen Grenze verbracht. 1936 brachte man ihn nach Moskau, um als möglicher Zeuge im Prozess gegen Kamenev und Zinov'ev auszusagen. Nachdem die Justizbehörden ihn dafür aber als ungeeignet befanden, wurde er zum Tode verurteilt, das Urteil jedoch in eine achtjährige Gefängnisstrafe umgewandelt. Bevor er wieder nach Sibirien kam, verlangte Berger seine Frau zu sehen. Er trat in einen Hungerstreik, und nach 44 Tagen wurde ihm ein solches Treffen schließlich ermöglicht. Danach kam er in ein für Kriminelle bestimmtes Gefängnis nach Vladimir, von dort auf die Solovecki-Inseln am Weißen Meer, später nach Dudinka am Jenissei und nachfolgend nach Noril'sk in Nordsibirien.

Im Januar 1938 teilte die linkszionistische US-Zeitschrift „Jewish Frontier“ mit, dass Berger in der Sowjetunion verhaftet worden war, da er angeblich der Komintern falsche Informationen über die Lage in Palästina geliefert habe.⁴⁵ Dies war das einzige Mal, dass sein Schicksal öffentlich

43 Walter Laqueur erwähnt, dass Berger zeitweise Leiter der Nahost-Abteilung in Jenö Vargas Institut für Weltwirtschaft und Weltpolitik war. Siehe Walter Z. Laqueur: *The Soviet Union and the Middle East*, New York 1959, S.84.

44 Siehe Berger, *Shipwreck*, S.89.

45 Siehe Editorial: *Communist „Defenders of Faith“*, in: *Jewish Frontier*, 5 (1938), Nr. 1, S.3.

bekannt gemacht wurde. Zwar wies wenige Monate später eine Gruppe dissidenter polnischer Kommunisten in einem Aufruf auf die Auslöschung des Führungspersonals der palästinensischen KP hin, doch blieb dieses Dokument unveröffentlicht. Einer der Autoren war der junge Journalist Isaac Deutscher, den Berger über zwei Jahrzehnte später treffen sollte.⁴⁶ 1938 war Berger wahrscheinlich das einzige frühere Mitglied des ZK der KP Palästinas, das noch am Leben war.

Im Jahre 1941 wurde Berger angeklagt, zusammen mit einer Gruppe Gefangener eine Verschwörung gegen die Lagerverwaltung in Noril'sk angezettelt zu haben. Er wurde wiederum zum Tode verurteilt, worauf er 56 Tage lang in einen Hungerstreik trat. Er weigerte sich zudem, den Anordnungen zu gehorchen und sein eigenes Todesurteil mit seiner Unterschrift zu quittieren. Er nahm an, ohne diesen formalen Akt würde die Bürokratie das Urteil nicht als gültig ansehen. Darin täuschte er sich nicht: Er wurde nunmehr zu einer neuen, zehnjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Zu den Plätzen, an denen er sie verbüßen musste, gehörten Aleksandrovsk, ein Hochsicherheitsgefängnis in der Nähe von Irkutsk, und Tajšet, ein sibirisches Straflager für besonders gefährliche Verbrecher.

Mit Beginn des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion im Juni 1941 hatte Berger, wie er sich rückblickend erinnerte, gehofft, dass, falls Stalin gestürzt werden sollte, „der Widerstand von wahrhaftigen Kommunisten organisiert werden würde, dass Russland widerstehen und schließlich vom Osten her einen erfolgreichen Gegenangriff starten könnte“.⁴⁷ Einige Kriegsjahre verbrachte Berger im Gefängnis-Krankenhaus. „Ich war“, schrieb er, „immer an der Grenze zwischen Leben und Tod, und ständig wurde mir gesagt, dass ich den nächsten Winter oder den nächsten Monat nicht überstehen würde. Stets sagten mir die Ärzte meinen baldigen Tod voraus.“ Und er betonte: „Einer der großen Unterschiede zwischen den Systemen Hitlers und Stalins bestand in der Behandlung der Schwachen und Kranken. Ein Mensch, der in Auschwitz erkrankte, wurde sofort vergast oder erschossen. Aber in Stalins Lagern mitsamt all ihren Grausamkeiten war die von oben herab verordnete Behandlung der Kranken, wenn

46 Der polnische Aufruf prangerte die systematische Ermordung ausländischer Kommunisten, namentlich aus Polen, Jugoslawien und Palästina, in der Sowjetunion an. Er befindet sich in: Archiwum Lewicy Polskiej, Warszawa, Sign. 247/III-1. Berger berichtete Deutscher in Israel über die Umstände, unter denen er Trotzki's älteren Sohn Lev Leon Sedov getroffen hatte. Siehe Isaac Deutscher: *Der verstoßene Prophet. Trotzki 1929-1940*, 2. Aufl., Stuttgart 1972, S.12, 374.

47 Berger, *Shipwreck*, S.180.

ein solches Wort hier überhaupt benutzt werden kann, beinahe human. Es gab massenhafte Vernichtung von Menschen, aber sie war nicht das Ziel. Für die Idee der Todeslager gab es keinen Raum. [...] Das Lagersystem war imstande, Arbeiter in entlegene Gebiete zu verschaffen und gleichzeitig jene zu isolieren, die als Gefahr für den Staat angesehen wurden, aber es war nicht dazu eingerichtet, sie alle umzubringen.⁴⁸

Berger räumte ein, dass es auch unter den Ärzten einige „Ungeheuer“ gab, aber die meisten „waren gütige und hilfsbereite Männer, die mit großer Hingabe vielen Menschen das Leben retteten“. Die Krankenhäuser in den Lagern waren, in Bergers eigenen Worten, „Inseln der Menschlichkeit“.⁴⁹

1951 wurde Berger zwar aus der Lagerhaft entlassen, doch sollte er lebenslänglich nach Sibirien verbannt bleiben. Seine Frau und sein inzwischen 25-jähriger Sohn Joseph, die seinetwegen ebenfalls verfolgt worden waren, bekamen die Erlaubnis, ihn zu besuchen und konnten ihn nach fünfzehnjähriger Trennung endlich wiedersehen.

In seinen „Memoiren“ versuchte Berger, die Ursachen für das Lagersystem in der Sowjetunion zu ergründen. In den Anfangsjahren des Sowjetregimes, so meinte er, waren politische Debatten unter Gefangenen nicht verboten. Das Ziel des Regimes, zumindest in der Theorie, war „nicht, sie physisch zu zerstören oder ihre geistigen Fähigkeiten zum Erliegen zu bringen, sondern sie lediglich vom Rest der Bevölkerung zu isolieren und zu verhindern, dass sie ihre Gedanken anderen mitteilen konnten. Aber die Erfahrung der Zarenzeit – wie auch jene solcher reaktionärer Regierungen wie der Pilsudskis in Polen – hatte gezeigt, dass, wenn Kommunisten und andere Sozialisten gemeinsam eingesperrt waren und ihre Gedanken austauschen oder einander schreiben konnten, sie sozusagen ihre eigenen Universitäten schufen. Stalin hatte diese Lektion beherzigt, und als am Ende der Zwanzigerjahre neue ‚Besserungslager‘ eingerichtet wurden und sich diese mit als regimekritisch verschrienen Parteikommunisten zu füllen begannen, bekamen die Behörden der Gefängnisse und Lager neue Anweisungen erteilt. Alle Privilegien, die politische Gefangene traditionell genossen hatten, wurden abgeschafft. Zur Rechtfertigung dessen wurde uns, als ich noch bei der Komintern arbeitete, erklärt, die neuen Gefangenen seien keine ideologischen Gegner, wie sie bislang bekannt waren, sondern ‚doppelzüngige‘ Verbrecher ganz gemeiner Art, die sich nur als Kommunisten ausgeben hatten. Keine Maßnahme ihnen gegenüber konnte hart genug sein.“⁵⁰

48 Ebenda, S.197f.

49 Ebenda, S.198.

50 Ebenda, S.60.

Unter solchen Kommunisten, die Berger in den Lagern traf, befand sich eine recht große Zahl von Mitgliedern der „Gesellschaft Alter Bolschewiki“, die versucht hatten, an einer objektiveren Darstellung der Parteigeschichte gegen die stalinistischen Fälschungen festzuhalten.⁵¹

Während seiner langen Gefangenschaft kam Berger so zu neuen Erkenntnissen und Einsichten. Und obwohl er als „Volksfeind“ eingekerkert worden war, sah er sich noch immer als einen Kommunisten. Deshalb stimmte er nicht jenen Gefangenen zu, die alles, was in der Sowjetunion seit 1917 geschehen war, vollkommen ablehnten. So kritisierte er einen zaristischen Offizier, da dieser „die Bedingungen, unter denen die Arbeiter im Westen lebten, kaum wahrnahm und sich sein Denken ganz um die schöpferischen Klassen im Ausland drehte, denen er allein jede kulturelle Errungenschaft zuschrieb. Seiner Meinung nach hatte die Oktoberrevolution das Niveau der Oberklassen bis ins Hoffnungslose abgesenkt, ohne die Lage der Armen in irgendeiner Weise zu verbessern. [...] Für mich war er ein typisches Überbleibsel der Vergangenheit, gegen alle Erwartung darauf hoffend, dass diese ‚schandbare Angelegenheit‘, als die er die bolschewistische Revolution bezeichnete, früher oder später an ihr Ende kommen würde.“⁵²

Bergers erste Reaktion auf seine Festnahme war der Gedanke gewesen, es müsse sich um einen Irrtum handeln: „Die natürliche Reaktion eines 1935 festgenommenen Kommunisten war die felsenfeste Überzeugung, dies sei ein Missverständnis, das sich früher oder später aufklären werde. Man glaubte noch immer, die in den sowjetischen Gefängnissen und Lagern Eingesperrten seien zum größten Teil Klassenfeinde und Konterrevolutionäre.“⁵³

Es dauerte Jahre der Verfolgung und Demütigung, bis Berger sich fragte: „Wie konnte die Revolution sich gegen sich selbst richten und zum Werkzeug der eigenen Zerstörung in der Hand des Mannes werden, dem die Revolutionäre die Macht in diese Hand gegeben hatten?“⁵⁴ Er hatte dieses Problem mit gefangenen Trotzisten diskutiert, von denen keiner das blutige Gemetzel des Jahres 1937 überlebte.

Im Lubjanka-Gefängnis traf Berger Trotzis Sohn Sergej Sedov, der gerade aus dem Lager Vorkuta nördlich des Polarkreises dorthin zurück verbracht worden war. Sedov habe im Gefühl, dass Berger überleben wer-

51 Siehe ebenda, S.73.

52 Ebenda, S.21.

53 Ebenda, S.13.

54 Ebenda, S.65.

de, diesem eine Botschaft an seine Eltern mitgegeben für den Fall, dass Berger diese jemals sehen werde. Dies aber sollte nicht geschehen. Sergej Sedov, der sich niemals politisch betätigt hatte, sprach, wie sich Berger erinnerte, voller Bewunderung über den unabhängigen Geist, von dem seine Eltern nie abließen.⁵⁵ Zu den Gefangenen, die Berger traf, gehörte der Schriftsteller Petr Parfenov, der Verfasser des bekannten Partisanenliedes aus dem Bürgerkrieg „Partisanen vom Amur“, der unter den Häftlingen ein hohes Ansehen besaß. Berger lernte auch Jurij Esenin, den Sohn des Dichters Sergej Esenin, kennen. Ihm räumten die Mitgefangenen einen besseren Platz in der Zelle ein, fühlten sie doch, als würde sein Vater ihr Los im Gefängnis mit ihnen teilen. Beide, Petr Parfenov und Jurij Esenin, wurden 1937 ermordet. Als 1962 die „Literaturnaja gazeta“ Parfenovs Rehabilitierung offiziell vermeldete, schrieb Berger über ihn in der russischsprachigen New Yorker Zeitschrift „Novyj žurnal (Neue Zeitschrift).“⁵⁶

Mit nicht weniger Anteilnahme äußerte sich Berger über Mitgefangene, die Anhänger Bucharins oder noch immer der Menschewiki waren, aber er bewunderte auch Christen und Moslems, die sich zu ihrem Glauben bekannten. Ihm selbst gab die Hinwendung zur jüdischen Religion Halt. Dies geschah nicht von einem Tag auf den anderen, aber je länger er in den Lagern ausharren musste, desto mehr fand er Kraft im Glauben.

Offizielle Rehabilitierung und Ausreise nach Israel

Erst drei Jahre nach Stalins Tod wurde Berger 1956 offiziell rehabilitiert. Er erhielt die Erlaubnis, die Sowjetunion in Richtung Polen zu verlassen.⁵⁷ Seine Frau begleitete ihn, während sein Sohn schon in Israel lebte. In Warschau nahm Berger eine Arbeit im Polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten, das dem Außenministerium angegliedert war, auf. Doch bald beschlossen er und seine Frau, nach Israel zu gehen. Er ließ sich in Tel Aviv nieder, nahm den Namen Barsilai (oder Berger-Barsilai) an und lebte als orthodoxer Jude. Kurz nach seiner Ankunft in Israel wurde er zu einigen Vorträgen an die Universität Bar Ilan eingeladen. Später wurde er dort zum außerordentlichen Professor für Politikwissenschaft ernannt, wofür er sehr dankbar war.

55 Siehe ebenda, S.93-95.

56 Siehe I. [Iosif] Berger: Iz tjuremnych vospominanij [Erinnerungen aus dem Gefängnis], in: Novyj žurnal (New York), Nr. 74 (1963), S.178-185.

57 Die offizielle Rehabilitierungsurkunde vom 16. April 1956 ist abgedruckt in: Berger, Shipwreck, S.269.

In Israel schrieb Berger eine Reihe von Büchern über seine langen Haftjahre in der Sowjetunion. Ihm ging es stets darum, das Los seiner Mitgefangenen für die Nachwelt zu bewahren. Sein erstes Buch war 1959 eine kurze Übersicht über „Die Juden der Sowjetunion und ihr Schicksal“.⁵⁸ Eine italienische Übersetzung erschien im Jahr darauf, in der Berger das Pseudonym „Penimi“, das hebräische Wort für „Eingeweihter“, nutzte.⁵⁹

„Penimi“ gab einen detaillierten Einblick in die politische und Sozialgeschichte der sowjetischen Juden unter Lenin und Stalin. Er beschrieb die kurzzeitige Unterstützung für die jüdische Gemeinschaft in Palästina durch die Sowjetunion in den Jahren 1947/48, die antisemitische Wendung in Stalins letzten Lebensjahren und die „Ärzteverschwörung“ oder, wie Berger sie nannte, den geplanten „Großen Prozess“.⁶⁰ Am 3. Januar 1953 sei verkündet worden, dass neun Professoren der Medizin, die alle im Kreml arbeiteten, angeklagt wurden, einige ihrer prominenten Patienten vergiftet zu haben. Die antisemitische Kampagne, die dem unter dem Vorwand des Kampfes gegen den „Kosmopolitismus“ folgte, habe die sowjetischen Juden an die antijüdische Propaganda der Nazis erinnert und nur der Tod Stalins eine neue Welle des Antisemitismus, diesmal in kommunistischem Gewand, verhindert.⁶¹

Die neue Chrusčev-Ära sei, so Berger, durch Zweideutigkeit gegenüber den Juden gekennzeichnet. Die Gleichberechtigung der Juden sei zwar wieder hergestellt worden, eine starke antisemitische Unterströmung gäbe es aber nach wie vor. Anstatt die Verbrechen Stalins offen zu benennen, habe die sowjetische Politik einen Zickzackkurs eingeschlagen: Manchmal stelle sie sich der Vergangenheit, dann wieder suche sie Informationen zu vertuschen. Doch würden gerade dieser Zweideutigkeit wegen die „Schatten der Opfer“ noch immer das Leben der Juden (und Nichtjuden) im gegenwärtigen Sowjetrußland verdunkeln.⁶²

„Lichtblick um Mitternacht: Jüdische Gefangene in der Sowjetunion“ erschien 1962 und handelte von Mitgefangenen, die Berger in den Jahren seiner Gefängnis- und Lagerhaft kennengelernt hatte. Drei Männern, die zu Freunden geworden waren, widmete er sich besonders: dem polni-

58 Y. [Yosef] Barzilai: Ha-Yehudim ha-Sovyetim ve-goralam [Die sowjetischen Juden und ihr Schicksal], Tel Aviv 1959.

59 Penimi: Gli ebrei nell'Unione Sovietica [Die Juden in der Sowjetunion], prefazione di Giovanni Rossi, übersetzt aus dem Hebräischen von C.M., Roma 1960.

60 Ebenda, S.32.

61 So Berger, ebenda, S.41.

62 Ebenda, S.90.

schen Bundisten Mojsze Wajzman, dem früheren Anhänger Zinov'evs Iosif Zadkin und dem Mediziner und Biologen Avraham Charid.

Wajzman, ein Aktivist des Jüdischen Arbeiterbundes im Polen der Zwischenkriegszeit, war ebenso ein langjähriger Kritiker des Stalinschen „Kommunismus“ wie dennoch Verfechter einer Zusammenarbeit mit den polnischen Kommunisten gewesen. Zadkin gehörte seit 1926 zum Kreis um den früheren Komintern-Vorsitzenden Grigorij Zinov'ev, der, nachdem er Stalin geholfen hatte, Trotzki politisch auszuschalten, von Stalin seinerseits ausgeschaltet worden war. Zadkin sei der Meinung, nur in einem Land mit einem so niedrigen Kulturniveau wie Russland habe die Parteibürokratie sich zu einer solchen absoluten Machtfülle gegenüber der Parteimitgliedschaft und dem Volk insgesamt aufschwingen können. Nachdem Zinov'ev vor Stalin kapituliert hatte, wurde auch Zadkin angeboten, wieder in die Partei einzutreten. Ungleich Zinov'ev, lehnte er das Angebot ab.⁶³

Avraham Charid, ein junger früherer Professor an einem biomedizinischen Forschungsinstitut in Moskau, war noch 1936 zu einem medizinischen Kongress nach Berlin geschickt worden. 1939/40 erzählte er Berger, wie erstaunt er darüber gewesen war, dass die deutschen Juden voller „falscher Illusionen“ in einem Land lebten, in dem bereits die „Rassengesetze“ galten.⁶⁴ Sie diskutierten über die Auswirkungen des „Nazi-Sowjet-Paktes“ von 1939, als sogar in den Lagern die Benutzung des Terminus „deutscher Faschismus“ offiziell verboten wurde. Einige Gefangene dachten an eine lang andauernde Zusammenarbeit mit Deutschland, aber Charid sah, wie Berger schrieb, „überhaupt keine Möglichkeit einer Zusammenarbeit oder friedlichen Koexistenz mit Nazideutschland, weder vonseiten des Westens, noch von jener der Sowjetunion“.⁶⁵

Schon 1932 hatte Berger in Moskau den Bulgaren Blagoj Popov kennengelernt, der 1933 zusammen mit Georgij Dimitrov der Reichstagsbrandstiftung beschuldigt worden war. Wie Dimitrov war Popov nach Geheimverhandlungen schließlich freigelassen worden und in die Sowjetunion gegangen. Ungleich dem prominenten Komintern-Funktionär, musste er jedoch sein Leben im Lager Noril'sk beenden. Berger traf Popov in

63 Siehe Y. [Yosef] Barzilai: Zohar ba-hatsot: asirim Yehudim ba-tsafon ha-Sovyeti [Lichtblick um Mitternacht: Jüdische Gefangene in der Sowjetunion], Tel Aviv 1962, S.20. Dieses und das vorher genannte Buch erschienen in dem der Israelischen Arbeitspartei nahestehenden Verlag 'Am 'Oved.

64 Ebenda, S.76.

65 Ebenda, S.77.

Noril'sk wieder, wo sie „eine Menge Erinnerungen“ austauschten. „Wir wollten so viel wie möglich zusammen sein, und es gelang uns, in den Baracken, in denen wir von 1939 bis 1941 lebten, Schlafplätze zu bekommen, die direkt nebeneinander lagen.“ Doch Popov sei „mit der Situation einfach nicht fertig“ geworden. „Er sah sich selbst als unschuldig und in Stalins Tyrannei die Ursache für die Leiden der russischen Bevölkerung wie für das Scheitern der revolutionären Bewegung in der ganzen Welt.“⁶⁶ Ebenso wie Berger suchte Avraham Charid Popov aufzumuntern.⁶⁷

Berger widmete einen guten Teil seines nächsten, 1968 erschienenen Buches „Die Tragödie der sowjetischen Revolution“ den oben genannten Ereignissen im Palästina der 1920er-Jahre.⁶⁸ Ohne seinen Bericht wären viele Tatsachen über das Innenleben der Linken in Palästina allgemein und der kommunistischen Partei im Besonderen unwiederbringlich verloren.

In den 1960er-Jahren diktierte Berger Londoner Freunden in Tel Aviv weitere Kapitel seiner Erinnerungen an die sowjetischen Lager und Gefängnisse. Das daraus entstandene Buch „Shipwreck of a Generation“ kam 1971 in London heraus. In den Vereinigten Staaten erschien es unter dem Titel „Nothing But the Truth. Joseph Stalin's Prison Camps, a Survivor's Account of the Victims He Knew“.⁶⁹ Eine russische Übersetzung wurde 1973 in Italien in den Edizioni Aurora, einem russischen Exilverlag, publiziert, aber wohl kaum ein sowjetischer Leser dürfte das Buch damals zu Gesicht bekommen haben.⁷⁰ Eine französische Übersetzung, „Le naufrage d'une génération“, erschien im Jahr darauf im Verlag Denoël.⁷¹

Das Buch erhielt positive Rezensionen. Leonard Schapiro, einer der renommiertesten britischen Sowjetexperten, fand es „außergewöhnlich informativ und im Geiste tiefer Humanität und Wahrheit geschrieben. Es gehört ganz klar zu den zwei oder drei besten Büchern, die menschliche Erfahrung im Lager beschreiben, gerade wenn man bedenkt, wie viel an Informationen es dem Historiker oder Beobachter der russischen Gesellschaft bietet.“⁷²

66 Ebenda, S.117f.

67 Ebenda, S.117f.

68 Siehe Berger-Barsilai, Ha-Tragediah.

69 Joseph Berger: *Nothing but the Truth. Joseph Stalin's Prison Camps, a Survivor's Account of the Victims He Knew*, New York 1971. Das Buch erschien im Verlag John Day.

70 Iosif Berger: *Krušenje pokolenija. Vospominanija* [Der Untergang einer Generation. Memoiren], Firenze 1973.

71 Joseph Berger: *Le naufrage d'une génération*, traduit de l'anglais par J. Bernard et P. Monod, Paris 1974.

72 Leonard Schapiro: [Rezension zu] Joseph Berger: *Shipwreck of a Generation*, in: *The*

Der Marxist Ian Birchall betonte, dass Berger einen genauen Einblick in die Gefühlswelt vieler Gefangener gebe. „Fast jeder glaubte, dass das Regime prinzipiell im Recht sei, und sah lediglich sein eigenes Schicksal als einen ‚Fehler‘, der schnell korrigiert werden würde.“⁷³ Ein amerikanischer Rezensent schrieb, Berger habe sich, wenngleich desillusioniert, noch immer „seine linke Gesinnung bewahrt; in seiner Detailliertheit wie seinem Geist gemahne das Buch seine Leser an Solshenizyn.“⁷⁴

In Israel publizierte Berger eine Reihe von Aufsätzen über seine Zeit in der Sowjetunion wie über die kommunistische Bewegung in Palästina. Obwohl er nirgends seine früheren Genossen verdammt, sah er die Politik der Partei nun aus einem kritischen Blickwinkel.

In einem 1965 veröffentlichten Beitrag über die Unruhen von 1929 in Palästina schrieb Berger, die Partei sei zuerst ganz verwirrt gewesen. Die palästinensische KP unterschied dann aber genau zwischen den Ursachen der Angriffe – der Furcht der Araber, ihr Land an die Juden zu verlieren – und der Form, in der sich diese Angriffe entluden – in Zusammenstößen, die die Kommunisten an Pogrome erinnerten. Berger betonte, die Komintern und nicht die Parteiführung in Palästina habe die Unruhen als antiimperialistische Erhebung bezeichnet. Er sah den Grund für diese allzu vereinfachte Sicht in der Komintern-Politik der „Dritten Periode“, die von einem neuen Turnus der Kriege und Revolutionen ausging. Die Komintern prophezeite einen wirtschaftlichen Zusammenbruch des Kapitalismus und eine gewaltige Welle der Radikalisierung der Arbeiter und unterdrückten Massen in den Kolonien.⁷⁵

Am 19. April 1970 schrieb Berger in der israelischen Zeitung „Haaretz“: „Im Jahre 1925 beauftragte mich die Komintern, einen engen Kontakt zum Jerusalemer Mufti, Hadj Amin al-Husseini, herzustellen, dem angesehenen Führer der palästinensischen Araber. [...] Im Namen der Komintern versprachen wir diesen arabischen Führern organisatorische und finanzielle Hilfe, um die arabische Nationalbewegung festigen und das arabische Volk einen zu helfen, das in Palästina und in Ägypten unter britischer und in Syrien und im Libanon unter französischer Herrschaft stand.

Spectator, 4.6.1971, S.15.

73 Ian Birchall: [Rezension zu] Joseph Berger: Shipwreck of a Generation, in: International Socialism, Nr. 51 (April 1972), S.32f. (auch im Internet).

74 [Ungezeichnete Rezension zu] Joseph Berger, Nothing But the Truth, in: Kirkus Review, 1.10.1971 (auch im Internet).

75 Siehe Yosef Barzilay: Jerusalem, August 1929, in: The Jerusalem Quarterly, Nr. 46 (1968), S.16-32. Zuerst in: Keshet, 8 (1965), Nr. 1, S.122-137.

[...] Wir jüdischen Kommunisten in Palästina glaubten damals wirklich, dass wir mithilfe der Komintern die Macht in Palästina übernehmen und dort auch die Rechte der jüdischen Minderheit verteidigen würden.⁷⁶

Israelische und palästinensische Kommunisten taten solche Äußerungen als Fälschungen im Interesse der zionistischen Propaganda ab.⁷⁷

In seinen späteren Jahren war Berger sehr vom Wunsch sowjetischer Juden, nach Israel auszuwandern, beeindruckt und nannte dies „das Wunder der jüdischen Wiedergeburt“. Die sowjetischen Juden würden, schrieb er, darum kämpfen, „ihre grundlegenden Forderungen nach nationaler Selbstbestimmung erfüllt zu sehen, wie sie in der sowjetischen Verfassung niedergelegt sind – gegen eine starre Bürokratie, die ihnen unzählige Hindernisse in den Weg legt und gegen die Stimmungsmache der offiziellen Propagandamaschine“.⁷⁸

Im Rückblick sahen und sehen Zeitgenossen Joseph Berger als einen Menschen, der jede Illusion über den Sowjetkommunismus verloren, aber keineswegs die Ideale seiner Jugend ganz aufgegeben hatte. Es sah sich selbst als Teil einer gemäßigten, unabhängigen Linken, unterstützte das Friedenslager in Israel und Verhandlungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation, der PLO, – was im Israel der 1970er-Jahre sehr unpopulär war.⁷⁹

76 Joseph Berger in: Haaretz, 19.4.1970, zit. nach: Maxim Ghilan: *How Israel Lost its Soul*, Harmondsworth 1974, S.144f.

77 Siehe ash-Sharīf, al-umamīyah, S.161f., Anm. 31, der ansonsten Bergers politische Tätigkeit ausgewogen und fair schildert. Die offiziöse Dokumentation: *Communist Party of Israel – Sixty Years of Struggle*, Tel Aviv 1980, erwähnt Berger nicht ein einziges Mal. „Zo ha-derekh“, das Organ der KP Israels, brachte 1979 eine Artikelserie über palästinensische Kommunisten der 1920er- und 1930er-Jahre, nahm aber ebenfalls auf Berger keinerlei Bezug. Siehe *Zo ha-derekh*, Nr. 44, 31.10.1979; Nr. 46, 16.11.1979; Nr. 48, 28.11.1979.

78 Joseph Berger-Barzilai: *The „Neo-Zionist“ Revolution in the USSR*, in: *The Jewish Quarterly*, 19 (1971), Nr. 1/2, S.9f.

79 Diese Informationen beruhen auf zwei Interviews, die ich am 17. und 18. März 1994 mit Riva Ben-Eliezer und Ruth Livnit in Tel Aviv führte. Professor Shlomo Avineri bestätigte diese Eindrücke in einem Gespräch am 20. März 2012 in Jerusalem. Nach seiner Einwanderung in Israel 1956 fühlte sich Berger dort heimisch. Er verließ das Land nur für Reisen nach Paris und London: 1959 nahm er in Paris an einer von Nahum Goldmann organisierten Konferenz über sowjetische Juden teil, an der sich auch Martin Buber, Lionel Trilling und Jeanne Hersch beteiligten. Siehe Yaakov Ro'i: *The Struggle for Soviet-Jewish Emigration 1948-1967*, Cambridge [England] 2002, S.141f. 1962 wollte er in Paris Leo Trotzki's Witwe Natal'ja Sedova treffen, um ihr seine Kenntnisse über Leben und Tod ihres Sohnes Sergej Sedov in Stalins Gefängnis mitzuteilen, doch starb sie, bevor er in Paris eintraf. Siehe Berger, *Shipwreck*, S.96.

Berger schrieb seine Erinnerungen, wie er betonte, für eine junge Generation in der Sowjetunion, die sie wohl nicht lesen konnte, aber, wie er hoffte, dennoch über Stalins blutige Erbschaft neu nachdenken würde: „Dieser Prozess ist nicht nur auf Studenten oder die intellektuelle Elite beschränkt, auch verschiedene Teile der Arbeiterklasse und sogar einige Teile der Landjugend werden von ihm ergriffen. [...] Ich habe das Gefühl, dass die Schlussfolgerungen, zu denen die neue Generation in der Sowjetunion gelangen wird, weitreichender und überraschender für fast alle ausländischen Beobachter sein werden, als alles, was bislang zu diesem Thema geschrieben oder gesagt wurde.“⁸⁰

Dies erinnert in gewisser Weise an den Schluss, den Bergers langjähriger Freund Leopold Trepper – Kommunist in Palästina, Führungsfigur des antifaschistischen Widerstandes in Belgien und Frankreich und Opfer Stalins, der gleichfalls nach Israel ging – zog: „Ich bereue das Engagement meiner zwanziger Jahre nicht, ich bereue die Wahl des von mir eingeschlagenen Weges nicht. Bei einer öffentlichen Versammlung, die im Herbst 1973 in Dänemark stattfand, fragte mich ein junger Mann: ‚Haben Sie Ihr Leben nicht umsonst geopfert?‘ Ich antwortete: ‚Nein.‘ Allerdings unter einer Voraussetzung: Daß die Menschen aus meinem Leben als Kommunist und Revolutionär eine Lehre ziehen und sich einer vergötterten Partei nicht ausliefern.“⁸¹

80 Ebenda, S.273.

81 Leopold Trepper: Die Wahrheit. Autobiographie, München 1978, S.345. Berger schrieb den Eintrag über Trepper in der „Encyclopaedia Judaica“, Supplement, Bd. 17, Jerusalem-New York 1982, Sp.586f.

Bericht

Arbeit und Zwang: Formen von Zwangsarbeit in der Haus-, Dienstleistungs-, Landwirtschafts-, Fabrik- und Sexarbeit 1850 bis 2000. Die 50. Linzer Konferenz

Jürgen Hofmann

Über 70 Teilnehmer hatten sich für die Jubiläumskonferenz der Internationalen Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen vom 25. bis 28. September 2014 in Linz eingetragen. Im 50. Jahr hielt man sich aber nicht bei Bilanz und Rückblick auf, obwohl auch dies ein interessantes Thema gewesen wäre. Schließlich war 1964 mit der Internationalen Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung – so der ursprüngliche Name – eine Struktur und Institution geschaffen, in der über die Frontstellungen der politischen und ideologischen Blöcke hinweg auf dem neutralen Boden Österreichs eine regelmäßige Diskussion zur Geschichte der Arbeiterbewegung stattfinden konnte. Damals ahnten die Initiatoren noch nicht, welche Lebenskraft ihrem Diskussionsforum beschieden sein sollte. Dass es die Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung auf beiden Seiten befördert und beeinflusst hat, steht außer Frage. Die Linzer Konferenz hat auch die Sinnkrise gemeistert, die durch den Wegfall der Blockkonfrontation entstand. Mit der Ausweitung auf globalgeschichtliche Blickwinkel und sozialgeschichtliche Fragestellungen wurden neue Themenfelder erschlossen. Die thematische Erweiterung ist zweifelsohne eine Bereicherung. Sie birgt aber die Gefahr, das Alleinstellungsmerkmal zu verlieren, wenn sich die Themen zu stark von der Kernkompetenz entfernen. Von der diesjährigen Tagung war dies nicht zu befürchten, insofern nicht von einem allzu engen Verständnis von Arbeiterbewegung ausgegangen wurde.

Im Focus standen die vielfältigen Formen von Zwangsarbeit zwischen 1850 und der Gegenwart. Die von *Dirk Hoerder* (Salzburg) und *Silke Neunsinger* (Stockholm) koordinierte Konferenz sollte „die gesamte Praxis von Zwangsarbeit in den kolonialisierten Teilen der Welt, den Ländern des Zentrums, den post-imperialen Staaten, den neuen Industriestaaten und in anderen einkommensschwachen Ländern“ erörtern. In diesem Zusammenhang waren auch „Erfahrungen und Aspekte der Handlungsmacht

oder des Widerstandes von unfrei Arbeitenden“ von Interesse. Obwohl Sklaverei und Sklavenhandel seit geraumer Zeit in den meisten Ländern verurteilt und gesetzlich unterbunden werden, bestehen vielerorts Arbeitsverhältnisse weiter, die von gewaltsamer Kontrolle und Zwangsaneignung von Arbeitskraft gekennzeichnet sind.

Den Auftakt gab *Michael Zeuske* (Köln) mit einem globalhistorischen Blick auf die fortdauernde Existenz von Zwangsarbeit nach der offiziellen Abschaffung der Sklaverei im Norden. Er arbeitete den Einfluss des erzwungenen Transfers menschlichen Kapitals für den wirtschaftlichen Aufstieg Europas und Amerikas heraus. *Magaly Rodríguez García* (Brüssel) führte in Definitionen und Konzepten des Themas ein. Dabei ging es um die Frage, ob und wie freie und unfreie Arbeit unterschieden werden können. Nach Auffassung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind weltweit 21 Millionen Menschen von verschiedenen Formen der Zwangsarbeit betroffen, wobei dies je nach Definition nur die Spitze des Eisberges sein dürfte.

In einem ersten Panel wurde ein globaler Querschnitt zu den Politiken der Zwangsarbeit in Landwirtschaft und Industrie versucht. *José Pedro Monteiro* (Lissabon) trug die gemeinsam mit Miguel Bandeira Jerónimo erarbeiteten Betrachtungen zur Entwicklung des portugiesischen Native Labour System in den Jahren 1875 bis 1975 vor. *Dörte Lerp* (Köln) ging auf die Arbeitsregime in der Landwirtschaft des Deutschen Reiches vor 1914 ein. *Nicola Pizzolato* (London) behandelte unfreie Arbeit während des New Deal in der Zeit von 1935 bis 1945. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der Werftarbeit in Philadelphia und Nagasaki während des Zweiten Weltkrieges thematisierte *David Palmer* (Melbourne).

Die Vorträge des zweiten Panels widmeten sich dem Zwang und den Vermittlungsmechanismen in der Sexarbeit. *Vicky Crinis* (Wollongong/Australien) schilderte dies am Beispiel chinesischer Frauen und Kinder, die zwischen 1880 und 1930 unter den Bedingungen von Schuldknechtschaft in die Malaiischen Staaten verbracht wurden. Der Beitrag von *Julia Laité* (London) illustrierte Menschenhandel und Kriminalität am Beispiel zweier Zuhälter. *Adelheid Pichler* (Wien) analysierte die Funktionsweise ritueller Knechtschaft und die darauf aufgebauten Netzwerke.

Ein drittes Panel war der Arbeit als staatliche Strafmaßnahme gewidmet. *Iyoti Bhosale* (Hyderabad/Indien) schilderte, wie sich im kolonialen Indien die Strafarbeit in den Gefängnissen im 20. Jahrhundert veränderte. *Christian G. De Vito* (Leicester/Großbritannien) verglich Häftlingsarbeit im kolonialen und postkolonialen Amerika.

Im vierten Panel stand die unfreie Arbeit in der freien kapitalistischen Welt zur Diskussion. *Rossana Cillo* (Venedig) brachte die Missstände der

Arbeitsimmigranten in der italienischen Landwirtschaft zur Sprache, die in Arbeitslagern oft Gewalt ausgesetzt sind. *Luis F. B. Plascencia* (Tempe/USA) berichtete darüber, wie landwirtschaftliche Vertragsarbeiter aus Mexiko und der Karibik seit 1909 in ein transnationales Arbeitssystem in den USA und in Kanada einbezogen wurden. *Siobhán McGrath* und *Kendra Staus* (Durham/Großbritannien) mahnten kritische Studien zur unfreien Arbeit an und fragten nach möglichen Quellen für Arbeitnehmermacht.

Die Beiträge im fünften Panel gruppierten sich um Beispiele nationaler und internationaler Politik zur unfreien Arbeit. *Norbert Cyrus* (Hamburg) erörterte die Nachfrageseite des Menschenhandels, der vor allem im Sexgeschäft ausgeprägt ist. *Christine Molfenter* (Heidelberg) ging auf das Arbeitsrecht und die Anti-Sklavereigesetze in Indien seit der Unabhängigkeit und deren Auswirkungen ein. *Sam Scott* (Gloucestershire/Großbritannien) betrachtete erzwungene Arbeit als eine Form arbeitsbasierten Unrechts, was er mit Beispielen aus der Lebensmittelindustrie des Vereinigten Königreichs unterlegte. Auf das juristische Tauziehen zwischen Globalisierung und Fragmentierung, das die Bekämpfung von Zwangsarbeit mit unterschiedlichen Normen unterläuft, verwies *Nicole J. Siller* (Groningen/Niederlande).

In zwei weiteren Panelen stellten acht Nachwuchsforscherinnen und -forscher ihre Arbeiten zum Thema „Zwangsarbeit global“ vor. *Justin F. Jackson* (New York) sprach zur Rolle der US-Armee bei der Zwangsarbeit auf den Philippinen an der Wende zum 20. Jahrhundert. *Sonja Hinsch* (Wien) reflektierte die Unterschiede zwischen Zwangsarbeit und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Österreich der Zwischenkriegszeit. *Sven von Melkebeke* (Gent) und *Geetisha Dasgupta* (New York) gingen auf die Zwangsarbeit in der Kaffee-Plantagen-Wirtschaft der Kivu-Region (Belgisch-Kongo) in den Zwischenkriegsjahren sowie auf die Ausbreitung von Knechtschaft auf den indischen Teeplantagen in der post-kolonialen Zeit ein. *Lisa Carstensen* (Kassel) berichtete über ihre Interviews, die sie mit Menschen geführt hatte, die von moderner Sklaverei in Brasilien betroffen waren bzw. sind. Untersuchungen zu diesem Land legten auch *Johanna Neuhauser* (Kassel), *Giselle Sakamoto Souza Vianna* (Campinas/Brasilien) und *Julia Hannoncourt* (Wien) vor.

Bedauerlicherweise kam das Thema Zwangsarbeit im Ersten und Zweiten Weltkrieg und in der NS-Zeit nur in wenigen Referaten und in der Diskussion vor. Die Jubiläen hätten da mehr erwarten lassen. Als erschöpfend erforscht können diese Gebiete sicher nicht gelten. Auch die Verknüpfung mit der organisierten Arbeiterbewegung hätte sich bei etlichen Referaten angeboten, wurde aber meist ausgeblendet.

Dies galt nicht für die öffentliche Podiumsdiskussion im Wissensturm der Stadt Linz. Hier demonstrierten Gewerkschaftsvertreter am Beispiel aktueller Projekte, wie ganz praktisch und mit Erfolg in die Debatte um Zwangsarbeit in der Gegenwart eingegriffen werden kann.

Trotz der Fülle der Beiträge und ihrer Vielfalt blieben noch Wünsche offen, wie die Abschlussdiskussion zeigte. Zu Recht wurde moniert, dass mehrheitlich der Fokus auf Definitionen lag und der ökonomische Aspekt von Zwangsarbeit unterbelichtet blieb. Auch die Integration in größere historische Zusammenhänge hätte gut getan. Die starke Aufspaltung der Themen vermittelte zwar ein beeindruckendes Panorama, erschwerte jedoch zugleich eine zusammenfassende Diskussion. Ob eine Mischung von Überblicksreferaten und Fallbeispielen dem hätte abhelfen können, kann nur gemutmaßt werden. Für die Publikation könnte sicher noch einiges nachgearbeitet werden. Als Einstieg in ein Thema, dem bislang wenig wissenschaftliche Aufmerksamkeit zuteil wurde, kann sich der Ertrag dennoch sehen lassen.

Der René-Kuczynski-Preis für 2014 ging an *Matthias Judt* (Potsdam) für seine Untersuchung zum Bereich Kommerzielle Koordinierung (Ko-Ko) in der DDR, der seit 1989 gern stigmatisiert wird. Die sachkundige und quellengestützte Analyse räumt mit Legenden auf und ermöglicht einen wissenschaftlich fundierten Blick auf die Vorgänge.¹ Die Ko-Ko, 1966 gegründet, um den zahlreichen Handelsrestriktionen gegen die DDR zu begegnen, bewegte sich zwar auch in Grauzonen, wickelte aber die meisten Geschäfte völlig legal ab, wie der Preisträger betonte. Interessant sind auch die Passagen zur Bewältigung der Kreditkrise von 1981 bis 1984. Noch vor den viel zitierten Strauß-Krediten leisteten die von der KoKo mit der Sowjetunion ausgehandelten zusätzlichen Erdölverträge Liquiditätshilfe.

Die Generalversammlung der ITH wählte Susan Zimmermann (Wien/Budapest) zu ihrer neuen Präsidentin. Die habilitierte Historikerin lehrt an der Central European University in Budapest. Ihr stehen als Vizepräsidenten Marcel van der Linden (Amsterdam) und David Mayer (Wien) zur Seite. Als Geschäftsführer wurde Lukas Neissl (Wien) bestätigt. Der langjährige Präsident der ITH Berthold Unfried (Wien) wird im Kuratorium der Konferenz weiterhin Unterstützung gewähren. Der Protokollband der vorjährigen Konferenz ist noch nicht fertig gestellt, soll aber demnächst erscheinen.

1 Matthias Judt: Der Bereich Kommerzielle Koordinierung. Das DDR-Wirtschaftsimperium des Alexander Schalck-Golodkowski – Mythos und Realität, Berlin 2013.

Die nächste Konferenz wird sich dem Thema „Arbeit, informelle Arbeit und Nicht-Arbeit“ zuwenden. Tagungsort ist ausnahmsweise Berlin. Dortiger Kooperationspartner ist Andreas Eckert von der Humboldt-Universität, der hier ein Projekt über Arbeit und Lebenslauf in globalgeschichtlicher Perspektive leitet.

Information

US Labor Archives. Unbekanntes Terrain für die europäische Forschung?

Philipp Reick

Die historische Forschung zur US-amerikanischen Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung führt auf dem europäischen Kontinent auch heute noch ein Schattendasein. Selbst in einer der Internationalität verpflichteten Zeitschrift wie diesem Jahrbuch fehlen Artikel zur US-amerikanischen Perspektive fast völlig, sieht man einmal von William A. Pelz' Diskussion im ersten Heft ab.¹ Dies mag zum einen dem Umstand geschuldet sein, dass sich diesseits des Atlantiks Werner Sombarts These, es habe in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus gegeben, erstaunlich lange halten konnte – und dies trotz vier äußerst produktiver Jahrzehnte der New Labor History in den USA.² Dazu beigetragen hat aber sicherlich auch die weitgehende Unbekanntheit amerikanischer Archive, die sich der Geschichte der Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten widmen. Tatsächlich überrascht die Vielzahl und Unterschiedlichkeit von Einrichtungen, die quer über die USA verteilt Bestände vergangener Arbeiterparteien, sozialer Bewegungen und Einzelpersonen sammeln. Die folgende knappe Übersicht will einen Beitrag leisten, die amerikanische Archivlandschaft zur Arbeiter- und Gewerkschaftsgeschichte näher ins Bewusstsein deutscher und europäischer Historikerinnen zu rücken.

Neben einigen State Historical Societies vor allem des Mittleren Westens wie Wisconsin, Minnesota oder North Dakota sind es die öffentlichen Universitäten der USA, die sich in einer bunten Mischung von Bibliotheken und Archiven auf die Konservierung und Erschließung von

1 William A. Pelz: Klassen-, Geschlechter- und Minderheitenfrage. Eugene V. Debs und der Amerikanische Sozialismus, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2002, H. 1, S.48-54.

2 Für Sombarts Beitrag siehe Werner Sombart: Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus? Tübingen 1906. Für die Wegbereiter der Amerikanischen New Labor History siehe David Brody: The American Labor Movement, New York 1971; Herbert Gutman: Work, Culture and Society, New York 1977; David Montgomery: Beyond Equality. Labor and the Radical Republicans, 1862-1872, New York 1967.

Zeugnissen der dortigen Arbeitergeschichte konzentrieren.³ Von diesen sollen hier vier als Vertreterinnen der Ost- und Westküste sowie des Mittleren Westens und Südens knapp vorgestellt werden. Das 1985 gegründete Labor Archives and Research Center (LARC) der San Francisco State University gilt zurecht als historisches Gedächtnis der Arbeiter und Aktivistinnen der Bay Area. Gerade wer sich für diesen hot spot der Gewerkschaftsbewegung – man denke etwa an den West Coast Waterfront Strike von 1934, der in San Francisco zu einem mehrtägigen Generalstreik führte – interessiert, dürfte hier wichtige Funde machen können. Daneben verfügt LARC über eine umfassende oral history Sammlung. Hier finden sich Interviews mit Afro-Amerikanern aus der Zeit vor dem 2. Weltkrieg oder mit Landarbeitern in Kalifornien in den 1930ern ebenso wie Erinnerungen einzelner Aktivistinnen. Mehr als dreitausend Kilometer weiter östlich befindet sich in Atlanta, Georgia die größte Sammlung zur Geschichte organisierter Arbeiter der südlichen USA. Die an der Georgia State University angegliederten Southern Labor Archives beheimaten Sammlungen zahlreicher Einzelgewerkschaften besonders des Textil- und Bekleidungssektors. Die nach dem Gewerkschaftsführer und Sohn eines deutschen Einwanderers benannte Walter P. Reuther Library an der Wayne State University in Detroit, Michigan zählt dagegen zu einem der zentralen Arbeiter- und Gewerkschaftsarchive des Mittleren Westens. Neben wichtigen Beständen zur Industrialisierung und Deindustrialisierung Detroits lassen sich hier zahlreiche persönliche Nachlässe und Sammlungen zu sozialistischen, anarchistischen und kommunistischen Bewegungen der Region finden. Auch wenn es die etwas versteckte Unterbringung in der Hauptbibliothek der New York University nicht erahnen ließe, kann die Tamiment Library & Robert F. Wagner Labor Archives schließlich als zentrale Einrichtung zur Forschung der US-amerikanischen Arbeiter- und Gewerkschaftsgeschichte der Ostküste angesehen werden. Während die aus der 1906 gegründeten Rand School of Social Science hervorgegangene Tamiment Library vor allem Quellen der verschiedenen sozialen Bewegungen der Vereinigten Staaten aufweist, enthalten die nach dem bekannten Senator der New Deal Ära benannten Robert F. Wagner Labor Archives in erster Linie historische Überlieferungen der Gewerkschaften New

3 Für eine hilfreiche alphabetische Übersicht, siehe Labor Archives in the United States and Canada: A Directory, Prepared by the Labor Archives Roundtable of the Society of American Archivists, 2011, URL: <http://www2.archivists.org/groups/labor-archives-roundtable/labor-archives-in-the-united-states-and-canada-a-directory> (zuletzt abgerufen am 8.9.2014).

Yorks. Da beide Zweige jedoch unter dem gleichen Dach (und im gleichen Katalog) zuhause sind, spürt die Besucherin von dieser Aufteilung wenig. Die Tamiment Library & Robert F. Wagner Labor Archives verfügen über eine große Anzahl an Zeitungen und Zeitschriften, Ephemera wie Flyer oder Poster, sowie Film- und Tonbandaufnahmen. Flugschriften anarchistischer Studentengruppen der 1970er Jahre finden sich hier ebenso wie persönliche Nachlässe afro-amerikanischer Aktivistinnen oder die Protokollbücher lokaler Partei- und Gewerkschaftsgruppen. Seit einigen Jahren ist die Einrichtung zudem im Besitz der in der Abraham Lincoln Brigade Archives zusammengefassten Erinnerungen der amerikanischen Spanien-Kämpfer sowie des Archivs der Communist Party USA. Zu bedauern bleibt allerdings, dass die Sammlungen von Tamiment – ebenso wie die der vorangegangenen Archive – in erster Linie das letzte Jahrzehnt des 19. sowie das gesamte 20. Jahrhundert umfassen. Der Rest des 19. Jahrhunderts, und hier gerade die so wichtige Frühphase der Parteien- und Gewerkschaftsbildung um die Zeit des Bürgerkriegs herum, ist dagegen sehr spärlich vertreten. Gerade wer zu den 1850er bis 1870er Jahren forscht, dürfte in den öffentlichen Bibliotheken und historischen Gesellschaften der betreffenden Städte – etwa der New York Historical Society oder der New York Public Library – eher fündig werden.

Die National Archives, das Nationalarchiv der USA in Washington D.C. (und College Park, Maryland), sind dagegen weniger hilfreich. Anders als etwa in Preußen, wo eine übereifrige Polizei zahllose Arbeiterversammlungen minutiös dokumentierte und so für die Forschung zugänglich machte, wurden ähnliche Versammlungen in den USA bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein nicht systematisch überwacht. Zwar gab es besonders nach gewalttätigen Zusammenstößen wie dem Haymarket Riot in Chicago von 1886 oder dem Pullman Strike von 1894 immer wieder staatliche Überwachung und Repression, diese erreichte aber nie ein mit Preußen, Österreich oder Russland vergleichbares Ausmaß. In den 1940er und 1950er Jahren änderte sich die amerikanische Praxis bekanntermaßen. Gerade die Verfolgung amerikanischer Kommunisten oder des afro-amerikanischen Civil Rights Movements in den folgenden Jahrzehnten ist zwar archivarisch gut dokumentiert, einzelne Bestände unterliegen aber auch heute noch zum Teil strengen Benutzungsvorschriften oder -verboten. Dies gilt etwa für zahlreiche Bestände des FBI aus der Nachkriegszeit, die in den National Archives verwahrt sind.⁴ Die ebenfalls in

4 Siehe z. B. die Bestände „Classification 176: Anti-Riot Laws“ oder die „Classification 157:

der amerikanischen Hauptstadt ansässige Library of Congress verfügt dagegen über eine umfangreiche und zugängliche Sondersammlung zu Themen der „Business, Economic, and Labor History“.⁵ Diese Sammlung gewährt dabei auch Einblick in die Geschichte der Repression und des Union Busting. Dazu zählt etwa die mehr als 60.000 Archivstücke umfassende Sammlung der „Pinkerton’s National Detective Agency“, also jener privaten Detektei und Miliz, die im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert im Auftrag amerikanischer Fabrikherren Gewerkschaften infiltrierten, organisierte Arbeiter einschüchterten und gewaltsam Streikmaßnahmen zu unterdrücken suchten.

Schließlich steht gerade der Lokalhistorikerin eine Vielzahl kleinerer Archive offen, die von den Historical Labor Associations und Gewerkschaften der jeweiligen Bundesstaaten betrieben und unterhalten werden. Viele der Archive bzw. der übergeordneten Historical Societies schreiben jährlich oder halbjährlich Reise- und Forschungsstipendien zur Nutzung ihrer Bestände aus. Daneben bietet das Deutsche Historische Institut in Washington D.C. jährlich eine themenunabhängige Archivreise an, um Nachwuchswissenschaftlerinnen einen allgemeinen Ein- und Überblick über die amerikanische Archivlandschaft zu ermöglichen.

Extremist Matters; Civil Unrest“.

5 Siehe URL: <http://www.loc.gov/rr/business/coll/beschome.html> (zuletzt abgerufen am 8.9.2014).

Buchbesprechungen

Wolfgang Fritz Haug u. a. (Hrsg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bde. 7/I, 7/II und 8/I, Argument Verlag GmbH, Hamburg 2008-2012, II S., 1068 Sp., ISBN 978-3-88619-438-4, 1123 Sp., [61] S., ISBN 978-3-88619-439-1, 1152 Sp., ISBN 978-3-88619-440-7

Das unter dem Kürzel „HKWM“ bekannte Wörterbuchprojekt des Instituts für Kritische Theorie (INKRIT) wurde 1983 anlässlich des 100. Todestages von Karl Marx ins Leben gerufen, zunächst ausschließlich für die Übersetzung einer französischen Enzyklopädie des Hrsg. Georges Labica. Im Jahr 1989 konnte mit dem 8. Bd. des „*Kritischen Wörterbuchs des Marxismus*“ ein vermeintlicher Abschluss erreicht werden. Doch während andere von einem Ende der Geschichte sprachen, galt für Marxistinnen und Marxisten in diesem Epochenjahr des 20. Jh. Brechts Schlusswort aus „Der gute Mensch von Sezuan“: „*Wir stehen selbst enttäuscht und sehn betroffen / Den Vorhang zu und alle Fragen offen.*“

Mit vielen offenen Fragen wurde daher in den 1990er-Jahren aus dem „Kritischen“ ein „Historisch-Kritisches“ Wörterbuch, dessen erster Bd. 1994 mit dem passenden Stichwort „Abbau des Staates“ erschien. Ein Wink, den Uneingeweihte auf die Demontage des Sozialstaats im neoliberalen Zeitalter beziehen mochten, der aber tatsächlich auf das uneingelöste Versprechen des untergegangenen Staatssozialismus deutete.

Seitdem erscheint etwa alle zwei Jahre ein Bd. des HKWM, einem Editons-

plan folgend, der unter www.inkrit.de auch im Internet einsehbar ist. Die Bde. folgen dem Alphabet und enthalten Stichwörter zu philosophischen, politischen und immer auch historischen Themen aus der über 150-jährigen Geschichte des Marxismus – oder der Marxismen. Denn durch die kollektive Arbeit von teils über 100 AutorInnen pro Bd. werden verschiedenste Lesarten des Marxschen Werkes freigelegt, die nicht nur philosophische Kontroversen sichtbar machen, sondern auch auf die erbitterten Konflikte in der Arbeiterbewegung und in den aus ihr hervorgegangenen Parteien, Gewerkschaften, Staaten und Gesellschaften hinweisen. Insofern ist das Wörterbuchprojekt nicht nur dem Namen nach interdisziplinär.

Das HKWM liefert unter Begriffen aus vielerlei Zusammenhängen in Verbindung zur Arbeiterbewegung, etwa Kaderpartei, Kibbuz oder Kautskyanismus im Bd. 7/1, einzigartiges, zertifiziertes, verlässliches und zitierfähiges Überblickswissen, mit dem historisch interessierte Leserinnen und Leser Kontroversen nachvollziehen und sich in Themen außerhalb der eigenen Spezialisierung einlesen können.

Das HKWM hebt sich damit deutlich ab von freien Quellen wie der Wikipedia, die zwar bei Biografien und Faktensammlungen erstaunlich akkurat ist, der es aber bei Interpretationen und theoretischen Themen oft an Trennschärfe fehlt bzw. die durch ihr Prinzip der „Neutralität“ stets Gefahr läuft, das Wissen der Herrschenden, internalisiert als ideologischer Mainstream und Alltagsverstand, zu reproduzieren.

Insofern spielt das HKWM mit seiner Kombination aus marxistischer Positionierung und wissenschaftlicher Qualität in einer anderen Liga. Es hat sich aber mit seiner an den Enzyklopädisten des 18. Jh. orientierten Produktionsweise dennoch unserer schnelllebigen Zeit anpassen müssen. Mittlerweile sind die Artikel des HKWM als „InkriTpedia“ auch online abrufbar, mit kostenfreien Zusammenfassungen und PDF-Volltexten für aktuell 20 Cent pro Artikelpalte – ein Preis, der in der Regel geringer ist als der Fahrschein zur nächsten Bibliothek.

Dennoch gilt es, in einer Zeit, in der es deutschsprachige, gedruckte Texte in der Wissenschaftslandschaft allgemein schwer haben, auf den Mehrwert des HKWM gegenüber anderen Wissenssammlungen in Form von Datenbanken und Online-Wörterbüchern hinzuweisen.

Ein unvermeidlicher Nachteil der ersten Bde., dass mit ihnen erst wenige Stichwörter vorlagen, hat sich mit dem Fortschreiten des Projekts gelegt. Schon der 4. Bd. „Fabel – Gegenmacht“ präsentierte eine kohärente Reihe feministischer und Frauen-spezifischer Artikel, die das oft kritische Verhältnis von Marxismus und Feminismus abbilden. Der hier zur Rezension vorliegende, 2008 erschienene Halbbd. 7/1 mit Einträgen von Kaderpartei – Klonen bietet ein ähnliches Bündel kritischen Wissens; neben den genannten Einträgen zur Arbeiterbewegung sind es hier insbesondere ökonomische Kernbegriffe des Marxismus wie Kapital, Kapitallogik, Kapitalentwertung oder die seit 2007 in aller Munde und doch nie zu Ende diskutierte Krise. Auswege aus derselben, oder zumindest ein Nachdenken über Gegenwehr

bieten die Stichwörter Klassenkämpfe, Kräfteverhältnisse, Kampf und zu guter Letzt Kommunismus. Das Beispiel zeigt, wie pars pro toto auch ein Einzelbd. auf die Gesamtheit marxistischer Theorie verweisen kann. Jeder Artikel nennt am Ende Literatur und Quellen sowie relevante Stichwörter innerhalb des HKWM, sowohl schon erschienene als auch zukünftige, im Editionsplan vorgesehene.

Der selbstreflexiv-kritische Anspruch des Projektes zeigt sich im 2010 erschienenen Halbbd. 7/2 etwa im Stichwort Krise des Marxismus. Hier und anderswo wird der Versuch gewagt, nicht nur Kanonisiertes abzubilden, sondern bestehende Kategorien und festgefahrene Begriffe auch grundsätzlich neu zu diskutieren. Dazu tragen auch Stichwörter bei, die man zunächst außerhalb der marxistischen Philosophie verorten würde, in Bd. 7/I etwa Calvinismus, Katholizismus oder Karneval, in Halbbd. 7/II neben der für Historikerinnen und Historiker relevanten Komintern auch die Kohärenz, den Konfuzianismus oder die Knechtschaft. Die Grenzen dieser Integrationsversuche zeigen sich allerdings in Stichwörtern wie Kybertariat im 2012 erschienenen Halbbd. 8/1. Den leistungswert reflektierten „Übergang zur hochtechnologischen Produktionsweise auf kapitalistischer Grundlage“ (Sp. 245), also die Frage nach den Arbeits- und Lebensbedingungen in einer von Informationstechnologie getriebenen Phase des Kapitalismus, die sich von denen im „Spätkapitalismus“ oder „Fordismus“ der Vergangenheit durch ihre spezifische Kombination aus Qualifikation und Prekarität unterscheidet, wird wohl langfristig kaum jemand mit dem ungebräuchlichen Begriff Kyber-

tariat verbinden oder an dieser Stelle suchen. Hier zeigt sich, dass es unmöglich ist, mit einer Enzyklopädie aktuelle Begriffe und Deutungsangebote zu kanonisieren, bevor sie sich wissenschaftlich durchgesetzt haben. In seiner Bestandaufnahme ungeschlagen stark, macht das HKWM dennoch deutlich, dass absolute Aktualität mit enzyklopädischer Arbeitsweise kaum zu haben ist, dass um tagesaktuelle Deutungen letztlich in Zeitschriftendebatten gerungen werden muss. Problematisch allerdings, wenn mit dem Artikel „Kritische Justiz“ eine einzelne Zeitschrift hervorgehoben wird. Das weckt die unvermeidliche Frage, warum gerade diese enzyklopädischen Rang erhält und anderen Periodika desselben Faches dies nicht zugestanden wird.

Ähnlich problematisch ist der Versuch des HKWM, Einträge zu Personen auszulassen und sich nur mit Sachbegriffen zu behelfen – beim Kemalismus und Kautskyanismus aus Halbbd. 7/1 funktioniert das gut. Die Linie-Luxemburg-Gramsci aus Halbbd. 8/1 dagegen ist wohl nur den Leserinnen und Lesern der Zeitschrift „Das Argument“ (dessen Hrsg. Wolfgang Fritz Haug seinerzeit Initiator des HKWM war) als stehender Begriff bekannt. Die im „Argument“ und seinem Umfeld geführte, den Neomarxismus insgesamt bereichernde Debatte über die Verbindung von Luxemburg und Gramsci wäre wohl besser getrennt und komplementär unter den Stichwörtern Gramscianismus sowie (noch zu schreiben) Luxemburgismus aufgehoben gewesen. Wobei beim Letzteren die klar negative Konnotation ein Problem bereiten wird: Luxemburgismus war ein Kampfbegriff des Stalinismus zur Diskreditierung der Theorien Ro-

sa Luxemburgs, zugunsten einer ebenfalls verballhornten Lenin-Rezeption. Kein Luxemburg-Anhänger und keine Luxemburg-Anhängerin, der oder die sich selbst als „Luxemburgist“ oder „Luxemburgistin“ bezeichnet hätte. Es ist eine sinnvolle Überlegung, Personenstichwörter zu vermeiden und somit der Sortierung von „wichtigen“ und „zweitrangigen“ Personen sowie einer ausufernden Biografik zu entgehen, doch mit den „ismen“ ist letztlich keine zufriedenstellende Alternative gefunden.

Ansonsten ließe sich sagen, dass der AutorInnenkreis angesichts der selbstgestellten Mammutaufgabe noch mehr über den deutschsprachigen und europäischen Raum erweitert werden könnte, insbesondere weil neue Impulse des Marxismus als Bewegung in Zukunft durchaus aus Lateinamerika oder von anderswo kommen werden. Das Stichwort Bolivarismus etwa fehlt im HKWM, war aber auch bei Erscheinen des entsprechenden Bd. 1995 in seiner Relevanz noch kaum erkennbar. In Deutschland erreicht das Unternehmen HKWM trotz breiter Aufstellung ebenfalls nicht alle, die sich als Marxistinnen und Marxisten in Forschung und Lehre einbringen. Der Hrsg. selbst mahnte schon 2008 im Vorwort zu Bd. 7/1 einen Generationenwechsel an, um das Projekt zu Ende zu führen. Es steht zu hoffen, dass dieser Prozess gelingt und das HKWM dadurch den Status eines Gesamtprojektes der marxistischen „scientific community“ erhält. Denn das Projekt ist, jenseits aller Kritik, in dieser Form weltweit einzigartig. Es liegt an allen, die mit dem Marxismus noch etwas verbinden, zu seiner Vollendung und Verbreitung beizutragen.

Ralf Hoffrogge

Werner Daum u. a. (Hrsg.): Politische Bewegung und symbolische Ordnung. Hagener Studien zur Politischen Kulturgeschichte. Festschrift für Peter Brandt (Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, 96), Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2014, 496 S., ISBN 978-3-8012-4216-9

Die Festschrift vereinigt Beiträge von Wissenschaftlern und Weggefährten des Jubilars, die mit ihm durch gemeinsame Tätigkeit an der Fernuniversität in Hagen verbunden sind. Auf die ansonsten übliche Laudatio wurde verzichtet. Dafür stehen die würdigenden Ausführungen des Vorwortes und eine am Ende des Bd. abgedruckte Hommage von Ludolf Kuchenbuch. Von der Leistung Peter Brandts zeugt vor allem die Bibliografie seiner Veröffentlichungen.

Die 24 im Buche enthaltenen Beiträge sind folgenden Komplexen zugeordnet: I. Politische Semantik und Symbolik, II. Erinnerungskultur, III. Verfassungskultur, IV. Kultur politisch-sozialer Bewegungen. Sie alle zu referieren, kann nicht Sinn dieser Besprechung sein, zumal die Hrsg. in ihrem Vorwort eine Kurzvorstellung der aufgegriffenen Themen bieten. Konzentrieren wir uns also auf jene Bereiche, die gemäß dem Profil dieses Jahrbuches unser besonderes Interesse verdienen.

Hierzu gehören die in der vierten Abteilung angesiedelten Studien zur Geschichte der SPD. Katharina Kellmann analysiert die im Hannoveraner Parteitag von 1973 kulminierenden Richtungs- und Flügelkämpfe innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, die für Peter Brandt den „Höhepunkt linker Konjunktur“ darstellten. Inhaltlich ging es letztlich um eine Auseinandersetzung zwischen einer Strategie

systemüberwindender Reformen und einer Politik systemimmanenter sozialer Verbesserungen und Chanceneröffnung. Die agierenden Personen, Gruppierungen und Konzepte wie auch deren sozialpolitische Hintergründe werden gut belegt dargestellt. Wenn die Vf. zu dem Fazit gelangt, der Ausgang dieser Kontroversen habe „zur innenpolitischen Stabilität der Bundesrepublik“ beigetragen und eine „politisch relevante Fundamentalopposition von links“ verhindert (S.444), so erhebt sich die Frage, ob nicht eben damit die Weichen zu jenem Nebengleis gestellt wurden, auf dem sich die SPD ein Jahrzehnt später bei der Herstellung deutscher Einheit im Rahmen der Bundesrepublik befand. Umweltpolitische Optionen und Initiativen der SPD unter Willy Brandt und deren Resultate untersucht Franz-Joseph Brüggemeier. Er weist nach, dass sich anfangs sozialdemokratische Wahlkampflosungen und erste gesetzliche Regelungen von oben mit Forderungen und Aktivitäten der sich formierenden Umweltbewegung verbanden. Erst nach und nach artikulierten und organisierten sich Umweltschützer als basisdemokratischer Widerpart zu den Staat und Wirtschaft beherrschenden Kräften. „Blauer Himmel über dem Ruhrgebiet“ war eine griffige Parole, doch es brauchte seine Zeit, bis die wahre Dimension der Umweltproblematik und die mit ihr verbundenen Interessenkonflikte ins Bewusstsein der Öffentlichkeit drangen.

Auf das Feld biografischer Forschung begibt sich Christoph Jünke, der aufzeigt, wie der „marxistische Anthropologe“ Leo Kofler intellektuelles Leben im linken Spektrum mit geprägt hat. Er sieht Kofler als Grenzgänger –

oder präziser: als durch die vorgefundenen Verhältnisse zum Grenzgänger Verurteilten – im Spannungsverhältnis von Judentum und Arbeiterbewegung, von Sozialdemokraten und Linksozialisten, von Praktiker und Theoretiker, von West und Ost zu Zeiten der Teilung und zu Zeiten der Neuvereinigung, von erster und zweiter Generation der Neuen Linken. Es kennzeichnet das Dilemma der linken Bewegung, dass dieser anregende Denker in keiner ihrer Strömungen und in keinem der beiden deutschen Staaten wirklich heimisch werden konnte. Mit dem eingeschliffenen Stereotypen widersprechenden sozialen Wandel im Ruhrgebiet befasst sich Lutz Niethammer. DDR-Geschichte wird von Arthur Schlegelmilch aufgegriffen, der zu dem Schluss gelangt, dass die „sozialistische Menschengemeinschaft“ eine mit großem propagandistischem Aufwand betriebene Inszenierung war, der jedoch von der Bevölkerung unmittelbar verspürte und weithin akzeptierte soziale Prozesse und Errungenschaften zu Grunde lagen. Aspekte der internationalen Arbeiterbewegung scheinen auf im Beitrag von Miriam Horn, der sich mit der Bewegung der Samen für Selbstbestimmung befasst, und im Aufsatz von Nina Schneider über Sozialrevolutionäre und andere Gegner des Militärregimes in Brasilien.

Doch auch Beiträge, deren Überschrift dies nicht auf den ersten Blick vermuten lässt, bieten anregende Überlegungen für Historiker der Arbeiterbewegung. In theoretisch-methodologischer Sicht verdient vor allem die Studie von Thomas Sokoll unsere Aufmerksamkeit. Sie wendet sich gegen eine – meist mit Idealisierung unserer gegenwärtigen Verhältnisse verbunde-

ne – Verabsolutierung der sozialökonomischen Unterschiede zwischen vorindustriellen und heutigen Strukturen und weist nach, dass nicht Ständehierarchien, sondern Klassenspaltungen signifikantes Merkmal antiker oder mittelalterlicher Gesellschaften waren und Elitebildungen aus deren sozialer Funktion zu erklären sind. Wegen der Aktualität der Weltkriegsproblematik sei ferner auf die Beiträge zur Wehrmachtausstellung (Almut Leth), zu Zwangsarbeitern (Alexander von Plato) und zu den sowjetischen Speziallagern (Eva Ochs) verwiesen. Georg Hansen hat in seiner Zusammenstellung von „unaufgeklärten Sprechblasen“ Warntafeln errichtet, die jeder Autor beachten sollte.

In der Quintessenz dieses lesenswerten Buches wird sich Peter Brandt in seinen wissenschaftlichen Ansichten und politischen Überzeugungen sicherlich bestätigt sehen. *Günter Benser*

Colin Barker u. a. (Hrsg.): Marxism and Social Movements (Historical materialism book series, 46), Brill, Leiden-Boston 2013, VII, 473 S., ISBN 978-90-04-21175-9

„This book starts from a paradox“ (S.1), beginnen die Hrsg. Colin Barker, Laurence Cox, John Krinsky und Alf Gunvald Nilsen ihre Einleitung. Tatsächlich lassen sich sogar zwei forschungsgeschichtliche Paradoxa ausmachen. Auf der einen Seite stehen Traditionslinien marxistischer Theoriebildung, die ihre Ursprünge und Ausprägungen in der aktiven Beschäftigung in und mit einer der ältesten sozialen Bewegungen haben, nämlich der Arbeiterbewegung, ohne dass dabei jedoch eine Theoretisierung des Begriffes „Bewegung“ vor-

genommen wird. Auf der anderen Seite hat sich mittlerweile eine institutionalisierte Bewegungsforschung vor allem in den angelsächsischen Ländern etabliert, wo just in dem Moment Begriffe wie „Kapitalismus“ und „Klasse“ konsequent aus ihrem Analyse-repertoire verbannt werden, da mit dem Einsetzen der globalisierungskritischen Bewegung um die Jahrtausend-wende wieder zu sozialen und ökonomischen Themen mobilisiert wird (wie dies auch der Beitrag von Gabriel Hetland und Jeff Goodwin zeigt).

Insbesondere seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ab 2007 und seit wieder zunehmenden globalen Protestbewegungen, so dem „arabischen Frühling“, den europäischen Anti-Aus-teritäts-Protesten und der Occupy-Bewegung, stehe die Forschung – nach Ansicht der Hrsg. – vor der Schwierigkeit, einen Zusammenhang zwischen den verschiedenen Bewegungen zu rekonstruieren und sie nicht nur als partikulare und voneinander getrennte Ereignisse zu analysieren. Mit ihrer Referenz auf die kapitalistische Gesellschaft als Totalität sozialer Beziehungen könnten marxistische Ansätze hier durchaus Abhilfe schaffen und wiederum selbst von der Analyse konkreter Dynamiken in der Bewegungsforschung profitieren. Das höchst dringende Anliegen des vorliegenden Buches besteht daher darin, die aktuelle Bewegungsforschung mit marxistischen Theorien in Verbindung zu bringen und den Rahmen für einen eigenen marxistischen Ansatz einer Theorie sozialer Bewegungen zu entwickeln. Auf über 400 Seiten werden dafür in insgesamt 18 Beiträgen soziale Bewegungen aus über 150 Jahren und sechs Kontinenten in marxistischer Perspektive in den Blick genommen.

Das Buch gliedert sich in drei Teile. Der erste widmet sich dem theoretischen Rahmen. Gemeinsam ist den Beiträgen eine Bezugnahme auf die Klassentheorie E.P. Thompsons, der die Kategorie Klasse dynamisch, als soziale Beziehung und Prozess, mit-hin im Kontext sozialer Bewegung, begreift. Diese bilde ein Medium des Klassenkampfes, sei aber nicht identisch mit Klasse selbst. Barker hebt etwa den Netzwerkcharakter sozialer Bewegungen hervor, die aus einer Vielzahl von Akteuren bestehen und daher selbst vom Klassenkampf durchzogen sind (S.48). Eine weitere gemeinsame Prämisse besteht in der Bezugnahme auf den Begriff der „Produktionsweise“ als holistischem Konzept zur Analyse verschiedener Prozesse und Auseinandersetzungen. Diese wird dabei nicht ökonomistisch verengt verstanden, sondern als Zusammenhang konfliktträchtiger sozialer Strukturen auf ökonomischer, kultureller und politischer Ebene, die menschliches Handeln determinieren und durch dieses modifiziert werden. Die theoretischen Anknüpfungspunkte reichen hier von der Hegemonietheorie Gramscis bis zu den sowjetischen Linguistikern Vološinov und Bachtin. Die sozialen Strukturen auf den verschiedenen Ebenen befinden sich dabei in unterschiedlich dynamischer, miteinander verbundener Veränderung und bilden zugleich den Gegenstand und das Resultat der Auseinandersetzungen von sozialen Bewegungen „von unten“ und „von oben“ (S.65). Während erstere von Nil- sen und Cox als „collective projects“ zur Artikulation subalternen Bedürfnisse und zur Veränderung oder Verteidigung besonderer Strukturen bestimmt werden, die zumeist ihren Ausgangs-

punkt in lokalen und konkreten Erfahrungen haben, bilden letztere Projekte zur Sicherung der sozialen Stellung dominanter Eliten.

Im zweiten Teil werden diese Ansätze in konkreten Analysen historischer und aktueller Fälle angewendet, die von Arbeiterprotesten im China der ersten Hälfte des 20. Jh. bis zu Formen kollektiven Widerstandes gegen neoliberale Umstrukturierungen in Irland, Indien, Mexiko und Südafrika reichen. Große Bedeutung erhält hierbei die Analyse lokaler Räume, „spaces“, als umkämpfter Orte physischer Konstituierung kapitalistischer Verwertungsprozesse. So analysiert etwa Chris Hesketh unter Rückgriff auf das Konzept des „militant particularism“ des einflussreichen Marxisten David Harvey die Auseinandersetzungen in Chiapas und Oaxaca in Mexiko, die jeweils von lokal spezifischen Bedingungen ausgehend universellere Ansprüche auf eine alternative Gesellschaft entwickelten. Ralph Darlington widmet sich der Debatte um das Verhältnis zwischen Basis und Bürokratie in Gewerkschaften und berührt damit grundsätzliche Fragen um das Spannungsverhältnis von Bewegung, Organisation und Institutionalisierung. Er bekräftigt eine Unterscheidung in gewerkschaftliche Basis, die den kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen im Betrieb direkt ausgesetzt ist, und hauptamtliche Funktionäre, die in institutionalisierten Verhandlungen die Rolle eines „power-brokers“ (S.193) einnehmen und damit anderen sozialen Bedingungen unterliegen. Einseitige Bürokratisierungstendenzen im Sinne eines „ehernen Gesetzes der Oligarchie“ (Robert Michels) relativiert er jedoch durch eine Einbettung in historische Konjunkturen der Basismilitanz

und damit einhergehender Demokratisierungstendenzen, mithin in Phasen sozialer Bewegung am Arbeitsplatz.

Der dritte Teil des Buches besteht aus historisch-vergleichenden Analysen. Er baut auf den vorhergehenden Teilen auf und behandelt sowohl Bewegungen in unterschiedlichen geografischen Räumen als auch über lange Zeiträume hinweg, um schließlich einen historisch fundierten Blick auf aktuelle Bewegungen zu werfen. Dabei werden auch theoretische Ansichten aus dem ersten Teil in Frage gestellt. So betont Neil Davidson (gegen Nilsen und Cox) in einem Beitrag über rechte und reaktionäre Bewegungen, vom Ku-Klux-Klan in den USA bis zu den „Gelbhemden“ in Thailand, dass es auch rechte Bewegungen „from below“ geben kann, sowohl ihrer sozialen Zusammensetzung nach, als auch gemäß ihrer Gegnerschaft zu regierenden Eliten. Heike Schaumberg wiederum stellt in einem Beitrag über die sozialen Bewegungen in Argentinien nach 2001 das Konzept der „Disorganization“ als Taktik spontanen Protests und Selbstorganisation an der Basis vor, mit der auf die Krise der traditionellen Arbeiterbewegung und ihre Inflexibilität reagiert wurde. Sie kritisiert dabei gleichzeitig im ersten Teil entworfene Konzepte, nach denen „organische Intellektuelle“ als Sinnstifter und Motoren sozialer Bewegungen unentbehrlich sind. Abgeschlossen wird der Bd. schließlich durch einen Beitrag von David McNally, welcher die Bedeutung von Streiks und Arbeiterprotesten auch in aktuellen sozialen Bewegungen von Lateinamerika bis in den arabischen Ländern rekonstruiert und damit deutlich macht, dass die Arbeiterbewegung auch dort präsent ist, wo sie nicht als Hauptakteur erscheint.

Die beeindruckende Vielfalt und Bandbreite an Beiträgen – auf alle kann hier nicht eingegangen werden – macht die Fruchtbarkeit einer Begegnung von Marxismus und Bewegungsforschung nicht nur für die akademische Auseinandersetzung deutlich. Gleichzeitig zeigen sich noch große theoretische Lücken. Zum Teil stehen unklare und divergierende Definitionen des Begriffs „Bewegung“ nebeneinander. So neigen einige Autoren dazu, „Bewegung“ als kollektives Handeln im Allgemeinen zu begreifen. Dennoch kommt den Hrsg. das Verdienst zu, einen wichtigen Beitrag für die notwendige Wiederbelebung der marxistischen Debatte und Theoriebildung in einem Bereich geleistet zu haben, der mehr oder weniger unausgesprochen immer ein Kernelement entsprechender Reflexionen gebildet hat.

Dietmar Lange

Axel Weipert: Das Rote Berlin. Eine Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung 1830-1934, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2013, 251 S., ISBN 978-3-8305-3242-2

Noch vor seiner Promotionsschrift legt Weipert eine ambitionierte Gesamtdarstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung im „roten Berlin“ von den Anfängen bei den Handwerksgeleuten im Vormärz bis zur katastrophalen Niederlage 1933 vor. In der Einleitung sind die Ziele des Autors formuliert: die Entwicklung spannend und fundiert nachzeichnen, „Geschichte durch Geschichten verständlich machen“ (S.7), Breite und Facettenreichtum der Berliner Arbeiterbewegung zeigen und die für das Verständnis erforderlichen Zusammenhänge zwischen dieser Be-

wegung und den allgemeinen ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnissen erklären.

W. erzählt die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung in doppeltem Sinne als eine „Geschichte von unten“. Zum einen genießen die spontanen und organisierten Aktionen der Massen Priorität vor der Geschichte der Parteien und Organisationen. Zum andern ist das Zitieren von Erinnerungen Beteiligter und zeitgenössischer Berichte und Dokumente dramaturgisches Prinzip der gesamten Darstellung. Der Text gruppiert sich um 80 z. T. längere Zitate aus Erlebnisberichten von Zeitgenossen, aus der zeitgenössischen Presse, aus Polizeiberichten sowie programmatischen Schriften, Aufrufen und Flugblättern. Auf diese Weise wird der Text sehr anschaulich, zugleich aber verringert sich der Platz, auf den verbleibenden Seiten die Zusammenhänge differenzierter zu analysieren. Dennoch gelingt es W., in verständlicher Sprache, die Fremdwörter und wissenschaftsinterne Fachbegriffe weitgehend meidet, aus zeitgenössischem bzw. Zeitzeugenmaterial und einer schlaglichtartigen Beleuchtung ökonomischer, sozialer und politischer Hintergründe, dem Leser ein plastisches Bild des „roten Berlins“ zu präsentieren.

Das Streben nach einer einfachen Sprache verführt den Autor allerdings mitunter zu etwas saloppen oder indifferenten Aussagen, so etwa, wenn er erklärt, die unterschiedliche Haltung der Eisenacher und der Lassalleaner zur Reichseinheit mache den „vielleicht wichtigsten Unterschied beider Gruppen aus“ (S.32), oder wenn er zur Spaltung der SPD feststellt: „Wie auch immer man die Spaltung im Einzelnen

beurteilt, beide Seiten hatten offenbar ihren Teil dazu beigetragen.“ (S.130)

Eindrucksvoll sind die Schilderungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter, besonders wenn es um Lebensmittel- und Wohnungsnot geht. Lebendig sind die Darstellungen vieler Aktionen, wie z. B. des „Zeughaussturms“ 1848, des „Blumenstraßenkrawalls“ 1872, der Arbeits- und Obdachlosen in den 1890er-Jahren, des Bierboykotts 1894, der Streiks und Aussperrungen 1905, der Proteste gegen das undemokratische preußische Wahlrecht 1910, die Mobiler Unruhen 1911, des „Butterkrawalls“ in der Niederbarnimstraße 1915, der Friedensdemonstration am 1. Mai 1916 und der anschließenden Solidaritätsbewegung für Karl Liebknecht, der Revolutionsergebnisse 1918, der Demonstration gegen das Betriebsrätegesetz 1920, der Abwehr des Kapp-Putsches im gleichen Jahr, des „Blutmai“ 1929, des BVG-Streiks 1932 und viele andere. Besonders augenfällig wird die enorme Breite und Vielfalt der Bewegung, weil sich die Darstellung nicht nur den großen politisch und gewerkschaftlich organisierten Gruppierungen zuwendet. Ebenso und mitunter ausführlicher widmet sich W. zeitweilig existierenden und lokal operierenden Gruppen wie den „Rehbergern“ unter den Erdarbeitern von 1848 oder den „Wilden Cliques“ in der Endphase der Weimarer Republik. Ähnliches gilt für Gruppen mit anarcho-syndikalistischem und lokalistischem Einschlag sowie für Abspaltungen von den großen Parteien und freien Gewerkschaften. Stellenwert und Platz der „Jungen“, der Freien Arbeiterunion Deutschlands (FAUD), der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

(KAPD), der Revolutionären Gewerkschafts-Opportunisten (RGO), der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) und der Kommunistischen Partei-Opportunisten (KP-O) in der Berliner Arbeiterbewegung werden ebenso beleuchtet, wie das mannigfache „linke Milieu neben der Politik“ (S.168), die proletarische Genossenschaftsbewegung, der Arbeitersport, Selbsthilfeorganisationen der verschiedensten Art und die Bildungs- und Kulturarbeit. Von Abschnitt zu Abschnitt erörtert W. die Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung. Die Arbeiterjugendbewegung kommt seltener in den Blick. Bedauerlich ist das Ausblenden der auf die Arbeiterbewegung orientierten Angestelltenbewegung, die sich während der Revolution in der Rätebewegung sowie in großen Streikaktionen kräftig bemerkbar machte. Der Name von Siegfried Aufhäuser fehlt.

Während das immerwährende Spannungsfeld zwischen spontaner Aktion und organisierter Politik der Arbeiterparteien stets sichtbar ist, kommt die innere Geschichte der Berliner Organisationen der proletarischen Parteien zu kurz. Berlin war auch Schauplatz des letztlich spaltenden Streits um die Konsequenzen aus der neuen Entwicklung des monopolistischen Kapitalismus. Das Imperialismus-Problem, das Verhältnis der Arbeiterbewegung zu Nationalismus und Militarismus, die Entwicklung ihrer Haltung zu Krieg und Gewalt werden hinsichtlich ihres Widerhalls in Debatten der Berliner Arbeiterbewegung nur am Rande thematisiert. Abgesehen vom Fallbeispiel Lichtenberg-Friedrichsberg erfährt man relativ wenig über das Leben in den Basisorganisationen und von den Strukturen der verschiedenen Par-

teien. Die Parteigründung der KPD im „roten Berlin“ der Revolutionsmonate wird nur in einigen Nebensätzen zur Kenntnis gebracht.

Die kritischen Anmerkungen ändern nichts an der Meinung des Rez., dass W. seine angekündigten Absichten im Buch weitgehend verwirklichen konnte. Das Vorhaben freilich, einen „zusammenfassenden Überblick der *Forschungsleistungen*“ zur Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung geben zu wollen (S.9f.), sollte realistisch auf die Formel „Überblick über die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“ zurückgeführt werden. Denn eine Zusammenfassung aller Forschungsleistungen kann der Leser von einem Buch nicht erwarten, das gerade früher vernachlässigte Aspekte außerhalb der Organisations- und Ideengeschichte zum wesentlichen Gegenstand der Darstellung macht. Den Forschungsstand umfassender zu reflektieren hätte z. B. bedeutet, die aus drei Bänden bestehende, kommentierte Quellenedition über die Großberliner Rätebewegung 1918/1919 (1993, 1997, 2002) und andere Arbeiten heranzuziehen. Ein Forschungsüberblick müsste überdies die These begründen, die Revolution habe im März 1920 geendet, mit der W. der mehrheitlichen Auffassung über ein früheres Ende widerspricht. Die gewählte und zu begrüßende Darstellungsweise des „roten Berlin“ trägt zu recht den Untertitel *eine* und nicht *die* Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung.

Ws Buch sind viele, vor allem junge Leser zu wünschen, denen ein Interesse weckender Zugang zur Geschichte der Arbeiterbewegung geboten wird. Eine zweite Auflage sollte möglichst ein Personenverzeichnis und – noch

dringlicher – ein geografisches Register enthalten. Denn in regionalgeschichtliche Publikationen schaut mancher Leser erst hinein, nachdem er sich informiert hat, ob sein Stadtbezirk oder gar seine Straße vorkommt. *Gerhard Engel*

Walter Schmidt: Die schlesische Demokratie von 1848/49. Geschichte und Akteure. I. Halbbd.: Geschichte der schlesischen Demokratiebewegung; II. Halbbd.: Protagonisten der schlesischen Demokratiebewegung (Silesia. Schlesien im europäischen Bezugfeld. Quellen und Forschungen, 13.1 u. 13.2), trafo Verlagsgesellschaft Dr. Wolfgang Weist, Berlin 2012, 346 S., ISBN 978-3-86464-014-8, 246 S., ISBN 978-3-86464-015-5

Es gehört – leider – zu den seltenen Erscheinungen, dass ein großes Thema in einer gültigen Monografie abgeschlossen vorliegt. Das aber ist der Fall mit dieser Edition. Seit der Autor mit dem ersten Bd. seiner Wilhelm-Wolff-Biografie hervortrat, ist ein halbes Jh. vergangen, in dem er mit einem beeindruckend reichen Werk immer neue Aspekte der Geschichte seiner schlesischen Heimat im 19. Jh. vorlegte (siehe Bibliografie Walter Schmidt im II. Halbbd., S.211-243.) Nun liegt gewissermaßen ein Abschlussbericht vor, bescheiden als „Studie“ bezeichnet.

Wie von Sch. gewohnt, beruht die Arbeit auf umfangreichen Quellenstudien in Archiven und zeitgenössischen Zeitungen, wobei er auch den Nachlass des verstorbenen Freundes Helmut Bleiber nutzen konnte. Vor uns liegt also ein weiteres Zeugnis der beachtlichen, ungebrochenen wissenschaftlichen Produktivität eines

„abgewickelten“ ehemaligen DDR-Wissenschaftlers.

In bewusster Konzentration behandelt Sch. nicht sämtliche Aspekte des weiten Feldes „schlesische Demokratie“, sondern „nur“ ihren politisch aktiven Teil in den beiden Revolutionsjahren. Dies aber betrachtet er umfassend in Vereinen und Parlamenten, in Städten und Dörfern, in Breslau und in der Provinz. Es entrollt sich das vielseitige Bild der beeindruckenden Tätigkeit des Breslauer Demokratischen Hauptvereins, des Arbeitervereins und anderer Bestrebungen bis zum ersten Provinzialkongress der schlesischen Demokratie im Juli 1848, der Septemberkrise, zum zweiten Provinzialkongress, der Spaltung in „rote“ und „blaue“ Demokraten; das Bild des Widerstandes gegen den preußischen Staatsstreich vom November 1848, der folgenden Wahlkampagne, der politischen Radikalisierung vom Frühjahr 1849 bis hin zum Breslauer Maiaufstand 1849. Reiches Material bietet das Kapitel über die nachrevolutionären Aktivitäten in Schlesien, vor allem in der Presse und in der Arbeiterverbrüderung bis zu ihrem Ende im Juni 1850.

Ein besonderes, jedoch sehr knappes Kapitel ist der „Frauenfrage“ gewidmet. Hier könnte die Erweiterung der Quellenbasis (Louise Ottos „Frauenzeitung“ hatte Korrespondentinnen in Schlesien) und die Berücksichtigung der vielfältigen Verbindungen der Familie Schlöffel zu Bettina von Arnim das Bild erweitern. Zur „schlesischen Demokratie“ ist gewiss auch die breite Tätigkeit des Kreises um Prof. Nees von Esenbeck zu zählen, bei dem u. a. Moritz Elsner studierte, der nicht nur einer der wenigen schlesischen Junghegelianer war, sondern 1855 die Mit-

arbeit von Karl Marx an der Breslauer „Neuen Oder-Zeitung“ ermöglichte.

Welche immense Arbeit in den 123 Kurzbiografien des II. Halbbd. steckt, kann nur beurteilen, der Ähnliches selbst versuchte. Im Register kann das knappe „Siglenverzeichnis“ ein Literaturverzeichnis nicht ersetzen.

Martin Hundt

Cordelia Scharpf: Luise Büchner. Eine evolutionäre Frauenrechtlerin des 19. Jahrhunderts (Women in German Literature, 13), Peter Lang Internationaler Verlag der Wissenschaften, Oxford u. a. 2013, XXIII, 632 S., ISBN 978-3-0343-0704-8

Sie hat sehr lange nicht nur im Schatten ihrer berühmten Brüder Georg, Wilhelm, Ludwig und Alexander gestanden, sondern ihr Leben und Werk wurden von der Geschichts- und Literaturwissenschaft insgesamt sowie schließlich auch von der sich seit Anfang der 1980er-Jahre kontinuierlich entwickelnden feministischen Geschichtsschreibung unverdient vernachlässigt. Obwohl ihr Buch „Die Frauen und ihr Beruf“ seit seinem Erscheinen im Jahre 1855 zu den frühen bedeutenden Zeugnissen des frauenemancipatorischen Gedankenguts in Deutschland gehörte, war unser Wissen über Luise Büchner (1824-1877) im Wesentlichen auf lexikalisches (heute: Google-konformes) Wissen beschränkt. Zwar wird sie heute zu den verdienten Töchtern ihrer Geburtsstadt Darmstadt gezählt, und es wurde ab und zu an sie erinnert: Es erschienen ihre Korrespondenz mit Gutzkow (hrsg. von Gerhard K. Friesen 1996/97) und der Sammelbd. „Feder und Wort sind Euch gegeben, so

gut wie dem Manne!“ (hrsg. von Elke Hausberg und Agnes Schmidt, 2004); 2010 wurde ein Luise-Büchner-Gesellschaft e.V. gegründet. Aber bisher gab es keine befriedigende, wissenschaftlich fundierte Biografie dieser Frauenrechtlerin. Mit der vorliegenden Arbeit ist dieses Desiderat beseitigt. Und das ist das Verdienst einer von Geburt an blinden jungen Wissenschaftlerin, die, mit Unterstützung ihrer Mutter, jahrelang mühevoll Material über Luise Büchner sammelte, die Ergebnisse ihrer Forschungen in einer Dissertation darlegte, die sie an der University of Wisconsin-Madison (USA) erfolgreich verteidigte. 2008 in Originalsprache bei Peter Lang veröffentlicht, liegt diese Publikation nun auch in deutscher Sprache vor.

Da der umfangreiche Nachlass der Familie Büchner, in dem die Dokumente aller Geschwister aufbewahrt waren, in der „Brandnacht“ des 11. September 1944 durch Bomben der British Royal Air Force unwiederbringlich vernichtet wurde, andere authentische Zeugnisse nur zerstreut erhalten blieben und die Materialien der Frauenvereine, an denen Luise Büchner aktiv mitwirkte, sehr spärlich überliefert sind, war eine ausgedehnte und vertiefte Suche in zahlreichen Archiven, in der zeitgenössischen Presse, in Broschüren u. a. Publikationen zur Frauenfrage seit Mitte des 19. Jh. vonnöten. Die Recherche brachte erheblichen Ertrag. Basierend auf deren Auswertung sowie der US-amerikanischen, britischen und deutschen Sekundärliteratur konnte die Vf. Luise Büchners Lebensweg auf allen seinen Etappen und in allen seinen reichen Facetten überzeugend nachzeichnen: Herkunft, familiäres Umfeld und dessen Einfluss auf die

geistige Entwicklung der Probandin, das Herauskristallisieren des Interesses an aktuellen Problemen der Pädagogik und speziell der weiblichen Erziehung und Ausbildung, die Auseinandersetzung mit der Frage des Berufserwerbs der Frauen, in deren Folge ihr Hauptwerk „Die Frau und ihr Beruf“ entstand. Dargestellt sind die Rezeption dieses Buches, Büchners führende Rolle bei der Gründung von Frauenvereinen in Darmstadt, Leipzig, Berlin u. a., ihre Vereinstätigkeit sowie ihr schriftstellerisches und publizistisches Wirken als Dichterin, Novellistin, Romanautorin, Kinderschriftstellerin, Dramatikerin, Literaturkritikerin, begnadete Journalistin und historische Autorin. Die Biografie zeigt eine nie vermutete Fülle von Publikationen, deren größeren Teil S. neu (wieder)entdeckte.

Von besonderem Interesse erscheint die explizite Ausarbeitung der frauenpolitischen Vorstellungen Luise Büchners und deren Einfluss auf die sich von Mitte der 1850er- bis Ende der 1870er-Jahre konstituierende Frauenbewegung. Bereits vor der 1865 erfolgten Gründung des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins in Leipzig, des Ausgangspunkts der organisierten Frauenbewegung in Deutschland, begann die sich in den folgenden zehn Jahren konsolidierende, vielfältige Landschaft von Frauenvereinen und -verbänden zu entstehen. Deren Analyse wurde von der Vf. erstmals auf der Grundlage einer komparatistischen Auseinandersetzung mit Büchners Hauptwerk und seinen zahlreichen und wesentlich unterschiedlichen Auflagen (zu ihren Lebzeiten erschienen insgesamt vier in Deutsch, Holländisch und Englisch) durchgeführt. S. zeigt, wie Luise Büchner ihre praktischen Erfah-

rungen unter den sich rasch verändernden soziopolitischen Konstellationen nach und nach verarbeitete. So floss in die überarbeiteten Fassungen ihre Positionierung in den Debatten über die politische Ausrichtung und die Organisationsformen der Arbeiterbewegung ein, die u. a. ihre Kritik am Eisenacher Programm in Fragen der Erwerbstätigkeit der Frauen und des gleichen Lohnes für gleiche Arbeit beinhaltete. Im Unterschied zum Allgemeinen Deutschen Frauenverein, vertreten durch Louise Otto-Peters und Auguste Schmidt als Herausgeberinnen des Vereinsorgans „Neue Bahnen“, sah Luise Büchner im Beschluss der Sozialdemokratie von 1869, die Frauenarbeit einzuschränken, und in der Verweigerung des gemeinsamen Kampfes um gleichen Lohn für gleiche Arbeit den Versuch, die Frauen aus dem Berufsleben zu verdrängen. Sie brandmarkte mit ihrer scharfen Feder die fehlende Solidarität der Männer.

Die uneingeschränkte weibliche Berufstätigkeit in allen ihren Formen und der uneingeschränkte Zugang zur Bildung blieben lebenslang die Hauptthemen Luise Büchners, sowohl bei ihren theoretischen Überlegungen wie auch der praktischen Umsetzung. Die Darstellung der Verknüpfung beider Komponenten gehört zu den Höhepunkten des vorliegenden Buches. Erstmals mit dieser Ausführlichkeit führt die Vf. vor, wie Büchner versuchte, ihre Überzeugung zu verwirklichen: „Die ganze weibliche Bildung muß eine andere werden, dann erst winkt ihr [der Frau – I. H.] die rechte Erlösung durch die Arbeit.“ (S.415) Sie stürzte sich regelrecht in die Organisation von Frauenvereinen, entwarf weit über ihre Zeit hinausreichende Vorschläge zur Mäd-

chenschulreform und zur Verbesserung der Ausbildung von Lehrerinnen und Erzieherinnen, ihrer Absicherung im Alter, hielt Bildungsvorträge, verfasste Broschüren, Rezensionen und Artikel in der Tagespresse, reichte Petitionen ein, knüpfte zahlreiche Kontakte zu Kollegen und Kolleginnen in England, den USA, Frankreich, der Schweiz, Österreich und Italien. Das alles widerspiegelte sich in der vierten und letzten Auflage ihres theoretischen Werkes „Die Frau und ihr Beruf“ von 1872, die gegenüber der dritten vom Jahre 1860 um mehr als 74 Prozent angewachsen war.

Die vorliegende Biografie vermittelt ein einzigartiges, umfassendes Bild der Pionierin der Frauenbewegung, die von S. als eine evolutionäre Frauenrechtlerin politisch definiert wird: „Sie propagierte weder radikale noch revolutionäre Mittel oder Wege zur Besserung der Stellung der Frauen und zur Gleichberechtigung in einer sich durch die Industrialisierung und deren ökonomische Folgen verändernden Gesellschaft. Um diese Ziele zu verwirklichen, arbeitete sie innerhalb des bestehenden gesellschaftlichen Systems zusammen mit einflußreichen Frauen und Männern und zielte auf graduellen Fortschritt und nachhaltigen Nutzen für die Menschheit.“ (S.8) Und abschließend heißt es: „Büchner trat für einen evolutionären Weg ein, um den Wandel anzuregen. Indem sie erkannte, daß Frauen und Männer ihre Einstellung und ihr Verhalten ändern müssen, betonte sie die Zusammenarbeit beider Geschlechter und deren gemeinsame Verantwortung für die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse wie ihrer privaten Beziehungen.“ (S.507)

Eine detaillierte, bis auf einzelne Tage aufgelistete biografische Chro-

nik, ein umfassendes bibliografisches Verzeichnis sowie ein Sach- und Personenregister runden das Werk ab, das zu den besten seines Faches gezählt werden kann.

Irina Hundt

Herbert Brückner/Renate Meyer-Braun/Beenhard Oldigs (Hrsg.): 150 Jahre Sozialdemokratie Bremen und Bremerhaven. Eine gerechte Gesellschaft kommt nicht von allein, Edition Falkenberg, Bremen 2013, 288 S., ISBN 978-3-95494-040-0

Genau genommen hätte das Buch erst ein Jahr später unter seinem Titel erscheinen dürfen, denn die Gründungsurkunde der Bremer Sozialdemokratie stammt vom 6. April 1864. An diesem Tag ernannte Ferdinand Lassalle den Tischlergesellen Gustav Adolf Deckwitz zum „Bevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Bremen“. Das Datum markiert den Beginn einer Erfolgsgeschichte – vergleicht man die Entwicklung im kleinsten Bundesland mit der in anderen Regionen. Nur hier regiert seit 1945 eine Partei – die SPD – in ununterbrochener Folge und stellte stets den Regierungschef.

In neun chronologisch aufgebauten Kapiteln untersuchen insgesamt zehn Autorinnen und Autoren die Parteilsgeschichte in der Stadt Bremen. Es folgt auf nur 23 Seiten ein Abriss der Entwicklung in den Unterweserstädten, aus denen das heutige Bremerhaven hervorgegangen ist. Vier Autoren zeichnen dafür verantwortlich. Der Textteil endet mit einem Ausblick, den Andreas Bovenschulte, bis Ende 2013 SPD-Landesvorsitzender, verfasst hat.

Das erste Drittel der erzählten Zeit – die Jahre von 1864 bis 1914 – behandelt Klaus Auf dem Garten. Auf nur 28 Seiten informiert er kenntnisreich über die ersten Schritte der jungen Arbeiterpartei, die Lage unter dem „Sozialistengesetz“, den Aufstieg des vereinigten „Sozialdemokratischen Vereins Bremen“ zur Massenpartei nach 1890, das Wirken bedeutender Funktionäre wie z. B. Wilhelm Pieck und Friedrich Ebert und die sich ab 1902 schrittweise vollziehende Linkswendung der Mitglieder Mehrheit vor Ort, an der Redakteure und Mitarbeiter der „Bremer Bürger-Zeitung“ (BBZ) wie Heinrich Schulz, Alfred Henke, Johann Knief und Anton Pannekoek maßgeblichen Anteil hatten. Die spätere Spaltung in drei Parteien, wobei die Radikalen die Mehrheit bildeten, zeichnete sich bereits vor 1914 ab.

Den Spaltungsprozess während des Ersten Weltkrieges, die revolutionären Ereignisse seit dem 6. November 1918, die Etablierung und den Fall der kurzlebigen Räterepublik im Januar/Februar 1919 schildert Peter Kuckuk, der ausgewiesene Experte für diese Thematik. Es folgt das Kapitel zur Geschichte der Bremer SPD in der Zeit der Weimarer Republik, das Beenhard Oldigs verantwortet. Der Senat der Hansestadt stand stets unter bürgerlicher Führung, zumal anfangs die USPD und die schwächere (M)SPD ihre gemeinsame Mehrheit nicht nutzten. Der Leser erfährt über Wahlergebnisse und das Agieren der Sozialdemokraten in Bürgerschaft und Senat einiges, dagegen kaum etwas über das Parteileben. Kritisch beurteilt O. das Zurückweichen vor dem bürgerlichen Konservatismus und die Unterschätzung der nationalsozialisti-

schen Gefahr. Daraus erklärt sich seine Sympathie für die linke „Sozialistische Arbeiterpartei“ (SAP), während er das 1924 gegründete „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ nicht einmal erwähnt.

Im Kapitel über Widerstand und Verfolgung 1933 bis 1945 spielt dagegen dessen illegale Organisation – 1934 zerschlagen – eine nicht unerhebliche Rolle. Inge Marszolek, ebenfalls eine intime Kennerin der Materie, hebt als eine Bremer Besonderheit die „große Bedeutung [hervor], die Frauen sowohl in der illegalen Organisation der SPD wie denen des ISK [Internationaler Sozialistischer Kampfbund] und der SAP bekamen“ (S.99). Renate Meyer-Braun, die Vf. der beiden folgenden Kapitel zur Nachkriegszeit 1945 bis 1951 sowie zur „Ära Kaisen“ in Zeiten des Wirtschaftsaufschwungs 1951 bis 1965, hat sich ebenfalls bereits in mehreren Veröffentlichungen mit ihren Themen auseinandergesetzt. Sie würdigt die Lebensleistung Wilhelm Kaisens, der prägenden Figur der Bremer SPD, beurteilt ihn aber durchaus kritisch, etwa wegen seiner laxen Haltung gegenüber Nationalsozialisten, auf deren Mitarbeit beim Wiederaufbau er nicht verzichten wollte, oder seiner Geringerschätzung der Parteigremien. Lediglich der Vorsitzende der Bürgerschafts-Fraktion Richard Boljahn, selbst ein Machtmensch, konnte ihm Paroli bieten. Die Parteibasis diskutierte kaum und entwickelte keine Initiativen. Eine Zeitzeugin sprach von „gähnend langweiligen Versammlungen“ zur Zeit der „Wirtschaftswunderjahre“ (S.142).

Das änderte sich im folgenden Zeitabschnitt von 1967 bis 1985, in der Kapitelüberschrift gekennzeichnet als „Erfolge und Konflikte: die Ära Ko-

schnick und die innerparteilichen Flügelkämpfe“. Im Unterschied zu den Kapiteln 1, 2, 4, 5 und 6, die von Historiker/innen verfasst wurden, liegt hier die Autorschaft bei Herbert Brückner, der 1975-1986 als Senator und anschließend bis 1988 als SPD-Landesvorsitzender fungierte, sowie bei Klaus Grunewald, einem ehemaligen Journalisten, der für mehrere Bremer Zeitungen über bremische Politik berichtet hat. Erneut geht es um die Erfolge eines bedeutenden Bürgermeisters, Hans Koschnick, der mehrfach mit absoluter Mehrheit regieren konnte. Breiten Raum nehmen aber auch die innerparteilichen Auseinandersetzungen ein, an denen jüngere Funktionäre wie z. B. Brückner selbst sowie die späteren Bürgermeister Klaus Wedemeier und Henning Scherf stark beteiligt waren. Als „Linke“ schmiedeten sie gemeinsam Bündnisse gegen „Rechte“, traten aber in wechselnden Konstellationen auch gegeneinander an. Ergebnisse ihrer politischen Arbeit waren z. B. das Ende städtebaulicher Planungen, die eine Zubetonierung lebenswerter Wohnquartiere und „grüner Lungen“ zur Folge gehabt hätten, ein fortschrittliches Bildungsurlaubsgesetz, aktive Beteiligung an Entwicklungsprojekten oder auch eine frühe Abkehr von der Atomenergie.

Die Bremer Hörfunk-Journalistin Gaby Schuylenburg befasste sich mit den Jahren 1985 bis 2005, in denen eine bei Wahlen geschwächte SPD zunächst die sog. Ampel mit der FDP und den Grünen bildete, um dann – unter Henning Scherf – dreimal ein Regierungsbündnis mit der CDU zu führen. Der „Lange“ – ursprünglich ein Befürworter von Rot-Grün – „verstand sich als personifizierte Große Koalition“

(S.213). Dabei scherte sich der ehemalige Parteirebell ebenso wenig um abweichende Beschlüsse der Parteigremien wie seinerzeit Kaisen. Im Herbst 2005 setzte sich der bisherige Fraktionsvorsitzende Jens Böhrnsen in einer Mitgliederbefragung deutlich gegen seinen Mitbewerber Willi Lemke als Kandidat für das Bürgermeisteramt durch. Er wandte sich gegen „neoliberale Verirrungen“ der CDU (S.222) und ging nach der Bürgerschaftswahl vom Mai 2007 eine Koalition mit den Grünen ein, die er wohl schon länger favorisiert hatte. Rot-Grün arbeitete in der folgenden Legislaturperiode sehr harmonisch zusammen und beschloss beispielsweise das bundesweit erste Landesmindestlohngesetz. Nach der Bürgerschaftswahl vom Mai 2011 konnte das rot-grüne Bündnis seine Arbeit als Große Koalition fortsetzen, denn die Grünen verwiesen mit nunmehr 22,6 Prozent der Wählerstimmen die CDU auf den dritten Platz. Seither knirscht es gelegentlich im Bündnis, denn das Regieren unter den Bedingungen extrem knapper Haushaltsmittel führt zu Reibungen zwischen den Ressorts, etwa der sozialdemokratisch geführten Bildungs- und der grünen Finanzsenatorin. Das der Ära Böhrnsen gewidmete Bremer Schlusskapitel hat der Journalist Matthias Koch verfasst.

Uwe Beckmeyer, derzeit Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, der gelernte Maschinenbauingenieur Werner Hoyer, der Erwachsenenbildner Uwe Mögling und der Journalist Wilfried Moritz sind die Autoren des Kapitels zur Geschichte der Bremerhavener SPD. Es handelt sich um einen äußerst knappen Abriss der nur um zwei Jahre kürzeren lokalen Parteigeschich-

te, die eigentlich einer eigenen Darstellung bedurft hätte. Die insgesamt recht instruktive Chronik ist reichlich bebildert und enthält im Anhang Tabellen sowie ein Literaturverzeichnis.

Ulrich Schröder

Thilo Scholle/Jan Schwarz: „Wessen Welt ist die Welt?“. Geschichte der Jusos, Vorwärts-Buch Verlagsgesellschaft, Berlin 2013, 240 S., ISBN 978-3-86602-761-9

2013 feierte die SPD ihren 150. Geburtstag. Ihren 110. Geburtstag konnten die Jusos 2014 feiern, führt man ihre Anfänge auf die Gründung der ersten Lehrlingsvereine in Berlin und Mannheim im Jahr 1904 zurück.

Die Autoren der jüngst erschienenen Gesamtdarstellung zur Juso-Geschichte stoßen in ein bislang weitgehend unbesetztes Gebiet der ansonsten umfangreichen sozialdemokratischen Geschichtsschreibung. Außer einem 2004 erschienen Buch von Martin Oberpriller lag bislang keine vergleichbare Darstellung vor. Umso höher ist die Forschungsleistung zu werten, die die Autoren mit ihrer auf Beschlüsse und Verbandspublikationen gestützten Darstellung vorlegen.

Die Autoren, beide in der aktiven Verbandsarbeit verhaftet, stellen nicht so sehr die Organisationsentwicklung in den Mittelpunkt, sondern legen den Fokus zuvorderst auf die innerhalb der Jusos geführten Theorie- und Programmdebatten und beleuchten so immer wieder auch das Verhältnis der verschiedenen verbandsinternen Strömungen untereinander und das Verhältnis des Verbands zur Mutterpartei SPD. Ihren eigenen theoretischen

Standpunkt legen sie bereits zu Beginn als Vertreter der heutigen Strömung der Juso-Linken offen, ohne dass dadurch die Darstellung der Strömungs- und Theoriediskurse einseitig gefärbt erscheint.

Die Juso-Geschichte ist für die Autoren immer auch maßgeblich vom Konflikt um die eigene inhaltliche und organisatorische Autonomie innerhalb der Sozialdemokratie geprägt. Die Lehrlingsvereine trafen 1904 auf die Skepsis eines auf Zentralisation und Einheitlichkeit bedachten Parteivorstands. 1907 erfolgte nach massivem Zulauf der Jugendorganisationen dennoch die Schaffung eines eigenen sozialdemokratischen Jugendverbands. Auseinandersetzungen zwischen in der Partei aktiven Jugendlichen und der Parteispitze waren schon 1890 zu Tage getreten, als es im Anschluss an die Aufhebung der Restriktionen des Sozialistengesetzes um die Frage einer angemessenen Revolutionsstrategie ging. Damit wurden Aspekte des späteren Revisionismusstreits vorweggenommen. Überhaupt lassen sich immer wieder in den Juso-Diskursen, die von Beginn an nicht nur auf Kongressen, sondern auch in eigenen Verbandspublikationen und zum Teil strömungsverorteten Diskussionsorganen geführt wurden, Vorwegnahmen und Parallelen zu innerhalb der SPD geführten Debatten ausmachen. Manche Theorie- und Strategiedebatten haben sogar erst über die Jusos Eingang in die parteiinternen Diskurse gefunden.

Eine Zuspitzung der Kontroversen zwischen politisch engagierter Jugend und Parteispitze erfolgte im Zuge der die SPD spaltenden Diskussionen um die Haltung zum 1914 begonnenen Weltkrieg. Karl Liebknecht hatte

bereits 1907 als deutscher Vertreter beim Gründungskongress der „Internationalen Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen“ erklärt, die Jugend solle ihre Aufgabe auch darin sehen, innerhalb der Sozialdemokratie für die Positionen des Antimilitarismus zu werben. Im Zuge der weiteren Auseinandersetzungen sollte sich jedoch nicht nur die SPD spalten, auch die jungsozialistische Bewegung spaltete sich.

Besondere Beachtung verdient das ausgesprochen detailliert recherchierte und geschilderte Kapitel zur Theorie- und Programmdiskussion während der Weimarer Republik. Sehr ausführlich geben die Autoren die stark polarisierenden Auseinandersetzungen zwischen dem Hofgeismarer Kreis mit seinen seit 1923 vorgetragenen Gedanken zu Nation und Volksgemeinschaft und den viel stärker marxistisch und internationalistisch orientierten Vertreterinnen und Vertretern einer in Hannover-Münden stattfindenden Gegen-tagung wieder. Das dunkle Kapitel der nationalsozialistischen Verbots- und Verfolgungspolitik schildern die Autoren anhand ausgewählter Lebenswege von Jungsozialistinnen und Jungsozialisten zwischen 1933 und 1945. Die Wiedergründung als Arbeitsgemeinschaft innerhalb der SPD fand 1946 mit klarer Konzentration auf die politische Bildungsarbeit statt. Dass damit kein eigenständiger politischer Anspruch verbunden sein sollte, wurde auch darin deutlich, dass die Leitung der Arbeitsgemeinschaft nicht einem vom Verband gewählten Vorstand überlegt, sondern einem Sekretär des Parteivorstands übertragen wurde. Zwar kam es zu Beginn der 1950er-Jahre im Zuge der Kampagne gegen das Werben für die Fremdenlegion in der französi-

schen Besatzungszone erneut zu erheblichen Konflikten mit der SPD. Eine rege Beteiligung an den Programmdiskussionen im Vorfeld des Bundesparteitags 1959 in Bad Godesberg lässt sich jedoch nicht ausmachen.

Eine Änderung der Organisationsrichtlinien gestand den Jusos ab 1959 die Wahl eines Bundesvorsitzenden aus den eigenen Reihen zu. Zu diesem wurde der Bundestagsabgeordnete Hans-Jürgen Wischniewski gewählt, der zehn Jahre später als SPD-Bundesgeschäftsführer auf dem Juso-Bundeskongress in München von den Delegierten ausgebuhrt werden sollte. Über den zunächst als parteiloyaler Ersatz für den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) vom Parteivorstand 1960 gegründeten Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) kam es gegen Ende der 1960er-Jahre verstärkt zur Polarisierung gegenüber der gemeinsam mit der Union regierenden SPD. Beim Bundeskongress 1968 erkannten die Jusos die Notwendigkeit einer außerparlamentarischen Opposition (APO) an und bezogen klar Position gegen die gegenüber der APO geübte „unberechtigte Gewaltanwendung der autoritären Staatsgewalt“ (S.135).

Der Bundeskongress 1969 sollte als „Linkswende“ zu einem klaren selbstständigen programmatischen Anspruch und Selbstverständnis der Jusos führen. Dem abgewählten Vorsitzenden Peter Corterier warfen 15 Bezirke in einer gemeinsamen Stellungnahme einen „bornierten, an Klischees orientierten Horizont“ vor. Dieser bezeichnete die Kongressmehrheit im Gegenzug als „linksextrem“. In den 1970er-Jahren erfolgten eine eindeutige Re-Theoretisierung, eine Renaissance marxistischer Ansätze und eine verstärk-

te Hinwendung zur innerparteilichen Opposition. Verbunden war diese Entwicklung mit einer zunehmenden Akademisierung der Mitglieder, mit Debatten und der Zunahme verbandsinterner Strömungskämpfe sowie medialer Aufmerksamkeit. Erst Gerhard Schröder formulierte nach seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden 1978 das Ziel, die Jusos „von der innerparteilichen Opposition zur kritischen Solidarität mit der SPD“ zu führen. Ironischerweise sollte es genau dann wieder zu zugespitzter innerparteilicher Opposition durch die Jusos kommen, als in der SPD um die Schrödersche „Agenda 2010“ gerungen wurde.

Die Autoren binden in ihre Darstellung immer wieder den jeweils zeithistorischen Kontext und die parallelen Entwicklungen innerhalb der SPD mit knappen Schlaglichtern ein. Gerade für Leserinnen und Leser, die mit der parteihistorischen Entwicklung nicht so vertraut sind, ist dies eine ebenso gute Hilfe wie die immer wieder eingefügten kurzen biografischen Skizzen zentraler Protagonistinnen und Protagonisten.

Kleinere redaktionelle Schwächen wie die irrtümliche Datierung des Bundesparteitags 1988 in Münster auf das Jahr 1986 (S.186) oder die versehenliche Lokalisierung des turbulenten Bundeskongresses 1995 in Jena statt in Gera (S.220) schmälern die überzeugende und weitestgehend anschauliche Darstellung keineswegs. Besonders beeindruckt, wie die Autoren Theoriediskurse bis in Details hinein sicher mit präziser Kenntnis und einer deutlich herauszulesenden Begeisterung und Leidenschaft schildern. Widersprüchlich anmuten mag lediglich die Einschätzung der Juso-Entwicklung in den 1980er-Jahren, bei der die

Autoren zunächst Vorwürfen des Stillstands, der gegenseitigen Blockade der Strömungen und eines Abgleitens der Debatten in die Bedeutungslosigkeit entgegneten, dann jedoch konstatierten, dass auch die Zusammenführung der Ost- und Westverbände zu Beginn der 1990er-Jahre den Stillstand und Bedeutungsverlust der Debatten nicht zu überwinden vermochten.

Robert von Olberg

Christel Neusüß: Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder Die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander. Mit einem Geleitwort von Ernst-Ulrich Huster, Alfred Kröner Verlag, Stuttgart 2013, XXXI, 416 S., ISBN 978-3-520-12801-0

Christel Neusüß brachte Ende Mai 1983 auf der Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz in Paris mit ihrem Beitrag „Patriarchat und Parteiorganisation“ das erste Mal prononciert eine feministische Sicht in die Debatte. „Rosa Luxemburg war nicht unter anderem auch noch eine Frau“, betonte sie, „sondern leistete alles, was sie fühlte, dachte, tat und voraussah, als Frau, die eine Revolutionärin und Theoretikerin par excellence war.“ (Christel Neusüß: *Patriarcat et organisation du parti. Rosa Luxemburg critique des idées de ses comilitants masculins*, in: *Rosa Luxemburg aujourd'hui. Textes réunis et présentés par Claudie Weill et Gilbert Badia*, Paris 1986, S.91-99, hier S.91f. Siehe auch Annelies Laschitzka: *Die Welt ist so schön bei allem Graus. Rosa Luxemburg im internationalen Diskurs*, in: *Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte*, H. 5, hrsg. von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus, Rosa-Luxemburg-

Stiftung Sachsen, Leipzig 2007, S.7-94, hier S.58.) Dieses Anliegen ergab sich aus ihrer Arbeit für das vorliegende Buch, das sie erstmals 1985 veröffentlichte und das jetzt in einer Nachauflage erschien. Es vermittelt eine vielseitige Sicht auf Rosa Luxemburg. Die Autorin hat ihr Luxemburgbild eingebettet in kritische Auseinandersetzungen mit Marx' Reproduktionstheorie und Emanzipationsstrategie. Dabei stellt sie u. a. auch Bezüge zu Hegel, Kant, vulgärmarxistischen und neokantianischen Auffassungen her und berücksichtigt politische Krisensituationen der sozialistischen Bewegung.

Die Eigenwilligkeit ihrer Erörterungen begründet N. sowohl mit persönlichen Erlebnissen als auch mit unterschiedlichen Erfahrungen aus ihren Tätigkeiten an Hochschulen, in Gewerkschaften und als engagierte Feministin. Die an sie oft gestellte Frage „Über was schreibst du denn?“ versucht sie bereits mit ihrem Buchtitel und mit ungewöhnlichen Kapitelüberschriften zu beantworten: „1. Der Mann Marx. Kopf und Hand – wo bleibt denn da der Rest?“, „2. Trotz alledem! Wir sind Kopfmenschen.“, „3. Kopf und Hand allein können nur getrennt beisammen sein. Notizen zur Geschichte der feindlichen Brüder und zum Sozialstaat“, „4. Die Sozialstaatskrise oder: Der drohende Sieg der körperlosen Köpfe“, „5. Die Hände am Ende?!“, „6. Was ist so mystisch an der ‚Weiblichkeit‘?“, „7. Das ‚Werkzeug machende Tier‘ ist kein lebenssprudelndes Unschuldslamm“. Erst die letzten 70 Seiten widmet sie im 8. Kapitel speziell der „Frau Rosa Luxemburg“.

In N.s Schilderungen tauchen wiederholt zum Widerstreit reizende Behauptungen über die Rolle von Kopf

und Körper beider Geschlechter im gesellschaftlichen Leben wie auch im familiären oder sexuellen Verhalten auf. Offensichtlich aus persönlichen Gründen und im Schaffensprozess für ihr Buch erschöpft, sprach sie 1983 in Paris zur Geschlechterfrage in der Arbeiterbewegung so überspannt, dass viele Männer den Saal verließen und damit nicht zur Kenntnis nehmen konnten, worum es ihr tatsächlich ging: Rosa Luxemburg stelle den historischen Glücksfall einer Frau dar, „die anerkannte Theoretikerin und politisch Handelnde innerhalb der Arbeiterbewegung war, und die sich den Mustern männlicher Politik nicht gefügt hat. [...] Sowohl ihr Verständnis der theoretischen Erfassung der Realität, als auch ihre ökonomischen Theorien und ihre politischen Organisations- und Handlungsvorstellungen schlüsseln sich auf dem Hintergrund der Ergebnisse feministischer Wissenschaft und persönlicher Erfahrungen von Feministinnen als Dokumente einer nichtpatriarchalischen Denk- und Erfahrungsweise auf und ihre Kritiken an den männlichen Genossen erwiesen sich als Kritik der patriarchalischen Elemente in deren Denkformen, Erfahrungsweisen – und auch Wünschen.“ (Neusüß, Patriarcat, S.92; Laschitza, Die Welt, S.58)

Der Auftritt gab seinerzeit der Rez. und Margarethe von Trotta reichlich Diskussionsstoff, kreisten doch ihre Pariser Gespräche vor allem um Konzeptions- und Gestaltungsfragen für Trottas Filmvorhaben „Rosa Luxemburg“.

Ernst-Ulrich Huster, Professor für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Sozialpolitik an der Evangelischen Fachhochschule Bochum, fand N.s Ansichten wohl ebenfalls so interessant, dass er ein Geleitwort zur Nach-

auflage von 2013 schrieb. Darin skizziert er informativ Beweggründe und Begebenheiten des vielfältigen Umgangs verschiedener linker Enthusiasten in Westdeutschland mit Rosa Luxemburg. Beiläufig streift er auch deren gelegentliche Hoffnungen auf sozialistische Alternativen zum Kapitalismus. Auf jeden Fall hält er das vorliegende Buch nach wie vor für debattewürdig. Er hebt dazu erstens die kritische marxphilologische Arbeit über den Zusammenhang zwischen weiblicher Rolle, Hierarchisierung der Geschlechter und Unterdrückung menschlicher Entwicklungspotenziale von Frauen und Männern in der kapitalistischen Gesellschaft hervor. Zweitens unterstreicht er die kritische Bewertung linearer Fortschrittsgläubigkeit analog zur technischen und technologischen Entwicklung bis hin zur Entwicklung subtilerer Waffen und Bedrohungsarsenale. Aufmerksamkeit lenkt er drittens auf die vielen Anregungen zur Befreiung des Menschen aus seiner Rolle als erniedrigtes und geknechtetes Wesen, wie sie Marx in seiner Kritik an der Hegelschen Rechtsphilosophie vorgeschwebt habe. Es gelte, eine gerechte Bewertung und Förderung der handwerklichen, intellektuellen, sozialen, emotionalen und sonstigen Fähigkeiten von Männern und Frauen anzustreben.

Um einer menschenwürdigen Zukunft willen müsse weiterhin darum gerungen werden, Fragen zu beantworten, die auch N. bewegt hätten: Welche Umwälzungspotenziale tragen bestehende Verhältnisse in sich? Wer bestimmt, was objektiv und was subjektiv ist und welche Interessen davon legitim und welche illegitim sind? Wie kann Interessenvielfalt der unterschiedlichen Menschen zusammenge-

führt werden? Erweist sich der Sozialstaat, den N. dem sozialen Kompromiss von Lohnarbeit und Kapital zuordnet, wirklich nur als Illusion? Zu Recht beendet H. sein Geleitwort vom Juni 2013 mit der Aufforderung zum Disput: „Aus kapitalistischen Ausbeuterstrukturen – national und weltweit – kann man sich nicht herausschleichen, herauftheoretisieren, herauskritisieren, aber diesen Prozess tragen immer konkrete Menschen, die heute und morgen leben wollen. Denn nur so können sie die Potenziale in sich erhalten und weiterentwickeln, vielleicht sogar emanzipativ nutzen. Auch der Sozialstaat braucht sein objektives Element, sonst trägt er nicht – wie am Ende von Weimar. Und die Folge war – mit den Worten von Rosa Luxemburg – nicht Sozialismus, sondern Barbarei. An der Sozialstaatskritik von Christel Neusüss kann man nicht einfach vorbeigehen, vieles sieht sie richtig. Aber ihre Alternative ‚sozialistische Umwälzung‘ könnte auch bloß eine neue linke Variante des Neukantianismus sein. Der Streit darüber lohnt, auch und gerade, um daraus zu einer emanzipatorischen Perspektive für die Gesellschaft zu gelangen! Aber damit beginnt – mit Marx – die ‚alte Arbeit‘ wieder von Neuem.“ (S.XXXI)

N. gesteht dem Manne Karl Marx Teilerkenntnisse über die kapitalistische Gesellschaft zu, sie rechnet der Frau Rosa Luxemburg Teilerkenntnisse im Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus an, ihr Buch ist ein eigenartig widersprüchlicher Versuch der Annäherung an beide. Auf das Echo seiner Nachauflage, 25 Jahre nach dem Tod der Autorin 1988, darf man gespannt sein. *Annelies Laschitzka*

Herfried Münkler: Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918 (Sachbuch RB, 720), Rowohlt Verlag, Berlin 2013, 924 S., ISBN 978-3-87134-720-7

Der Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler, bekannt geworden durch Publikationen zu den sogenannten „neuen Kriegen“, hat ein voluminöses Überblickswerk zum Ersten Weltkrieg vorgelegt.

Die derzeit vieldiskutierte Frage nach der Verantwortung für den Kriegsausbruch nimmt erwartungsgemäß breiten Raum ein. M. plädiert für eine Verteilung der Verantwortung auf viele Schultern. Demnach fehlte es den maßgeblichen Akteuren aller Großmächte an „Weitsicht und Urteilskraft“ (S.14). M. betont die Irrationalität ihrer Handlungen, welche durch militär- und wirtschaftsstrategische Ängste bedingt gewesen seien. So fürchteten sich die Deutschen vor der Einkreisung und andere Mächte wie Russland, Frankreich und Österreich-Ungarn vor drohender Marginalisierung. Letztlich, so könnte man seine Einschätzung zusammenfassen, war Europa also doch ungewollt in die – vermeidbare – Katastrophe hineingeschlittert.

Und mehr noch: Die Politiker werden nicht nur durch die erheblichen Eingriffe der Militärs auf den Gang der Ereignisse entlastet, auch ein weiterer Grund für die Eskalation wird angeführt. Es sei nicht zuletzt der „Einfluss der Straße“ (S.778) gewesen, der den Eliten eine friedliche Beilegung der Julikrise (und ab 1915 die Aufnahme von Friedensverhandlungen) verbaut habe. Dieses Argument ist ebenso überraschend wie falsch. Vielmehr haben Forscher in den vergangenen Jahren klar nachweisen können, dass

sich die nationalistische Kriegsbegeisterung auf recht überschaubare Kreise beschränkte. Und der Autor selbst stellt in anderem Zusammenhang heraus, wie gering der tatsächliche Einfluss der radikalen Rechten, etwa der Alldeutschen, gewesen sei.

Die Behandlung der Kriegsschuldfrage krankt aber auch daran, dass sich M. zu sehr auf Deutschland konzentriert. Das ist ein Schwachpunkt, der sich im Übrigen durch den ganzen Bd. zieht. Der Untertitel erweist sich damit als unpassend, verspricht er doch eine viel breitere Perspektive. Nicht nur der Kolonial- und der weltweite Seekrieg geraten allzu sehr ins Abseits, auch über die inneren Entwicklungen der Entente-Nationen erfährt der Leser wenig.

Bezüglich der Kriegszieldiskussion lässt sich eine ähnliche Eingrenzung beobachten, kommen im entsprechenden Abschnitt doch fast nur deutsche Stimmen zu Wort. M. erkennt hier, in expliziter Abgrenzung gegenüber Fritz Fischer, weder einen konsistenten Plan noch überhaupt eine Kriegsursache an. Die Kriegszieldiskussion gerät bei ihm lediglich zu einer nachträglichen, inhaltlich beliebigen Sinnstiftung: „Die Ursache dieser Sinnsuche war der Mangel an politisch (oder ökonomisch) überzeugenden Gründen, überhaupt einen Krieg zu führen.“ (S.217) Mögliche imperialistische Motive werden zwar beiläufig erwähnt, fallen aber dann doch unter den Tisch (S.94f.). Das findet seine Fortsetzung in der Darstellung einzelner Äußerungen. Ausführlich geht M. auf die intellektuellen Sinnstiftungsversuche der Akademiker und Künstler ein, erwähnt aber die Eingaben und Konzepte der Wirtschaftslenker nur in einem einzigen Satz. Ange-

sichts der vorliegenden, umfangreichen Forschung zum Thema bewegt sich der Autor damit hart an der Grenze zur bewussten Verzerrung.

Enttäuscht werden auch die Leser, die eine eingehende Behandlung der Arbeiterbewegung erwartet haben. M. belässt es hier bei knappen Hinweisen. So stellt er zutreffend fest, dass die Reichsleitung bewusst und sehr geschickt darauf hinarbeitete, Russland als den eigentlichen Aggressor erscheinen zu lassen, um die Sozialdemokratie in den Burgfrieden einbeziehen zu können. Ebenfalls plausibel ist die Bewertung, nach dem Einlenken der Gewerkschaften habe die SPD einen Generalstreik gar nicht mehr ausrufen können. Ob das aber zwangsläufig auf eine Zustimmung zu den Kriegskrediten hinauslaufen musste, diese Frage bleibt offen bzw. wird gar nicht erst gestellt.

Die sozialen Verwerfungen des Krieges werden zwar durchaus geschildert, allerdings kommen die darauf aufbauenden Widerstandsaktivitäten deutlich zu kurz. So werden beispielsweise die Massenstreiks vom April 1917 nur in einem Halbsatz abgehandelt (S.588). Treffend erscheint dagegen die Beobachtung, dass sich die russischen Meutereien 1917 von den etwa zeitgleichen in Frankreich und Italien vor allem dadurch unterschieden, dass ersteren ein Brückenschlag zur ebenfalls aufbegehrenden Arbeiterschaft gelang. In den durch die Versorgungsengpässe hervorgerufenen Lebensmittelunruhen vermag M. dagegen nur einen „Zusammenbruch der zivilisatorischen Standards“ zu erkennen (S.564). Das ist dann doch ein bisschen wenig, zumal auch die wachsende Opposition gegen den Krieg inner- wie außerhalb der organisierten Arbeiterbewegung kaum

thematisiert wird. Und schließlich vermisst man eine Begründung, warum es sich bei dem Befund, nach dem Krieg hätten sich die alten Eliten im Verbund mit sozialdemokratischen Funktionären und Freikorps gegen die revolutionären Massen gestellt, um eine „Revolutionslegende“ handelt (S.727).

Zu den gelungenen Abschnitten des Bd. zählen die Darstellung und Bewertung einzelner militärischer Operationen, beispielsweise die der letzten deutschen Großoffensive im Frühjahr 1918 an der Westfront. Hierzu erfährt der Leser nicht nur, welche Optionen im deutschen Hauptquartier diskutiert wurden, sondern auch viele militärische Details, etwa bezüglich der taktischen Innovationen. M. kommt zu dem überzeugenden Urteil, dass die Offensive zwar ein taktischer Erfolg, aber eine strategische Niederlage war. Ähnlich erhellend sind die Ausführungen zum U-Boot-Krieg und zu den „Entscheidungsschlachten ohne Entscheidung“ des Jahres 1916 an der Westfront.

Man merkt dem Bd. jedoch an, dass sein Autor in der Ideengeschichte zuhause ist und seinen Blick primär auf gesellschaftliche Eliten richtet. Soziale und wirtschaftliche Strukturen oder politische Bewegungen von unten sind seine Sache nicht. Das gilt auch für die Verarbeitung der Kriegserfahrungen, für die ausgiebig einzelne literarische Quellen wie Ernst Jüngers „In Stahlgewittern“, aber nur cursorisch Berichte einfacher Soldaten oder Angehöriger der arbeitenden Bevölkerung herangezogen werden. Damit einher geht ein starker Hang zur Personalisierung, wie bei dem immer wieder aufgegriffenen und dadurch überbewerteten Werdegang des Duos Hindenburg-Ludendorff.

Einige Passagen zu scheinbaren Randthemen lesen sich mit Gewinn. So etwa zu Alltag und Hygiene im Schützengraben oder zur Prostitution hinter der Front. Dabei wird deutlich, wie detailliert der Kriegsalltag der Soldaten reglementiert und wie sehr die Heeresorganisation auch in solchen Punkten von sozialen Spaltungen gekennzeichnet war.

Insgesamt bleibt ein zwiespältiger Eindruck. Die partiell überzeugenden und oft detailreichen Ausführungen, die informativen Fotos und Karten sowie der flüssige Stil können nicht über die erheblichen Mängel hinwegtäuschen: Wichtige Aspekte bleiben unberührt und viele Bewertungen sind mindestens fragwürdig. Der Meinung von weiten Teilen des deutschsprachigen Feuilletons, mit diesem Bestseller liege ein neues Standardwerk zum Ersten Weltkrieg vor, kann sich der Rez. daher nicht anschließen. *Axel Weipert*

Karl Christian Führer u. a. (Hrsg.): Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920 (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A, 44), Klartext Verlag, Essen 2013, 466 S., ISBN 978-3-8375-0323-4

Der hier anzuzeigende Bd. geht zurück auf zwei Tagungen in Bochum und Hamburg an der Jahreswende 2008/2009 und versammelt 21 Aufsätze namhafter Historiker. Der Titel ist jedoch in doppelter Hinsicht unglücklich gewählt, weil regional schwerpunktmäßig die Ereignisse im Ruhrgebiet und thematisch vor allem gewerkschaftliche Fragen behandelt werden. Sehr zu loben ist aber der grundsätzlich brei-

te Ansatz, der es erlaubt, auch die Vor- und Nachgeschichte der Revolution, Gegenspieler der Arbeiterbewegung und internationale Perspektiven einzu- beziehen. Angesichts der vielen Themen können im Folgenden nur einige Punkte exemplarisch herausgegriffen und kommentiert werden.

Da die Hamburger Konferenz explizit das Stinnes-Legien-Abkommen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften zum Thema hatte, widmen sich einige Autoren ausführlicher diesem Aspekt der Revolution. Dabei werden durchaus disparate Einschätzungen deutlich. So, wenn das Abkommen vom November 1918 von Walther Müller-Jentsch als „Elitenkonsens“ (S.85), von Klaus Schönhoven mit Blick auf sein Scheitern als „kein belastbarer Grundkonsens“ (S.71) eingeschätzt wird. In den meisten Beiträgen wird jedoch der Vorbildcharakter des Klassenkompromisses, wie er in der Zentralarbeitsgemeinschaft im Besonderen und den Revolutionsergebnissen im Allgemeinen zum Ausdruck kam, festgehalten. Beispielsweise bei Jürgen Mittag, der diese Kompromisse – wohl mit Blick auf die BRD – für „wegweisende Schritte“ hält (S.236).

Damit einher geht eine fast durchgängige Geringschätzung der Rätebewegung. Deren alternative Bestrebungen werden beispielsweise von Rudolf Tschirbs als „sozialromantisch“ und – im gleichen Satz – „tagespolitisch“ motiviert abqualifiziert (S.267). Müller-Jentsch dagegen unterstellt ihr ohne nähere Erläuterung, sie habe eine „Räterepublik nach sowjetischem Muster“ angestrebt (S.86). Willy Buschak attestiert Richard Müllers Rätekonzept fehlende Konsistenz (S.153f.). Manches davon klärt sich allerdings praktisch

von selbst, wenn man die seinerzeit angedachte, zeitlich abgestufte Umsetzung des „reinen Rätessystems“ in Rechnung stellt.

Auch andere Bewertungen laden zu Widerspruch ein. Knud Andresen fällt beispielsweise über die Arbeiterjugendorganisationen das deutlich überspitzte Urteil, sie hätten in der Revolution „keine besondere Rolle“ gespielt (S.157). Das ist ein selbst für die SPD-nahe Arbeiterjugend allzu harsches Verdikt, für die radikalere Freie Sozialistische Jugend gilt das noch viel weniger, wie ihre vielfältigen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen beweisen. Die generell starke Beteiligung der Jugend am Novemberumsturz wie auch später bei Streiks, Demonstrationen und bewaffneten Kämpfen sollte eigentlich bekannt sein.

Die Beiträge von Wilfried Rudloff, Buschak und Ottokar Luban thematisieren in unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen einen für die Gewerkschaften dieser Zeit sehr wichtigen Punkt: Die Entfremdung zwischen weiten Teilen der Mitgliedschaft und dem Funktionärsapparat. Luban zeigt überzeugend, wie sich diese „Legitimitätskrise“ (S.132) schon in den Massenstreiks im Krieg manifestierte. R. wiederum belegt, wie sich auf dem Feld der Kommunalpolitik unterschiedliche Erfahrungen zu konträren Haltungen transformierten. Während sich die Funktionäre durch die Übernahme kommunalpolitischer Aufgaben in den Jahren 1914-18 dem Staat annäherten, entfremdeten sich die Mitglieder an der Basis von ihm, er verlor ihnen gegenüber „nahezu restlos“ (S.119), was er an Autorität und Legitimität besessen hatte. Mit der Kritik an den sozialdemokratischen Gewerkschaften ging, gera-

de im Ruhrgebiet unter den Bergarbeitern, zugleich ein Erstarren der Syndikalisten einher, wie Jürgen Jenko zeigt.

Die Aufsätze von Werner Plumpe und Klaus Wisotzky stellen eine wertvolle Ergänzung dar, ermöglichen sie doch eine Perspektiverweiterung hin zu den Gegnern der Revolution und ihren Motiven. Gerade P.s Darstellung des führenden Chemieindustriellen Carl Duisberg zeichnet detailreich nach, wie pragmatisch und taktisch flexibel die Unternehmer – freilich nicht alle – auf die Herausforderung durch die Revolution reagierten. Durch ihre „letztlich instrumentelle Bereitschaft zum Wandel“ (S.298) gelang es ihnen, wichtige Machtpositionen zu behaupten.

Wenig wusste man bislang über die Wahrnehmung der deutschen Revolution in der internationalen Arbeiterbewegung, vom russischen und österreichischen Beispiel vielleicht abgesehen. Jan Schmidt und Joachim Schröder haben sich aufgemacht, diese bedauerliche Lücke ein wenig zu schließen. Schröder zeigt anhand der Französischen Sektion der Arbeiterinternationale (SFIO), dass die Beziehungen der deutschen Arbeiterbewegung zum ehemaligen Kriegsgegner jenseits des Rheins durchaus eng waren. Einerseits gab es eine ganze Reihe personeller Kontakte, vor allem aber diente der SFIO die Haltung der deutschen Parteien gewissermaßen als Folie für ihre eigenen Strategiedebatten. Das Verhältnis der japanischen Arbeiterbewegung dagegen war, wie Schmidt nachweist, bei Weitem distanzierter. Das lag – neben der geografischen Entfernung – u. a. an einem gewissen Informationsdefizit aufgrund der in Japan rigiden Pressezensur, aber auch an der deutlich anders gelagerten Ideolo-

gie und Organisationsstruktur der japanischen Bewegung. Dadurch konnte sie die Entwicklungen in Deutschland weniger direkt auf sich selbst beziehen, als das in Frankreich der Fall war. Eine Erweiterung des Blickfeldes bieten auch die beiden letzten Beiträge. Klaus Tenfelde setzt sich mit der Erinnerung an die Revolution auseinander und kommt zu der Feststellung, der „Kampf um die Deutungshoheit [habe] bereits mit den Beerdigungen der Opfer eingesetzt“ (S.425). Während die linken Organisationen Gedenksteine aufstellten und Erinnerungsfeiern veranstalteten, setzte aufseiten ihrer Gegner besonders ab 1933 ein pompöser Kult ein, der sich besonders augenfällig am Essener Märzdenkmal zeigte. Gertrude Cepl-Kaufmann analysiert eine Reihe von literarischen Verarbeitungen der Revolutionsergebnisse im Ruhrgebiet. Sie kann zeigen, dass sich in einer Region ohne literarische Tradition eine ganz eigene ästhetische Form herausbildete, fernab von jedem avantgardistischen Anspruch. Diese Werke von Arbeiterschriftstellern waren dabei ebenso „schnörkellos“ wie „menschlich“ (S.451).

Der Sammelbd. reiht sich ein in eine seit mehreren Jahren wieder ansteigende Forschungskonjunktur zur Revolution nach dem Ersten Weltkrieg. Er bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte für eine Vertiefung des Wissens, eine thematische Verbreiterung des Diskurses und kontroverse Auseinandersetzungen. Und das ist uneingeschränkt zu begrüßen, nicht zuletzt mit Blick auf den bald anstehenden 100. Jahrestag der Revolution.

Axel Weipert

Gerhard Engel: Dr. Rudolf Franz 1882-1956. Zwischen allen Stühlen – ein Leben in der Arbeiterbewegung, edition bodoni, Berlin 2013, 206 S., ISBN 978-3-940781-46-8

Wer war Dr. Rudolf Franz? Welche Rolle spielte er in der deutschen Arbeiterbewegung? Die ersten Nachrichten vermittelte Gerhard Engel bereits in seiner Dissertation über Johann Knief in den 1960er-Jahren, jetzt ausführlicher in der Biografie „Johann Knief – ein unvollendetes Leben“ (2011). Hier sind über 30 Erwähnungen nachzuschlagen, sie betreffen alle die enge Freundschaft Kniefs mit Franz in Bremen 1910-1917. Eine erste biografische Skizze veröffentlichten Brigitte und Dieter Emig 1984 in: Rudolf Franz, die schönsten Märchen für die nationale Kinderwelt. Alle bisherigen Kenntnisse konzentrieren sich auf die Bremer Zeit. Was vorher war (Franz wurde 1882 in Köln geboren) und was nachher kam (er starb 1956 in Leipzig), hat Gerhard Engel in gewohnter akribischer Arbeit in Archiven und aus diversen Periodika erschlossen. Die entscheidenden Dokumente fand er im Stadtarchiv Leipzig (Personalakten R.F.), in denen die Lebensstationen verzeichnet sind. Relativ umfangreiche Akten, Briefe vor allem, liegen in der SAPMO/Bundesarchiv Berlin. So ermöglichte die Quellenforschung ein recht umfangreiches, detailliertes Lebensbild, wenn sie auch „nicht zuließ, alle Lücken zu schließen“ (S.10).

Geboren in bildungsbürgerlicher Familie, nahm F. seinen Weg über Gymnasien (Halberstadt, Wandsbek) und ein Studium der Germanistik, Philosophie, Kunst-, Musik- und Literaturgeschichte an den Universitäten

Bonn, Berlin und Marburg. Promotion 1907 zum Dr. phil. mit einer Dissertation „Der Monolog und Ibsen“. Er widmete sie Alfred Kerr und zeigte damit seine erste enge Verbindung zur literatur- und theaterwissenschaftlichen Szene in Berlin. Sehr früh schloss er sich der SPD an und wurde damit zum „schwarzen Schaf“ der Familie, er blieb auf Dauer bewusst „der verlorene Sohn“ (S.16, 50f.), der „Familiendissident“ (S.71). Erste journalistische Schritte in Berlin führten jedoch zu keiner Anstellung, „nichts Hinreichendes für den Lebensunterhalt“ (S.16). Das war auch in den folgenden Jahren nicht oder selten der Fall. Kontakte und Unterstützung fand er bei Konrad Haenisch, der in Dortmund die „Arbeiter-Zeitung“ leitete und bis zum 4.8.1914 ihm eng verbunden blieb, und einer weiteren Reihe sozialdemokratischer Journalisten. Er konzentrierte seine Arbeit auf das Feuilleton, Theaterkritiken, Kurzgeschichten und vor allem auf politische Satiren. Von heute aktuellem Interesse ist sein Eintreten für die Gleichberechtigung von Homosexuellen, gegen § 175. Kurzzeitig wirkte er an der Zentralen Parteischule der SPD in Berlin.

Nach seiner Heirat zog er 1908 nach Bremen, um dort eine Redakteurstelle an der „Bremer Bürger-Zeitung“, dem SPD-Blatt unter Leitung von Alfred Henke, zu besetzen, was allerdings misslang. Über Jahre arbeitete er eng mit Johann Knief zusammen, vor allem als Theaterkritiker.

Engel führt in einer „Auswahlbibliographie“ nicht nur die bisher erschlossenen Arbeiten von F. mit Titel auf, sondern er vermittelt auch deren wesentlichen Inhalt. Ein ganzes Kapitel ist der „Linksozialistischen Sati-

re“ gewidmet. Beispiele für politisch-satirische Gedichte sind in den „Leseproben“ zitiert. Hervorzuheben sind Franz' Schriften „Warum ich kein Sozialdemokrat bin“ (1910) und das satirische „Märchenbuch“ (1911, siehe oben), beide als Streitschrift gegen den „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ gerichtet. Politisch geriet F. bald „zwischen die Stühle“ (S.54), zwischen den Opportunismus des rechten Flügels und den linken marxistischen Flügel der Partei, der in Bremen mit Knief, Radek, Pannekoek u. a. eine Hochburg hatte. Eine lebenslange freundschaftliche Bindung kam mit Hermann Duncker zustande, treue Freunde waren ihm Franz Mehring und Wilhelm Pieck.

F. hatte sich in Bremen Ansehen als „gebildeter Buchautor, Feuilletonist und Kritiker“ erworben (S.67) und wurde am 1. Juli 1914 zum Feuilletonredakteur an den „Vorwärts“ nach Berlin berufen. Der 4. August 1914 entschied über die „Scheißkerle“ (so F.), die mit der deutschen Kriegspartei paktierten (S.70), und die „Initiatoren der Spartakusgruppe“, denen sich F. anschloss, den sog. „Eisbrechern“ (S.73) mit Mehring, Pieck, Duncker u. a. Vom Dezember 1914 bis Januar 1917 beim Militär, wurde ihm im März 1917 beim „Vorwärts“ gekündigt.

Er fand „einen neuen Stuhl“ bei der 1917 gegründeten USPD und im Frühjahr 1918 als Feuilletonredakteur bei der „Leipziger Volkszeitung“. In der Revolution 1918/19 wurde der Revolutionär F. kein Funktions- oder Mandatsträger. Engel betont, dass er zu den Urhebern der „Friedens- und Freiheitsfeier“ in der Silvesternacht 1918/19 im Leipziger Kristallpalast mit der Auf-führung von Beethovens 9. Sinfonie durch das Gewandhausorchester ge-

hörte; kaum jemand erinnert sich heute, dass die Arbeiterbewegung diesen Brauch hervorgebracht hat. Bald bildete F. mit Curt Geyer und Paul Böttcher „das linke Trio“ in der LVZ-Redaktion, gegen deren Mehrheit R.F. für die Verschmelzung der USPD mit der KPD eintrat. Er schied seiner kommunistischen Überzeugung gemäß aus der Redaktion aus. Und obgleich „die KPD in ihrer damaligen Gestalt [...] nicht nach meinem Geschmack“ war (S.92), gab er vom Oktober 1920 bis zum 30.9.1921 als Feuilletonredakteur ein „Gastspiel in der „Roten Fahne“. Er war von vornherein vom „Verdacht überschattet“, ein „potentieller Renegat“ zu sein (S.95); es sollte, so Engel, „das Ende seines Journalistenlebens werden“ (S.99).

Im Kapitel „Kommunistischer Feuilletonist und Kommunalpolitiker in Leipzig“ wollen wir nur F.s besonderen Einsatz für den sowjetischen Geiger E. Soermus und seine Tätigkeit als KPD-Stadtverordneter in Leipzig 1924-1926 hervorheben. Ansonsten lassen sich diese Jahre nur mit F.s Worten über die Tätigkeit in der Presse (und Politik) der KPD als „eine einzige ungeheure Enttäuschung“ (S.118) charakterisieren. Engel schreibt sehr treffend: „Die kommunistischen Zeitungen wandelten sich von informationsgestützten Meinungsbildnern auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens zu zentral gelenkten Instrumenten der Parteipropaganda und -agitation.“ (S.118) F. wurde im November 1926 aus der KPD ausgeschlossen und saß erneut zwischen allen Stühlen.

F. musste die Probleme eines ausgestoßenen parteilosen Marxisten meistern. Er wandte sich den Freidenkern und der antimilitaristischen Frie-

densbewegung zu, korrespondierte z. B. mit Martin Andersen-Nexö und machte Übersetzungen. Im September 1930 wurde er als „befristete Aushilfe im Fürsorgeamt“ der Leipziger Stadtverwaltung eingestellt. Diese „Karriere“ endete aber bereits am 4. April 1933, da er sich „für eine kommunistische Partei oder Organisation eingesetzt“ hatte (S.128). Über die Zeit der Diktatur und des Krieges schreibt er: „In der Nazizeit bin ich mit einem blauen Auge davongekommen.“ (S.129). Nach 1936 hatte er neun verschiedene Anstellungen „auf Zeit“.

Der Mai 1945 war auch für F. ein Befreiungsmonat. Er trat wieder in die KPD ein, wurde später SED-Mitglied. Aber sein verständlicher Wunsch, in der sich formierenden Presse mitzuarbeiten, zerschlug sich. Im September 1945 wurde er Sachbearbeiter im Kulturamt. Der „dilatatorische Umgang der KPD“ mit dem einsatzwilligen F. hängt „offenbar mit dem Odium des schon einmal Ausgestoßenen zusammen, das ihm bis zu seinem Lebensende anhaften sollte“ (S.133). Das Wort „offenbar“ Engels könnte man (leider) wohl durch „sicher“ ersetzen. Andererseits: „Auch Franz' Misstrauen und Argwohn gegenüber dem Parteikommunismus [...] hielten an.“ (S.153) Indessen waren seine Leistungen beim Neuaufbau des Museumswesens und bei den Vorbereitungen zum Goethe-Jubiläum 1949 herausragend; er musste aber weit unter seinen Möglichkeiten, einen eigenständigen Beitrag zum kulturellen Aufbau zu leisten, bleiben. Er schied am 30. September 1949 aus dem Dienst. „Mit einem Kopfbogenpapier ohne Anrede, Dank und Grußformel bescheinigte das Personalamt das Ausscheiden.“ (S.140)

Rudolf Franz lebte noch sieben Jahre in Leipzig. „Der nie angepasste Lin-

ke, nunmehr Mitglied der SED, ein ‚Aktivist der ersten Stunde‘, ein stets kritischer, unbequemer und hochgebildeter Intellektueller gehörte in der DDR nicht zu den Erinnerungswürdigen.“ (S.140) Er fand keinen sicheren Stuhl. In der „Partei neuen Typus“ misstrauten viele Funktionäre ohnehin den Intellektuellen. Umgekehrt vermochte es F. nicht, seine belastenden Erfahrungen in der Arbeiterbewegung zurückzustellen. Er arbeitete an seinen Erinnerungen, ordnete und vernichtete teilweise seinen Nachlass. Er war „bereits zu Lebzeiten dem Vergessen anheim gegeben“ (S.145). Rudolf Franz starb am 25. Oktober 1956 in Leipzig. Ein Nachruf oder eine Anzeige erschienen nicht.

Engel hat mit dieser Biografie dem Leben und Wirken von Rudolf Franz einen ihm gebührenden Platz in der Geschichte der Arbeiterbewegung geschaffen. Es steht zu hoffen, dass nunmehr in den entsprechenden Nachschlagewerken wie auch durch eine interessierte Leserschaft von ihm Kenntnis genommen wird. *Ingo Materna*

Sergej Slutsch/Carola Tischler unter Mitarb. von Lothar Kölm (Hrsg.): Deutschland und die Sowjetunion 1933-1941. Dokumente aus russischen und deutschen Archiven, Bd. 1: 30. Januar 1933-31. Dezember 1934, Teilbd. 1: Januar 1933-Oktober 1933, Teilbd. 2: November 1933-Dezember 1934. Im Auftrag der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen, Oldenbourg Verlag, München 2014, X, 1553 S., ISBN 978-3-486-71295-7

Nach einer Publikation von Bernd Bonwetsch und Sergej Kudrjaschow, die die Dokumentenedition zu den Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland 1933 bis 1941 mit neuen Dokumenten aus dem Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation begann (Moskau 2009), wurde die Aktenerschließung im Auftrag der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen durch ausgewiesene Spezialisten auf dem Gebiet nun fortgeführt. 2008 war die Sperrfrist für die in Frage kommenden Dokumente abgelaufen. – Im Vorwort zu der oben genannten Edition hatten Bonwetsch und Kudrjaschow u. a. gegen die von Slutsch 2006 aufgestellte These polemisiert, Stalin habe die Zusammenarbeit mit Deutschland auch nach der Machtergreifung durch Hitler unter allen Umständen fortsetzen wollen und sei bereit und willens gewesen, die Deutschen dazu zu zwingen (Vestnik Prezidenta RF, 2009, S.17).

Nun liegt eine Edition vor, die zur Fortsetzung dieser Debatte über die Motive und Pläne des „zynischen Machtstrategen im Kreml“ (Jörg Babrowski) beitragen kann. Auch wenn die Motive und Pläne in der ausführlichen Einleitung zum ersten Bd. der auf vier Bde. angelegten Edition eher marginal abgehandelt werden, hat sich das Warten auf die beiden Teilbde. mit Dokumenten aus russischen und deutschen Archiven dennoch gelohnt.

Sie enthalten 565 einander ergänzende Dokumente aus fünf Moskauer und sechs deutschen Archiven. „Das Neuartige an der vorliegenden Edition ist [...] die Betrachtung der Beziehungen in ihrer Gesamtheit. [...] Die Auswahl der Dokumente erfolgte un-

ter dem Gesichtspunkt, dass sie in ihrer Gesamtheit sowohl den Fortgang der Ereignisse und die Hintergründe beleuchten als auch in der erreichbaren Vollständigkeit und Dichte die Spannweite der Beziehungen darlegen.“ (Bd. 1/1, S.VIII) In der ausführlichen, leistungswerten Einleitung wird die Ausgangssituation der deutsch-russischen Beziehungen skizziert und ein die Öffnung der sowjetischen bzw. russischen Archive einschätzender Forschungsüberblick gegeben. Die in den Dokumenten genannten beteiligten Diplomaten, Partei- und Wirtschaftsfunktionäre werden vorgestellt.

Das Fazit fällt indes ernüchternd aus: Die Archivbestände sind entweder überhaupt nicht (S.43) oder nur „selektiv“ zugänglich, die Forschungslage zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges immer noch „unausgewogen“ (S.15), die Rolle der sowjetischen Institutionen wie des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten „nicht eindeutig geklärt“ (S.19), die Frage nach den Motiven Stalins und der sowjetischen Führung, diese oder jene Entscheidung zu treffen, „schwierig zu beantworten“ (S.27). Schon daher lohnt der von den Hrsg. unternommene „Blick hinter die Kulissen“ (S.44-46). „Die hier präsentierten Dokumente vermitteln weit stärker als bisher einen Eindruck davon, wie bestimmte Vorhaben in Moskau und in Berlin zustande kamen.“ (S.44)

Ein Sachregister (S.1547-1553) mit 58 Stichworten von „Außenpolitische Grundlinien“ bis „Wissenschaftsbeziehungen“ erleichtert die weiterführende Recherche. Außerordentlich aufschlussreich – um nur ein in den Dokumenten angesprochenes Thema aufzugreifen – sind die wechselseitigen

Beschwerden über die Aktivitäten der Emigranten. Die sowjetische Seite beschwerte sich über die Unterstützung von „Nichtrückkehrern“ und „Weißgardisten“ in Deutschland, die deutsche Seite über die Duldung der Ausfälle kommunistischer deutscher Emigranten in der Sowjetunion gegen deutsche Regierungsmitglieder.

Einige der vorgestellten Dokumente enthalten Hinweise auf Lebenswege deutscher Emigranten. Ende Oktober 1934 beispielsweise erhielt der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Maksim eine Information über die Verhaftung deutscher Angestellter der sowjetischen Botschaft in Berlin. Namentlich werden Findeisen, Neitzke und Feuerhardt (hier handelt es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um Friedrich Feyerherd) genannt (S.1402f.). Nach ihrer Entlassung zogen sie es vor, in die Sowjetunion zu emigrieren, wo sie in den Jahren des Großen Terrors als „deutsche Spione“ verhaftet, zum Tode verurteilt und erschossen wurden. In diesen und vergleichbaren Fällen wäre im Personenregister ein Hinweis auf die Verhaftung durch das NKWD angebracht. Als angeblicher Agentenführer wird in den von Alexander Vatlin ausgewerteten Strafakten der in Moskau verhafteten deutschen Kommunisten Arnold Metzger genannt, hier im Buch erscheint er als Mitarbeiter der Wirtschafts- und Kulturabteilung an der Deutschen Botschaft in Moskau August Metzger (S.707).

Die Führungsmitglieder der KPD hatten Ende 1934 andere Sorgen, als sich um ihre in Moskau eingetroffenen Genossen zu kümmern. Am 16. November 1934 schrieb Pieck an Stalin (der Brief ist in dem vom Bonwetsch und Kudrjaschow herausgege-

benen Bd. nachlesbar) und bat diesen, in den Streit zwischen den Führungsmitgliedern Schubert, Dahlem, Florin und Schulte auf der einen und ihm und Ulbricht auf der anderen Seite einzugreifen. Die vier von Pieck genannten Führungsmitglieder traten als Verteidiger der Linie Thälmanns auf und wiesen die Auffassungen der Minderheit über die Gestaltung der Einheitsfront als Rechtsabweichung zurück. Piecks Meinung nach waren die wenigen, 1928 in das Zentralkomitee gewählten Aktiven, nicht in der Lage, die richtige Entscheidung zu treffen. Stalin wandte sich nicht sofort der „Lösung“ dieses Problems zu. Chronologisch gesehen, fällt die Episode in die Zeit, die die Folgebde. abdecken sollen. Der Darstellung und Dokumentation der nach dem Reichstagsbrand ausgetragenen Konflikte auf allen von T. und S. vorgestellten Ebenen in der Zeit zwischen dem VII. Weltkongress der Komintern und dem „Nichtangriffspakt“ darf man mit Spannung entgehen.

Wladislaw Hedeler

Rudolf Hamburger: Zehn Jahre Lager. Als deutscher Kommunist im sowjetischen Gulag. Ein Bericht, hrsg. von Maik Hamburger, Siedler Verlag, München 2013, 239 S., ISBN 978-3-8275-0033-5

Die Städte Karaganda, Saratow und Solikamsk sind Historikern und Lesern, die sich für die Geschichte der Sowjetunion interessieren, als Zentren der Industrialisierung und Neulandgewinnung sowie als Lagerorte bekannt. Aus dem Karlag in Kasachstan gingen regelmäßig Häftlingstransporte nach Solikamsk an der Kama, wo ständig Ar-

beitskräfte auf den Baustellen des Zellulosekombinats benötigt wurden. Rudolf Hamburger (3.5.1903-1.12.1980) arbeitete zwischen 1943 und 1952 als Häftling auf diesen Inseln des „Archipel Gulag“. Er beschreibt die Stationen seiner Gefangenschaft im nunmehr vollständig veröffentlichten Bericht (ein Vorabdruck erschien in der Zeitschrift „Sinn und Form“) über die Haft in russischen Arbeitslagern, den sein Sohn Michael P. (Maik) Hamburger (geb. 1931) hrsg. und mit einem Nachwort versehen hat. Das Buch gehört in die Reihe der in den letzten Jahren publizierten Berichte Deutscher über ihre Haftjahre in der Sowjetunion (siehe Wladislaw Hedeler: Die späte Rückkehr der Exilanten aus der UdSSR. Eine Generation auf Spurensuche, in: Initial, Berliner Debatte, 2014, H. 2, S.147-156).

Wären die Erinnerungen seiner geschiedenen Frau Ursula Kuczynski alias Ruth Werner nicht 1977 in der DDR erschienen, hätte Rudolf Hamburger auch weiterhin über seine Jahre in der Sowjetunion geschwiegen, vermutet der Sohn. In „Sonjas Rapport“ heißt es, Hamburger sei später ein Kommunist geworden, „der seine Treue zur Partei und der Sowjetunion viele Male bewiesen hat“. Darüber soll der Vater „hochgradig verärgert“ gewesen sein (S.238). „Die Lageraufzeichnungen dürften in den siebziger Jahren entstanden sein. [...] Aufgrund der stilistischen Formung und Detailfülle ist zu vermuten, dass dieser Bericht auf früheren Notizen oder einer Rohschrift fußt. [...] Vermutlich war ich der Einzige in der DDR“, schreibt der Sohn, „der den Bericht zu Lebzeiten des Verfassers zu lesen bekam.“ (S.231f.)

Das stimmt offenbar nicht, wie überhaupt an konkreten Angaben zur

Entstehungsgeschichte des Textes auffällig wenig mitgeteilt wird. Bei der Buchvorstellung im Juni 2014 im Rosa-Luxemburg-Salon in Berlin berichteten angereiste Freunde Rudolf Hamburgers, sie hätten 1975 ein ca. 60 Seiten umfassendes Manuskript von Lea Grundig zum Lesen erhalten. Es muss sich hierbei um einen ersten Entwurf der Erinnerungen gehandelt haben. Hatte Hamburger seinen Text weitergereicht? Er soll ihn unter Pseudonym in der Bundesrepublik und in den USA zur Veröffentlichung vergebens angeboten haben (S.238). Historiker wissen – im Unterschied zu Maik Hamburger – von größeren Aktenbeständen im Archiv des vormaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR zur Person „Sonjas“, darunter einem umfassenden Bericht, der etwa zeitgleich mit dem ersten Entwurf von Hamburgers Lagererinnerungen entstand. Aktenrecherchen gingen mit der Herausgabe der Erinnerungen aber nicht einher.

So erfährt man auch wenig Konkretes darüber, warum Hamburger, nach einer kurzer Inhaftierung durch die Amerikaner im Irak 1943 des Landes verwiesen, in die Sowjetunion ging. Er wurde dort als vermeintlich feindlicher Spion verurteilt, nachdem er mit der Kundschafterin „Sonja“ mehrere Jahre in China, Polen und der Schweiz gelebt und, was sie nicht wusste, später mehrere Jahre im fernen und mittleren Osten für die sowjetische Militärabwehr gearbeitet hatte. Sein Sohn beschreibt ihn im Rückblick als ahnungslos, unerfahren und vom Pech verfolgt (S.222). Weil er weder die russische Sprache „geschweige denn die den Einheimischen vertrauten Codes und Signale“ versteht (S.224), kommt der Untersuchungshäftling nach neun Monaten als

„für die Gesellschaft gefährliches Element“ mit einem „milden“ Urteil von fünf Jahren davon. Er wundert sich, wieso ihn die Mitgefangenen zu diesem Strafmaß beglückwünschen. - Auf den Bericht über die Haft und den Transport ins Lager folgt eine Skizze über die Arbeit in einer Bauprojektierungsbrigade des Lagers Saratow.

Hamburgers Beobachtungen über das unmenschliche Lagerleben und die Gesetze, nach denen die Lagergesellschaft lebt, sind präzise, seine Beschreibungen ergreifend. Er erkennt das Ausgeliefertsein der politischen Häftlinge, ihre Ausbeutung und Erniedrigung durch die Lageradministration und die Kriminellen. Als Funktionshäftling hat er mehr Chancen zum Überleben als seine Leidensgefährten. Er lernt schnell, wie man mit Kriminellen um- und der Lageradministration aus dem Wege geht. An die Welt außerhalb des Lagers denkt er nicht. Von einem Zuträger denunziert, wird er in einem Verfahren im Gefängnis von Saratow wegen antisowjetischer Propaganda verurteilt und muss nun die für politische Gefangene obligatorischen zehn Jahre verbüßen. Die neue Haftstrafe im Karlag tritt er kurz nach dem Sieg über Hitlerdeutschland im Mai 1945 an. Hier wird er wieder in ein Projektierungsbüro gesteckt. Zwischen Häftlingen und Zivilangestellten des Büros gibt es mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede, die Grenzen zwischen der Welt vor und hinter dem Stacheldraht verlieren in der Steppe an Bedeutung. Nach der Verurteilung seines Freundes gelangt Hamburger zur Einschätzung der Politischen als „feiges Pack“, das kein anderes Los verdient (S.124). Hamburgers Bemerkungen über die nicht genutzten Um-

erziehungspotenziale des Lagers bei der Vorbereitung der Häftlinge auf das Leben in Freiheit sprechen eine deutliche Sprache. Kurz vor Ablauf der Frist wird er erneut verlegt. Seiner Entlassung sieht er in einem Holzfällerlager entgegen. Der Bericht endet, wie er begonnen hat: Mit dem Gang durchs Lagertor. Allein, Hamburger steht jetzt die Zwangsansiedlung unter polizeilicher Aufsicht „auf ewig“ bevor. In „Freiheit“ findet der Architekt in seinem Beruf Arbeit.

Was dann folgt, ist im Bericht des Sohnes nachzulesen. „Ein zufällig gefundener Zeitungsartikel in der ‚Pravda‘ unterrichtet ihn über den Besuch einer Delegation der Deutschen Bauakademie in Moskau, dort stößt er auch auf den Namen Richard Paulick. Richard, sein Freund vom Studium her, ist also noch am Leben und in Ost-Berlin erreichbar. Rudolf Hamburger lässt ihm – natürlich illegal – eine Nachricht zukommen.“ (S.228) So beginnt 1955 die andere Geschichte, die der Heimkehr nach Deutschland, in die DDR. Hier angekommen, entscheidet sich Hamburger für Dresden, arbeitet wieder als Architekt. Das doppelt erfahrene Unrecht vor Augen, Verfolgung in der Sowjetunion und Restriktionen unter Schweigepflicht in der DDR, schwört er, nie zum Denunzianten zu werden. Er weigert sich, mit dem MfS zusammenzuarbeiten. Seine Kritik an Personen wandelt sich allmählich in eine Kritik am System. Daraus sei – mit den Worten des Sohnes gesagt – „Abstand zum erlebten Sozialismus“ geworden. „An der Idee“ habe er aber festgehalten (S.231). Während Ruth Werner mit „Sonjas Rapport“ eine regimekonforme eigene Legende verfasste, die das Schicksal ihres

damaligen Ehemannes Rudolf Hamburger völlig aussparte, setzte Brigitte Reimann ihm mit der Figur des Architekten Landauer in „Franziska Linckerhand“ (Berlin 1974) ein literarisches Denkmal. *Wladislaw Hedeler*

Ronen Steinke: Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht. Mit einem Vorwort von Andreas Voßkuhle, Piper Verlag, München-Zürich 2013, 348 S., ISBN 978-3-492-05590-1

Der ehemalige hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer (1903-1969) gehört zu den bedeutendsten Persönlichkeiten der deutschen Nachkriegsjustizgeschichte. Verbunden ist sein Name vor allem mit dem Frankfurter „Auschwitz-Prozess“ ab dem Jahr 1963, der gemeinhin als Wendepunkt in der juristischen Aufarbeitung der NS-Diktatur in der Bundesrepublik gilt. Ronen Steinke, Jurist und Journalist bei der Süddeutschen Zeitung, hat nun eine sehr lesenswerte Biografie Bauers vorgelegt.

S. folgt dem Lebensweg Bauers nicht chronologisch, sondern arbeitet mit Einschüben und Zeitsprüngen. Ziel des Autors ist es offensichtlich, auf diese Weise einige der Themen intensiver in den Blick zu bekommen, die für das Verständnis von Bauers Handeln während seiner Zeit als Generalstaatsanwalt zunächst in Braunschweig und dann in Frankfurt von Bedeutung waren. Dies betrifft zum einen das Verhältnis Bauers zum Judentum, zum anderen seine Sicht auf (strafrechtliche) Gerechtigkeit und die Möglichkeit, geschehenes Unrecht durch Gerichtsverfahren aufzuarbeiten. Bauer selbst habe seinen biografischen Hintergrund

als Jude und NS-Verfolgter als etwas empfunden, dass in der breiten bundesdeutschen Öffentlichkeit gegen ihn gewendet werden könne, um ihm die nötige persönliche Unabhängigkeit für die Strafverfolgung von NS-Tätern abzusprechen. Dass diese Sorge nicht aus der Luft gegriffen war, macht S. an verschiedenen Stellen im Buch durch Auszüge aus Schmähchriften und beschimpfenden Briefen an Fritz Bauer deutlich. Sehr vorsichtig versucht S., sich der Persönlichkeit Bauers zu nähern.

Er beginnt die Darstellung mit einer Szene im Frankfurter Gerichtsgebäude im Jahr 1960. Dort findet ein junger Agent des israelischen Mossad den Weg in Bauers Büro, um Unterlagen zu kopieren, die auf den argentinischen Aufenthaltsort Adolf Eichmanns hindeuten. Die sehr illustrative Beschreibung des Geschehens zum Einstieg soll die Außenseiterrolle Bauers im bundesdeutschen Justizbetrieb deutlich machen. Aus Misstrauen gegen eine von ehemaligen Nazis durchgesetzte bundesdeutsche Justiz und auf Grund seiner Erfahrungen mit den vielfältigen Strategien zur Verschleppung der Ermittlungen gegen NS-Täter habe er als einzigen sicheren Ausweg gesehen, die ihm vorliegenden Informationen zum Aufenthaltsort Eichmanns an den israelischen Geheimdienst weiter zu geben. Die Verhaftung Eichmanns sei damit ein Verdienst Fritz Bauers gewesen, das dieser vor der Öffentlichkeit habe geheim halten wollen. Erst nach Bauers Tod habe ein Vertrauter David Ben Gurions dieses Geheimnis gelüftet.

Anschließend wendet sich S. der Jugend Bauers zu. Fritz Bauer wurde am 16. Juli 1903 in Stuttgart geboren und wuchs in Tübingen auf. S. schildert die

Ambivalenz des Aufwachsens in einem durch und durch „deutschen jüdischen Milieu“. Der Glaube selbst habe für Bauer kaum eine Rolle gespielt, jedenfalls fänden sich auch später nur wenige Aussagen Bauers zu seiner Religiosität. Ausführlich schildert S. Bauers Studienjahre in einem von Nationalismus und Antisemitismus geprägten universitären Milieu in Heidelberg und München, wo er als Mitglied der jüdischen Studentenverbindung „Freie Wissenschaftliche Vereinigung“ bald zu den angesehensten Diskussionsrednern gehört habe. Bereits während der Studienzeit war Bauer auch Mitglied der SPD geworden.

Interessant und bislang öffentlich wenig beachtet ist Bauers intensives Engagement in der Württemberger Sozialdemokratie gegen Ende der Weimarer Republik. So hatte er von 1931 bis 1933 den Vorsitz des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Stuttgart inne. Als öffentlich auftretender Sozialdemokrat und Jude habe Bauer zu den Außenseitern in der noch weitgehend obrigkeitsstaatlich geprägten Richterschaft gehört. S. schildert die ersten Schritte Bauers im Justizsystem ausführlich. Bauer wurde zu Beginn seiner Laufbahn u. a. als Jugendrichter eingesetzt. S. schildert ihn hier als liberalen Juristen, der sich redlich gemüht habe, in seinen Urteilen auf die Persönlichkeit des Angeklagten einzugehen und vor allem präventive Aspekte zu berücksichtigen. S. verweist zudem darauf, dass Bauer sich auch im „Republikanischen Richterbund“, der nur wenige hundert Mitglieder umfassenden links-republikanischen Juristenvereinigung, engagiert habe. Bauers Stellung in der Justiz sei daher sehr angreifbar gewesen, weshalb er schon bald auf ei-

ne rechtspolitisch weniger interessante Stelle in der Zivilgerichtsbarkeit abgehoben worden sei.

Im Jahr 1933 wurde Bauer mehrere Monate im KZ Heuberg festgehalten, wo er u. a. auf seinen Württemberger Genossen Kurt Schumacher traf. S. zufolge war Bauer von der Standfestigkeit Schumachers tief beeindruckt. Während Bauer und andere inhaftierte Sozialdemokraten sich letzten Endes bereit erklärten, eine Loyalitätserklärung für das neue Regime abzugeben, habe Schumacher dies konsequent verweigert. 1936 sei die Situation für Bauer immer bedrohlicher geworden, so dass er nach Dänemark fliehen musste. Die Zeit im Exil schildert S. eher knapp. 1943 floh Bauer weiter nach Schweden, wo er sich unter anderem als Autor in der Zeitschrift „Sozialistische Tribüne“ betätigte.

Bereits kurz nach Kriegsende habe Bauer wieder Kontakt nach Deutschland aufgenommen und über verschiedene Kanäle versucht, wieder eine Anstellung im Justizdienst zu erhalten. Erst 1948 sei es ihm durch Vermittlung Schumachers gelungen, im niedersächsischen Justizdienst Fuß zu fassen und in der Folge zum Generalstaatsanwalt in Braunschweig ernannt zu werden. S. schildert ausführlich, wie Bauer bereits in Braunschweig versuchte, eine juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen in Gang zu setzen. Nach seiner Berufung als Generalstaatsanwalt nach Frankfurt am Main im Jahr 1956 habe Bauer dann gezielt einen Prozess vorbereiten können, der „der größte in der Geschichte der deutschen Strafjustiz“ (S.181) geworden sei: den Auschwitz-Prozess. S. schildert hier detailliert die Vorbereitung des Prozesses, den Bauer von Beginn an nicht nur als juristi-

sche, sondern auch als gesellschaftliche Aufarbeitung der NS-Verbrechen konzipiert habe. Daher seien bereits für den Prozessauftakt umfangreiche Gutachten zu verschiedenen Aspekten der Organisation des Holocaust in Auftrag gegeben worden. Ähnlich wie bei den Nürnberger Prozessen habe auch Bauer die Angeklagten exemplarisch herausgesucht, um die verschiedenen Zuständigkeiten im Vernichtungslager Auschwitz darzustellen.

Für die damalige Rechtsprechung war Bauer damit jedoch zu schnell. Sein Versuch, die Mittäterschaft der Angeklagten durch ihre jeweils individuelle Rolle als „kleines Rädchen“ einer großen Tötungsmaschinerie nachzuweisen, sei letztlich an der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs gescheitert. Dieser verlangte jahrzehntelang bis zum Verfahren gegen den ehemaligen KZ-Wächter Demjanjuk im Jahr 2011, dass jedem Angeklagten die unmittelbare Beteiligung an Tötungshandlungen nachgewiesen werden musste, und verurteilte ansonsten nur wegen Beihilfehandlungen. So fielen die Urteile im Auschwitzprozess letztlich recht milde aus.

Fritz Bauer wurde am 1. Juli 1968 tot in seiner Wohnung gefunden. Um die Todesursache ranken sich bis heute Gerüchte und Vermutungen, die bis zur Mord- oder Selbstmordthese gehen. S. hält sich mit einem Urteil zurück. Die Gesamtdarstellung legt nahe, dass er keiner der beiden Thesen folgen möchte. Mit dem vorgestellten Bd. liegt eine eingängige Darstellung von Leben und Wirken Fritz Bauers vor, die auch für die breitere Öffentlichkeit lesbar ist. S. versteht es zu schreiben. So arbeitet er mühelos mit Vor- und Rückblenden und bettet die gesamte

Darstellung auch gut in den jeweiligen zeitgeschichtlichen Kontext ein.

Thilo Scholle

Detlev Brunner/Udo Grashoff/Andreas Kötzing (Hrsg.): Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte, Ch. Links Verlag, Berlin 2013, 234 S., ISBN 978-3-86153-748-9

Als Christoph Kleßmann Anfang der Neunzigerjahre das deutsch-deutsche Geschehen der Nachkriegszeit als „asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte“ charakterisierte, war dies für die seriöse Forschung keine sensationelle Entdeckung, handelte es sich doch um das Naheliegende, das schwer zu machen ist. Aber er hatte – zumindest für fremdwortbewanderte Leser – die Sache auf den Begriff gebracht. Sein Ansatz fand viel Zustimmung, alle Autoren des hier zu besprechenden Buches beziehen sich darauf. Tiefgründig entsprochen wird ihm dennoch selten. Günther Heydemann sieht in seinem Vorwort in solchen Schwierigkeiten den Grund, weshalb in den jüngsten Forschungen zu deutsch-deutschen Geschichte „mikrohistorische Studien“ überwiegen.

Die Hrsg. erinnern in der Einleitung an die seinerzeit um Kleßmanns Anstoß geführten kontroversen Debatten und stellen die auf einen Workshop an der Universität Leipzig zurückgehenden Beiträge knapp vor. Schon hier wird deutlich, dass diese in mehr oder weniger peripheren Teilbereichen angesiedelt sind. Die zentralen Komplexe der sozialökonomischen und politischen Systemauseinandersetzung blei-

ben nicht nur ausgeblendet, es wird als eine offene Frage hingestellt, ob auf den klassischen Politikfeldern ein integrierter Forschungsansatz überhaupt möglich sei. – Möglich ist er schon, allerdings müssen dann das dominierende bundesdeutsche Geschichtsbild und die offizielle Erinnerungskultur der BRD gegen den Strich gebürstet werden.

Die in diesem Bd. vereinten Beiträge sind allesamt kenntnisreich geschrieben. Es sind auf gediegener Quellenbasis erarbeitete, exaktes Wissen vermittelnde Studien. Verflochtene Geschichte begegnet uns hier als Vergleich und Gegenüberstellung der Entwicklungen, Motivationen und Interpretationen in West und Ost wie auch als Interaktionen. Zweifellos bietet der Rückzug in die Mikrowelten neue Einsichten, vor allem wenn überprüft wird, inwieweit die zentralen Aspekte der Systemauseinandersetzung auf Teilbereiche durchgeschlagen haben. Aber zum Aufdecken historischer Wurzeln sowie Ursachen von Weichenstellungen und Entscheidungen, zur Klärung von Verantwortlichkeiten lässt sich auf diesem Wege nur wenig beitragen. Gleich gar nicht, wenn den Studien die von Enquetekommissionen, geldgebenden Stiftungen etc. gesetzten Leitlinien ungeprüft als gesicherte Erkenntnisse zu Grunde gelegt werden. Denn während die meisten Autoren argumentativ auf von der DDR beziehungsweise vom Warschauer Pakt ausgelöste Zuspitzungen der Ost-West-Konfrontation zurückgreifen, scheint es für sie von der Bundesrepublik und der NATO verursachte harte Tatsachen, die zur Forcierung des kalten Krieges und der deutschen Teilung geführt hatten, gar nicht gegeben zu haben. Allenfalls

registrieren sie deren randständige Auswirkungen.

In einer ersten Abteilung werden vier Aufsätze zu „Geschichte, Erinnerung, Kultur“ vorgestellt. Konkret geht es um die historischen Nationalmuseen (Andrea Brait), um das Luther-Jubiläum 1983 (Jan Scheunemann), um die Erinnerung an die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges (Arnd Bauerkämper) und um die Dokumentar- und Kurzfilmfestivals in Leipzig und Oberhausen, bei denen sich BRD und DDR in der politischen Einflussnahme gegenseitig überboten (Andreas Kötzing). Eine zweite Abteilung ist überschrieben „Von Deutschland nach Deutschland“. Hier findet sich ein Beitrag über das Notaufnahmegerät Gießen und die Auswertung eines Briefwechsels zwischen dem enteigneten Gutsherrn Bodo von Mierstedt mit einer früheren Hausangestellten sowie dem ehemaligen Revierförster (Ines Langelüdecke). Aspekte der Gesundheitspolitik sind Gegenstand der dritten Abteilung mit dem Titel „Zwei deutsche Körper?“. Hier werden die Aufgaben und Aktivitäten des Deutschen Hygienemuseums in Dresden und des Deutschen Gesundheitsmuseums in Köln verglichen (Christian Sammer). Zwei Beiträge behandeln vergleichend Prävention in Medizin/Psychologie. Der inhaltlich auseinanderdriftende Rest wurde unter die nichtssagende Überschrift „Wahrnehmung und Raum“ gepackt. Hier finden sich Studien über den Bau der Autobahn A24 zwischen Hamburg und Berlin, über lebensgeschichtliche Erfahrungen im Berliner Verflechtungsraum Friedrichshain und Kreuzberg und über westdeutsche Ansichten über die Planwirtschaft in der DDR. Wer der Schwarzweißmalerei

von zentralistischer Diktatur im Osten und dem Bild vom freiem Spiel der Kräfte in der westlichen Demokratie unkritisch erlegen ist, wird überrascht sein, wie viele Belege für den politisch motivierten Dirigismus bundesdeutscher Instanzen in konkreten Zusammenhängen aufscheinen.

Bei allem Respekt vor den in diesem Bd. dargebotenen Forschungsergebnissen – die Hrsg. und Autoren des nicht erwähnten profunden Handbuchs „Deutsche Zeitschichte“ (Clemens Burrichter/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan [Hrsg.]: Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik. Ein Handbuch, Berlin 2006) sind da in der Regel tiefer in die Problematik eingedrungen und haben ihre Anliegen methodisch besser gemeistert. Wäre es nicht an der Zeit, die Ignoranz gegenüber der DDR-Historiografie und ihren Forschungsergebnissen zu überwinden und auch die „asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichtsschreibung“ zur Kenntnis zu nehmen?

Günter Benser

Gudrun Hentges: Staat und politische Bildung. Von der „Zentrale für Heimatdienst“ zur „Bundeszentrale für politische Bildung“. Mit einem Vorwort von Christoph Butterwege, Springer VS, Springer Fachmedien, Wiesbaden 2013, 493 S., ISBN 978-3-531-18670-2

Nach dem ersten Weltkrieg musste der Kaiser gehen, die Weltkriegsgenerale, die Kriegsrichter, der militärische Geheimdienst blieben. Es blieb auch die wenig bekannte „Zentrale für Heimatdienst“. Sie war das zivile Pendant einer „Zentrale für Frontdienst“, die im

Auftrag der Heeresleitung „Aufklärungsarbeit unter den Truppen“ leistete. Später hieß das „vaterländischer Unterricht unter den Truppen“. Ein Leitsatz dazu bestimmte: „Bei Abhaltung des vaterländischen Unterrichts [ist] eine Diskussion nicht zugelassen.“ (S.14) Die psychologische und politische Aufrüstung des kaiserlichen Heeres richtete sich gegen Demokratisierungstendenzen, die von der Arbeiterbewegung ausgingen, und sollte das militärische Führungsprinzip stärken.

Seit 1916 richtete sich eine extra zusammengestellte „Deutsche Kriegswochenschau“ an Lehrer, Geistliche, Beamte und Mitglieder ziviler Berufsverbände. Seit 1917 fasste dann eine Zentralstelle des reichsamtlichen „Pressedienstes“ alle zivilen Pressestellen zusammen. Im März 1918, nach dem Schrecken über die russische Oktoberrevolution 1917 und den deutschen Munitionsarbeiterstreik vom Januar 1918, wurde für eine systematische politische Beeinflussung der zivilen Bevölkerung eine „Zentrale für Heimatdienst“ gegründet. Sie sollte sich an den „weniger standfesten Teil der Arbeiterschaft“ und an die „breiten Volksmassen, besonders in den größeren Städten“ richten, „deren innerer Halt durch den Krieg erschüttert“ worden sei, um eine Massenlegitimation für die Fortführung des Krieges zu schaffen und den „unbedingten Durchhaltewillen“ der Bevölkerung zu stärken. (S.14)

Nach Kriegsniederlage und Novemberrevolution erschien den Regierungen wie den Militärs die staatlich gelenkte politische Beeinflussung der Bevölkerung weiterhin wichtig zu sein und auch geeignet, sie bei der Abwehr der Folgen der Kriegsniederlage einzu-

setzen. Umbenannt in „Reichszentrale für Heimatdienst“ setzte die Institution ihre Tätigkeit unbeirrt fort, nach wie vor gegen die alten Kriegsgegner und nunmehrigen Siegermächte, gegen die Versailler Nachkriegsordnung und deren Grenzen. Sofern Nachkriegsgrenzen durch Volksabstimmungen festgelegt werden sollten wie z. B. in Oberschlesien oder im preußischen Regierungsbezirk Marienwerder, stand die „Reichszentrale“ bei der politischen Beeinflussung der Bevölkerung dieser Gebiete in vorderster Front. Daran sollte sich auch nach 1922 wenig ändern: Ihr Einsatz war ein Teil der Tätigkeit der Verbände des professionellen Grenz- und Auslandsdeutschtums. Sie unterstand der Reichskanzlei, in ihrem Kuratorium vertrat Goebbels die NSDAP. Als die Hitlerregierung im März 1933 ihr „Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda“ unter Joseph Goebbels bildete, wurde die Reichszentrale aufgelöst, ihr stellvertretender Leiter wechselte ins Goebbels-Ministerium und wickelte die nun überflüssig gewordene Einrichtung ab, deren Aufgabe nun im zentralen Maßstab und auf größerer Stufenleiter erfolgte.

An diese Tradition wollte 1949 der westdeutsche Separatstaat anknüpfen, konzeptionell und selbst personell und als Bekenntnis auch im Namen. Zwar war die BRD 1949 nicht souverän, sondern stand weiter unter Besatzungsrecht. Doch ihr Plan, eine eigene Institution für staatliche politische Bildung zu schaffen, richtete sich klar gegen das US-amerikanische Konzept einer Re-Education, obwohl der Anstoß für die Gründung einer solchen Institution gerade vom Office of Public Affairs, also einer von den USA gegründeten Einrichtung, ausgegangen war.

Hentges' Arbeit erfasst den Zeitraum von 1949/50 bis 1963. Sie analysiert und dokumentiert erstens die Entstehungsgeschichte, zweitens Struktur, Aufgabenstellung und Arbeitsweise und drittens die Funktionsweise der „Bundeszentrale für Heimatdienst“ und ihres Ostkollegs im kalten Krieg. Die Geschichte der politischen Bildung selbst und die damit zusammenhängenden Debatten über eine politische Pädagogik sind nicht ihr Gegenstand.

Bei den Debatten der Vorbereitungsphase 1949/50-1952 ging es vordergründig um Zuständigkeiten, Kompetenzkonflikte und Personalien, etwa beim Streit zwischen Innenministerium und Bundeskanzleramt um die Hoheit, in der Sache aber um das politische Konzept. H. analysiert, welche politischen Interessenvertreter jeweils mit welchem Konzept verbunden waren. Das US-amerikanische Konzept der Re-Education wurde von allen Fraktionen der deutschen Konservativen verworfen, sie favorisierten eine „instinktsichere Mobilisierung der Gefühle“ bzw. eine staatsbürgerliche Erziehung als „positiven Verfassungsschutz“ (S.142, 347). Bundeskanzleramt wie Innenministerium und andere gingen von einer zentral gesteuerten Regierungspropaganda aus und lehnten die Vorschläge der von den US- bzw. britischen Stellen initiierten Einrichtungen wie Office of Public Affairs bzw. Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheit ab. Zeitweise diente die „Zentrale für Heimatdienst“ sogar als Deckmantel für die Wiederaufrüstung.

1949 regte Konrad Adenauer für die zu schaffende Institution eine Neugründung jener „Reichszentrale für Heimatdienst“ an. Als Vorsitzenden schlug er seinen alten Kartellbruder Paul Fran-

ken vor. Dieser war Geschäftsführer des Katholischen Studentenvereins, bis zur Auflösung 1936. Der NSDAP trat Franken 1933 bei, 1937 wurde er wieder hinausgeworfen und wegen seiner Verbindungen zu katholischen Vereinen über ein Jahr in „Schutzhaft“ genommen. Danach war er für die Wehrwirtschaftsstelle München tätig, bis ihn die Abwehr in ihre Dienste nahm und 1943 als ihren Agenten zum Vatikan nach Rom schickte.

Franken trat nach 1945 der Entnazifizierung äußerst feindselig gegenüber, und dies nicht etwa deshalb, weil sie in Westdeutschland zur Farce wurde. Er begründete seine Angriffe rhetorisch mit dem angeblich moralisch ungerechtfertigten Anspruch der Antifaschisten, Richter über „meine Volksgenossen“ zu sein, und mit der Tatsache, dass die Spruchkammern und Ausschüsse von den Besatzungsmächten eingesetzt worden seien. Den kommunistischen Widerstand grundsätzlich zurückweisend und die Naziverbrechen den Verbrechen ihrer Kriegsgegner gleichsetzend, forderte Franken, dass der Entnazifizierung grundsätzlich das vor 1945 geltende Recht zugrunde gelegt werden müsse.

Die schließlich nach mehrjährigen Auseinandersetzungen um Zuständigkeiten, Aufgaben, Kompetenzen 1952 offiziell gegründete „Bundeszentrale für Heimatdienste“ knüpfte nicht nur verbal an ihre Vorgängerin aus Weimarer Zeiten an, sondern auch politisch. Die Bundeszentrale sollte erklärtermaßen zu politischem Handeln anregen, aber ausschließlich unter Anleitung der Regierung. Nicht Demokratie als Lebensform, sondern als Staatsform sollte propagiert werden, Kenntnisse über den Aufbau des Staates und die Funk-

tionsweise der repräsentativen Demokratie vermittelt werden. Die Verlautbarungen über die politische Bildung zur Demokratie blieben verbal, praktisch sollte die Zentrale von Anfang an ein Instrument der psychologischen Kriegsführung werden, und das wurde sie denn auch.

Die von H. aufgelisteten Referenten und Autoren dieser Bundeszentrale kamen aus dem Goebbelschen Propagandaapparat und nicht minder aus dem Sicherheitsapparat der Nazis. Einer ihrer wichtigsten Autoren wurde der estnische Faschist Hjalmar Mäe, ab 1941 der Hauptkollaborateur unter der Besatzung und 1944 für Goebbels Kronzeuge für ein faschistisches Europa. Auch der Naziautor und Kriegsberichterstatter Jürgen Hahn-Butry war ein häufiger Autor, ebenso Werner Rietz von der SS-Leibstandarte Adolf Hitler. Gerhard von Mende, ehemals Leiter der Führungsgruppe III Fremde Völker in Rosenbergs Ostministerium, galt als Experte für die „Judenfrage“, er trat im Ostkolleg der Zentrale hervor und galt über Jahre als dessen designierter Leiter. Weitere Dozenten des Kollegs waren Walter Schenk, ehemals Leiter des SD in Lwów (Lemberg), Siegfried Müller, Absolvent der SS-Führerschule der Sicherheitspolizei und Kriminalkommissar. Unter den Dozenten und Autoren, die die Bundeszentrale laufend für ihre Veranstaltungen heranzog, waren sehr viele Personen, die im Herrschaftssystem der Nazis, besonders in dessen Sicherheits- und dessen Besatzungsapparat leitende Funktionen innegehabt hatten, die in führender Funktion am Judenmord beteiligt waren (Schenk) und sich mit einem expliziten Antisemitismus profiliert hatten (Mende, Eberhard Tau-

bert). Entsprechend kam es immer wieder zum politischen Eklat.

Die Arbeitsteilung der Bundeszentrale mit anderen Propagandastellen in der BRD sah zunächst vor, dass das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen für die DDR sowie für „Theorie und Praxis des Bolschewismus“ zuständig war. Im März 1955 ordnete Staatsminister Ritter von Lex einen Paradigmenwechsel an. Lex war von 1951 bis 1956 Leiter der Prozessdelegation der Bundesregierung beim Karlsruher Prozess gegen die KPD, der bekanntlich mit deren Verbot endete. Am 21. März 1955 beauftragte Lex die „Bundeszentrale für Heimatdienst“, sich ab sofort des Themas „Infiltration kommunistischer Publikation in der Bundesrepublik“ anzunehmen. Im Laufe der folgenden Jahre gewann dieser Schwerpunkt so überragende Bedeutung für den „Heimatdienst“, dass er 1957 zur Gründung eines Ostkollegs führte, das dann jahrelang den Großteil der Ressourcen der Zentralstelle absorbierte. Faschismus und Judentum wurden als Themen der politischen Bildung marginalisiert.

In der Debatte um das Ostkolleg verschob sich die Aufgabenstellung noch einmal: Von der Zielvorgabe „positiver Verfassungsschutz“ und „Förderung des demokratischen Gedankens“ weg und hin zur „geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus“ (S.344), die fast ausschließlich auf der Agenda stand. Die Folge war, dass im Ostkolleg unter Gerhard von Mende noch mehr ehemalige Nazis als Referenten und Autoren konzentriert wurden als zuvor und dass nach 1957 die verschiedensten Geheimdienste häufig, unmittelbar und massiv Einfluss auf Thematik, Gestaltung und Personen

nahmen, so das Bundesamt für Verfassungsschutz, der Bundesnachrichtendienst und die CIA, und zwar inhaltlich wie finanziell. „Die Personalunion bzw. Schnittmengen zwischen dem Congress for Cultural Freedom und dem Ostkolleg dokumentieren eine sehr enge Kooperation und einen intensiven Abstimmungsprozeß.“ (S.443)

Die Autorin beschränkt ihre Arbeit auf die Jahre bis 1963, als die „Bundeszentrale für Heimatdienst“ in „Bundeszentrale für politische Bildung“ umbenannt wurde. „Es wäre jedoch vor schnell, aus der 1963 erfolgten Umbenennung ableiten zu wollen, daß sich die Bundeszentrale aufgrund des Wandels der Terminologie auch konzeptionell gewandelt hätte“ (S.447) – auch wenn sie in späteren Jahrzehnten ihre weiterwirkenden Wurzeln gern vergessen machen wollte.

Die Studie ist strikt aus den Quellen gearbeitet, die Autorin dokumentiert die von ihr eruierten Sachverhalte und Personalien nüchtern und zurückhaltend. Ihre Darstellung verdeutlicht die inhaltliche und personelle Kontinuität zwischen der nazistischen „Volksaufklärung“ und der offiziellen staatspolitischen Bildung des Rechtsnachfolgers des Nazistaates. Förderung des Bewusstseins für Demokratie und politische Partizipation? Davon kann keine Rede sein, von der heute beanspruchten wissenschaftlichen Solidität und Zuverlässigkeit der Informationen und Analysen der Bundeszentrale noch weniger.

Werner Röhr

Ernesto Harder: Vordenker der „ethischen Revolution“. Willi Eichler und das Godesberger Programm der SPD (Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, 95), Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2013, 227 S., ISBN 978-3-8012-4217-6

Die aus Ernesto Harders Promotionschrift hervorgegangene Veröffentlichung über Willi Eichler als Vordenker der „ethischen Revolution“ und dessen Anteil an der Ausarbeitung des 1959 verabschiedeten Godesberger Grundsatzzprogramms der SPD fußt auf einem umfangreichen Quellen- und Literaturstudium. H. nutzte alle ihm zugänglichen Bestände im Archiv der sozialen Demokratie, was ihm u. a. erlaubte, neue Erkenntnisse über die aktive Rolle Erich Ollenhauers bei den Vorarbeiten für das Godesberger Programm zu gewinnen. Er konnte Eichlers Weg vom bedingungslosen Anhänger der Nelsonschen Philosophie hin zum überzeugten Sozialdemokraten relativ problemlos darstellen.

In seiner Danksagung erwähnt H. neben anderen auch die Kollegen des Dietz Verlags und lobt deren hohe Professionalität. Da wäre besser Zurückhaltung am Platz gewesen, denn die Arbeit enthält ungewöhnlich viele – manchmal wörtliche – Wiederholungen sowie fehlerhafte und sogar unverständliche Sätze. So z. B., wenn es heißt: „Eichler hatte bereits am Ende der Weimarer Republik die Idee entwickelt, dass der Faschismus am besten von parteipolitisch neutralen, gewerkschaftlichen Organisationen durchgeführt werden würde.“ (S.65) Es hätte natürlich „bekämpft“ heißen müssen. Oder: „Schumacher untermauerte seine Einheitspolitik in Bezug auf

Deutschland als Ganzes und kritisierte die Westpolitik Adenauers, an der er vor allem den provisorischen Charakter bemängelte“ (S.116). Es war aber im Gegenteil so, dass Adenauer die Westbindung eben nicht als provisorisch ansah; und das kritisierte Kurt Schumacher, der nur ein künftiges einheitliches Deutschland für berechtigt ansah, die endgültige Form seiner Politik und Wirtschaft zu gestalten. Solche Fehler hätten sich bei einer gründlicheren Lektoratstätigkeit gewiss vermeiden lassen.

Nach einer knappen Einleitung beschreibt und analysiert der Autor in zwei Hauptkapiteln die beiden wichtigen, sich grundlegend voneinander unterscheidenden Lebensabschnitte Eichlers. Auf den Seiten 19 bis 98 geht es um Eichler als „Anführer eines sozialistischen Ordens“. Gemeint ist der von L. Nelson gegründete Internationale Sozialistische Kampf Bund (ISK), in dem Eichler rasch zum wichtigsten Mitarbeiter Nelsons aufgestiegen war und schließlich auch dessen Nachfolger wurde. Nelson vertrat die Ansicht, dass Grundwerte wie Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit in jedem Menschen verankert seien und dass man sie nur durch Reflexion und Gespräche zutage fördern müsse. Die Vernunftbegehung des Menschen werde eine Elite hervorbringen, die die Macht im Staat erobern und eine Regierung des Rechts und der Vernunft bilden werde. So entstehe eine Herrschaft der Weisen, bei der ein weiser Führer aufgrund seiner Schulung und seines Wissens fehlerfrei regiere. Das Zulassen demokratischer Regeln würde lediglich der Unvernunft Raum geben.

Der Zweite Weltkrieg führte Nelson dann zu der Schlussfolgerung, dass

ein politisches Engagement nur im Rahmen der sozialistischen Arbeiterbewegung infrage komme. Dabei gab Nelson sein antidemokratisches, elitäres Grundprinzip jedoch niemals auf. Der ISK blieb eine kleine Splittergruppe, die von den großen Abteilungen der Arbeiterbewegung gemieden wurde und z. B. bei der SPD sogar zu einem Unvereinbarkeitsbeschluss führte. Das Eliteprinzip des ISK und die damit verbundenen strengen Maßstäbe für das Verhalten der einzelnen Mitglieder (z. B. nicht rauchen, keinen Alkohol, vegetarische Ernährung, wenige oder gar keine persönlichen Bindungen) machten es allerdings möglich, sich besser als andere auf den Widerstand gegen den Faschismus vorzubereiten und effektiven Widerstand zu leisten. Eichler koordinierte diesen Kampf mit Umsicht und viel Mut aus dem Ausland, bis es der Gestapo dann doch gelang, die Widerstandsgruppen des ISK zu zerschlagen.

H. beschreibt, wie Eichler während der Zeit des Faschismus langsam spürte, dass die dogmatischen Prinzipien des ISK diesen in der Isolation beließen. Eichler begann, wenn auch sehr zögerlich, Verbindungen zu den großen antifaschistischen Parteien und Bündnissen zu suchen. Das 1937 publizierte Programm des ISK konterkarierte diese Bemühungen jedoch. Obwohl es die Bedeutung einer Einheitsfront gegen Faschismus (nebenbei: H. schreibt wirklich fast durchgängig „Faschismus“ und nicht „Nationalsozialismus“) und Kapitalismus hervorhob und dazu aufrief, die bisherigen Fehler der Arbeiterbewegung zu korrigieren, war dies nicht als Öffnung des ISK gegenüber anderen Organisationen zu verstehen. Es war vielmehr „als Einladung an alle Sozialisten und Sozialistin-

nen gedacht, die ihre Fehler eingesehen hatten und nun bereit waren, die richtigen Ideen beim ISK zu suchen und zu finden, nachdem sie ihre Organisationen verlassen hatten“ (S.74). Eichler versuchte noch in den Jahren des Krieges, das Scheitern der Arbeiterbewegung mit den Schwächen des Demokratieprinzips zu erklären. Gleichzeitig gehörte er zu jenen, die sich vehement für eine Ausgrenzung der Kommunisten aus der Einheitsfront aussprachen.

Das Jahr 1945 brachte dann die Kehrtwende im Verhältnis Eichlers zur SPD. Wollte er im Februar 1945 den ISK noch als eigenständige Partei in Deutschland revitalisieren, so löste er bereits im Dezember 1945 nach einem Kontakt mit Schumacher den ISK auf. H. versucht, diesen höchst überraschenden Schritt einigermaßen plausibel erscheinen zu lassen, was ihm jedoch nicht gelingt. Offenbar sind die Quellen nicht aussagekräftig genug, um eine ausreichende Erklärung zu liefern. Für H. ist der zentrale Punkt dieser Wendegeschichte eine schriftlich nicht belegbare Vereinbarung Eichlers mit Schumacher, die sich darauf bezogen haben soll, dass letzterer auf grundsätzliche Forderungen Eichlers einging. H. schreibt: „Den ISK-Mitgliedern wurde damit die Erlaubnis erteilt, einen Kader nach Nelsons Philosophie, mit einer eigenständigen Organisationsstruktur innerhalb der SPD aufrechtzuerhalten und auch neu auszubilden. All das ohne demokratische Legitimation und intransparent für andere SPD-Mitglieder – ein einzigartiges und ungewöhnlich weitgehendes Zugeständnis, das mit den Statuten der SPD [...] nicht in Einklang zu bringen ist.“ (S.94) Diese Geschichte ist schwer nachvollziehbar, zumal keinerlei Grund zu erkennen ist,

warum sich Schumacher zu einer solchen Vereinbarung hätte bewegen lassen sollen. Außerdem widerspräche eine solche Vereinbarung völlig Schumachers autoritärem Charakter.

Jedenfalls wurde der ISK nach der Entscheidung des Vorsitzenden Eichler ohne weitere Diskussionen aufgelöst.

Die Unklarheiten, die mit diesem Übergang Eichlers zur SPD verbunden sind, spielen dann auch für das weitere Wirken Eichlers in der SPD eine Rolle. H. interpretiert bestimmte Haltungen und Aussagen Eichlers häufig in der Weise, dass sich Eichler auch in seiner Funktion als langjähriger Leiter der Grundsatzkommission der SPD und als einer der Hauptverantwortlichen für die Ausarbeitung des Godesberger Programms von zentralen Prinzipien des ISK leiten ließ, da ihm Schumacher diesen Handlungsspielraum ja eingeräumt haben sollte. Das ist allerdings wenig überzeugend. Wo H. Hinweise zu finden glaubt, die auf ein Beharren Eichlers auf die Grundprinzipien des ISK hindeuten, da handelt es sich stets um allgemeine Grundsätze und Gesinnungen, die auch von vielen anderen vertreten wurden. Den entschiedenen Antidemokratismus und das Führerprinzip des ISK konnte Eichler selbstverständlich niemals in die Ausarbeitung des Godesberger Programms einfließen lassen; und er hat das natürlich auch nie versucht. Ganz schlüssig schreibt H. dann ja auch: „Außerdem beruhte die Philosophie des ISK auf der ethischen Annahme, dass allgemein gültige Gerechtigkeit und Wahrheit objektiv feststellbar seien und von einer Herrschaft der Weisen umgesetzt werden könnten. Eine nichtdemokratisch legitimierte Herrschaft, sei sie noch so weise, ist mit den demokratischen

Grundsätzen, auf denen das Godesberger Programm basierte, nicht vereinbar.“ (S.171) Und weiter: „Die sozialistische Marktwirtschaft des ISK ist mit der Sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik, zu der sich das Godesberger Programm bekannte, nicht vereinbar.“ (S.173) Klarer sind die eklatanten Unterschiede, die das Godesberger Programm vom Programm des ISK trennen, nicht zu benennen.

Man könnte noch die Kirchenfrage hinzufügen. Nelson und Eichler hatten von ihren Gefolgsleuten im ISK einen Kulturkampf gegen den Einfluss der Kirchen und den Austritt aus den Kirchen verlangt. Als SPD-Funktionär hatte Eichler hingegen – das würdigte Willy Brandt ausdrücklich in seiner Rede auf der Trauerfeier für Eichler am 22.10.1971 – nicht nur diese Grundsätze verworfen, sondern auch den in der alten Sozialdemokratie verwurzelten Gegensatz zu den Kirchen entschärft. Eichler – so schreibt H. – greift den von Schumacher vertretenen „Begründungspluralismus“ für eine Mitgliedschaft in der SPD auf und „entwickelte das Bild des magischen Dreiecks der europäischen Kultur bestehend aus ethischen Werten und Normen, Weltanschauung und Politik. Die Grundwerte definieren die Ziele des demokratischen Sozialismus, seien aber selbst undogmatisch und nicht weltanschaulich begründet. Jeder, der diese ethischen Normen als Ziele annehme, könne eigene weltanschauliche Maßstäbe zur Grundlage nehmen.“ (S.183) Das Neue an diesem Prinzip – so Eichler selbst in seiner Schrift „Kirche, christliche Politik und Sozialdemokratie“ – „war nicht die Aufstellung neuer Normen, sondern die Erkenntnis, dass sich die ethischen Normen der Weltanschauungen nicht

so sehr in ihrem Inhalt unterscheiden als vielmehr in ihrer philosophischen und religiösen Begründung: in der Rückführung auf letzte Wahrheiten, wie es im Godesberger Programm heißt“ (S.183).

Gleichwohl postuliert H. gegen Ende seiner Arbeit wieder: Eichler habe „seine Gesinnung nicht in Gänze fallen“ gelassen. – „Im Gegenteil exportierten Eichler und die anderen Mitglieder, die in die SPD übertraten, zentrale Teile der Nelsonschen Philosophie in die Sozialdemokratie.“ (S.199) „Die ethische Revolution, die Eichler der SPD mit dem Godesberger Programm vorgab, sorgte für eine Kompatibilität und Verbindung zwischen sozialdemokratischer Politik und Nelsons Philosophie.“ (S.200) Eigentlich hatte H. in seiner Arbeit, zumindest was die „zentralen Teile“ der Nelsonschen Philosophie betrifft, genau das Gegenteil bewiesen.

In seiner Einleitung beklagt H. zu Recht, dass die Leistungen Eichlers in der bisherigen Literatur zur Entstehung des Godesberger Programms kaum eine Rolle gespielt hätten. Er sei doch schließlich der verantwortliche „Cheftheoretiker“ gewesen (S.8). Doch auch in H.s Arbeit verdecken Ungenauigkeiten und Gemeinplätze mitunter die sicher unbestreitbaren Verdienste, die sich Willi Eichler bei der Ausarbeitung des Godesberger Programms erworben hat.

Harald Lange

Paul Mattick/Marc Geoffroy/Christoph Plutte (Hrsg.): Die Revolution war für mich ein großes Abenteuer. Paul Mattick im Gespräch mit Michael Buckmiller (Dissidenten der Arbeiterbewegung, 4), Unrast Verlag, Münster 2013, 180 S., ISBN 978-3-89771-520-2

Paul Mattick (1904-1981) gehört mit Otto Rühle, Anton Pannekoek und Karl Korsch zu jener Generation von Kommunisten und Marxisten, die in aktuellen Debatten weitestgehend dem Vergessen anheimgefallen sind. Auch ihre politische Richtung des Rätekommunismus bzw. der Rätedemokratie führt eine randständige Existenz. Der vorliegende Bd. gibt erstmals nähere Auskunft über Matticks Biografie, die er im Rahmen eines Interviews selbst schildert. Eine eigen- und vollständige Darstellung über sein Leben steht noch aus, ist aber derzeit in Arbeit.

Die Einleitung der Hrsg. stellt in einem kurzen Abriss Matticks Leben und Wirken vor. Interessant ist hier sein Werdegang nach dem Zweiten Weltkrieg, da dieser Zeitraum nicht durch das Interview abgedeckt wird. Seine Schriften werden erst in den 1960er- und 1970er-Jahren von einer breiten Leserschaft entdeckt, und Mattick bekommt die Möglichkeit, im universitären Bereich zu arbeiten. So erhielt er 1974/75 eine Gastprofessur an der Universität Roskilde. Unerwähnt bleibt hier, dass Matticks gleichnamiger Sohn – der in den USA eine universitäre Karriere einschlug – unlängst mit „Business as Usual. Krise und Scheitern des Kapitalismus“ einen eigenen Bd. über die aktuelle globale Krisenkonstellation veröffentlicht hat und so in einem gewissen Sinne durchaus an seinen Vater anschließt, freilich ohne sich an dessen rätedemokratischen Ideen zu orientieren.

Der Fokus des Bd. liegt auf dem bereits erwähnten Interview im Umfang von 87 Seiten. Der vorliegende Text geht auf ein Gespräch zurück, das Michael Buckmiller – der sich u. a. um die Herausgabe der gesammelten Werke

von Karl Korsch verdient gemacht hat – vom 21. bis 23. Juli 1976 mit Mattick in den USA führte. B. selbst kommt in einem ausführlichen Nachwort zu Wort, in dem er u. a. die Umstände, die zum Zustandekommen des Interviews führten, schildert. Die Transkription des Interviews wurde durch Matticks Sohn und die Ehefrau Ilse den Hrsg. überlassen, mit der Bitte, dieses zu veröffentlichen. Der ursprüngliche Text wurde dafür mit Blick auf die Lesbarkeit umfänglich redigiert, ohne dass allerdings Matticks eigener Sprachduktus verändert wurde. Parallel zur deutschen Ausgabe erscheint auch eine französische Fassung.

In „eigentümlicher und deftiger Ausdrucksweise“ (S.17), wie es die Hrsg. Marc Geoffroy und Christoph Plutte treffend formulieren, schildert Mattick sein Leben bis in die 1940er-Jahre hinein. Zunächst erzählt er von seiner Kindheit, die der in Stolpen (Pommern) Geborene in Berlin verbrachte. Sein Vater war Knecht, die Mutter Magd. Von den sieben Geschwistern verstarben drei noch im Kindesalter. Nach eigener Erinnerung hatte seine „Existenz als Kind [...] überhaupt keine trüben Augenblicke“, mit Ausnahme der Schule, des „große[n] Ungeheuers“, denn hier wurde permanent auf Prügel zurückgegriffen (S.21). Während des Ersten Weltkriegs waren die Kinder gezwungen, Diebstähle zu begehen, „einfach um uns am Leben zu erhalten“ und nicht „zu sehr unter der Rationierung und der Kohlrübendiät zu leiden“ (S.22).

Über seinen Vater, ein SPD- und Gewerkschaftsmitglied, wurde Mattick politisiert. Er schloss sich dem „linken Flügel des Spartakusbundes“ (S.24) an und war im Alter von 14 Jahren Mitglied der Freien Sozialistischen

Jugend. Seit März 1918 war Mattick Lehrling bei Siemens. Die Finanzierung der Zeitschrift „Rote Jugend“, bei der er auch seine ersten Schreibversuche unternahm, wurde durch kollektiven Diebstahl organisiert. Ebenfalls in Berlin erlebte Mattick den Kapp-Putsch sowie die sogenannte Märzaktion. Im Anschluss ging er nach Köln und Leverkusen, nahm an verschiedenen Streikaktionen teil und begann auch für die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ der KAPD sowie den „Kampftruf“, eine Zeitung der AAUD, zu schreiben. Finanziell hielt er sich mit Gelegenheitsarbeiten über Wasser. Reinhold Klingenberg brachte Mattick auf die Idee, in die USA zu gehen. Er nahm mit entfernten Verwandten Kontakt auf und organisierte, von der Stadt Köln finanziert, seine Überfahrt im März 1926. Seine damalige Frau und deren Kinder folgten fünf Monate später. Am „dritten Tag“ seines Aufenthaltes war er bereits „in einer Fabrik angestellt“ (S.58). Nach dem Umzug nach Chicago 1928 wurde er Mitglied der Industrial Workers of the World. Über die Lektüre von Henryk Grossmans Werk „Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems“ (1929) eignete er sich entscheidendes Wissen über die Wert- und Akkumulationstheorie an, die er später in eigenen Schriften weiter ausarbeitete. Mattick berichtet über seine Erfahrungen in und mit verschiedenen sozialistischen, kommunistischen Parteien sowie über den Versuch, u. a. die Chicagoer Arbeiterzeitung herauszugeben. Während der Weltwirtschaftskrise organisierte sich Mattick in der Chicagoer Arbeitslosenbewegung. Diese Zeit bezeichnet er als „wahrscheinlich die schönste Periode meines Lebens“

(S.76). An Rückkehr nach Deutschland habe er zu diesem Zeitpunkt nicht gedacht, auch wenn er nicht vorhatte, sein übriges Leben in den Vereinigten Staaten zu verbringen.

1948 ging Mattick nach New York. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, so erinnert er sich, wollte er dann doch nach Deutschland zurück. Leider wird dieses Unterfangen in dem Gespräch nicht weiter verfolgt. Die letzten rund 20 Seiten des Interviews lösen sich von der biografischen Darstellung und drehen sich um die Themen Arbeiter, Intellektuelle und Klassenbewusstsein sowie die theoretischen Arbeiten Matticks, insbesondere seine Krisentheorie. An diesem Punkt macht Mattick deutlich, dass er sich für Marx nur in einer Hinsicht interessierte: für seine „Entdeckung der immanenten Widersprüche im kapitalistischen Produktionssystem“ (S.105).

Dem Interview folgen vier Kurzgeschichten aus der Feder Matticks, in denen er im Interview besprochene Ereignisse verarbeitet. Sie eröffnen den Blick auf das literarische Können Matticks. Hieran schließt ein sehr persönlich gehaltenes Nachwort von B. an. Er schildert, wie er mit Mattick und seiner zweiten Frau Ilse 1971 in Kontakt kam und wie er sie schließlich im Sommer 1976 in den USA besuchte. In dieser Zeit fand ein mehrtägiges Gespräch statt, dessen Ergebnis das hier vorgelegte Interview darstellt. Zudem schildert B. Zusammenhänge und Lebensumstände Matticks, die nicht Teil des eigentlichen Interviews waren, da Mattick diese teilweise verschwiegen hatte. Der Fokus liegt auf der Freundschaft zu dem Künstler Fairfield Porter. Mattick kommt in diesem Abschnitt mit eigenen Briefen ausführlich zu Wort.

Komplettiert wird der Bd. durch ein kommentiertes Register und ein Sachverzeichnis. Darin werden in aller Kürze die von Mattick genannten Personen, Organisationen und Publikationen vorgestellt und politisch eingeordnet. Die anschließende Bibliografie gibt Auskunft über publizierte Werke Matticks (ausnahmslos nur noch antiquarisch zu erwerben) und nennt die wichtigsten Werke des rätekommunistischen Diskurses selbst sowie wissenschaftliche Abhandlungen über diesen.

Die Lektüre der Schrift ist lohnenswert, da sie den Leser in eine Zeit eintauchen lässt, die mit der unseren nur noch wenige Berührungspunkte hat. Zudem werden biografische Lücken im Leben Matticks geschlossen. Der Blick wird eröffnet auf Wege des politischen Engagements jenseits etablierter Parteien und anderer Institutionen. Es bleibt zu hoffen, dass bald ein weiterer Bd. über die Dissidenten der Arbeiterbewegung erscheint; der letzte Bd. liegt mehr als vier Jahre zurück. Und interessante Persönlichkeiten aus der Geschichte der Arbeiterbewegung finden sich in ausreichender Zahl.

Sebastian Klanke

Reiner Möckelmann: Wartesaal Ankara. Ernst Reuter – Exil und Rückkehr nach Berlin, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2013, 368 S., ISBN 978-3-8305-3143-2

Den älteren Berlinern, zumal jenen der ehemaligen Bezirke der Weststadt, Ernst Reuter näher bringen zu wollen, hieße wohl Eulen nach Spree-Athen zu tragen. Doch neben seinem Wirken als Oberbürgermeister Westberlins am Beginn des Kalten Krieges bis zu sei-

nem Tod am 29. September 1953, während er im Westen der Stadt zur Identifikationsfigur, im Osten Berlins zur Verkörperung antisowjetischer Politik wurde, gibt es zumindest zwei Lebensphasen, die uns heute deutlich weniger bekannt sind. Ernst Reuter gehörte bis 1922 der linkssozialistisch-kommunistischen Strömung der Arbeiterbewegung an. Sein Weg führte ihn von der SPD und den Bolschewiki zur KPD, aus dieser heraus über die USPD zur SPD zurück, in der er bereits 1912-1917 Mitglied war. Außerdem wurde er sofort nach der Machtübertragung an Adolf Hitler verfolgt, im KZ gequält und gefoltert und ging 1935 über London ins Exil in die Türkei, wo er bis zum November 1946 blieb.

Reiner Möckelmann hat diese längste zusammenhängende Zeit in Reuters Erwachsenenleben in der Türkei erforscht und anlässlich seines 60. Todesjahres veröffentlicht. Der Autor, geboren 1941, studierte Ökonomie und Soziologie und trat in den diplomatischen Dienst der Bundesrepublik Deutschland ein. Von den dort abgeleiteten 33 Jahren wirkte er sieben Jahre in der Türkei. Diese Tätigkeit veranlasste ihn zur Beschäftigung mit den Spuren deutscher Exilanten im Lande Atatürks während der Jahre des Faschismus in Deutschland, besonders mit den Leistungen deutscher Juristen und Mediziner beim Aufbau der Türkei. Dass M. dort Ernst Reuter „begegnen“ musste, liegt auf der Hand, gehörte dieser doch zu den bekanntesten politischen Exilanten. Mit Blick auf die diffizile Debatte um einen Beitritt der Türkei zur EU mahnt Edzard Reuter, der älteste Sohn Ernst Reuters, heute „allzu leichtfertige Zeitgenossen [...] zu begreifen, welche Bedeutung der mo-

dernem Türkei für das künftige Europa zukommt“ (Geleitwort, S.9). Dass dieses biografische Buch nebenbei auch dem Zweck des Brückenbaus zwischen der Türkei und der EU dienen soll, vermerkt M. in seinem Nachwort, wo er vom „Brückenschlag der Türkei zu Europa“ schreibt, den Reuter und andere aktive Exilanten gerade in Sachen Gesellschafts- und Bildungsreform ermöglicht hätten (S.313).

Die Struktur des Buches folgt der Dramaturgie einer Reise. Der erste von drei Teilen trägt die Überschrift „Erzwungene Abreise“ und thematisiert Reuters Absetzung als Oberbürgermeister in Magdeburg, wo er seit Ende April 1931 amtierte. Das Erstarken des Hitlerfaschismus bedrängte Reuter immer heftiger. Der Papensche Staatsstreich in Preußen vom 20. Juli 1932, gegen den Reuter bewaffnete Einheiten nach Berlin schicken wollte, erschütterte dessen Position in einem Preußen, in dem nun die schwarzbraune Reaktion diktierte. Nach dem NS-Reichstagsbrand und der Wahlfarce vom 5. März 1933 setzten die Nazis Reuter am 11. März als Oberbürgermeister ab. Es begann eine Zeit der physischen und psychischen Gewalt gegen R. Auf seine Verhaftung am 9. Juni 1933 folgten zwei KZ-Inhaftierungen im KZ Lichtenburg bei Torgau 1933 und 1934, in denen R. schwer misshandelt und gefoltert wurde. Im Januar 1935 schließlich floh er nach London, von wo aus er mit Hilfe des ebenfalls emigrierten Ex-MdB Fritz Baade (SPD), der bereits in Ankara weilte, Anfang Juni 1935 in die Türkei ausreiste.

Hier nun beginnt jener Hauptabschnitt des Buches, den M. „Im Wartesaal“ überschreibt. In den mehr als elf Jahren seines Exils sollte Reuter nun

den Kontakt zu zahlreichen politischen Flüchtlingen pflegen, auf das Misstrauischste verfolgt von den deutschen Dienststellen und NS-Organen in der neutralen Türkei. Die Anwesenheit dieser Gegner ließ ein Geflecht entstehen, in dem auch Vorsicht vor dem Freund geboten zu sein schien. F. Baade etwa ließ aus Rücksicht auf seine Familie nach Reuters Empfinden oft die nötige Distanz zum Gegner vermissen. Doch mit den sozialdemokratisch oder generell allen fortschrittlich gesonnenen Kulturschaffenden, Medizинern und Wissenschaftlern wie Carl Ebert, Fritz Neumark, Ernst E. Hirsch, Gerhard Kessler, Georg Rohde, Benno Landsberger, Ernst Praetorius, Alfred Marchionini sowie Albert und Erna Eckstein verband Reuter und seine Familie eine durchaus enge Beziehung. Als R.s alter Widersacher Franz von Papen 1939 seinen Dienst als Botschafter in Ankara antrat, zwang diese Konstellation die kleine deutsche Exilgemeinde zu besonderer Vorsicht. Mithilfe von Stellungnahmen Reuters entlarvt M. einmal mehr die Zweckklüge von Papens, er sei damals auf Distanz zum Faschismus gegangen.

Schwierig gestaltete sich das Bestreben Reuters, seine kommunalpolitischen und verwaltungswissenschaftlichen Fähigkeiten in den Dienst der von Atatürk und seinem Nachfolger İnönü auf Modernisierungskurs gebrachten Türkei zu stellen. Bis 1939 beschäftigte er sich als Berater des Wirtschaftsministeriums und des Verkehrsministeriums mit den ungelösten Fragen der Verkehrstarife und der Verkehrsnetze sowie der Entwicklung einer Verkehrsinfrastruktur. 1938 schließlich trat R. eine Lehrtätigkeit an der Verwaltungshochschule in Ankara an, Städ-

tebau und Stadtplanung galten als seine Schwerpunkte. 1941 erfolgte sogar seine Ernennung zum Professor für Kommunalwissenschaft, seine türkischen Sprachkenntnisse nutzte er für zahlreiche wissenschaftliche Publikationen, von denen sich noch heute einige hohen Ansehens in der Türkei erfreuen. Bis 1946 übte er diese Lehrtätigkeit aus, „was dazu führte, dass Reuter noch heute zugeschrieben wird, Begründer der dortigen sozialwissenschaftlichen Urbanistik zu sein“ (S.78).

Ab dem Sommer des Jahres 1943 trat der Politiker wieder stärker in den Vordergrund. Nachdem seine Freunde Alexander Rüstow und Hans Wilbrandt in Istanbul mit Helmuth James Graf von Moltke vom „Kreisauer Kreis“ zusammengekommen waren und von den furchtbaren deutschen Verbrechen in Polen und in der Sowjetunion erfahren hatten, reifte in Reuter der Entschluss zum offenen Auftreten gegen die NS-Diktatur. Zusammen mit Rüstow, Kessler, Wilbrandt und anderen gründete er am 14. August 1943 den „Deutschen Freiheitsbund“, der mit der Flugschrift „Was soll werden?“ an die Öffentlichkeit trat. Reuter und seine Mitstreiter riefen zum Sturz Hitlers und zum „Großereinemachen“ mit dem Faschismus auf. Bodenreform, Verstaatlichung der Großindustrie, Kommunale Selbstverwaltung, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit hießen die zentralen Forderungen des „Deutschen Freiheitsbundes“, der vorwiegend das politische Spektrum der alten „Weimarer Koalition“ ansprach. Zur Widerstandstätigkeit im Exil gehörte überdies Reuters Versuch, Thomas Mann an der Mitarbeit zum Sturz Hitlers zu beteiligen. Der Schriftsteller jedoch verweigerte die offene Agitation, was

auch die Initiativen des „Deutschen Freiheitsbundes“ schwächte. Dennoch wirkte er tatkräftig an Hilfsmaßnahmen für türkische Juden und Flüchtlinge aus anderen Ländern mit. Die Lage der Emigranten und der Flüchtlinge in der Türkei änderte sich zum Besseren, als am 2. August 1944 die Beziehungen zum Nazistaat abgebrochen wurden. Es dauerte bis zum 26. November 1946, bis Reuter wieder nach Berlin zurückkehren konnte.

Insgesamt ist das Buch sehr detailhaltig angelegt, es beschreibt eindrücklich die Schwierigkeiten der Exilanten in der Türkei. Mitunter repetiert der Vf. den Konsensantikommunismus der BRD-Staatsräson zu sehr. Davon und von der gelegentlichen Langatmigkeit der Schreibweise abgesehen, liegt in der vertieften und an Reuters Biografie verdichteten Präsentation der damaligen Verhältnisse jenseits des Bosphorus das Verdienst dieses Bd.

Holger Czätlich-Stahl

Norbert Podewin: Mein Leben in drei Diktaturen. Episodisches eines Insiders im Kalten Krieg, Verlag am Park in der edition ost, Berlin 2012, 278 S., ISBN 978-3-89793-286-9

Über den Titel kann man sicher streiten. Aber angesichts der allgegenwärtigen Gleichsetzung von Nazidiktatur und DDR wie auch der politischen Instrumentalisierung der DDR-Geschichte sollte man sich nicht wundern.

Wie bei vielen Tausenden seiner Altersgenossen bildeten die kindlichen Erfahrungen mit der zusammenbrechenden Nazidiktatur und mit der sowjetischen Besatzungsmacht einen wichtigen Ausgangspunkt für die politische

Haltung des kürzlich verstorbenen Vf., seine Entwicklung in der DDR und die Aufnahme der ideologischen Leitsätze der SED-Führung. Nie wieder Krieg, hieß es. Antifaschismus, Antiimperialismus, führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, Freundschaft zur Sowjetunion, proletarischer Internationalismus etc. wurden, befördert durch Schule und Universität, zu feststehenden Positionen. Dies war umso mehr der Fall, stieg man auf der Funktionärsleiter nach oben. Allerdings bedeutete „Aufstieg“ neben einigen „Privilegien“ auch Einengung von Unabhängigkeit im Handeln, bei Meinungsbildung und -äußerung, was von dem Einzelnen jedoch häufig nicht so wahrgenommen wurde.

In dem von den Nazis in „Horst Wessel“ Bezirk umbenannten Friedrichshain geboren, erlebte P. seine Schulzeit und die teilweise traumatischen Geschehnisse im Zusammenhang mit Bombenangriffen sowie den letzten Kämpfen im April 1945 in Berlin. Er schildert sie knapp. Es folgte die „normale“ Entwicklung eines politisch interessierten jungen Mannes in der DDR. 1953 Abschluss der Lehre als Mechaniker im Berliner Glühlampenwerk, Aufnahme in die SED, Redakteur der Betriebszeitung „Lichtblick“. Das geplante Journalistik Studium wurde Opfer einer mehrjährigen Tätigkeit als Volkspolizist, die er allerdings nicht lebenslang ausüben wollte. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 und der Mauerbau im August 1961 konnten auch bei P. keine tiefgehenden Zweifel an der SED-Politik auslösen.

Mit der 1962 erfolgten Berufung zum Mitarbeiter im Apparat des „Nationalrats der Nationalen Front“, damals von Albert Norden geführt, begann

die wichtigste Zeit im Leben des Autors. Arbeitsaufgaben, politische Überzeugungen und historisches Interesse stimmten überein. Schwerpunkt seiner Arbeit wurde die Aufarbeitung der Integration ehemals aktiver Nazis in Staat und Gesellschaft der BRD. Das Ergebnis mehrjähriger Tätigkeit lag 1965 auf dem Tisch und wurde der internationalen Öffentlichkeit präsentiert: Das „Braunbuch - Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik“. Dieses von P. nach 1990 überarbeitete und 2002 erneut herausgegebene Werk hat bis in die Gegenwart nichts von seiner Bedeutung eingebüßt, wenn es auch von bestimmten Kreisen totgeschwiegen wird. Gerade jungen Historikern, die sich mit der Nachkriegsgeschichte in Deutschland befassen, sei es empfohlen. Dies vor allem auch deshalb, weil die Rolle der Bundesrepublik im Kalten Krieg auch nach 1990 oft verschwiegen bzw. schön geredet wird.

Einmal im Nationalrat der Nationalen Front und ins Blickfeld von Norden und Ulbricht geraten, gelangte P. 1967 infolge von Strukturveränderungen zunächst in die Westabteilung des ZK der SED, die unter anderem für die politisch-ideologisch auf die BRD ausgerichtete Arbeit des „Deutschlandsenders“ verantwortlich zeichnete. Es folgte die Zuordnung als außenpolitischer Mitarbeiter zu Friedrich Ebert, der von 1971 bis 1979 als stellvertretender Staatsratsvorsitzender unter drei Vorsitzenden – Ulbricht, Stoph und Honecker - wirkte. P. lässt die sich Anfang der 1970er-Jahre zuspitzenden Auseinandersetzungen in der SED-Führung Revue passieren, die mit der Entmachtung Ulbrichts 1971 und dessen Tod 1973 ihren Abschluss fanden. Interessant sind die Beobachtungen des Au-

tors über den Umgang Ulbrichts und später Honeckers mit dem ehemaligen Sozialdemokraten Friedrich Ebert. Sie bezeugen unter anderem auch, dass die heftigen Auseinandersetzungen zwischen führenden Kommunisten und Sozialdemokraten in der Weimarer Republik auch in der SED nachwirkten. P. schildert Erlebnisse und Begebenheiten im Zusammenhang mit der Teilnahme Eberts an der Konferenz der Interparlamentarischen Union Europa (IPU) in Helsinki im Januar 1973 und als dessen Begleiter auf mehreren Reisen, besonders in arabische Länder.

Das wegen eines „Parteivergehens“ plötzliche Ende der Tätigkeit bei Ebert führte P. wieder in den Nationalrat zurück. Das anfängliche Misstrauen und die damit verbundene Bewährungsphase waren durch Fürsprache Honeckers bald vorüber. P. wurde Sekretär und Mitglied des Präsidiums des Nationalrates, verantwortlich für internationale Beziehungen. In dieser Funktion war er in den 1980er-Jahren erneut in zahlreichen Ländern unterwegs. Dazu gehörten jene Staaten, die seit den 1990er-Jahren im Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit stehen, darunter mehrere arabische Länder sowie Afghanistan, Nord-Korea, Kuba, etc. P. schildert nicht nur den Ablauf der Reisen und den Verlauf der Gespräche. Er stellt auch Ereignisse und Entwicklungen aus der Geschichte der Länder vor. Hier hätte man sich mehr Konkretes über den Inhalt der Gespräche gewünscht. Die knappen Zitate aus den offiziellen Kommunikés erinnern eigentlich mehr daran, wie wenig den DDR-Bürgern über die wirkliche politische und soziale Situation in diesen Ländern mitgeteilt wurde.

Der Zusammenbruch der DDR 1989/1990 beendete auch die Existenz der Nationalen Front. Die von P. mitgetragenen Bestrebungen, zumindest Teile der Strukturen zu reformieren, scheiterten. Es folgten bis dahin nicht gekannte Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit, die ihm aber Zeit verschafften, um als „stiller“ Beobachter das Wirken des „Abwicklers“ von Rundfunk und Fernsehen der DDR, Rudolf Mühlfnz, zu erleben. Abgeschlossen wurde diese Phase der Ungewissheit und Unsicherheit von einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) beim Luisenstädtischen Bildungsverein e.V., der viele Jahre als „Arbeitgeber“ zahlreichen ehemaligen „staatsnahen“ DDR-Bürgern die Möglichkeit bot, unbeeinflusst von politischen und ideologischen Vorgaben zur Geschichte Berlins zu forschen und zu publizieren. Die von Jürgen Winkler geleitete Projektgruppe, zu der P. gehörte, untersuchte – gestützt auf umfangreiche Archivstudien – Vorgänge um die Vereinigung von KPD und SPD in Berlin, legte dazu mehrere Publikationen vor, veröffentlichte Aufsätze in der Schriftenreihe des Luisenstädtischen Bildungsvereins, beteiligte sich aktiv an wissenschaftlichen Veranstaltungen und Diskussionen. Nach dem „Auslaufen“ der AB-Maßnahme befassten sich die Mitglieder der Gruppe an verschiedenen Orten und in unterschiedlicher Weise weiterhin mit historischen Themen. Die intensiven Diskussionen über historische und aktuelle politische Fragen finden seitdem ihre Fortsetzung in regelmäßigen Treffen der Gruppe in gelockelter Atmosphäre.

P. als der Älteste blieb der Produktivste. Biografien über Ulbricht, Norden, Ebert und Ebert, Otto Ostrow-

ski sowie weitere Veröffentlichungen, so zur Geschichte der Berliner Bezirke Lichtenberg und Friedrichshain, sind erschienen und fanden viele Leser. Hinzu kamen die Teilnahme an Konferenzen und Tagungen, Führungen im Bezirk Friedrichshain, eine umfangreiche Vortragstätigkeit und ungezählte persönliche Gespräche. Dennoch findet P. die Zeit, um, wie im vorliegenden Buch beschrieben, „alte“ Orte seines Wirkens in Berlin und im Ausland zu besuchen.

Manfred Teresiak

Martin Schaad: Die fabelhaften Bekenntnisse des Genossen Alfred Kurella. Eine biografische Spurensuche, Hamburger Edition, Hamburg 2014, 182 S., ISBN 978-3-86854-275-2;
Horst Groschopp: „Der ganze Mensch“. Die DDR und der Humanismus. Ein Beitrag zur deutschen Kulturgeschichte, Tectum Verlag, Marburg 2013, 559 S., ISBN 978-3-8288-3163-6

Eigentlich wollte Martin Schaad ein Buch über die Autobiografie Alfred Kurellas (1895-1975) schreiben. Der Bürgersohn und Berufsrevolutionär, Übersetzer und Schriftsteller, der Emissär der Kommunistischen Internationale und schließlich Kulturpolitiker und Philosoph in der DDR - er hat aber keine Autobiografie hinterlassen, er war mit solchem Unterfangen gescheitert. Sch. kann sich das nur so erklären, dass Kurella etwas zu verbergen gehabt haben muss. Er habe uns wohl nicht erklären wollen, wie er vom jugendlichen Freigeist zum dogmatischen Stalinisten wurde, der „als Kulturpapst die Literaten, Maler und Theaterschaffenden der jungen DDR drangalierte“

(S.8). Die Erklärung übernimmt nun Sch. und stützt sich dabei auf einen Roman, den Kurella Mitte der Dreißigerjahre im Moskauer Exil verfasste.

Vordergründig erzählt Kurella in dem Roman „Die Gronauer Akten“ einen Kriminalfall in einem niedersächsischen Dorf in der NS-Zeit. Weil er dabei auch autobiografische Erfahrungen verarbeitet, nimmt Sch. nun an, mit dem Roman dem Verdächtigen Kurella auf die Spur kommen zu können. Dies unternimmt er mit dem Gestus des Ermittlers, was sich viel versprechend anlässt, weil gekannt und pointiert erzählt. Dennoch überzeugt Sch. nicht.

Allein schon die Annahme, wenn ein Autor mit autobiografischem Material arbeitet, müsse es sich um ein Geschehnis handeln – und das will uns der Titel mit „Bekanntnisse“ suggerieren –, zeugt zuerst einmal von Sch.s Unbedarftheit in Sachen Kunst. Aber auch als Historiker verfährt er höchst fragwürdig: Er zitiert aus einer Vorlesung, in der Kurella 1955 am Leipziger Institut für Literatur auf den Sensualismus des englischen Philosophen Locke Bezug nahm, wonach nichts im Bild eines Künstlers sei, das nicht zuvor in seinen Sinnen war, und unterstellt, Kurella habe diese Erkenntnis des Philosophen zum Dogma des sozialistischen Realismus erklärt. Dabei fällt Sch. sogar noch hinter Lockes Einsicht zurück, denn er begreift ihn so, dass ein Künstler nur das gewissermaßen eins zu eins malen und beschreiben könne, was er selbst erlebt habe. Diese eigene begrenzte Sicht unterstellt der Autor dann Kurella, der habe „als sozialistischer Realist nicht auf seine literarische Eingebung vertraut“, sondern versucht, Erlebtes möglichst genau wiederzugeben (S.108).

Kurz, Sch. bewegt sich mit seinen Gedanken im Kreis. So unhistorisch das Verfahren, mit einer vom Autor 1955 geäußerten Sentenz dessen 1936 geschriebenen Roman zu interpretieren, so unhistorisch und auch unlogisch ist die Annahme, Kurella habe den ersten Teil seiner nicht geschriebenen Memoiren womöglich schon in den Dreißigerjahren in dem Roman verborgen. Ja, Sch. ist sich sogar sicher, Kurella habe überhaupt nur „diese und keine andere Geschichte“ aufschreiben können (S.37). Zum Zwecke dieser kühnen Behauptung muss Sch. allerdings Kurellas zwischen 1939 und 1941 in Moskau geschriebenen Roman „Kleiner Stein im großen Spiel“ (Berlin 1963) als belanglos abtun.

Aber womöglich hat er ja auch nicht erfasst, dass Kurella darin mit der Figur des Friedrich Hölderlin seine Enttäuschung über die Entwicklungen nach der Oktoberrevolution verarbeitet hat. Ein anderes Buch aus der fraglichen Zeit ist ihm gleich gänzlich entgangen: In „Wo liegt Madrid?“ (Berlin 1954) kreist Kurella mit fiktiven Erzählungen um den Spanischen Bürgerkrieg, genau besehen aber um die eigenen Wunschvorstellungen vom Kampf gegen Francos Putschisten und dessen Unterstützer aus den faschistischen Ländern Italien und Deutschland. Die Geschichten grenzen an politischen Kitsch und legen nahe, dass das Schriftstellern Kurellas Sache eher nicht war. Die Erzählungen können Sch. mit seinen Thesen nur irritieren; hat er, der doch vorgibt, alles über Kurella zu wissen, sie dem Leser deswegen vielleicht unterschlagen?

Warum nun aber bewegt sich der Ermittler Sch. so zwanghaft im Kreis?

Die Rez. kann sich des Eindrucks nicht erwehren, er blickt von einem fernen Planeten auf das Sowjetreich, er hat gehört, dass dort das Ritual von Kritik und Selbstkritik gewaltet habe, das der Disziplinierung und Unterwerfung der Mitglieder der Kommunistischen Parteien unter eine politische Linie diene. Dieser enge Zugang verleitet Sch. zu der zentralen These, der bei der Komintern 1934 in Unnade gefallene Kurella habe „Die Gronauer Akten“ für einen einzigen Leser geschrieben, nämlich für Georgi Dimitroff. Er habe den Vorsitzenden der Komintern mit seinem Roman zu politischer Rehabilitierung drängen wollen.

Es hat auch etwas Sportives, wie Sch. seine These zu beweisen sucht, nicht zuletzt deshalb, weil er nicht danach fragt, was einen Kommunisten überhaupt getrieben haben könnte, sich einer Parteilinie zu unterwerfen. Er fragt auch nicht, was einen klugen Mann wie Kurella bewogen haben mag, aus der Freideutschen Jugendbewegung kommend sich der Sache des Kommunismus zu verschreiben. Das interessiert Sch. nicht. Für ihn ist der Roman Ausweis einer Persönlichkeitsspaltung seines Vf. Am Ende räumt er zwar ein, dass Kurella natürlich gewusst habe, dass Dimitroff sich nie die Zeit nehmen würde, „Die Gronauer Akten“ zu lesen. Sch. weiß auch, dass Dimitroff im Grunde die ganz verkehrte Adresse war, denn der schätzte Kurella und hatte nur unter dem Druck der politischen Konstellationen von seinem persönlichen Mitarbeiter ablassen müssen. Nach Sch.s Logik hätte Kurella seinen Roman also eigentlich an Stalin adressieren müssen. Weswegen wiederum der Leser auch nur schlussfolgern kann, dass Kurella genau genommen

vollkommen überflüssigerweise einen Roman geschrieben hat. Sch. aber hat bis zu diesem Schluss, gewissermaßen auf Kurellas Kosten, immerhin einen effektvollen erzählerischen Bogen geschlagen.

Allerdings ist ihm auch dabei noch etwas Gewichtiges entgangen. Und vielleicht war ja auch alles ganz anders. Gänzlich entgangen ist ihm, was es mit dem Namen der Hauptperson in dem Roman für eine Bewandnis hat. Der niedersächsische Kriminalkommissar heißt nämlich Günther *Geismar*, was eine unübersehbare Anspielung auf *Hofgeismar* ist. Dort hatten sich im Herbst 1920 noch einmal die alten Freunde aus der Freideutschen Jugend getroffen, um sich über ihre Haltung zu den großen Fragen ihrer Zeit zu verständigen und sich zu politischem Handeln aufzuschwingen. Die eine große Frage war die „Ostfrage“, also die Frage nach Russland, nach der Revolution und Deutschlands besonderem Verhältnis zu Russland. Und an dieser Frage eben schieden sich die Geister. Eine starke kommunistische Gruppe agierte auf der Tagung, vermochte aber die Minderheit, die vornehmlich über ethische Fragen und den „neuen Menschen“ reden wollte, nicht auf ihre Positionen zu ziehen. Dies ist vereinfacht, aber für den Kontext wesentlich: Die Tagung war ein Scheidepunkt in der Entwicklung der Freideutschen Jugendbewegung, und Kurella beschäftigte natürlich die Tatsache, dass sich die einen nach links dem Kommunismus zugewandt, während sich andere Freideutsche in die völkische Richtung geneigt und gar den Nazis angeschlossen hatten. Diese Geschichte konstruiert er in den „Gronauer Akten“ über gleichfalls mehr konstruierte denn lebendige

Figuren, weswegen Sch. seinen Protagonisten sowohl in der Hauptfigur als auch in deren Gegenspieler wiederzuerkennen glaubt. Im Kriminalkommissar Geismar sieht er den jungen Freideutschen Kurella und in dem kommunistischen Lehrer Berger den Kommunisten Kurella. Und diese Konstruktion kann Sch. nur so verstehen, dass sich Kurella auf diese Weise habe selbst bezichtigen, sich von seiner Vergangenheit habe distanzieren wollen.

Nur ergibt das keinen Reim, denn Kurella hat nie ein Hehl aus seiner freideutschen Vergangenheit gemacht und auch seine große Neigung zu den Gedichten Stefan Georges nie verleugnet – was Sch. selbst wiederholt betont. Auch wo er eine Doppelbödigkeit im Roman bemerkt, vermag Sch. diese nur als ein besonders raffiniertes Schuld eingeständnis Kurellas im Kontext der stalinistischen Strukturen und Rituale zu lesen. Für die Rez. ist sie aber eher Zeugnis von Kurellas Intelligenz und Bildung.

Und vielleicht war ja auch alles ganz anders. Vielleicht hat sich der selbstverliebte, hochmögende Kurella auch einfach gelangweilt und unterfordert gefühlt, als er sich 1934 von seinen Genossen zum Bibliothekar degradiert fand, und sich an das Schreiben eines Romans gemacht. Es dürfte für ihn auch ein intellektuelles Spiel gewesen sein. Er wollte es den Lesern zeigen, und danach ist er, der Gipfelstürmer, wieder wie alle Jahre in die Ferien in den Kaukasus gefahren.

In einem Interview in den Potsdamer Neuesten Nachrichten (www.pnn.de vom 13.02.2013) äußert Sch. sein Erstaunen darüber, dass Kurella selbst in der DDR noch als dogmatischer Stalinist agiert habe, obwohl dies

doch nach Stalins Tod gar nicht mehr nötig gewesen wäre. Solches Erstaunen bestärkt die Rez. in dem Befund, dass der Autor ein ausgesprochen mechanisches Verständnis vom Menschen und seinen Regungen wie Beweggründen hat. Und es bestätigt, dass der Begriff „Stalinist“ im Grunde kaum etwas leistet beim Ausleuchten menschlicher wie gesellschaftlicher Abgründe.

Wer denn Aufschluss sucht über Kurellas geistige und politische Beweggründe für sein lebenslang missionarisches, anmaßendes Streben auch späterhin in der DDR, dem sei „Der ganze Mensch“ von Horst Groschopp empfohlen. Es handelt sich um eine vergleichsweise uferlose Abhandlung, durch die Alfred Kurella in 14 Abschnitten durch sieben Kapitel mäandert. G. sinniert auf materialreichem Grund über „Humanismus und Herrschaft der SED“, zeichnet Vorgesichte und Spielarten des Humanismus in einem Bogen von Karl Marx, Eugen Varga, Maxim Gorki über die Volksfrontdebatten 1935-1939, Paul Nizan, Georg Lukács bis Martin Buber und Karl Barth. Er beschreibt die Verfassungsdebatte und die Humanismus-Diskurse in der Sowjetischen Besatzungszone, beschreibt die Aufrichtung des humanistischen Anspruchs in der DDR-Kulturpolitik und resümiert schließlich das „Ende der Illusion“, dieses „realen Sozialismus“, der die wirklichen Arbeiter zu spät entdeckt hat. Zum Schluss fragt Groschopp, „Wie humanistisch war die DDR?“, und erörtert ihre „eigenartige“ Moderne“. Da das Nachdenken über Humanismus ohne die Nachdenkenden nicht auskommt, findet der Leser Auskünfte über namhafte wie namenlose Akteure des 20. Jh., findet manch anregenden

Gedanken und kann dieses Buch auch wie ein Nachschlagewerk gebrauchen.

Ulrike Köpp

Stefan Wolle: Der große Plan. Alltag und Herrschaft in der DDR 1949-1961, Ch. Links Verlag, Berlin 2013, 438 S., ISBN 978-3-86153-738-0

Mit dem Bd. rundet Wolle seine viel gelobte Trilogie zur DDR-Geschichte. Die Erzählung über „Die heile Welt der Diktatur“ (1998) der Siebziger- und Achtzigerjahre lebte auch von der Zeitgenossenschaft und noch nahen Erfahrung des Autors. Wie er im Auftakt zum zweiten Bd. „Aufbruch nach Utopia“ (2011) über die Sechzigerjahre von dem Pionier Stefan erzählt, der im August 1961 im Ferienlager ist, als in Berlin die Mauer gebaut wird, da glückte ihm die Verknüpfung der „großen“ Geschichte mit der Perspektive der individuellen Erfahrung. Wie W. aber die Geschichte der DDR so von ihrem Ende her erzählte, das gerät dem Bd. über ihre Anfänge nun zur Krux. In einem Prolog „Vom Wiegenfest zur Totenfeier“ spannt er den Bogen von Fackelzug zu Fackelzug, von der Gründung der DDR im Oktober 1949 bis zu jenem Fackelzug im Oktober 1989, ihrem Untergang. W. hat das Handwerkszeug des Historikers vergessen, nämlich die Geschichte von ihrem Anfang her als einen offenen Prozess zu betrachten. Deswegen verwundert den Leser auch nur, wenn im Epilog mit Hermann Hesse vom „große[n] Zauber des Anfangs“ (S.406) der DDR die Rede ist. Davon war nicht zu lesen, und Hesse kann ihn schwerlich bezeugen.

Überhaupt, die historische Erzählung mit Bildern und literarischen Zi-

taten – wovon W. reichlich Gebrauch macht – ist so verführerisch wie tückisch. Er mokiert sich zwar über die zeitgenössische Metaphorik von „der Geburt“ der DDR, aber er erhebt sich nicht analytisch darüber. Er erzählt von den Feen an der „Wiege“ der DDR, von den guten wie den bösen, um die historischen Umstände der DDR zu charakterisieren. – Vielleicht ist es ja die Erinnerung an die Märchen seiner Kindheit, von der W. diesmal zehrt. Aber so eingängig die Erzählung von den Feen, so verzeichnen „die Traumata der Geburt“ (S.39) doch das Bild: Die Vaterschaft der Sowjetunion und die Übernahme des Prinzips der Parteidiktatur, die Grundlegung der DDR aus der marxistisch-leninistischen Ideologie, das Leben als siamesischer Zwilling der BRD wie die staatliche Lenkung und Leitung der Wirtschaft – dies waren ohne Zweifel die Hypotheken ihrer Existenz. Aber das eigentliche Trauma der DDR, ihr andauernder Schmerz war nun mal ihre Gründung infolge des Krieges und der Aufteilung Deutschlands durch die Siegermächte.

Bevor W. jedoch von der „Teilung der Welt“ handelt, beschreibt er die ideologischen „Signaturen der Zeit“, denn er erklärt die Gründung und die Rechtfertigung der DDR aus ihrer Ideologie. Dazu bemüht er das Bild vom Homunculus aus Goethes Faust, eine künstliche Zeugung wie Homunculus in der Phiole sei die DDR gewesen und elend verendet, als das Glas zersprang. Als Geschichtenerzähler mag W. die Vorgeschichte der Staatsgründung aussparen, als Historiker sollte er dies nicht. So erscheint die DDR denn auch merkwürdig voraussetzungslos. Zweifellos war Ideologie im Alltag der Leute gegenwärtig bis zum Überdruß. Die DDR

litt unter dem permanenten Zwang zu ihrer ideologischen Legitimierung, aber eine ideologische Konstruktion war sie deswegen nicht.

Auch mit seinem Versuch, die DDR als das Resultat einer „antimodernen Revolution“ (S.133) zu erklären, bleibt W. allzu sehr seinen Quellen verhaftet. Die Radikalität des politischen und sozialen Umbruchs mit Bodenreform, Entnazifizierung und Enteignung zu charakterisieren, dazu genügte der Begriff der Revolution von oben. Denn die Umwälzung wurde von oben, kraft der Besatzungsmacht, in Gang gesetzt. Mit der vermeintlichen Antimodernität hebt W. auf die in Ostdeutschland waltenden ästhetischen Dogmen ab, ohne zu reflektieren, dass diese Dogmen aus Stalins kulturell rückständigem Land nur wirksam werden konnten, weil die Nazis den Boden dafür bereitet hatten. Man muss den Autor wohl daran erinnern: Die Zäsur für den Kulturbruch und den Exodus der künstlerischen Moderne ist immer noch 1933. Und die Überformung des Lebens in der DDR mit Ideologie war eben u. a. auch eine Folge der Verblendung der Menschen durch den Nationalsozialismus. Er hatte ein in großen Teilen geistig-kulturell dumpfes Volk hinterlassen, und die Kommunisten sahen sich 1945 Rassismus und Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Antikommunismus schier ohnmächtig gegenüber und redeten und predigten, bis niemand mehr hinhörte.

Wie W. sich selbst mit der Phiole im Ideologischen gefangen hat, müssen ihm auch die kulturellen Voraussetzungen der DDR verschlossen bleiben. So etwa bemerkt er in der Propaganda der SED ein „Gerede um den Neuen Menschen“ (S.331) und meint, der sei das

Ziel kommunistischer Utopie und „totaler Menschenbeherrschung“ (S.165) gewesen. Aber der Neue Mensch war eben keine kommunistische Erfindung, sondern ein zentraler Topos der Jugend- und der Lebensreformbewegung um 1900.

Die „Signaturen der Zeit“ sind vielleicht der Teil der Abhandlung, mit dem W. über die erwartbaren Themen und Zäsuren des ersten Jahrzehnts der DDR hinausgeht. Aber „Der Frieden“, „Die Jugend“, „Der Hass“ oder „Der Verrat“, dies sind eben nicht allein Signaturen der DDR der Fünfzigerjahre, sondern es sind Signaturen des 20. Jh. Wo W. dann aber mal historisch tief schürft, da verhebt er sich an seinem Fund. So etwa an Stalin und dessen viel strapaziertem Ausspruch von den Schriftstellern als den „Ingenieuren der Seele“. Die Metapher geht zurück auf den russischen Proletkult, der seine Fortschrittseuphorie aus dem italienischen Futurismus und dem amerikanischen Fordismus nährte. W. nimmt sie für bare Münze und schlussfolgert daraus, dass die Kinderbuchautoren der DDR die idealen „Projektanten und Konstrukteure der Kinderseelen“ gewesen wären (S.165). Man weiß nicht recht, sagt seine flache Ableitung etwas über den Autor oder darüber, was er von seinem Leser hält? Dabei wäre doch gerade hier Gelegenheit gewesen zu fragen, warum ausgerechnet die Leute, die als Kinder der Erziehung zum Hass ausgesetzt waren, 1989 mit dem Ruf „Keine Gewalt“ dieses Regime zum Einsturz gebracht haben? Denn danach müsste der Vf. doch fragen, wenn erklärtermaßen Alltag und Herrschaft sein Gegenstand sein sollen.

Und zu fragen wäre da eben auch nach den humanisierenden Wirkungen,

die die Künste in der DDR entfalten, ungeachtet der kulturpolitischen Dogmen so mancher SED-Funktionäre. Zu diesen Dogmen gehörte das Verständnis von Kunst als einer Form der Ideologie. Wenn W.s Urteile zu Kunst und Kultur ansonsten auch dürftig sind, da ist ihm zuzustimmen. Das Erstaunliche ist nun aber, dass er die Literatur ganz genauso gebraucht wie die Genossen dies getan haben. Wie sie von den Künstlern und Schriftstellern die Illustration ihrer Wunschbilder verlangten, genauso benutzt W. Gedichte und Romane, um sein Bild von der DDR und seine Urteile zu illustrieren. So lässt er den tschechischen Dichter Milan Kundera fragen, was die prominenten Künstler in der DDR bewegen haben mag, „von der Prozeniumsloge aus die schwarze Farce des stalinistischen Terrors zu beklatschen“ (S.137). Einen historischen Beleg für solch einen Beifall bringt W. nicht; aber eine Antwort findet er trotzdem, und zwar bei Franz Werfel. Werfel zeichnete in einem Roman 1929 das Bild von der Bohème in den Wiener Kaffeehäusern im Revolutionsjahr 1918, wie sie im maßlosen Hass gegen die eigene Klasse sich dem Kommunismus verschrieben hätte. Die Blaupause der Wiener Bohème überträgt W. dann mit dickem Pinsel auf München, wo er Johannes R. Becher im Café sitzen sieht und imaginiert mit Zitaten aus Werfels Roman eine Fratze des Dichters. Wenn er dann am Ende noch einmal seinen Kronzeugen Kundera reden lässt: „Ja, sie mögen einwenden, was sie wollen, die Kommunisten waren intelligenter.“ (S.406) – da bleibt der Leser ratlos zurück. Denn von intelligenten Akteuren im Land DDR war im Buch auch eher nicht zu lesen.

Ulrike Köpp

Walter Vollmer: Montanmitbestimmung und Unternehmenskultur während der Bergbaukrise 1957 bis 1968 (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A: Darstellungen, 56), Klartext Verlag, Essen 2013, 309 S., ISBN 978-3-8375-0917-5

Die Entwicklung der Mitbestimmung in der Bundesrepublik ist wiederholt Gegenstand von Publikationen gewesen. Vor allem Sozialhistoriker von der Ruhr-Universität Bochum wie Klaus Tenfelde oder Karl Lauschke haben sich auf diesem Gebiet hervorgetan. Walter Vollmer hat an der Ruhr-Universität promoviert, Tenfelde seine Arbeit betreut.

Im Mittelpunkt der Publikationen zur Geschichte der Mitbestimmung stand bisher in der Regel die betriebliche Ebene, standen die Zusammenarbeit und die Konfliktaustragung zwischen Betriebsräten als Vertretern der Beschäftigten und der Betriebsdirektoren als Vertreter der Arbeitgeber. Auch V. geht es um die Unternehmenskultur der Mitbestimmung. Seine Untersuchung konzentriert sich jedoch auf die übergeordnete Ebene, die der Unternehmensleitungen. Denn dort, zwischen dem Aufsichtsrat als Kontroll- und Entscheidungsinstitution und dem Vorstand als Leitungsgremium, ist die Montanmitbestimmung angesiedelt.

Deren Geburtsstunde schlug im Mai 1951 mit der Verabschiedung des „Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie“. Das Mitbestimmungsmodell wurde in einer Zeit, als die Position der Gewerkschaften in der

Bundesrepublik relativ stark war, zwischen dem DGB-Vorsitzenden Hans Böckler und Kanzler Konrad Adenauer ausgehandelt. Es stellte einen Kompromiss dar. Die Gewerkschaften konnten mit der paritätischen Besetzung der Aufsichtsräte ein seit der Revolution von 1918 verfolgtes Ziel durchsetzen, mussten dafür aber auf andere wirtschaftsdemokratische Ziele, so auf ihre Forderungen nach Sozialisierung der Privatunternehmen, verzichten.

V. stellt zu Recht fest, dass der Zusammenarbeit und den Interessenkonflikten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf der von ihm behandelten Entscheidungsebene seitens der Historiker bisher nicht die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Sie beschränkten sich zumeist auf die Darstellung der Funktions- und Wirkungsmechanismen der Montanmitbestimmung. V. geht weiter und untersucht in seiner mikroökonomischen Analyse auch das Verhalten der Akteure und die Abläufe bis hin zur Beschlussfassung bei den für den Ruhrbergbau besonders wichtigen Entscheidungen über Betriebsschließungen während der Bergbaukrise 1957 bis 1968. Anhand von vier Fallbeispielen, der Stilllegung der Zeche Adolf von Hanse- mann und der Krupp-Zechen Helene und Amalie sowie der Umstrukturierung der Dahlbusch AG gelingt es V., deutlich zu machen, welche Konflikte sich zwischen den Unternehmervertretern und der Arbeitnehmerbank angesichts der drohenden Zechenschließungen abspielten. Er schildert auch, wie sich die Montanmitbestimmungsträger, d. h. der Betriebsrat, der Arbeitsdirektor im Vorstand, wie die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat und die Gewerkschaft bei der Ent-

deckungsfindung wechselseitig beeinflussten. Die Fallbeispiele, ihnen ist etwa die Hälfte des Bd. gewidmet, werden chronologisch abgehandelt, was wesentlich zur Anschaulichkeit der Darstellung und zum Verständnis beiträgt. V. zeigt, wie die Mitbestimmungsträger die frei werdenden Bergleute auf andere Arbeitsplätze vermittelten und welche Anstrengungen notwendig waren, um die kaum noch vermittelbaren älteren Arbeiter sozialverträglich in den Ruhestand zu schicken.

Nach der chronologischen Betrachtung der Betriebsaufgaben bzw. Umstrukturierungen analysiert V. im abschließenden Kapitel explizit die Rolle einzelner Mitbestimmungsinstitutionen. Besondere Aufmerksamkeit widmet er der Haltung des Arbeitsdirektors im Vorstand und der Repräsentanten der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat sowie der Funktion des neutralen Mitglieds im Aufsichtsrat. Auch in diesem Kapitel bleibt V. in seiner Darstellung konkret und personenbezogen.

V.s abschließendes Gesamturteil ist ambivalent. Einerseits erwies sich die Montanmitbestimmung als „das Regelwerk, mit dessen Hilfe es möglich wurde, die Lasten zwischen Anteilseignern und Bergleuten so zu verteilen, dass es für beide Seiten verantwortbar war“ (S.293). Konnte so der Kapazitätsabbau bei der Kohleförderung wenigstens ohne soziale Brüche vor sich gehen, so kann V. nicht verhehlen, dass die Politik der Montanmitbestimmungsträger in Aufsichtsrat und Vorstand durchaus nicht immer den Forderungen und Wünschen der Bergleute und Betriebsräte, die verständlicherweise die Stilllegung „ihrer“ Zeche verhindern wollten, entsprach. „Angesichts der vom Markt diktierten Sach-

zwänge war die institutionelle Montanmitbestimmung als sozialetisches Bindeglied zwischen Menschenwürde und Markt darauf beschränkt, die materiell-wirtschaftliche Existenz der (zu entlassenden) Bergleute zu sichern.“ (S.12)

Unterbelichtet bleibt folgendes Moment: Wenn es in diesen Jahren im Ruhrbergbau gelang „Erschütterungen größeren Ausmaßes“ zu verhindern, dann trugen dazu auch zwei Faktoren außerhalb der Mitbestimmungspolitik und unabhängig vom guten Willen und Verhandlungsgeschick der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen wesentlich bei: Der Staat, der die Strukturveränderungen an der Ruhr in bedeutendem Maße mit finanzierte, und die Tatsache, dass die Kohlekrise zu einer Zeit stattfand und beendet werden konnte, als die (bis Mitte der 70er-Jahre andauernde) Nachkriegskonjunktur in der Bundesrepublik noch in vollem Gange war. Das machte es relativ einfach zu verhindern, dass die Kumpel nach Zechenschließungen „ins Bergfreie fielen“, d. h. auf dem Arbeitsmarkt keinen Ersatz für ihren verlorenen Arbeitsplatz fanden. Wie die Bergbaukrise ohne die gemeinsamen Anstrengungen von Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Staat – im Buch als Tripartismus bezeichnet – und unter ungünstigeren gesamtwirtschaftlichen Konjunkturbedingungen abgelaufen wäre, muss somit in V.s historischer Darstellung offen bleiben. Deshalb erlaubt sein Buch auch nicht, ein Urteil über die Wirksamkeit der Montanmitbestimmungen in wirtschaftlichen Krisenzeiten zu fällen. Das hätte vom Autor stärker herausgearbeitet werden können.

Jörg Roesler

Matthias Stangel: Die Neue Linke und die nationale Frage. Deutschlandpolitische Konzeptionen und Tendenzen in der Außerparlamentarischen Opposition (APO), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2013, 638 S., ISBN 978-3-8487-0321-0; **Robert Philipps: Sozialdemokratie, 68er-Bewegung und gesellschaftlicher Wandel 1959-1969**, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2012, 499 S., ISBN 978-3-8329-7342-1

Die nationalen wie europäischen Ereignisse des Jahres 1968 haben ja bereits einige Zehn-Jahres-Jubiläen hinter sich und wurden jeweils mit der dabei üblichen medialen Begleitmusik gewürdigt. Raum für differenzierte historische Betrachtung gibt es dabei eher nicht. Vielmehr werden notorisch Bekenntnisschlachten um Wertungen und Deutungen geschlagen, in denen es meist um das große Ganze, um 1968 als Chiffre für den Verfall gesellschaftlicher Ordnung und Moral und um politisch motivierten Terror oder aber um den segensreichen Wandel und das Aufbrechen verkrusteter Strukturen geht. An 1968 schieden sich noch immer (und scheiden sich bis heute) die Geister. Zu den gängigen und medial transportierten Bildern gehören die des Abgleitens der linksradikalen Studentenbewegung in das sektiererische Abseits maoistischer bzw. aktionistischer Splittergruppen und in den terroristischen Untergrund sowie ihrer verschiedenen gewalttätigen Ableger. Dass an der Erzeugung dieser Bilder oft ehemalige „Aktivisten“ beteiligt waren und sind, muss dabei nicht verwundern. Die Zahl der geläuterten vormaligen Mitglieder kommunistischer Kaderorganisationen bei den Grünen ist

Legion. Und auch in der gedruckten Presse von TAZ bis „Welt“ haben viele gewendete Ex-Maoisten neue Plattformen für Deutungshoheit gefunden.

Dass es neben den Varianten linksradikal-studentenbewegter Lebensläufe und Karrieren allerdings auch andere, nicht minder bedeutsame Organisations- und Beeinflussungszusammenhänge gegeben hat, bleibt vielfach unterbelichtet. Umso begrüßenswerter ist es, wenn nun aufgrund zweier parallel an der Universität Bonn bearbeiteter Dissertationen (deren Autoren sich miteinander austauschen konnten) wichtige „Leerstellen“ geschlossen werden konnten. Der Befund dürfte mit Blick auf die Arbeit von Stangel zunächst überraschen. Immerhin liegen zu der von ihm bearbeiteten Thematik insbesondere mit den gemeinsamen Arbeiten von Tilman Fichter und Siegward Lönnendonker bereits gewichtige Monografien vor. St.s Arbeit unterscheidet sich davon allerdings in ihrer breiter ausgreifenden Grundlage. St. stellt einleitend zunächst sehr unterschiedliche Grundpositionen zum Thema „Die Linke und die nationale Frage“ vor. Dabei mag es auf den ersten Blick eher willkürlich erscheinen, wenn er der Position Ernst Niekischs eine stark herausgehobene Stellung einräumt. Nachvollziehbar wird es, wenn St. zeigt, dass es durchaus Diskussions- und Kommunikationszusammenhänge zwischen Niekisch und der sich allmählich herausbildenden APO in der Bundesrepublik gegeben hat.

In diesem breiteren Sinne von außerparlamentarischer Opposition (und nicht nur auf den Sozialistischen Deutschen Studentenbund [SDS] konzentriert) nähert sich der Vf. dann dem nächsten Schwerpunkt seines Themas.

Wie schon in einigen anderen Arbeiten der vergangenen Jahre (etwa Kritidis oder Heigl), in denen der Einfluss älterer Mentoren des Linkssozialismus wie Wolfgang Abendroth, Ossip K. Flechtheim oder Fritz Lamm auf die APO herausgearbeitet wird, wird auch hier dieser breite Zusammenhang gesehen und untersucht. So entsteht ein durchaus differenziertes und weitgefächertes Bild dieser „Neuen Linken“ und der sich radikalierenden Studentenbewegung als ein Teil von ihr. Theoretische Einflüsse etwa Herbert Marcuses werden dabei ebenso behandelt wie mögliche ideologische Konvergenzen zwischen der Neuen Linken und der politischen Rechten, u. a. untersucht anhand von Diskurszusammenhängen mit Ansätzen Carl Schmitts. Im dritten Hauptteil wendet sich der Vf. dann dem SDS und seinen unterschiedlichen Strömungen und Gruppen zu. Dabei macht es den Reiz der Arbeit aus, dass sie sich dem Thema sowohl von der theoretisch-ideologischen Seite (Internationalismus versus Deutschlandpolitik) wie auch von den praktisch-politischen Zusammenhängen her nähert. Die konkreten Kontakte zwischen SDS und DDR – einschließlich der Infiltrations- und Bespitzelungsthematik – werden eingehend beleuchtet, wobei natürlich in dieser Hinsicht der Berliner SDS einen Schwerpunkt der Darstellung ausmacht. Im vierten Hauptteil steht schließlich – seiner Rolle entsprechend – die Bedeutung der nationalen Elemente in den sozialistischen Konzeptionen Rudi Dutschkes im Mittelpunkt. Diese unterschieden (und unterscheiden) sich signifikant von denen einiger seiner Mitstreiter und späteren Epigonen, die schließlich ihren Weg in die verschiedenen maoistischen Sek-

ten fanden. Ein wenig sitzt der Vf. nun selbst der eingangs kritisierten Engführung von „Traditionslinien“ auf, wenn er sich in seinem Schlussteil dann doch wesentlich auf den Kontext der unterschiedlichen K-Gruppen konzentriert. In ihnen erfuhrt die nationale Frage zwar eine besonders stark ausgeprägte Konturierung (die auf eigentümliche Weise mit einem verbalradikalen Internationalismus korrelierte), aber diese „Genealogie“ legt erneut den (irrigen) Schluss nahe, dass es sich bei ihnen letztlich doch um die „legitimen“ Erben der Studentenbewegung gehandelt habe. Der SDS zerfiel aber nicht nur in maoistische Sekten. Vielmehr organisierte sich ein gewichtiger Teil seines vormaligen Organisationsbestandes auch in Gruppen, die am Grundkonzept einer parteiungebundenen außerparlamentarischen Bewegung festhielten (wie z. B. dem Sozialistischen Büro) bzw. sich als hochschulpolitisches Umfeld der neu gegründeten moskauorientierten kommunistischen Partei, der DKP, formierten. Nicht aus der „Konkursmasse“ des SDS, aber doch eng mit dieser verbunden, fand die Tradition der linken Studentenbewegung Anfang der Siebzigerjahre schließlich auch im Umfeld der Sozialdemokratie ihre Fortsetzung, im Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB).

Dieses hier abschließend kritisierte Manko der Arbeit St.s ist insofern leicht zu verschmerzen, als die Arbeit von Philipps genau am letztgenannten Punkt ansetzt. Mit dem klug gewählten Untersuchungszeitraum von 1959 bis 1969 gelingt es ihm (unter dem Blickwinkel sozialdemokratischer Hochschulpolitik), die konflikthafte Interaktion zwischen SPD-Parteiführung und rebellischer studentischer Jugend in den

Blick zu nehmen. Dadurch wird kenntlich, in welcher Weise sich – leider – gelegentlich doch Geschichte eher tragisch wiederholt. Zwischen 1959 und 1961 dramatisierten sich die Konflikte zwischen SPD und SDS, die schließlich zum Unvereinbarkeitsbeschluss mit all seinen Folgen führten. Dabei war auch der SDS bei seiner Gründung in der ersten Nachkriegsperiode eher „partei-fremd“ gestartet.

Die Führung der SPD glaubte nun, mit der Gegenründung eines parteikonformen SHB erneut an den Hochschulen Fuß fassen zu können. Es dauerte jedoch gerade einmal gut ein Jahrzehnt bis zum nächsten Großkonflikt 1972, als sie diesem Verband per Beschluss den Namen „sozialdemokratisch“ entziehen sollte, bis die SPD also erneut vor den Scherben ihrer studentisch-hochschulpolitischen Konzeption stand. Diesen zunächst langsamen und sich dann immer mehr beschleunigenden Wandlungsprozess des SHB nach „links“ beschreibt P. in seiner Arbeit und er spart dabei nicht mit Kritik in beide Richtungen, der SPD wie des SHB. Es macht durchaus Sinn, dass er dabei den parallelen Blick auf die eigentliche (und zugleich größere) Jugendorganisation, die Jungsozialisten, nicht aus dem Auge verliert. Die verschiedenen jungen Aktivisten und Funktionäre engagierten sich nämlich häufig in beiden Verbänden. Wer sich mit der Soziologie politischer Parteien beschäftigt, wird in dieser Arbeit vielfach auf Namen stoßen, die ihm im Organisationsgefüge und in den Entscheidungsstrukturen der Sozialdemokratie der Siebziger- und Achtzigerjahre (und darüber hinaus) auch begegnen.

Die Brücke zur Arbeit von St. wird da geschlagen, wo Ph. in seinen beiden

Schluss teilen den Einflüssen der 68er-Bewegung auf die sozialdemokratische Partei- und Studierendenjugend wie die SPD selbst nachgeht. In diesen Kapiteln wird am augenfälligsten, dass die eingangs geschilderten gängigen Genealogisierungen arge Verkürzungen darstellen. Die „Erbschaften“ von 1968 liegen keineswegs alleine im maoistischen Kleinparteiemilieu und in der RAF. Darüber hinaus ermöglicht aber gerade die detailgenaue Nachzeichnung der konflikthafter Gesprächsbeziehungen zwischen Vorstandsmitgliedern einer Partei in Regierungsverantwortung (für die letzte Periode des Untersuchungszeitraums) und studentischen Aktivisten einen erhellenden Einblick in eine Beziehungsstruktur wachsender Entfremdung und ihr wohl letztlich von beiden Seiten zu verantwortendes Scheitern. Augenfällig wird auch, in welchem Ausmaß die „offizielle“ Sozialdemokratie der späten Sechzigerjahre die Zeichen der Zeit an den Hochschulen nicht wahrzunehmen in der Lage war. So fehlte es entsprechend auch an einem Verständnis, dass das Nachdenken über belastungsfähigere Formen der Gesprächs- und Zusammenarbeitskulturen zwischen unterschiedlichen (politischen) Generationen nahegelegt, ja vielleicht sogar aufgedrängt hätte. Dazu hätte wohl auch gehört, sich erneut (wie schon in den Konflikten bei der Entstehung der Jugendverbände zu Beginn des Jahrhunderts) die Frage nach der wahrscheinlich nicht nur unumgänglich einzuräumenden, sondern möglicherweise sogar als produktiv aufzufassenden *Eigenständigkeit* politischer Jugend- und Studentenverbände aufzuwerfen. Ob man heute in den Parteien klüger ist und aus derartigen Lektionen gelernt hat, dürfte sich

erst in möglichen zukünftigen Konflikten erweisen. Da der Bd. mit dem Jahr 1969 endet, bleibt auch die Fortsetzung der konkreten Geschichte des Fiaskos zwischen SPD und SHB für die Siebzigerjahre erst noch zu schreiben.

Beide Studien vereinen in sich die Vorzüge und Nachteile der meisten sozialwissenschaftlichen Dissertationen: Sie sind mit hoher Detaildichte geschrieben, aber angesichts immenser Anmerkungsapparate und Textlängen auch nicht ganz leicht „verdaulich“. Wer sich für die darin enthaltenen thematischen Zusammenhänge interessiert, wird aber an ihnen nicht vorbeikommen. Deshalb seien ihnen viele Leserinnen und Leser gewünscht.

Ulrich Schöler

Autorenverzeichnis

Günter Benser, Prof. Dr., Berlin

Michael Brie, Prof. Dr., Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

Holger Czitrich-Stahl, Dr., Glienicke

Jens Ebert, Dr., Berlin

Gerhard Engel, Prof. Dr., Am Mellensee

Alexandre Froidevaux, Berlin

Wladislaw Hedeler, Dr., Berlin

Ralf Hoffroge, Dr., Ruhr-Universität Bochum

Jürgen Hofmann, Prof. Dr., Berlin

Irina Hundt, Dr., Schwielowsee

Martin Hundt, Prof. Dr., Schwielowsee

Mario Kessler, Prof. Dr., Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam

Sebastian Klauke, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Ulrike Köpp, Dr., Berlin

Dietmar Lange, Doktorand, Freie Universität Berlin

Harald Lange, Prof. Dr., Berlin

Annelies Laschitzka, Prof. Dr., Berlin

Ingo Materna, Prof. Dr., Berlin

Heinz Niemann, Prof. Dr., Bergfelde

Robert von Olberg, Münster

Philipp Reick, Doktorand, Freie Universität Berlin

Jörg Roesler, Prof. Dr., Berlin

Werner Röhr, Prof. Dr., Berlin

Thilo Scholle, Lünen

Ulrich Schöler, Prof. Dr., Berlin

Ulrich Schröder, Bremen

Kay Schweigmann-Greve, Dr., Hannover

Manfred Teresiak, Dr., Berlin

Axel Weipert, Berlin

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:

Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:

Helga Brangsch, Dr. Ralf Hoffrogge, Dr. Christa Hübner (V.i.S.d.P.), Astrid Karger, Bärbel Kontny, Dietmar Lange, Dr. Herbert Mayer, Dr. Ulla Plener, Dr. Monika Rank, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Daniela Schnitter, Dr. Carola Tischler, Axel Weipert

Postadresse der Redaktion:

Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

Email-Adresse der Redaktion:

redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Email-Adresse der Redaktion für Buchbesprechungen:

rez-kon@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Webseite:

www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das „JahrBuch“ erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) in der NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin, im Gesamtumfang von ca. 660 Seiten. Jahresabonnement 30,- € (Inland) bzw. 40,- € (Ausland), einschl. Porto; Einzelheftpreis 11,- €, zzgl. Porto.

In der Zeitschrift werden nur Beiträge veröffentlicht, die außer dem JahrBuch nicht anderweitig zur Veröffentlichung angeboten wurden oder bereits publiziert sind (Druck und Internet).

Wird ein Manuskript für die Publikation angenommen, gehen die Veröffentlichungsrechte an die Redaktion, einschließlich einer möglichen Online-Publikation auf der Website der Zeitschrift.

Manuskripte können per Email oder auf CD bzw. USB-Stick, vorzugsweise als word-Datei, eingesandt werden. Beiträge sollten 40.000, Berichte 10.000 und Buchbesprechungen 8.000 Zeichen nicht überschreiten. Bitte reichen Sie stets die letzte Fassung des Beitrages ein und beachten Sie die im „JahrBuch“ übliche äußere Manuskriptgestaltung. Die Redaktionsrichtlinien senden wir Ihnen gern zu. Die namentlich gezeichneten Beiträge geben ausschließlich die Meinung des Autors und nicht die der Redaktion wieder. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Abonnements- und Heftzahlungen sowie Spenden bitte an:

IBAN: DE 75 1009 0000 5744 5610 10
BIC: BEVODEBB

Veröffentlichung gemäß Paragraph 7a Berliner Pressegesetz:

Gesellschafter der NDZ GmbH: Föderative Verlags-, Consulting- und Handelsgesellschaft mbH – FEVAC –, Gesellschafter der FEVAC GmbH: Uwe Hobler, Diplomagraringenieur, Berlin (40%); Dr. Ruth Kampa, Rechtsanwältin, Berlin (30%); Dr. Joachim Philipp, Rechtsanwalt, Berlin (30%)

Satz: Ch. Kouschil, D. Wiesenthal

Druck und Bindung: Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums, www.bodoni.org, info@bodoni.org

Redaktionsschluss: 4.12.2014